

Die Neue Gesellschaft

Frankfurter Hefte

5

1985
32. Jahrgang

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 20 01 89
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Druck: Courir-Druck, 5300 Bonn 3

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738 Einzelheft 9,50 DM (zuzüglich 1,50 DM Versandkosten), Jahresabonnement 57,- DM (zuzüglich 12,- DM Versandkosten im Inland bzw. 13,20 DM im Ausland). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist.

Im Bezugspreis sind 7% Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 14
Verantwortlich für Anzeigen: Margret Reichert

Herausgegeben für die
Friedrich-Ebert-Stiftung von
Walter Dirks
Eugen Kogon
Heinz Kühn
Johannes Rau
Heinz O. Vetter
Hans-Jochen Vogel
Herbert Wehner.

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)
Ständige Mitarbeit: Tilman Fichter
Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Telex: 8 85 479 a fest d

Redaktionsbeirat:
Siegfried Bangert
Frank Benseler
Gottfried Erb
Iring Fetscher
Bruno Friedrich
Ulrich Gumbardt
Horst von Glzycki

Martin Greiffenhagen
Norbert Greinacher
Reinmut Jochimsen
Richard Löwenthal
Ferdinand W. Menne
Susanne Miller
Peter von Oertzen
Friedrich-Wilhelm Witt

Zum Inhalt

Viele Kommentatoren führen den glänzenden Wahlsieg der SPD in Nordrhein-Westfalen und die katastrophale Niederlage, die die CDU „errungen hat“ (Helmut Kohl) vor allem auf die positive oder negative Erscheinung und das Image der jeweiligen Spitzenkandidaten zurück. Zwar mag dieses durchaus auch eine Rolle gespielt haben (und Ergebnisse von Umfragen, die sich auf die Personen Johannes Rau und Bernhard Worms bezogen, zeigen das auch in eindeutiger Klarheit), aber zur Erklärung reicht dies nicht aus: Es waren durchaus Inhalte (verkörpert durch die beiden Spitzenkandidaten), die die nordrhein-westfälischen Wahlbürger zu ihrer Entscheidung gebracht haben. Welche Auswirkungen dieses eindeutige Wahlergebnis auf die beiden wichtigen politischen Gruppierungen in der Bundesrepublik haben wird, dürfte sich sehr bald herausstellen und auch, ob es der Bonner konservativ-manchesterliberalen Koalition gelingen wird, ihre Wende von 1982 wieder teilweise zurückzunehmen, um die trotz aller Versprechungen und Schönredereien verprellten Wähler wieder zur Union zurückzuholen. Aber ein wichtiges Ergebnis steht jetzt schon fest: Es ist den Konservativen nicht gelungen, ihre praktizierte Politik der Zwei-Drittel-Gesellschaft einer Mehrheit plausibel und attraktiv zu machen. Der auf den NRW-Wahlplakaten dokumentierte Gegensatz „Aufschwung nur mit uns“ (CDU) und „Aufschwung nur für alle Bürger“ (SPD) ist von den Wählern zugunsten von mehr innergesellschaftlicher Solidarität entschieden worden.

Nun wäre die SPD sicherlich schlecht beraten, wenn sie sich in Nordrhein-Westfalen und anderswo auf ihren Lorbeeren ausruhte und sich darauf verließ, die Bundesregierung und die unionsregierten Länder würden schon so weitermachen wie bisher. In der Politik ist man vor Überraschungen noch weniger sicher als anderswo, und selbst diese Bundesregierung könnte sich als lernfähig erweisen, wenn die Gefahr des Machtverlustes dicht vor Augen steht. Und auch der als so gradlinig gerühmte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat sich ja hin und wieder, z. B. im Zusammenhang mit den Subventionen für die Landwirtschaft, als durchaus flexibel erwiesen. Und auch auf Staatsbesuche kann man nicht mehr hoffen. Wenn die SPD also durch eigene Kraft der jetzigen Koalition zu einer Regenerationspause verhelfen will, dann muß sie weiterhin alles tun, um ihre politische Alternative zu entwickeln, zu formulieren und deutlich zu machen.

Der „Kampf um Bonn“ hat jedenfalls begonnen — dies kann man auch der zunehmenden Schärfe der Auseinandersetzung entnehmen.

Das zentrale Thema bei dieser Auseinandersetzung dürfte weiterhin die Arbeitslosigkeit sein. Die Union wird sich überlegen müssen, ob sie weiterhin auf ihren allzu einfache Rezepten beharren wird, ob sie weiterhin in blindem Vertrauen auf die ordnenden Kräfte des Marktes unter weitgehendem Verzicht auf aktive Wirtschaftspolitik ausschließlich „Wachstum“ und „Bruttosozialprodukt“ im Auge behalten wird, oder ob sie endlich begreift, daß „Wirtschaft“ kein Selbstzweck ist, sondern etwas mit den Bedürfnissen der Menschen zu tun haben sollte. Die fortschrittlicheren politischen Kräfte hierzulande ihrerseits sind keineswegs in einer wesentlich leichteren Situation, denn sie müssen sich über ihre Position gegenüber den „neuen Technologien“ klarwerden und darüber, welche Folgen die augenblickliche technische Revolution wohl haben wird, ob, und wenn ja, wie man sie beeinflussen könnte usw.

In NG/FH 1 und 2/85 hatte Rainer Wagner unter dem Titel „Wie fortschrittlich sind die neuen Technologien?“ einen recht provozierenden Artikel geschrieben. Als provokativ wurde diese Arbeit wohl vor allem deshalb empfunden, weil Rainer Wagner sich zur Überzeugung bekennt, man habe gar keine andere Wahl als „mitzumachen“, man reite auf einem Tiger und da sei das Absteigen bekanntlich mit deutlichen Risiken verknüpft — bleibe man aber sitzen, so könne man immerhin die Geschwindigkeit des Tigers „technische Revolution“ mit beeinflussen. Dies erschien mindestens den SPD-Bundestagsabgeordneten Michael Müller und Wolf-Michael Catenhusen für eine Arbeitsmarkt- und Technologiepolitik zu bescheiden. Ihre Repliken sind in diesem Heft abgedruckt.

Das Interview mit dem österreichischen Exkanzler Bruno Kreisky, die Dokumentation einer Rede des Internationalen Sekretärs der französischen Sozialisten, Jacques Huntzinger (Egon Bahr in seinem kurzen Vorwort: „Endlich!“), die Arbeit von Norbert Birnbaum über die Lichtblicke oder Reste der Liberalität in der US-Sozialwissenschaft und der Artikel Klaus Bloemers über die „Reaganauten“ und ihren antieuropäischen Kurs stehen unter dem Rubrum „Außenpolitik“, aber auch „Innenpolitik“ hätte sich rechtfertigen lassen. Ein Indiz dafür, daß die Grenzen sich hier verwischen.



INHALTS VERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
390	Gespräch mit Bruno Kreisky	„In Europa kann man heute Grenzen ohne Kriegsgefahr nicht mehr verändern“
398	Jacques Hantzinger	Das Bündnis und die Entwicklung einer europäischen Position
404	Norman Blinbaum	Noch einige Lichtblicke — Über einige wichtige neuere amerikanische Bücher
412	Klaus Bloemer	Deutsche Reaganten auf Gegenkurs zu Europa
416	Helga Grebing	Neubeginn oder Wiederaufbau? Die Anfänge der politischen Willensbildung in Westdeutschland 1945—1949
428	Klaus W. Wippenmann	Geschichte in der demokratischen Gesellschaft Zum Geschichts-Forum der SPD am 28. 2./1. 3. 1985
Thema: Arbeit und Technik		
431	Peter Glotz	Arbeit und Technik (II)
437	Sigrid Skarpelle-Sperk	Für ein sozialdemokratisches Programm der Arbeit
447	Regina Becker- Schmidt	Apparate denken — Menschen lenken? Überlegungen zum Verhältnis von Computertechnologie und Arbeitspolitik
453	Michael Müller	Gestaltungphantasie für die Zukunft der Arbeit Vom Ende der technokratischen Modernisierung und der Herrschaft der Begriffe
457	Wolf-Michael Catenhusen	Gegenrede
460	Vera Konieczka	Einladung zum Feminismus
467		Leserbriefe zum Thema Feminismus
Berichte aus europäischen Ländern		
473	Frankreich	Kann Mittelrand es noch schaffen?
474	Griechenland	Den Grundsätzen treu geblieben
476	Großbritannien	Labour-Linke auseinandergebrochen
477	Irland	Zusammenbruch von Sitte und Moral?
478	Niederlande	PvdA im Wartezimmer der Regierungsmacht
480		Kritik

Mitteilung des Verlages an die früheren Abonnenten der FRANKFURTER HEFTE

Der Verlag Neue Gesellschaft hat den früheren Abonnenten der FRANKFURTER HEFTE Anfang Mai das Jahreshaltsverzeichnis 1984 dieser Zeitschrift zugeschickt. Ehemalige FH-Abonnenten, denen das Verzeichnis versehentlich nicht zugestellt wurde, können dieses schriftlich unter folgender Adresse bestellen: Verlag Neue Gesellschaft, Postfach 200 189, 5300 Bonn 2. Die Zustellung erfolgt (für den Abonnenten) kostenfrei.

„In Europa kann man heute Grenzen ohne Kriegsgefahr nicht mehr verändern“

Gespräch mit Bruno Kreisky

Dr. Bruno Kreisky, geb. 1911, schloß sich schon in jungen Jahren der sozialistischen Bewegung an. 1935–37 und 1938 aus politischen Gründen inhaftiert, emigrierte er 1938 nach Schweden, wo er bis 1945 blieb. 1946–51 war er Legationssekretär an der österreichischen Botschaft in Stockholm, 1951–53 im Bundespräsidialamt tätig. Als Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt (1953–59) war er maßgeblich an den Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag (1955) beteiligt. 1959–66 war Kreisky österreichischer Außenminister, 1967–83 Vorsitzender der SPÖ und 1970–83 österreichischer Bundeskanzler.

NG/FH: Herr Bundeskanzler, in diesen Tagen jährt sich zum 30. Male der Tag der Unterzeichnung des Staatsvertrages, der Österreich die Unabhängigkeit und die Neutralität gegeben hat. Wie sind die Erfahrungen Österreichs mit diesem Staatsvertrag gewesen? Ist das Land damit glücklich geworden?

Bruno Kreisky: Die Antwort lautet kurz und bündig: die Erfahrungen sind die besten, und das Land ist glücklich geworden.

NG/FH: Ist es Österreich gelungen, eine unabhängige, aktive Neutralitätspolitik zu verfolgen und wie hat die ausgesehen?

Kreisky: Ich kann natürlich nur über jene Zeit sprechen, die ich mitgestalten konnte. Ich kann wenig sagen über die Politik in der Zukunft und über die Politik, die heute gemacht wird. Danach müßte man diejenigen fragen, die diese Politik gestalten. Was die Zeit anbetrifft, die ich von innen heraus überblicken kann, muß ich sagen — und ich glaube, ich werde von der großen Mehrheit der Österreicher in Österreich darin unterstützt —, daß diese 30 Jahre nach dem Staatsvertrag eine echte Erfolgsstory für Österreich gewesen ist, daß Dinge verwirklicht werden konnten, die wir uns oft nicht hätten träumen

lassen — jedenfalls 1945 nicht, schon gar nicht vor 1934. Sie lassen sich kurz umschreiben: Österreich ist ein politisch und wirtschaftlich im höchsten Maße lebensfähiges staatliches Gebilde geworden. Wir genießen heute großen Kredit in der Welt. Wir sind unter den besten Schuldnerländern. Daß ein Staat Schulden hat, ist ja durchaus normal, daß es aber ein guter Schuldner ist, das ist heute — außer, was die meisten europäischen Staaten betrifft — eine Seltenheit geworden. Dazu kommt, daß wir einen doch uns angemessenen aktiven Einsatz in der Politik leisten konnten. Wir haben zuerst einmal nach dem Staatsvertrag unsere Beziehungen zu unseren — mittelbaren und unmittelbaren — Nachbarn neu gestaltet. Wir haben das „Politik der Normalisierung“ genannt — jedenfalls im Hinblick auf die kommunistisch regierten Länder; mit den anderen, etwa der Schweiz oder der Bundesrepublik, hatte es ja keine wirklichen Probleme gegeben. Diese Normalisierung zu vollenden war im übrigen gar nicht so leicht, weil wir in vielen europäischen Staatskanzleien auf Mißtrauen und eine gewisse Überheblichkeit gestoßen sind; sie haben uns vielfach nicht zugetraut, diese Aufgabe bewältigen zu können. Aber wir Österreicher kennen ja den Raum, um den es sich handelt, viel besser. Das haben wir aus den Erfahrungen der Zeit vor 1918 gelernt. Nun ist es de facto so, daß wir heute zu einigen Staaten, die früher mit uns in einem Reich vereinigt waren, bessere Beziehungen haben, als wir sie damals, in den letzten Jahren der Monarchie, besaßen.

Die zweite Politik, die wir mit großer Intensität verfolgt haben, hatte zum Ziel, mit Hilfe der Vereinten Nationen die italienische Regierung zu veranlassen, den Vertrag über Südtirol de facto aus der Mottenkiste herauszuholen und den Südtirolern eine echte Autonomie, eine substantielle Autonomie zu verschaffen. Das ist mit beträchtlichem Erfolg gelungen. Wir sind natürlich nicht der Illusion verfallen, daß es möglich wäre, in Form des Selbstbestimmungsrechtes für die Südtiroler Grenzveränderungen herbeizuführen. In Europa kann man heute Grenzen ohne Kriegsgefahr nicht mehr verändern. Wir haben uns daher auf das konzentrieren müssen, was uns realistisch erschien, und das ist gelungen.

Zum dritten haben wir uns wirtschaftlich so stark als möglich gemacht. Und das ist gelungen dadurch, daß wir uns — da wir ja nicht Vollmitglied der EWG werden konnten — zuerst der EFTA angeschlossen haben, die uns wirtschaftlich viel gebracht hat, vor allem im Handel mit Ländern, die früher für uns keine wichtigen Wirtschaftspartner waren, es aber durch die EFTA geworden sind. Später haben wir



Bruno Kreisky im Gespräch mit NG/FH-Redakteur Rainer Diehl

Fotos: J. Darchinger

dann zusammen mit den EFTA-Staaten diese Art Freihandelszone, was den industriellen Bereich betrifft, mit der EWG eingerichtet, das, was ich seinerzeit — ich glaube, optimistischerweise — den „Brückenschlag“ genannt habe.

Ein anderer, für mich sehr wichtiger Aspekt unserer Politik war, daß wir innerhalb der Vereinten Nationen sehr bald ein sehr gutes Ansehen erlangt haben, vor allem dadurch, daß wir uns für die friedenserhaltenden Aktionen, die immer wieder vergessen werden, wenn man von der UNO spricht, zur Verfügung gestellt haben. So stehen seit vielen Jahren österreichische Soldaten und Polizisten auf Zypern, am Suez-Kanal, auf den Golan-Höhen, wo die Österreicher die führende Gruppe darstellen. Insgesamt haben rund 30 000 Soldaten diesen Einsatz geleistet, der ihnen auch in anderer Hinsicht genützt hat: Er hat sie weltoffen gemacht, hat sie vor praktische Aufgaben gestellt, von denen ich sagen kann, daß wir sie perfekt gelöst haben; sonst wären nicht österreichische Offiziere in den führenden Positionen gewesen, wie das der Fall war. Wir haben — und das ist interessant im Hinblick auf die Schweiz, deren UNO-Beitritt ja noch in der Diskussion steht — unsere Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen nie zu bereuen gehabt. Sie hat uns auch nie in Konflikte mit unserer immerwährenden Neutralität gebracht.

NG/FH: Sie haben sich dann auch sehr engagiert für eine Konfliktlösung im Mittleren Osten. Was waren Ihre Motive dafür?

Kreisky: Ich fürchtete und fürchte immer noch, daß dort der Ausgangspunkt für große und sehr ernste Konfrontationen zwischen den Supermächten liegen könnte. Man weiß gar nicht, wie rasch man in eine solche Sache hineingerät. Wir haben das mit großem Unbehagen im vergangenen Jahr erlebt. Dieser Einsatz, der im höchsten Maße ein persönlicher war, hat natürlich auch auf die österreichische Politik abgefärbt und hat Österreich zu einem Freund der arabischen Welt gemacht — ohne daß wir unsere Freundschaft mit dem Staat Israel preisgegeben hätten.

So gibt es viele Gebiete, auf denen wir wirken konnten: z. B. war ich der erste Regierungschef eines demokratischen Landes, der einen offiziellen Besuch in der DDR gemacht hat, was eine sehr große Intensivierung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zur Folge hatte. Die DDR und die Bundesrepublik sind heute unsere wichtigsten Handelspartner. Und es ist mir nur recht gewesen, daß wir hier ein bißchen ausbalancieren und sehr interessante Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR anknüpfen konnten. Das Beispiel zeigt ebenfalls, daß man auch als neutraler Staat eine durchaus aktive Politik be-

treiben kann. Man muß natürlich immer wieder die hierfür geltenden Proportionen erkennen.

NG/FH: Sie sprachen die aktive Präsenz Österreichs in den internationalen Organisationen an. Sie haben einmal gesagt, daß umgekehrt die Präsenz dieser Organisationen in Wien ein wesentlicher Faktor der militärischen Sicherheit Österreichs sei. Wie ist dies zu verstehen?

Kreisky: Als Hitler nach Österreich gekommen war, haben die Staatskanzleien auch im Westen sich bemüht, so rasch wie möglich Österreich zu verjagen, aus dem Kopf zu verdrängen. Und mit Recht hieß es damals, daß nicht nur Hitler den Namen Österreich ausgelöscht habe, sondern daß auch in der Welt der Name Österreich in Vergessenheit geraten sei. Wir haben uns bemüht, von uns aus alles zu tun, damit das der 2. Republik nicht widerfahren kann. Und so haben wir übereinstimmend schon in der Koalition den Standpunkt vertreten, man müsse anstreben, daß internationale Behörden in Wien ihren Sitz haben. Und das ist uns in hohem Maße gelungen: Wir haben heute internationale Organisationen mit über 4000 Angestellten in Wien konzentriert, darunter die berühmte Atombehörde, die UNIDO und andere internationale Behörden. Wir haben ein Zentrum für sie geschaffen, das zwar — vom Finanziellen her gesehen — viel gekostet hat, aber längst wieder hereingebracht ist durch die Ausgaben, die diese Behörde und ihre Angestellten in Wien machen.

Dazu kommt aber etwas, was noch wichtiger ist: Wien hat ja in der Ersten Republik ein schweres Schicksal gehabt. Hätten damals nicht die Sozialdemokraten als Pioniere einer neuen, weltweit anerkannten Kommunalpolitik gewirkt, so wäre Wien ein Armenhaus Europas geworden. Wir hatten eine sehr zentrifugale Position gehabt; wir lagen im Osten der neuen kleinen Republik. Man sprach vom „Wasserkopf Wien“. Und wir haben natürlich auch die Absicht gehabt, Wien eine neue internationale Rolle zu verschaffen. Und das ist uns gelungen, da es zu einem Begegnungsplatz in der Weltpolitik geworden ist — wenn man so will, zu einem dritten UNO-Zentrum nach New York und Genf. Jetzt wird das vollendet durch die Errichtung des Konferenzentrums, das ja heftig umstritten war. Die Opposition hat dabei sehr stark an die Anti-Wien-Gefühle der Menschen in den Bundesländern appelliert und wollte dieses Projekt zu Fall bringen. In der Zwischenzeit wird es fertiggestellt, wird billiger sein, als man geglaubt hat, und wird den Österreichern recht sein — auch den Wienern natürlich. In dieser ganzen Diskussion sind auch sehr stark die alten

Anti-Wien-Ressentiments wieder aufgekommen. Jede Landeshauptstadt hat nämlich ihr Konferenzzentrum, nur Wien sollte ein höchst provisorisches in der Hofburg haben. Das war der Hintergrund. Wir haben uns *nicht* gebeugt und haben recht behalten. Hätte man allen diesen provinziellen Tendenzen in der Vergangenheit nachgegeben, dann hätte es niemals die berühmte Wiener Ringstraße gegeben.

NG/FH: Österreich kann sich also sicherer fühlen, wenn es gleichsam unter den Augen der Weltöffentlichkeit, der internationalen Organisationen, steht?

Kreisky: Wir wollten vermeiden, daß es das verdrängte Österreich wieder gibt. Heute kann man es nicht mehr vergessen. Dazu kommt noch etwas anderes, das mir sehr wichtig erscheint: was immer um uns herum oder gegen uns geschehen könnte — man braucht nicht erst Untersuchungskommissionen hinzuschicken, sondern kann sich gleich an Ort und Stelle durch die Leute überzeugen, die aus aller Welt kommen und in Wien leben und arbeiten.

NG/FH: Ein Land wie Österreich, mag es auch neutral sein, kann natürlich die weltpolitischen Spannungen nicht einfach ignorieren. Die Sicherheitsinteressen Österreichs werden natürlich auch durch den Ost/Westkonflikt berührt. Wie sehen Sie dabei die Rolle Österreichs?

Kreisky: Wir haben bis jetzt noch nicht sehr viel davon zu spüren bekommen, weil die Ergebnisse der Entspannungspolitik in den siebziger Jahren so tiefgreifend und so substantiell waren, daß sie durch das gegenwärtige schlechte Klima zwischen den Supermächten, das meiner Ansicht nach *vollkommen* unmotiviert ist, nicht zerstört werden konnten. Denken Sie zum Beispiel an Berlin: Berlin war doch jeden Tag eine Quelle der Sorge — so sehr, daß sich der amerikanische Präsident Kennedy als Berliner bekennen mußte, um zum Ausdruck zu bringen, wie sehr man sich im Westen mit dem Schicksal Berlins identifizierte. Heute bedarf es solcher Erklärungen eigentlich nicht, denn es geschieht um Berlin herum nichts, was das Schicksal der Stadt unmittelbar beträfe. Was einmal sein könnte, das weiß ich nicht.

NG/FH: Und Österreich?

Kreisky: Um uns herum ist genau die gleiche Atmosphäre wie auf dem Höhepunkt der Entspannungspolitik. Dasselbe gilt auch für eine ganze Reihe kleinerer europäischer Länder. Man spürt eigentlich nur im Bereich der beiden Deutschlands diese Veränderung des Klimas, was nach meinem Eindruck vor allem darauf zurückzuführen ist, daß dieses sinnlose Raketen-Deployment durchgeführt wird. Denn in Wirklichkeit braucht diese Raketen

niemand. Die Overkill-Kapazität der Supermächte ist ohnehin groß genug, und es ist ja nicht wahr, daß die Amerikaner ohne ihre Pershing gegenüber den Russen unterlegen wären. Selbst aus einem kürzlich erschienenen CIA-Bericht geht hervor, daß die Amerikaner auf den meisten Gebieten den Russen weit überlegen sind, als es die Menschen glauben oder als man sie es glauben machen will. Und das war, wie gesagt, ein Bericht der CIA, der unter anderem auch in der doch sehr konservativen „Neuen Zürcher Zeitung“ veröffentlicht wurde.

Wie ich immer wieder zum Ärger meiner amerikanischen Kritiker sage, stellt sich die Entspannungspolitik für uns in Europa halt ganz anders dar als für Leute, die in Texas oder Kalifornien leben. Die halten das oft für eine Appeasement-Politik.



Uns hat sie in Europa sehr viel gebracht, unter anderem einen ungeheuren Aufschwung des europäisch-sowjetischen Handels, der ja heute ein Vielfaches von dem beträgt, was er auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges betragen hat. Daß läßt sich statisch in einer so überwältigenden Weise dartun, daß man sich wirklich fragen muß: Sollen wir einer solchen üblen Propaganda, wonach die Entspannungspolitik eine Appeasement-Politik gewesen wäre, auf den Leim gehen?

Natürlich hat Österreich in diesen Fragen der Entspannung nach Kräften mitgeholfen, denn meiner Auffassung nach hat ja die Entspannungspolitik mit dem Staatsvertrag vor dreißig Jahren begonnen. Das war der echte Anfang, als sich zum ersten Mal nach dem Ende des Krieges, nach zehn Jahren, die vier Mächte am Verhandlungstisch wieder einigen konnten und ein wirklich großartiges Resultat zustande gebracht haben. Österreich mag ein sehr kleines und vielleicht auch ganz unwichtiges Land sein, aber als Probierstein für den Willen der Mächte, sich zu einigen, ist es ein seltenes Beispiel und ein überzeugendes Beispiel.

NG/FH: Haben beide Großmächte seither die österreichische Neutralität respektiert?

Kreisky: In allen diesen Jahren hat es — Ehre, wem Ehre gebührt — nie eine wirklich dramatische sowjetische Intervention am Ballhausplatz gegeben, obwohl es zweimal tragischerweise zu einer Ankunft sowjetischer Truppenteile an der österreichischen Grenze gekommen ist. Das eine Mal geschah das nach der ungarischen Erhebung; dabei ist auch ein sowjetischer Soldat umgekommen, weil er österreichisches Territorium betreten und ein österreichischer Gendarm ihn im Übereifer niedergeschossen hat. Und das zweite Mal war nach der tschechischen Krise 1968, als die russischen Truppen in die Nähe der österreichischen Grenze kamen, die sie allerdings immer respektiert haben. Wir sind, was unser Territorium betrifft, nie in die Lage gekommen, gegen eine Mißachtung protestieren zu müssen. Allerdings ist unsere Lufthoheit zweimal in krasser Weise verletzt worden. Das erste Mal von den Amerikanern, die von Frankfurt in den Libanon geflogen sind und sich dabei um unsere Lufthoheit nicht gekümmert haben, und das zweite Mal, als sich die sowjetischen Flieger anlässlich der tschechischen Krise nicht um unsere Lufthoheit gekümmert haben. Das ist auch der Grund, warum ich der Meinung bin, wir müssen Abfangjäger, zumindest Flugzeuge haben, die markieren können, wenn fremde Flugzeuge unsere Grenze, unseren Luftraum verletzt haben.

NG/FH: Es gehört also auch zur Verpflichtung aus der Neutralität, dieses nicht einfach hinzunehmen . . .

Kreisky: Das ist bei uns eine Streitfrage geworden. Aber man muß natürlich auch die Prioritäten sehen. Sicherheit Nummer eins ist Wien als eines der Zentren der Vereinten Nationen, das ist eine politisch-psychologische Sache. Sicherheit Nummer zwei vermittelt uns die Existenz der österreichischen Armee. Und Sicherheit Nummer drei soll uns

diese Art Polizei im Luftraum vermitteln. Und dann vor allem eine gute Außenpolitik, die zu betreiben wir uns bemüht haben.

Aber jetzt bin ich bei einem Thema, das mich sehr bedrückt. In der Diskussion mit den Gegnern unseres Bundesheeres seit dessen Errichtung habe ich — aus meiner Erfahrung heraus — immer ein Argument verwendet, ohne zu ahnen, was da alles passieren kann. Ich habe mich erinnert, daß zum Beispiel im ersten Finnisch-Russischen Winterkrieg 1939/40 von russischer Seite in Nordkarelien, also auf russischem Territorium, eine echte finnische Regierung unter dem Kommunisten Otto Kuusinen gebildet wurde, die Anspruch erhob, die legitime Regierung Finnlands zu sein. Es kann ja auch bei uns einmal zu einer Verschärfung der Situation kommen. Die Sowjetunion aufzuhalten, dazu sind wir sicher nicht in der Lage, denn ehe wir realisiert haben, daß sie Krieg gegen uns führt, ist sie wahrscheinlich schon in Wien. Aber es ist nicht populär, daß ein großer Staat einen kleinen Staat überfällt, es macht ihn unsympathisch in der Welt, macht ihn zum Feind für viele.

NG/FH: Wie man am Beispiel Afghanistan sieht...

Kreisky: ... wie aber auch sehen kann am Beispiel Grenada. Wie man aber auch sehen kann am Beispiel der Diskussion — und nicht nur der Diskussion — um Nicaragua. Ich habe immer den Standpunkt vertreten: So geht's ja nicht zu, in Österreich jedenfalls nicht. Wenn Österreich in Gefahr ist, aus Gründen, die ich heute nicht voraussehen kann, aber die es bei einer weiteren Verschärfung der Weltlage, die uns hart an den Rand des Krieges führen kann, geben kann, so kann es sehr leicht zu einer Verletzung der Neutralität Österreichs kommen. Dadurch nämlich, daß man z. B. einen Bezirk Österreichs von außen her durch getarnte Soldaten besetzen läßt — also durch Contras, um es so zu sagen. Die müßten dann bekämpft werden durch eine taugliche österreichische Armee, denn diese Contras würden ja über Waffen verfügen. Das war meine Überlegung damals, und dieser Tendenz zur Machtergreifung, etwa durch Kommunisten, muß man entgegenzutreten in der Lage sein. Das kann ja nicht die Gendarmerie leisten, sondern das muß eine gut organisierte Armee tun, die ihre Aufgabenstellung kennt. Das ist meine Begründung gewesen, ausgehend von der Sinnhaftigkeit der österreichischen Verteidigungsmaßnahmen. Hinzu kommt natürlich die Verpflichtung eines neutralen Staats, der seine Neutralität mit ihm möglichen Mitteln zu verteidigen bereit sein muß.



Gegenwärtig erleben wir im Falle Nicaragua, daß der amerikanische Präsident die beiden Kammern des amerikanischen Parlaments veranlassen will, diesen Contras vierzehn Millionen Dollar zu geben. Es geht meiner Ansicht nach gar nicht um die Höhe dieser Summe, denn es gibt sehr generöse amerikanische Milliardäre, die solche Leistungen freiwillig erbringen, was sie auch sicher tun. Es soll vor allem symbolisch dargetan werden, daß die Vereinigten Staaten hinter den Contras stehen. Eben das halte ich wegen der sogenannten Beispielsfolgen für furchtbar gefährlich. Denn was geschähe, wenn sich so etwas in Europa vollzöge? Dann erhöhe sich das große Geschrei über Einmischungen und Einmischungsversuche, über expansionistische Politik usw. Und weil ich seinerzeit gerade dieses Beispiel, das jetzt mit dem Begriff „Contras“ umschrieben wird, gefürchtet habe aufgrund historischer Erfahrungen — Beispiel Finnland, das ich als Journalist während des Finnisch-Russischen Krieges aus der Nähe erlebt habe —, deshalb bin ich auch heute gegen diese Aktivitäten.

Das, was jetzt in Zentralamerika geschieht — neben all dem Ungehörigen, das darin besteht, daß man ununterbrochen ein kleines Land unter Druck setzen möchte, neben all der Dummheit, die dahinter steckt, nämlich bedenkenlos die lateinamerikanischen Beziehungen zu gefährden —, wird kein de-

mokratisches Land in Lateinamerika billigen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob es dem nicaraguanschen System sympathisch oder nicht gegenübersteht. Es handelt sich in Wirklichkeit um einen Akt brutaler Arroganz, und ich werde das, soweit ich dazu in der Lage bin, auch in der amerikanischen Öffentlichkeit vertreten.

Das war ein Ausflug in die aktuelle Situation, um zu zeigen, was man aus der österreichischen Erfahrung durchaus lernen kann. Wir haben also in diesen dreißig Jahren seit dem Abschluß des Staatsvertrags nie unter wirklichem Druck gestanden; es hat nie und da Meinungen der Sowjets gegeben, die wir aber sehr ruhig entkräftet haben, wie zum Beispiel über unsere Mitgliedschaft in der EFTA, unsere Zugehörigkeit zu fast allen europäischen politischen Institutionen. Wir haben uns nie in unsere Politik von außen hineinreden lassen; wer immer das versucht hat, der hat unverzüglich erfahren, daß wir uns das als souveräner Staat nicht gefallen lassen.

NG/FH: Sie gebrauchten vorhin den Begriff „Proberstein“. Es gibt, etwa im Umkreis der bundesrepublikanischen Friedensbewegung, Vorstellungen über eine mögliche Neutralisierung und Wiedervereinigung beider deutscher Staaten, wobei auf das „Modell Österreich“ verwiesen wird. Was halten Sie von solchen Vorschlägen?

Kreisky: Ich habe sogar praktische Erfahrungen mit dieser Idee gehabt. Der damalige sozialistische Vizekanzler Dr. Adolf Schärf, und spätere Bundespräsident, war vom SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer ersucht worden, sich in Moskau bei den Verhandlungen im April 1955 zu erkundigen, ob der österreichische Staatsvertrag ein Vorbild für Deutschland sein könnte. Fritz Heine, der damals im Namen und im Auftrag Ollenhauers nach Wien kam, hatte uns diese Bitte übermittelt, und so haben Schärf und ich Versuche gemacht, eine konkrete Antwort zu bekommen. Aber der sowjetische Außenminister Molotow hat Schärf gesagt, der Staatsvertrag sei *kein* Beispiel für Deutschland, und Mikojan hat mir gegenüber erklärt, die Neutralität sei vorderhand ein Stück Papier. Ein kleiner Staat wird dieses Papier respektieren. Was aber soll man machen, wenn ein großer Staat, wie etwa ein wiedervereinigtes Deutschland, es sich eines Tages anders überlegt? Wie kann man einen so großen Staat — außer durch Krieg — dazu bringen, seine Verpflichtungen, die sich aus der Neutralität ergeben, einzuhalten? Daraus habe ich den Schluß gezogen: Wenn die Russen damals erklärten, man möge doch das Beispiel Österreich prüfen und beachten, so war das an die Adresse der kleinen Staaten Europas gerich-

tet, die damals für die NATO gewonnen werden sollten und dann auch gewonnen wurden. Aber die Sowjetunion ist nicht bereit, einen einzigen kommunistischen Staat, schon gar nicht einen kommunistischen deutschen Staat, aufzugeben. Das hieße Krieg, auch die Deutschen werden ja wohl nicht wollen, daß ein drittes Mal von ihrem Territorium aus ein neuer Krieg entsteht.

NG/FH: Die Befürworter der deutschen Neutralität rennen also Illusionen nach?

Kreisky: Absolut. Chruschtschow hat uns selber einmal gesagt — am Abend seiner Begegnung mit Kennedy in Wien —: Sie glauben doch nicht, daß ich mich einen Tag im Kreml halten könnte, wenn ich ein kommunistisches, oder wie er sagte: sozialistisches Deutschland aufgeben würde. Er ist bekanntlich für weniger aus dem Kreml gejagt worden.



NG/FH: In der Diskussion ist gegenwärtig ein amerikanischer Vorschlag — die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI), mit der Aufforderung an die europäischen NATO-Verbündeten, sich an der Entwicklung dieses Systems zu beteiligen. Dies ist auch Gegenstand großer Kontroversen und Auseinandersetzungen zwischen den beiden Blöcken. Wie stellt sich dieses Problem von österreichischer Warte dar?

Kreisky: Wir als neutraler Staat sind ja nicht unmittelbar betroffen und aufgefordert worden. Ich halte diese ganze Politik — diese Vermischung von Politik und Wissenschaft — für falsch und für äußerst gefährlich. Alle bedeutenden Forscher, die ich kenne, selbst Leute, die an der Entwicklung der Atombombe mitbeteiligt waren, haben mir gesagt, daß es unmöglich sei, alle zivilen Bereiche zu schützen, sondern bestenfalls die militärischen Bereiche, und weil die Sowjetunion mit ihrem großen wissenschaftlichen Potential sehr bald das gleiche Ziel erreichen wird. Und die Erfahrung spricht ja dafür: Nach der amerikanischen Atombombe kam die russische, nach der amerikanischen Wasserstoffbombe, die angeblich uneinholbar war, kam, wie es übrigens ein österreichischer Professor vorausgesagt hat, die russische Wasserstoffbombe. Niemand weiß, da man ja nun einmal diese Lawine losgetreten hat, was dabei herauskommen wird. Ich erinnere nur daran, daß die Russen jedenfalls den Sputnik früher gehabt haben als die Amerikaner — zum Entsetzen der Amerikaner. Und ich könnte mir vorstellen, daß auch in Rußland fieberhaft an einer ähnlichen Entwicklung gearbeitet wird, so daß am Ende alle diese vielen, vielen Milliarden, die hier sinnlos eingesetzt werden, vergeblich sein werden. Viel gescheiter wäre, man würde einen Teil dieser Gelder, wie Willy Brandt es gesagt hat, dafür aufwenden, das Elend der Entwicklungsländer zu mildern.

NG/FH: Aber Österreich kann es sicherlich nicht unberührt lassen, wenn sich im Weltraum ein neues Wettrennen abzeichnet.

Kreisky: Na, ich bin ja nicht mehr verantwortlich für die österreichische Politik. Das ist ja der Bundeskanzler Sinowatz mit seiner Regierung. Ich muß eine gewisse Zurückhaltung bewahren, was die österreichische Politik betrifft. Ich möchte meinen Freunden, die es meiner Meinung nach gut machen — vor allem der Kanzler hat eine sehr starke Stel-



lung im österreichischen Volk bekommen —, nicht reinreden, aber ich kann ja als normaler Staatsbürger für etwas oder gegen etwas sein: Ich bin für eine atomwaffenfreie Zone durch Europa, denn wir gehören ja schon a priori dazu. Und ich bin auch der Meinung, daß wir uns, wo wir können, gegen diese, romantisch mit „star war“ umschriebene Angelegenheit wenden müssen. Es ist schon genug Malheur, was man auf unserem Erdkreis, auf unserem rollenden Planeten anrichten kann. Man muß nicht noch um jeden Preis einen Krieg im Weltraum vorbereiten.

BfG:



Bauen, bevor der Bausparvertrag fällig ist. Mit dem BfG:Bankvorausdarlehen.

Zur Zeit sind die Preise auf dem Bauparkt relativ günstig. Gelegenheiten, preiswert zu bauen oder eine interessante Immobilie zu erwerben, können Sie mit dem BfG:Bankvorausdarlehen sofort nutzen. Die Vorteile des BfG:Bankvorausdarlehens:

- 1. Sofort Baugeld**
- 2. Überbrückung bis zur Auszahlung Ihres Bausparvertrages**
- 3. Eine Chance, günstige Preise und gute Gelegenheiten zu nutzen.**

Selbst wenn Sie noch keinen Bausparvertrag abgeschlossen haben, brauchen Sie nicht zu warten.

Das BfG:Bankvorausdarlehen überbrückt die Zeit, bis Ihr Bausparvertrag zuteilungsreif ist.

Alles Argumente für das BfG:Bankvorausdarlehen.

Sprechen Sie mit uns, lassen Sie uns Ihr Vorhaben gemeinsam durchrechnen.

Gute Bankberatung ist Maßarbeit.

BfG:Ihre Bank

BfG:Bildschirmtext * 33444 #

Jacques Huntzinger: Das Bündnis und die Entwicklung einer europäischen Position

Vorwort

Die nachfolgend abgedruckte Rede, die Jacques Huntzinger, Internationaler Sekretär der französischen Sozialistischen Partei, auf der ersten Konferenz der sozialistischen Parteien der NATO-Staaten am 21. März in Lissabon gehalten hat, kann Geschichte machen.

Seit fast zwei Jahren erörtern zwei Arbeitsgruppen der SPD und der französischen Partei Fragen der Sicherheitspolitik; sie konnten Ende des vergangenen Jahres ein gemeinsames Papier vorlegen, eine gute Grundlage für eine mögliche abgestimmte Politik.

Eine stärkere Rolle Europas in der Sicherheitspolitik ist nötig, wenn Europa nicht weiter zurückfallen soll hinter den beiden Supermächten; sie ist nur möglich, wenn die nationale Strategie Frankreichs nicht mehr die erste Priorität seiner Sicherheitspolitik bleibt, sondern erkennt, daß seine nationalen Interessen in den Fragen der Sicherheit nur in der europäischen Identität gewahrt werden können. Europäische Sicherheit ist nicht ohne Frankreich möglich. Insofern hält Paris den Schlüssel in der Hand, der für europäische Sicherheitspolitik eine neue Situation öffnen kann.

Das ist die Dimension der Rede Huntzingers. Endlich! Lionel Jospin, Vorsitzender der Sozialistischen Partei Frankreichs, hat sich auf dieser Linie auf der Konferenz der Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale Mitte April in Brüssel geäußert. Ein außenpolitisches Grundsatzpapier der französischen Partei ist in Vorbereitung. Es verdient Aufmerksamkeit.

Egon Bahr

I. Warum ein europäischer Ansatz in Fragen der Verteidigung?

Die militärische Sicherheit der Länder Westeuropas hängt in hohem Maße von dem amerikanischen Engagement ab, d. h. von der Präsenz der amerikanischen Streitkräfte auf europäischem Boden und von der amerikanischen Nukleargarantie. Die Länder Westeuropas waren nicht in der Lage, alleine für ihre Sicherheit zu sorgen und sind auch heute noch nicht dazu in der Lage, und zwar aus drei Gründen, die seit dem Kalten Krieg unverändert andauern: sie haben alleine auf sich gestellt nicht die Mittel und die Möglichkeit, ein Gegengewicht zu der beträcht-

lichen Stärke der sowjetischen Truppen, die in der westlichen Sowjetunion und in Zentraleuropa disloziert und gegen sie gerichtet sind zu bilden; kein Land Westeuropas kann allein eine nukleare Streitmacht aufbauen, die das Gleichgewicht der nuklearen Abschreckung auf dem Kontinent herstellen würde; die Bundesrepublik Deutschland, das verwundbarste und an der Front Westeuropas liegende Land, sieht sich Nuklearwaffen untersagt, und dies verhindert die Realisierung einer wirklich europäischen nuklearen Abschreckung. Weil das Gleichgewicht in Europa nuklearer Natur ist, kann Westeuropa allein dieses nukleare Gleichgewicht nicht herstellen und muß folglich mit Amerika verbündet bleiben. Unter diesen Bedingungen, die noch lange andauern werden, wird die Sicherheit Westeuropas nur dann gewahrt sein, wenn das Militärbündnis mit den Vereinigten Staaten aufrecht erhalten wird.

Aber die Frage der Euroraketen hat dazu geführt, daß sowohl in den USA als auch in Europa eine Diskussion über die Zukunft des Atlantischen Bündnisses aufbrach. Niemand hat das Atlantische Bündnis als solches, noch die Präsenz der amerikanischen Truppen auf europäischem Boden, noch die Notwendigkeit einer amerikanischen Nukleargarantie zugunsten Westeuropas in Frage gestellt. Aber es gibt jetzt eine Debatte über die Bedingungen, unter denen das Bündnis funktioniert, über die Militärdoktrin der NATO, über die jeweilige Rolle der taktischen Nuklearwaffen und der konventionellen Streitkräfte innerhalb der Verteidigungsstrategie der NATO, über die Entwicklung der amerikanischen Strategie, über die technologische Entwicklung und deren Folgen für die Strategie wie auch für die Rüstungsproduktion (Weltraum, neue konventionelle Waffen). „Ja zum Bündnis, aber nicht zu jedem Preis und nicht unter allen Bedingungen“, hörte man viele verantwortliche europäische Politiker während der Raketenkrise sagen. Der Appell Willy Brandts auf dem Außerordentlichen Parteitag der SPD im November 1983 zugunsten einer atlantischen Partnerschaft auf der Grundlage zweier Pfeiler, des amerikanischen Pfeilers und des europäischen Pfeilers und zugunsten der Stärkung der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung, ausgehend von der deutsch/französischen Zusammenarbeit, ist von großer Bedeutung und zeigt ein wachsendes Interesse für eine „Europäisierung“ der Sicherheit und der Verteidigung Westeuropas, ohne jedoch in irgendeiner Weise das Atlantische Bündnis in Frage zu stellen.

Ein anderer Grund, warum es wichtig ist, ein europäisches Sicherheitskonzept für Europa zu defi-

nieren, ergibt sich aus den wachsenden Risiken, die aus dem Rüstungswettlauf der USA und der Sowjetunion für Europa erwachsen. Es liegt im Interesse der Gesamtheit der europäischen Völker, daß ihre Sicherheit weniger von den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen abhängt und daß sie wirksamer auf den Prozeß des Spannungsabbaus und den Rüstungswettlauf Einfluß nehmen können.

Sicherlich zwingen die Teilung Europas in zwei Blöcke und die im Herzen des Kontinents andauernde militärische Konfrontation dazu, das Gleichgewicht der Kräfte zu wahren und das Gleichgewicht der nuklearen Abschreckung zu garantieren und veranlassen die Großmächte wie die europäischen Staaten, den Rüstungswettlauf ununterbrochen fortzusetzen. Aber wenn auch der Rüstungswettlauf sich teilweise aus der latenten Spannung, die ein Ergebnis dieser Konfrontation der Blöcke ist, erklärt, so trifft es doch zu, daß dieser Rüstungswettlauf in keiner Weise die wirkliche Sicherheit der europäischen Länder vergrößert. Und dies um so mehr, als sich jetzt die beiden Großmächte in einen neuen gefährlichen Rüstungswettlauf gestürzt haben, der durch technologische Fortschritte im Bereich der Präzision ermöglicht wurde. Daher ist den Europäern heute stärker bewußt, welche Risiken für sie aus dem Rüstungswettlauf der beiden Großmächte entstehen.

Für die europäischen Völker ist die Zeit gekommen, ihr Gewicht wirksamer in die Waagschale zu werfen und ihre Stimme zur Geltung zu bringen, um die negativen und die gefährlichsten Aspekte der Sicherheitspolitik der Großmächte und insbesondere ihres Rüstungswettlaufes zu bremsen. Die größtmögliche Sicherheit wird aus der Sicht der europäischen Völker durch die Stabilisierung des Kräftegleichgewichts auf dem niedrigsten Niveau erreicht. Dies kann jedoch nur dann erreicht werden, wenn die europäischen Länder den Willen und die Fähigkeit entwickeln, die zwei Großmächte dazu zu bringen, ihren Rüstungswettlauf zu verlangsamen. Dies setzt voraus, daß die Europäer ein wenig mehr für ihre Sicherheit selbst tun.

Aus allen diesen Gründen folgt, daß es im Interesse der Europäer liegt, aktiver als bisher sich um ihre Sicherheit selbst zu kümmern, die Probleme mit Verantwortungssinn, aber auch mit Kühnheit anzugehen, um wirksamer ihre Interessen zu vertreten.

Im Zusammenhang mit der Stationierung der ersten Pershing und Cruise Missiles auf dem Territorium Westeuropas, aber auch der Stationierung der neuen sowjetischen taktischen Nuklearsysteme SS 21/SS 22 in Osteuropa begannen die europäischen

Sozialisten sich Fragen über die Zukunft der Sicherheit ihrer Länder, über das Atlantische Bündnis, über die Entspannung und die Zukunft des europäischen Kontinentes zu stellen. Das Dokument der SPD über die neuen Strategien, die Dokumente der beiden sozialistischen Parteien Belgiens, die Debatte auf dem Parteitag der PSOE über die Beziehungen Spaniens zur NATO, die Diskussionen in der Arbeitsgruppe zwischen der SPD und der PS über Fragen der Sicherheit seit Herbst 1983, die Diskussionen während der Vorbereitung des Manifestes des Bundes der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien der EG, die Diskussionen in Scandilux, die Bildung von Eurosud durch die sozialistischen Parteien Südeuropas, das Projekt der Konferenz der sozialistischen Parteien Europas über die europäische Sicherheit sind alles Anzeichen dafür.

II. Eine stärker europäisch orientierte Verteidigungspolitik wirft verschiedene Probleme auf

1. Das Problem der Nuklearwaffen

Kann es eine europäische nukleare Abschreckung geben und könnte sie eines Tages die Rolle der Nukleargarantie für Europa übernehmen? Darauf muß unzweideutig geantwortet werden, daß eine integrierte europäische Abschreckung, die einer zukünftigen Europäischen Union zugeordnet wäre, aus drei Gründen nicht vorstellbar ist: Die Nuklearwaffe ist eine Waffe, bei der nur ein Finger auf den Knopf drücken kann; die Nuklearwaffe ist Deutschland seit den Pariser Verträgen untersagt; die Nuklearwaffe ist außerdem den anderen europäischen Unterzeichnerstaaten des Nichtverbreitungsvertrags untersagt. Es kann außerdem keine deutsch-französische nukleare Zusammenarbeit im Bereich der Forschung, der Produktion oder des Erwerbs von Nuklearwaffen geben.

Es kann auch kein deutsch-französisches Nuklearwaffen-Sharing geben, weder als Doppelschlüsselsystem für die französischen Nuklearköpfe noch als deutsches Vetorecht für deren Einsatz. Es gibt nur drei Perspektiven im Hinblick auf eine europäische nukleare Abschreckung, die sich gegenseitig ergänzen können:

- ▶ die französisch-britische nukleare Zusammenarbeit,
- ▶ das Auftauchen einer neuen europäischen nuklearen Macht unter den Staaten, die den Nichtverbreitungsvertrag nicht unterzeichnet haben,
- ▶ die Weiterentwicklung der französischen Nuklearstreitmacht in Richtung auf eine erweiterte Abschreckung.

Was die erste Hypothese anbetrifft, so ist sie sehr wünschenswert, scheint aber nicht mit der britischen Politik übereinzustimmen, die zwischen der Beibehaltung der privilegierten Beziehungen mit den USA im Bereich der nuklearen Zusammenarbeit und dem Thema der einseitigen nuklearen Abrüstung hin und her schwankt. Die Debatte über die Ersetzung von Polaris durch die amerikanischen Trident erhellt die britische Haltung, und niemand hat in diesem Zusammenhang auf der anderen Seite des Kanals eine technologische Zusammenarbeit mit Frankreich vorgeschlagen.

Dennoch könnte es eine sehr fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Großbritannien für die Forschung und die Produktion zukünftiger Sprengköpfe und alle begleitenden Technologien der Nuklearwaffen (Aufklärung, größere Durchdringungsfähigkeit oder auch die Technologie der Cruise Missiles) geben. Dieser Weg würde es verdienen, genauer erforscht zu werden, selbst wenn man sich der politischen und rechtlichen Hindernisse bewußt ist, die aus der britischen Politik der privilegierten Beziehungen mit den USA im Bereich der nuklearen Zusammenarbeit entstehen (Gesetz Macmahon, Abkommen von Nassau von 1962).

Die zweite Hypothese ist nur eine theoretische Möglichkeit ohne konkreten Bezug.

Die naheliegendste und unseren Vorstellungen am ehesten entsprechende Perspektive ist mit der zukünftigen Entwicklung der französischen Abschreckung verbunden und mit der Frage, in welchem Verhältnis diese zur Verteidigung Westeuropas stehen soll. In welcher Weise könnte Frankreich seine Politik der Abschreckung und Verteidigung in bezug auf Europa entwickeln und welche Entscheidungen könnten in diesem Bereich getroffen werden?

Wenn man einen Zeitraum von zwei bis drei Jahrzehnten ins Auge faßt, dann muß man davon ausgehen, daß die strategische Koppelung zwischen Europa und den USA ein wesentliches Element bleiben wird und mit großer Wahrscheinlichkeit beibehalten wird. Amerika hat ein wesentliches Interesse an der Beibehaltung des Gleichgewichts auf europäischer Ebene und dies hat nichts mit Großherzigkeit zu tun. Man kann deshalb nicht ernsthaft in Betracht ziehen, daß Amerika gleichgültig bleiben würde, wenn Europa in den sowjetischen Machtbereich fallen würde. Amerika wird noch lange darauf Wert legen, die sowjetischen strategischen Streitkräfte zu neutralisieren, und der amerikanische Nuklearschirm wird trotz seiner Löcher noch nicht sobald verschwinden.

Aber diese amerikanische Nukleargarantie wird nicht auf ewige Zeiten mit gleicher Intensität andauern. Man muß die Entwicklung des französischen Abschreckungs- und Verteidigungspotentials ins Auge fassen unter Berücksichtigung einer möglichen europäischen Option.

Im Weißbuch von 1972, der Charta der französischen Verteidigungspolitik, wird Bezug genommen auf die „vitalen Interessen“ und nicht auf den Begriff des „nationalen Sanktuariums“. Die vitalen Interessen Frankreichs decken sich mit der Sanktuarisierung des französischen Territoriums, sie können aber auch darüber hinaus gehen. Und sie gehen tatsächlich darüber hinaus.

Tatsächlich kann man sich nicht vorstellen, daß Frankreich normal weiterleben würde, von einem allgemeinen Konflikt im Herzen Europas verschont bliebe, während seine Nachbarn und insbesondere Deutschland zerstört oder besetzt wären. Die Sicherheit Frankreichs ist eng verbunden mit der Sicherheit Deutschlands und ganz Westeuropas. Es gibt keine voneinander völlig getrennte Kreise, den Kreis des französischen Territoriums und den äußeren Kreis Westeuropas. Das prioritäre Interesse Frankreichs im Bereich der Sicherheit ist die Verhinderung eines bewaffneten Konflikts in Westeuropa und, für den Fall, daß ein Konflikt unglücklicherweise ausbricht, die sofortige Beendigung des Konflikts durch eine unmittelbare Beteiligung an der Verteidigung des angegriffenen Territoriums auch außerhalb seiner Grenzen.

Genauer gesagt, Frankreich hat ein vitales Interesse, das aus den vorgenannten Gründen sogar noch wachsen wird, daß seine Abschreckung und seine Verteidigung mit ihrer vollen Wirksamkeit zum Schutze Westeuropas eingesetzt werden und zuallererst zum Schutze der Sicherheit des Territoriums, das am weitesten vorgelagert und in Europa am verwundbarsten ist, aber gleichzeitig an Frankreich grenzt, d. h. des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesrepublik ist sehr verwundbar, hat aber gleichzeitig nicht das Recht, ihre eigene Verteidigung zu gewährleisten. Frankreich muß sich also an der Last der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland beteiligen. Die Weiterentwicklung der französischen Verteidigungspolitik muß also unter Berücksichtigung des Konzepts der vitalen Interessen weiter entwickelt werden, was immer stärker das Konzept der gemeinsamen Sicherheit mit den westeuropäischen Nachbarn miteinschließt.

Der beste Beitrag, der von Frankreich in den nächsten Jahren und bis zum Jahr 2000 für die Sicherheit Westeuropas geleistet werden kann, ist die

Instandhaltung und Modernisierung seiner strategischen Nuklearstreitmacht. Dazu ist es erforderlich, die volle Einsatzfähigkeit der nuklearen Streitmacht zu erhalten im Hinblick auf die von den Großmächten erreichten Fortschritte im Bereich der Aufklärung und Früherkennung, der Waffen zur U-Boot-Bekämpfung, der elektronischen Gegenmaßnahmen, der Raketenabwehr. Der jetzige Übergang von etwa 100 Sprengköpfen auf 500 Sprengköpfe wird der Abschreckung eine Zerstörungsfähigkeit und einen flexibleren Einsatz verleihen, durch die sie in ihrer Natur und Bedeutung etwas verändert wird; es wird von nun an eine konkrete Möglichkeit für eine etwas flexiblere Antwort geben, so daß Frankreich den Geltungsbereich seiner Abschreckung erweitern kann, wenn es dazu den Willen hat.

2. Das Problem der konventionellen Waffen

Auch wenn die Nuklearwaffen das wesentliche Element der Abschreckung in Westeuropa bleiben, so wird die Bedeutung der konventionellen Streitkräfte dennoch zunehmen. Der erste Grund dafür liegt in den neuen Technologien im Bereich der Elektronik, Steuerung, Treffgenauigkeit, wodurch die konventionellen Streitkräfte in Zukunft Aufgaben übernehmen können, die bisher den taktischen Nuklearwaffen zugeordnet waren und die sie in Stand setzen, den feindlichen Streitkräften eine solche Zerstörungskapazität entgegenzustellen, daß dadurch ein neues Gleichgewicht zwischen Verteidigung und Angriff geschaffen wird.

Außerdem entwickelt sich die Doktrin der NATO zur Zeit in Richtung auf eine Anhebung der nuklearen Schwelle und räumt der konventionellen Abschreckung eine neue Bedeutung ein. Schließlich gibt es einen Druck zahlreicher politischer Parteien, Regierungen und der öffentlichen Meinungen in Westeuropa in Richtung auf die Annahme eines Konzepts der konventionellen Abschreckung in Europa. Dieses Verhalten erklärt sich aus der Ablehnung und der Angst vor dem Einsatz nuklearer Waffen. Man muß dies einerseits kritisieren, andererseits in Rechnung stellen. Sie entsprechen zugegebenermaßen einer gewissen Logik, da im Falle eines Konflikts der Rückgriff auf Nuklearwaffen nur dann Sinn macht, wenn er das letzte Mittel ist. Die jetzige Lage ist gekennzeichnet durch einen Widerspruch zwischen einer Militärdoktrin und einem Kräfteverhältnis, die für die Verhinderung eines Krieges von einem immer früheren Einsatz von Nuklearwaffen ausgehen und andererseits einer immer stärkeren Ablehnung der öffentlichen Meinungen in bezug auf einen solchen Einsatz. Auch wenn die

Notwendigkeit, den konventionellen Streitkräften der NATO mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, nicht neu ist, so ist dies doch dringlicher als je in einer Situation des nuklearen Gleichgewichts auf strategischer Ebene und gegnerischer Überlegenheit bei Gefechtsfeldwaffen, wobei gleichzeitig die konventionellen sowjetischen Streitkräfte unablässig weiter ausgebaut wurden. Die Dinge haben sich verändert, und man ist gezwungen, von sowjetischen Konzepten auszugehen, nicht nur weil die Rote Armee der mögliche Aggressor wäre, sondern weil sie bei der Struktur ihrer Streitkräfte und den damit verbundenen Konzeptionen schon in den ersten Tagen eines Konflikts den entscheidenden Durchbruch erzielen könnte. Gerade auf dem Kriegsschauplatz Mitteleuropa sind die günstigsten Voraussetzungen gegeben für die Anwendung der Strategie und des Operationskonzeptes des Warschauer-Pakts, die von dem größtmöglichen Überraschungseffekt zum Erzielen einer raschen Kampfentscheidung ausgehen.

Auf konventioneller Ebene bieten sich uns also wie für unsere Verbündeten und Nachbarn die Möglichkeit, die inneren Gewichte im Bündnis zu verändern. Wir sind absolut damit einverstanden, daß das Bündnis von jetzt an Maßnahmen ergreifen soll, um seine Abhängigkeit vom frühen Einsatz von Nuklearwaffen zu reduzieren. Die Notwendigkeit, die Nuklearschwelle zu erhöhen, ist ein gewichtiges Argument, damit die NATO die Gesamtheit der konventionellen Mittel stärker, wirksamer und phantasievoller weiterentwickelt. Wir sind nicht der Meinung, daß das Bündnis auf Nuklearwaffen verzichten könnte, um einen Gegner von einem bewaffneten Angriff abzuhalten. Wir teilen jedoch das Bewußtsein, daß die übertriebene Stationierung von Nuklearwaffen die Gefahr in sich birgt, daß jeder bewaffnete Konflikt in Europa in einen Nuklearkrieg ausartet. Dieses Risiko an sich hat jedoch auch einen abschreckenden Effekt gegen die Auslösung eines Krieges. Aber es wird für die NATO eine Notwendigkeit, ihre jetzige Abhängigkeit vom frühen Einsatz der Nuklearwaffen, die dazu dienen sollen, die Sowjets von der Auslösung eines konventionellen Angriffs abzuhalten, zu reduzieren. Es gibt natürlich tausend unterschiedliche Möglichkeiten, wie die konventionellen Fähigkeiten der NATO in Mitteleuropa verbessert werden können. Es gibt neue Technologien und neue Methoden der Nutzung der konventionellen Streitkräfte der NATO, um ihnen die Erfüllung ihrer Aufgaben zu erleichtern.

Dieses setzt die Existenz einer soliden konventionellen Verteidigungskapazität voraus, die eine ganze

Serie von begrenzten Konflikten bewältigen könnte, die bisher durch Atomwaffen abgedeckt wurden. Es ist deshalb wichtig, daß die westeuropäischen Länder ihre Fähigkeit, selbst ihre konventionelle Verteidigung zu gewährleisten, vergrößern, da diese die erste Voraussetzung für ihre Sicherheit ist. In diesem Bereich hängen die Strategie und die Produktion eng zusammen. Wenn die Europäer sich dazu entschließen, sich zu organisieren für eine gemeinsame Planung, Produktion oder Beschaffung ihrer konventionellen Waffensysteme im Bereich des Heeres, der Marine und der Luftwaffe, dann müssen sie auch untereinander die spezifischen Eigenschaften, die sie erwarten, die Aufgaben und den Einsatz dieser Waffen diskutieren. Sie werden dann untereinander die Diskussion über eine konventionelle Strategie, die ihnen zusagt, eröffnen anstatt sich allen Entwicklungen der amerikanischen Doktrin unterordnen zu müssen.

Aber es ist erforderlich, daß sich die Europäer einen institutionellen Rahmen geben, der es ihnen erleichtern würde, sich untereinander ständig abzustimmen und ihre gemeinsamen Produktionsentscheidungen zu treffen. Zur Zeit gibt es ein Organ, in dem die politische Diskussion über diese Themen stattfindet, die Westeuropäische Union (WEU), und eine Gruppe, wo konkrete Diskussionen geführt werden, die Europäische Programmgruppe (IEPG). Nach dem Treffen in Rom im Herbst 1984 wurde die WEU reaktiviert. Die Mitgliedsstaaten der IEPG trafen sich zum ersten Mal auf der Ebene der Verteidigungsminister und einigten sich auf das Prinzip der europäischen Präferenz für den Kauf zukünftiger Waffensysteme. Man könnte sich eine Verbindung zwischen einem politischen Forum für Diskussionen, der WEU oder der zukünftigen Europäischen Union, und einem technischen Forum über Koproduktionen, der IEPG, vorstellen.

3. Das Problem des Weltraums

Es gibt ein weiteres wesentliches Feld für Zusammenarbeit, und zwar das der militärischen Nutzung des Weltraums. Wenn die Europäer in ihrer Diplomatie eine gewisse Unabhängigkeit erlangen wollen, dann müssen sie damit beginnen, daß sie die Informationsquellen über militärische und strategische Daten selbst beherrschen, um zu vermeiden, wie jetzt völlig davon abhängig zu sein, was ihnen die Vereinigten Staaten mitteilen wollen. Daraus leitet sich die Bedeutung der Herstellung eines militärischen Beobachtungssatelliten ab, der den Europäern Daten über die Streitkräfte des Warschauer Paktes und deren Bewegungen liefern würde, was so-

wohl für die Verteidigung als auch für die Überprüfung von Rüstungskontrollabkommen unerlässlich ist. Das Projekt eines Beobachtungssatelliten liegt zwischen Bonn und Paris auf dem Tisch, dieses Projekt muß verwirklicht werden. Was einen evtl. europäischen Satelliten für militärische Kommunikation betrifft, so könnte er gemeinsam von Frankreich, der BRD und Großbritannien hergestellt werden.

Während im Bereich der Nuklearwaffen unterschiedliche juristische Voraussetzungen bestehen und unsere Lage unterschiedlich ist, so sind wir in Fragen des Weltraums alle gleich. Im Bereich des Weltraums gibt es keinerlei juristische Zwänge, die uns untersagen würden, das zu tun, was die anderen auch tun. Wir sollten diese neue Etappe nicht uneinig in Angriff nehmen, wenn wir nicht eine historische Gelegenheit verpassen wollen. Unsere Mittel sind begrenzt: wir müssen sie also zusammenlegen und rationell nutzen.

Sollen wir uns auch in ein Programm wie SDI stürzen, um einen Nuklearabwehrschirm aufzubauen? Unter dem Gesichtspunkt der Wirksamkeit und aus politischen Gründen hielt ich dies nicht für richtig. Der Aufbau eines Nuklearabwehrschirms würde den Rüstungswettlauf anheizen. Es würde bedeuten, daß man den Wettlauf zwischen dem Schwert und dem Schild auf die Nuklearwaffen überträgt, was bisher nicht der Fall war. Dies würde einen unglaublichen Ausbau der offensiven Nuklearwaffen zur Durchdringung dieses Schildes nach sich ziehen.

Wir hätten außerdem auch nicht die Finanzmittel, um ein solches Programm zu realisieren. Die USA werden in fünf Jahren für Forschung und Entwicklung dieses Systems 26 Mrd. Dollar, d.h. ein- und einhalb Mal soviel wie der gesamte französische Militärhaushalt ausgeben. Die Kosten werden zweifellos im Falle der Stationierung im Weltraum weiter explodieren. Dies wäre eine Verschwendung angesichts der fragwürdigen Wirksamkeit des Systems. In dem Wettlauf zwischen dem Schwert und dem Schild gewann immer das Schwert. Die geplanten Technologien des nuklearen Abwehrschildes sind zukünftige Technologien, während sich mögliche Gegenmaßnahmen auf bereits existierende Technologien stützen können (Härtung der Sprengköpfe, Verkürzung der Beschleunigungsphase). Der Abwehrschirm, so wie er jetzt geplant ist, ist außerdem unwirksam gegenüber Cruise Missiles, seegestützten Raketen, die in Küstennähe abgefeuert werden und Atombombern.

Wir würden unsere Mittel wirksamer einsetzen, wenn wir gemeinsam eine europäische militärische

Weltraumtechnologie entwickeln würden. Diese könnte, ohne uns bereits festzulegen, auf *friedliche* Zwecke begrenzt werden, z.B. für Beobachtung und Aufklärung. Dies würde uns von den amerikanischen Aufklärungsinstrumenten unabhängig machen und würde uns eine europäische Einschätzung der Kräftegleichgewichte, der militärischen Einrichtungen und der Truppenbewegungen ermöglichen.

4. Das institutionelle Problem

Welche Nuklearwaffen braucht Frankreich in Zukunft unter Berücksichtigung der europäischen Dimension seiner vitalen Interessen? Welche Rolle sollen die konventionellen und die nuklearen Waffen in Zukunft spielen, insbesondere die taktischen Nuklearwaffen? Was wollen wir mit der Konferenz von Stockholm und MBFR erreichen? Was wollen wir mit dem Rahmen der Konferenz von Helsinki erreichen? Wollen wir eines Tages atomwaffenfreie Zonen in Europa? Alles Fragen, die heute in Europa eine Rolle spielen und die sicher noch in den nächsten Jahren diskutiert werden. Die Antworten darauf berühren unsere Sicherheit, die Frankreichs, die unserer europäischen Verbündeten, die aller europäischer Völker. Wir sollten uns daran gewöhnen, über diese Fragen gemeinsam und im Rahmen der Gemeinschaft zu diskutieren, selbst wenn die Entscheidungen in einem gewissen Bereich unter die souveräne Kompetenz eines jeden Staates fallen.

Es ist von wesentlicher Bedeutung, daß Europa gemeinsame Überlegungen zur Strategie entwickelt, nicht um einen Gegensatz zu den Vereinigten Staaten aufzubauen, sondern damit die Einschätzungen und Interessen der europäischen Mitgliedsländer des Bündnisses besser zum Tragen kommen. Wir müssen uns dabei auf das Erreichte wie die deutsch-französische Zusammenarbeit stützen. Weitere Elemente sind die europäische Politik, die reaktivierte WEU mit ihrem Ministerrat und ihrem Sekretariat zur Europäisierung der Diskussionen über die Zukunft unserer Sicherheit und unserer Verteidigung und zur schrittweise Erarbeitung von Konzeptionen, Vorschlägen und schließlich europäischen Entscheidungen. Zur Zeit beschäftigt sich die EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit) der Zehn nur gelegentlich mit den politischen Aspekten der europäischen Sicherheit, d.h. allen Aspekten, die nicht wirklich die Verteidigung betreffen, wie der Entspannung, der Abrüstung, Ost-West-Verhandlungen, der Akte von Helsinki.

Die WEU ist das einzige Forum, auf dem über die europäischen Aspekte der Verteidigung gesprochen

wird. Durch Initiativen der französischen Regierung im Jahre 1984 wurden zwei neue Orientierungen deutlich. Die erste ist die Reaktivierung der WEU in der Erklärung von Rom; die sieben Mitgliedsstaaten haben dort beschlossen, die WEU als Rahmen für vertiefte Diskussionen über Fragen der Verteidigung, Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung, über die Entwicklung der Beziehungen zwischen Ost und West, über den Beitrag Europas zur Stärkung des Bündnisses und über den Ausbau der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Rüstung zu nutzen. Zu diesem Zweck haben sie beschlossen, den Ministerrat, das Herzstück der WEU, sowie das Sekretariat zu stärken. Die zweite Initiative ist der Entwurf eines Vertrages über die europäische Union, der von François Mitterrand in seiner Rede in Straßburg im Frühjahr 1984 vorgeschlagen wurde und der eine Institutionalisierung und Verstärkung der europäischen politischen Zusammenarbeit, auch im Bereich der Verteidigung, beinhalten würde.

Ohne den Entwicklungen im institutionellen Bereich vorgreifen zu wollen, so zeichnet sich doch schon heute eine Übereinstimmung in doppelter Hinsicht unter den Europäern ab: ein Abkommen unter den zehn und morgen, mit Spanien und Portugal, unter den zwölf Staaten zur Stärkung der europäischen politischen Zusammenarbeit über die politischen Aspekte der europäischen Sicherheit und ein Übereinkommen der Sieben zur Wiederbelebung der WEU und deren Einrichtungen. Es ist überhaupt nicht notwendig, die Entwicklung zu überstürzen. Es scheint mir sinnvoller, vorläufig innerhalb der beiden vorhandenen institutionellen Rahmen, der EPZ zu Zehn und dem Ministerrat der WEU zu Sieben konkret und pragmatisch Fortschritte zu machen. Man könnte auch daran gehen, Beziehungen der Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Institutionen herzustellen, nach dem Beispiel der Beziehungen zwischen der EWG und dem Europarat. Sicherlich ist die WEU für eine Diskussion über Fragen der Verteidigung der geeigneteren Rahmen als die EG. Die WEU beruht auf einem Verteidigungsabkommen, dem Vertrag von Brüssel, sie hat eine geeignete Zusammensetzung, sieben ziemlich vergleichbare Mitgliedsstaaten und angemessene Mittel, einen Rat, eine Versammlung, einen Rüstungsausschuß, ein Sekretariat. Die Entschließungen der parlamentarischen Versammlung der WEU sind zu diesen Themen sachbezogener als die Entschließungen des Europäischen Parlaments. Aber ein Abkommen über die Europäische Union könnte eine neue Dynamik schaffen. Das Ziel ist auf

jeden Fall die Koordinierung der Sicherheitspolitik und Verteidigungspolitik der Länder Westeuropas.

Die Europäer wissen das. Es wäre keine Lösung, zum Atlantischen System der 50er und 60er Jahre und der absoluten Garantie des amerikanischen Nuklearschirms zurückzukehren. Man kann auch nicht ohne weiteres ein System der europäischen Sicherheit, das auf der Atomwaffenfreiheit Europas beruhen würde, akzeptieren. Der einzige Weg, der in die Zukunft weist, ist die europäische Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung, parallel zu dem, was

noch von der amerikanischen Garantie verblieben ist. Noch ist die Zeit nicht gekommen, daß die Europäer ihre Sicherheit selbst gewährleisten; aber die Zeit ist gekommen, daß die Europäer untereinander über ihre Politik, ihre Interessen und ihre Bedürfnisse diskutieren. Der Weg muß geöffnet werden für ein Westeuropa unter dem Schutz des Atlantischen Bündnisses, das mehr und mehr sein Schicksal selbst in die Hand nimmt.

(Übersetzung aus dem Französischen: Veronika Isenberg)

Norman Birnbaum: Noch einige Lichtblicke Über einige wichtige neuere amerikanische Bücher

Prof. Dr. Normann Birnbaum lehrt an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Georgetown. Er ist in der Demokratischen Partei tätig und unterstützte als Berater u. a. Senator Ted Kennedy und die Gewerkschaft „United Auto Workers“ (UAW).

Man kann sich kaum des Eindrucks erwehren, daß eine ganze Richtung amerikanischer Denker auf dem Gebiet der politischen Ökonomie in Europa übersehen worden ist. In den Bürgerbewegungen und an den Universitäten gibt es ein sozialdemokratisches, ja sozialistisches Spektrum mit Einfluß auf die Gewerkschaften und Teile der Demokratischen Partei. Allerdings sind bislang viele Führer der Demokraten, denen mehr an ihrem Image in der Öffentlichkeit als an einem wesentlichen Verständnis der anstehenden Sachfragen liegt, einem Rückgriff auf das Werk dieser Denker eher abgeneigt. Es ist leichter, mit Wirtschaftsführern oder Leitartikelschreibern Gemeinplätze auszutauschen, als die Tatsache zu akzeptieren, daß mit unserer Wirtschaft etwas grundsätzlich nicht stimmt – und daß mit der Möglichkeit neuer Desaster zukünftig durchaus zu rechnen ist. Aus den auf diesem Gebiet in neuerer Zeit vorgelegten Arbeiten habe ich einige beispielhafte Veröffentlichungen für eine ausführliche Besprechung ausgewählt.

Entgegen dem derzeitigen Anschein ist die Demokratische Partei noch immer ein Hort amerikanischer sozialreformerischer Tradition. Das war auch die Republikanische Partei einmal – zur Zeit Lincolns und des ersten Roosevelt. Die Zeiten von Franklin Roosevelt, von Truman und sogar von Lyndon Johnson erscheinen heute fast gausoweit entfernt.

Zweifellos ist dies teilweise auf unsere nationale Eigenheit zurückzuführen, die Vergangenheit perspektivisch verkürzt zu sehen – bei uns ein Ersatz für historisches Bewußtsein. Für viele von uns setzt archäologische Forschung schon dann ein, wenn man ein Jahrzehnt zurückgeht. Während die Demokratische Partei, der ein verbindendes starkes moralisches Engagement fehlte, über den Schutt des Vorwahlkampfes auf ihren Parteitag zustolperte, wurde und wird der Teil unserer Öffentlichkeit, der sich für fähig hält, in mehr als einsilbigen Begriffen zu denken, von einer einzigartigen intellektuellen Debatte belebt. In dieser Debatte geht es nicht um Ideen, sondern um Ideen von Ideen. Senator Hart verkleidet sein Diplom der Juristischen Fakultät der Yale-Universität mit Jeans und Stiefeln und glaubt, auf diese Weise eine nützliche Eintrittskarte zum Kreis unserer technokratischen Elite in ein Papier verwandeln zu können, mit dem er sich auch als Prophet akkreditieren kann. Ex-Kandidat Mondale, der einen Schleier der Diskretion über ein Jugendjahr an der London School of Economics geworfen hat, läßt durchblicken, daß er in Wirklichkeit ein sehr fortschrittlicher Denker sei. Habe er nicht schließlich mit Hubert Humphrey zusammengearbeitet? Nicht die geringste von Pastor Jacksons Tugenden ist, daß er die wichtigen Din-

ge auch an die erste Stelle setzt. Er meint, daß die Verarmten und Arbeitslosen Brot und Arbeit brauchen, keine ideologischen Steine. Paradoxerweise ist es Jackson, der das Maß an intellektuellem Mut aufbringt, das die Demokratische Partei überhaupt für sich in Anspruch nehmen kann. Daran knüpft sich eine (lehrreiche) Geschichte.

In letzter Zeit ist uns gesagt worden, der intellektuelle Erfolg der Konterrevolution gegen den amerikanischen Wohlfahrtsstaat sei praktisch vollständig. Die Konterrevolution hatte und hat viele Stimmen. Eine davon ist die Behauptung, der Markt allein garantiere sowohl Effizienz wie auch (letztendlich) dasjenige Minimum an Gerechtigkeit, das menschliche Gesellschaften mit Anstand anstreben können. Eine individualistische Tendenz im amerikanischen Ethos wurde wieder in den Vordergrund geschoben, um nicht zu sagen: wieder zum Heiligtum gemacht. Als „traditionell“ geltende moralische Grundsätze werden wieder gepriesen.

Wenn sie auch an den Swimming-Pools von Palm Springs oder in den Schlafzimmern von Cambridge nicht unbedingt beherzigt werden, gelten diese Grundsätze jedoch als ausgezeichnete Richtschnur für das Leben der hart arbeitenden Armen. Inzwischen wird unsere Nation als so vollkommen dargestellt, daß wir aufgefordert werden, wie Götter zu handeln – lieber die Erde und alles, was darauf lebt, zu vernichten, als das Sammelsurium von Blasphemien zu dulden, welches die Geschichte immer wieder hartnäckig auf das Antlitz unseres neuen Israel wirft.

Die Konterrevolution wurde und wird von sehr verschiedenen Menschen eifrig propagiert. Man denke an den (relativ) intelligenten Irving Kristol mit seinen ständigen Warnungen vor einer „neuen Klasse“ von Intellektuellen, die vom statt für den Wohlfahrtsstaat leben. Kristol kann natürlich durchaus für eine Politik des völlig freien Marktes leben – aber da seine Kritik an der „neuen Klasse“ gewöhnlich vor einem geneigten Publikum von Konzernmanagern stattfindet, dürfen wir uns den Schluß erlauben, daß die Darlegung seiner eigenen Ansichten nicht gänzlich ohne Entgelt bleibt.

Es sind aber noch wesentlich unattraktivere Gestalten in Sicht. Man denke an den Poseur George Will, der abwechselnd nach einer Rückkehr zur moralischen Strenge ruft und sich dann wieder als Bauernfänger im Sinne Reagans betätigt. Der Scharlatan George Gilder verurteilt die

Menschen, die von Sozialhilfe leben, während er selbst die milden Gaben der Rockefellers nicht verschmäht. Er verlangt eine strikte Arbeitsethik, während er selbst Fußnoten fälscht. Gegenüber diesem Verbrecheralbum des Geistes erscheint Milton Friedman als Riese.

Trotzdem haben die Propagandisten der Konterrevolution eine gewisse Bedeutung. Journalisten, Politiker und unsere (schein)gebildeten Eliten ganz allgemein können mit Ideen hausieren gehen. Sie scheinen das Denken zu anstrengend zu finden, und man kann sicher sein, daß die meisten von ihnen nicht lesen. Was ist in einer so spezialisierten Gesellschaft wie der unsrigen plausibler als eine Delegation dieser Aufgaben an Ersatzleute? Diese beherrschen vielleicht den Vordergrund der Szene, sind aber selbst ziemlich parasitär.

Sie beziehen ihr Material schamlos (und oft unkritisch) aus einem großen Reservoir beflissen konventioneller Forschung, welches von unseren Universitäten sowie den Forschungseinrichtungen gespeist wird, die sich zwischen die Hochschulen und die Öffentlichkeit geschoben haben. In diesem Bereich herrscht eine einzige metapolitische Annahme, nämlich die, daß die Welt, die wir sehen, die einzig mögliche sei, ob nun zum Guten oder zum Schlechten. Die meisten der Akademiker, für die diese Ansicht der einzige Glaubensartikel ist, wären empört, würde man ihnen sagen, daß sie sich in undisziplinierten, ja amateurhaften philosophischen Spekulationen ergehen. Den mahnenden Hinweis von Keynes an die wirtschaftlichen und politischen Eliten seiner Zeit, daß ihre konventionelle Weisheit das Destillat aus den Phantasieprodukten akademischer Schreiberlinge sei, die ein halbes Jahrhundert vor ihnen lebten, haben sie vergessen. Unsere eigenen akademischen Schreiberlinge, besonders die aus den Sozialwissenschaften, haben kein längeres historisches Gedächtnis als ihr Publikum. Ich habe den Begriff „Publikum“ benutzt, der aber möglicherweise hier falsch angewandt ist. Vielleicht sollte ich lieber von *Klienten* sprechen – das wäre vielleicht ein Fingerzeig in diejenige politische Richtung, aus der die enge Perspektive stammt, an der diese Akademiker so beharrlich festhalten.

Die aktuellen Zeitfragen werden gelegentlich auf Gebieten wie Zeitgeschichte, manchmal in der politischen Philosophie, aber öfter in der Sprache der politischen Ökonomie und politi-

schen Wissenschaft abgehandelt. Ein Großteil der Arbeiten auf diesen Gebieten ist überhaupt nicht an ein Publikum adressiert. Wenn es sich nicht um reine Musterstücke akademischen Fleißes handelt, werden diese Arbeiten für Fachinstitutionen, für Eliten oder Interessengruppen erstellt. Kurz gesagt, da der Kreis der an ernsthaftem politischen Denken Interessierten abgenommen hat, ist die Bedienung der Kundschaft für die Akademiker viel wichtiger geworden. Politische Auseinandersetzungen finden noch statt, wenn auch oft als Methodenstreit verbrämt, wobei aber der letztere auf immer weltfremdere, im schlechten Sinne akademische Weise geführt wird.

Viele derjenigen amerikanischen Akademiker, die der Dienstfertigkeit ihrer Kollegen gegenüber der Technik kritisch gegenüberstehen, haben darauf leider mit der Pflege eines gewissen Sektierertums reagiert. Viele Angehörige der amerikanischen akademischen Linken haben sich tapfer in die Neuinszenierung vergangener politischer Kämpfe vertieft. Sie stehen mit Gramsci gegen die bürgerliche Monarchie in Italien, mit der Frankfurter Schule gegen Nazismus und Stalinismus in der Weimarer Republik, mit Lukacs gegen einen mechanischen Marxismus. Natürlich interessiert sie auch Amerikas Vergangenheit, und so wurden Debs und die Sozialisten, die Populisten, die frühen Feministinnen, die Gewerkschaftsbewegung und die Kommunisten alle wieder ausgegraben.

Die meisten kritischen Analysen der heutigen amerikanischen Gesellschaft sind jedoch genau das – Analysen, bei denen auf Pläne für eine Umgestaltung kein besonderer Wert gelegt wird. Das herausragende an den hier besprochenen Werken ist deren Kombination von Analyse und Programm. Sie leiten sich offensichtlich von kritischen Arbeiten aus dem Hochschulbereich ab, sind aber hauptsächlich von Menschen geschrieben, die außerhalb desselben tätig sind.

Zwei der konkretesten kommen von der „Black Coalition“ sowie der „International Association of Machinists and Aerospace Workers“:

The Black Coalition for 1984, *The People's Platform*, Office of Congressman Walter Fauntroy, Washington, 1984.

International Association of Machinists and Aerospace Workers, *Let's Rebuild America*, I.A.M. Washington, 1984.

Es ist üblich, den Interessen des schwarzen Bevölkerungsteils, dem viele ungelernete und verarmte Arbeiter angehören, diejenigen der Facharbeiterklasse gegenüberzustellen. Natürlich sind in den Programmen die Gewichte unterschiedlich verteilt, aber die gemeinsamen Ausgangspunkte sind offensichtlich. Es gehören zu ihnen die Forderung nach umfassender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Planung und nach einem Ende der Schiefelage: einerseits exzessive Rüstungshaushalte, andererseits ein Mangel an demokratischen Mitentscheidungs- bzw. Mitbestimmungsrechten im wirtschaftlichen Bereich. Herausgeber der „Black Coalition's People's Platform“ ist Francesta Farmer, frühere Leiterin des Stabes des „Congressional Black Caucus“, also des Zusammenschlusses der schwarzen Abgeordneten im US-Parlament. Das Buch der „Machinists“ mit einem Vorwort des streitbaren Führers dieser Gewerkschaft, William Winpisinger, wurde zusammengestellt von Dick Greenwood – einem typischen Vertreter einer Gattung, die dem Aussterben bislang zäh widersteht, nämlich die der Gewerkschaftsintellektuellen.

Beide Bücher enthalten Gesetzgebungsprogramme, befassen sich mit Bildungsfragen und allgemeinen Fragen der politischen Gemeinschaft. Die Maschinenarbeiter schlagen zusätzlich eine interessante „Technology Bill of Rights“ („Menschenrechtscharta für den Technologiebereich“) vor. Beide Werke greifen auf Artikel, Memoranden und Papiere zurück, die in den letzten Jahren in Rüstungskontrollgruppen, Kirchen, Gewerkschaften und diversen Bürgerinitiativen zirkulierten. Die geistigen Vorfahren sind nicht schwer auszumachen: Die Arbeiten Leontiefs und der *Monthly Review*, von Bluestone, Lauria, Bowles, Gordon, Gintis und anderen. Im wirtschaftlichen Bereich sind es die Arbeiten von Barnett, Lefebvre, Walters und Williams über den amerikanischen Imperialismus, von Marion Wright Edelman und Francis Fox Pliven über die Armut, von Gross und Mills über die Gesellschaft. Sind diese Dokumente nur vereinzelte Glücksfälle einer Konvergenz zwischen linkem akademischem Geist und aktueller Politik? Eine weitere Reihe von Arbeiten legt den Schluß nahe, daß es sich keineswegs um Einzelfälle handelt.

Erst kürzlich nämlich veröffentlichten 148 demokratische Abgeordnete des Repräsentantenhauses – eine Mehrheit der Demokraten in dieser zweiten Kammer des amerikanischen Parlaments

– ein Dokument über eine „Strategie der hohen Produktion zum Wiederaufbau Amerikas“:

Representative Richard Ottinger and 148 Democratic Members of the House of Representatives, „A High Production Strategy to Rebuild America“ and „National Economic Recovery Project“. Gar Alperovitz and Jeff Faux, *Rebuilding America, A Blueprint for the New Economy*, Pantheon, New York, 1984.

Toward a Transformation of American Society, Penguin, New York, 1983.

Alan Gartner, Colin Greer, Frank Riessman, *Beyond Reagan, Alternatives for the 80s*, Harper Colophon, New York, 1984.

Thomas Byrne Edsall, *The New Politic of Inequality*, Norton, New York, 1984.

Irving Howe, editor, *Alternatives, Proposals for America from the Democratic Left*, Pantheon, New York, 1984.

In dieser Veröffentlichung werden einige der genannten Themen rekapituliert und ausführlicher behandelt. Gefordert werden eine „nationale Investitionseinrichtung“, ein umfangreiches Bildungsprogramm, ein Wiederaufbau der Infrastruktur und „Strategien zur Förderung der Beteiligung der Arbeitnehmer an unternehmerischen Entscheidungen, am Unternehmensgewinn und am Vermögen amerikanischer Kapitalgesellschaften zwecks Verbesserung der Qualität des Arbeitslebens, Steigerung der Produktivität und der Innovationen. Zum Beispiel wird in dem Dokument auch die Wiederverstaatlichung der Zentralbank, des Federal Reserve Board, verlangt. Diese Bank soll angewiesen werden, im Rahmen eines zweistufigen Kreditsystems „produktive Investitionen“ anzustreben. Die Unterzeichner fordern Maßnahmen zur Kostenkontrolle in den kritischen Bereichen Energieversorgung, Lebensmittel, Gesundheits- und Wohnungswesen und stellen sich auf den Standpunkt, daß Umweltschutzmaßnahmen mit produktiven Investitionen gleichgesetzt werden könnten.

Das „National Economic Recovery Program“ (Programm zur Sanierung der Volkswirtschaft) ist mehr als jeder andere Anhaltspunkt ein Hinweis darauf, daß eine erhebliche Zahl demokratischer Abgeordneter als Sozialdemokraten einzustufen sind, das heißt, durchaus bereit sind, dem Staat eine positive Rolle bei der Verteilung des Sozialprodukts und eine wirtschaftsleitende und -planende Funktion zuzuwenden. Anders ausgedrückt: Sie stellen gesamtgesellschaftliche Werte über Eigentumsrechte, gemeinsame Ziele über einen „freien“ Markt.

Samuel Bowles, David Gordon, Thomas Weisskopf, *Beyond the Waste Land, A Democratic Alternative to Economic Decline*, Achor-Doubleday, Garden City, New York, 1983.

Joshua Cohen and Joel Rogers, *On Democracy*,

Die Vorhaben dieser Werke sind ehrgeizig. Ihr Ziel ist zum einen die Ausrottung von im derzeitigen sozioökonomischen Denken Amerikas verbreiteten Irrtümern über Tatsachen und deren Deutung, zum anderen die Vorstellung alternativer Modelle des Selbstverständnisses und die Bekanntmachung konkreter Programme. Jedes dieser Werke verwirft die Kosten-Nutzen-Analyse als das, was sie ist: eine weitschweifige Unsitte, gepflegt von in bescheidenen Verhältnissen lebenden Akademikern, die sich von dem Typus des Wirtschaftsführers beeindruckt lassen, der ständig Schlagworte wie „Kostenminimum“ und „Kostenoptimum“ im Munde führt. Die Topmanager an den Konzernspitzen haben einen feineren Stil und achten darauf, von Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit zu sprechen. Erschreckend ist dagegen zu hören, wie die Akademiker deren Buchhaltungsleiter imitieren.

Jedes der genannten Werke fordert eine Wiederherstellung der politischen Dimension in der politischen Ökonomie – politisch im Sinne unseres gemeinsamen Lebens, in dem Sinne, daß der Mensch anders behandelt wird als ein Werkzeug und Gegenstand von Berechnungen. Das Buch von Alperovitz und Faux enthält in Wirklichkeit viel mehr, als sein schon ehrgeiziger Titel verrät. Es enthält die Elemente einer neuen Sicht der Wirtschaft, nämlich als einer solchen, in der das wirtschaftliche Handeln sich immer am Allgemeinwohl orientiert. Die lehrreichen Aufsätze von Lekachman, Harrington und Kuttner in Howes Buch und von Nader in dem von Gartner herausgegebenen Buch sprechen die gleiche Sprache.

Ein anderes herausragendes Thema ist der Planungscharakter des zeitgenössischen Kapitalismus. Die Apologetik der „freien Marktwirtschaft“ ist tatsächlich in den meisten Fällen ein absichtlicher, ideologisch motivierter Betrug. Die Manipulation der Fiskal-, Geld- und Währungspolitik

im Interesse einflußreicher Klientengruppen, die globale Verschiebung von Ressourcen durch Mammutkonzerne sind Fälle der Planung durch die öffentliche Hand und den privaten Sektor, ohne die der heutige Kapitalismus nicht funktionieren könnte. In durchgehend sachlich-distanziertem Ton, der die Schärfe seiner Analysen noch deutlicher macht, weist Edsall nach, daß die heutigen Strömungen in der Republikanischen Partei einen planvollen Angriff und eine planvolle Vereinnahmung des (die Wirtschaft) „regulierenden Staates“ darstellen.

In der Welle der Reaktion, die nach dem Ersten Weltkrieg einsetzte, bewarb sich Taft mit Erfolg um das Amt des Obersten Richters, um sich der Flut des „Sozialismus“ entgegenzustemmen. Er definierte Sozialismus als verfassungsrechtliche und einfach-rechtliche Norm, die die völlige Freizügigkeit des Kapitals etwas einschränken würde. Unter den gegenwärtigen Inhabern der Macht gibt es keine so „große“ Figur – aber es gibt Hunderte von kleinen Tafts.

Die hier besprochenen Werke gehen auch auf die Frage ein, inwieweit der heutige amerikanische Kapitalismus von unserem Imperium und unserer Kriegsmaschinerie abhängig ist. Aber eine definitive Antwort wird nicht gegeben. Gordon Adams zeigt in seinen Beiträgen sowohl zu den Werken Howes wie auch Gartners, daß die ruinöse Belastung der Volkswirtschaft durch die Rüstungsausgaben durch weit billigere Programme ersetzt werden kann – die zudem unsere Sicherheit erhöhen würden. Cohen und Rogers bieten eine wertvolle Diskussion über den Staat der Nationalen Sicherheit und über die zwangsläufig damit verbundene immer stärkere Einschränkung von Freiheitsrechten an.

Der kollektive Pessimismus der Autoren hat allerdings seine Grenzen. Keiner von ihnen wirft den Gedanken auf, daß das zeitliche Zusammenfallen eines neuen Vietnam (vielleicht in Mexiko, sollte man sich dort einmal entschließen, die Revolution ernst zu nehmen) und einer Wirtschaftskrise leicht zu einem amerikanischen Bürgerkrieg führen könnte – aus dem wir nur dadurch wieder herauskämen, daß wir die Last des imperialen Erbes aus dem 20. Jahrhundert abwerfen oder uns in einen Militärstaat verwandeln. Unterschwellig durchzieht aber dieser Gedanke diese Bücher, und sie bringen durchaus das zentrale politische Thema der näheren Zukunft zur Sprache. Können die Bürger unseres Landes sich über die systema-

tische Verdummung hinwegsetzen, die von den Medien und den Schulen, der Verflachung der politischen Diskussion und der Einschränkung der sozialen Phantasie ausgeht?

Die Autoren vertreten einstimmig und nachdrücklich den Standpunkt, daß zwischen unserer Gesellschaft und der übrigen Welt wechselseitige Abhängigkeit besteht. Die Rolle der Arbeitsplätze exportierender amerikanischen Konzerne und deren Verflechtung mit dem imperialen Machtapparat wird verdeutlicht. Wenn auch noch vorsichtig prüfend, so werden doch Verbindungen hergestellt zwischen der neuen Rentiersmentalität derjenigen, die sich so gern als Unternehmer darstellen. Die USA sind zum Bankier, Versicherer, Spekulanten für einen Großteil der Welt geworden. Ein riesiges neues Hongkong ist im Entstehen, bis hinunter zu einer unterbezahlten Arbeitnehmerschaft, während zur selben Zeit andere Nationen die Grenzen der Produktion erweitern. Hier muß ich meine kritischen Bemerkungen über die Servilität amerikanischer Akademiker teilweise korrigieren: Wenn Alperovitz und Faux die Kurzsichtigkeit des amerikanischen Managements schildern, brauchen sie nur die *Harvard Business Review* zu zitieren.

In den Büchern steht vieles, was zur Klärung in der zur Zeit laufenden Reindustrialisierungsdebatte beiträgt. Die Wahl, vor der wir stehen, ist die zwischen einer Wirtschaftsplanung durch ein Konsortium aus Konzernen und der US-Bundesregierung mit einer sehr kleinen Rolle für (geschrumpfte) Gewerkschaften – oder ein Experiment in Dezentralisierung und Demokratisierung der Wirtschaft. Aufgaben genug erwarten uns: der Wiederaufbau unserer Infrastruktur (Wiederaufbau bzw. Modernisierung von Brücken, Straßen, Kanalisationsnetzen, die Wiedereinführung des Eisenbahnpersonenverkehrs und des öffentlichen Nahverkehrs, Heizung mit Sonnenenergie und Wärmeisolierung), die Herstellung bzw. der Bau von Investitionsgütern für die verarmten Nationen, die Revitalisierung unseres Bildungssystems. Inzwischen geht die aktuelle Tendenz in der Wirtschaft in Richtung auf eine „Freisetzung“ bzw. Ersetzung des Menschen. Je mehr Maschinen eingesetzt werden, desto weniger Arbeitskräfte werden benötigt. Dies könnte den Weg eröffnen zu einer Arbeitszeitverkürzung, zu einer Nutznießung der gestiegenen volkswirtschaftlichen Produktivität durch die Allgemeinheit, zur Wahrnehmung kultureller Interessen neben de-

Wir informieren über das 4. Vermögensbildungsgesetz:

VOLKSFÜRSORGE- INFORMATION

LEBENSVERSICHERUNG

Vermögensbildung von 624 Mark auf 936 Mark erhöht.

Die vermögenswirksame Lebensversicherung der Volksfürsorge ist jetzt attraktiver denn je!

Denn sie allein bietet vom ersten Tag an vollen Versicherungsschutz plus hohe Rendite.

Geringer Eigenaufwand.

Der Arbeitgeber erbringt im allgemeinen sparzulagebegünstigte vermögenswirksame Leistungen bis zu 624 DM jährlich, so daß Sie bei Anlage von 936 DM jährlich nur den Restbetrag dazuzahlen.

Sprechen Sie mit einem unserer 35.000 Mitarbeiter. Er berät Sie gern.

Keine Sorge -

Volksfürsorge
Wir haben für alles eine Lösung

Gutschein

- für Informationsmaterial zur Vermögensbildung,
- über die gesamte Volksfürsorge-Angebotspalette,
- für eine kostenlose und unverbindliche Beratung.

NG

Name: _____ Alter: _____

Straße: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Gutschein auf frankierte Postkarte kleben und senden an:
Volksfürsorge, Postfach 10 64 20, 2000 Hamburg 1, Abtlg. zva.



nen der rein materiellen Existenz. Die Reichen haben mit Sicherheit die ihnen zur Verfügung stehende Freizeit kaum verdient – warum nicht den Zugang zu dem, was bald eine Ressource werden könnte, demokratisieren?

Das würde allerdings einen neuen politischen Willen, ein neues Bewußtsein erfordern. Wie stehen denn nach Meinung der genannten Autoren die Chancen, einen solchen bzw. solches zu entwickeln? In uncharakteristisch elegischem Ton erklärt Irving Howe, es werde auch wieder einmal unsere Zeit kommen. Vielleicht – aber um welchen Preis? Und was ist, wenn es zur äußersten Katastrophe kommt? Schließlich kennt die Geschichte unseres Jahrhunderts (und früherer Jahrhunderte) irreversible Prozesse, versäumte Chancen, Niedergang und Niederlagen genug.

Mit sehr unterschiedlicher Ausdrucksweise erklären die Autoren, grundlegende Änderungen im öffentlichen Bewußtsein Amerikas, genauer dessen Wiederherstellung, seien bzw. sei möglich. Sie nehmen aber keinen provinziellen Standpunkt ein: Sie erkennen an, daß wir von den europäischen Wohlfahrtsstaaten und deren „Sozialpakten“ viel zu lernen haben.

Diese „Pakte“ oder „Gesellschaftsverträge“ beruhen aber auf der politischen Rolle starker Gewerkschaften und reformistischer Parteien. Diese wiederum schaffen Unterstützung und (materielle) Hilfsmittel für eine kritische Intelligenz. Hier sind wieder Edsalls Ausführungen über die negativen Folgen des Niedergangs der amerikanischen Gewerkschaften sehr lehrreich – ein Thema, das auf kleinerem Raum auch von Aronowitz in Gartners Buch behandelt wird. Die Demokratische Partei war am stärksten reformistisch in der Zeit, als dreißig Prozent unserer Arbeitnehmer-schaft und die meisten Arbeiter in der Produktion gewerkschaftlich organisiert waren. Die Programme der „Great Society“ wurden von den Gewerkschaften unterstützt – oft von denen des öffentlichen Dienstes, die am stärksten von der Bewegung der Schwarzen und der Frauenbewegung beeinflusst waren.

Es gibt viele Gruppen, wie z.B. die Frauen (über die Barbara Ehrenreich in Howes Band schreibt) oder die Verbraucher (im Beitrag von Nader behandelt), die das frühere Gewicht der Gewerkschaften teilweise ersetzen könnten. Aber wenn und solange die Amerikaner nicht den grundlegenden Zusammenhang zwischen ihrem Geschick in der Arbeitswelt und ihrer staatsbür-

gerlichen Funktion einsehen, wird unsere Politik immer Stückwerk bleiben. Die Dummheit und Oberflächlichkeit des Typs der „jungen Städter in gehobener beruflicher Position“, die Hart unterstützen, bestätigt zweifellos Laschs Sicht des Narzißmus: Der Gedanke, daß diese verzogenen Kinder die Geschichte ändern könnten, ist ein geschmackloser Witz.

Die Wähler Harts stellten sicherlich eine Gruppe dar, die fälschlich für eine kulturelle Avantgarde gehalten werden könnte. Sie ist aber in ihrer Wirtschafts-ideologie desorientiert und in ihrem Verhalten karrieristisch und privatistisch. Sie hat wenig sichtbare Führungsfähigkeit. Harts eigenes Zögern in der Kampagne, welches ihn die Nominierung kostete, spiegelt die Unsicherheit dieser Gruppe wider.

Das analytischste und umfassendste dieser Werke ist das von Bowles, Gordon, Weisskopf. Es enthält eine systematische Analyse des Niedergangs Amerikas in der letzten Zeit und führt diesen auf institutionelle Entwicklungen zurück – nicht auf hypothetische ökonomische Prozesse, die dann isoliert von der geschichtlichen Entwicklung behandelt werden. Diese Entwicklungen sind der Niedergang von Amerikas weltweiter Machtposition, das Ende des sowieso bislang allenfalls in einem experimentellen Stadium existiert habenden „Sozialpakts“ zwischen Kapital und Arbeit in Amerika, das Wiedererwachen des Interesses der Bürger an wirtschaftlichen Fragen, dokumentiert in der Verbraucher- und der Umweltschutzbewegung. In der Dekade 1970–1980 führten diese Entwicklungen zu einem Patt, welches am Ende der Dekade durch die Gegenangriffe des Kapitals im Reagan-Programm durchbrochen wurde. Auf der Suche nach den echten Grundlagen eines alternativen Wirtschaftsprogramms präsentieren die Autoren (Universitätslehrer der politischen Ökonomie, die mit Gewerkschaften und Bürgerbewegungen in enger Verbindung stehen) eine hervorragende Analyse der Verschwendung. Sie behaupten, daß unser Sozialprodukt etwa fünfundvierzig Prozent höher sein könnte, wäre da nicht die Verschwendung in verschiedenen Formen (Unterausnutzung des menschlichen Arbeitspotentials, Ausgaben für Dinge wie Werbung und militärische Ausrüstungen, überzogener Energieverbrauch). Die Kategorie „Verschwendung“ enthält offensichtlich ein politisch-philosophisches Urteil – aber das gilt auch für einen „neutralen“ Ansatz

der ökonomischen Analyse, der alle Rechnungseinheiten gleich behandelt.

Darüber hinaus leisten die Autoren einen Beitrag zur Analyse und Quantifizierung der Fragestellungen, mit denen sich die Alternativbewegungen bzw. die sozialistisch orientierten Kritiker des Kapitalismus in allen fortgeschrittenen Gesellschaften befassen. Weiter legen sie ein äußerst detailliertes Programm zur Sanierung bzw. Umgestaltung der amerikanischen Wirtschaft vor. Hier schlagen sie die Brücke zu Themen in den anderen hier besprochenen Werken: von einem übergeordneten ökonomischen Standpunkt ist das derzeitige amerikanische Wirtschaftssystem stark ineffizient, erzeugt die falsche Art von Gütern, nicht ausreichend richtige, und verursacht beim Einzelmenschen und der Gesellschaft insgesamt Deprivation jeder Art bis hin zu pathologischen Erscheinungen, die durch die Arbeitsweise des Systems (dessen Bestandteil sie ja sind) noch verfestigt bzw. verstärkt werden.



Unter Benutzung eines formvollendet direkten Vokabulars ist den Autoren bei Einhaltung einer marxistischen Methodik der Nachweis gelungen, daß die inneren Widersprüche der amerikanischen Gesellschaft mit deren Struktur funktional verknüpft sind. Tatsächlich repräsentieren diese Autoren einen neueren und subtileren Marxismus an den amerikanischen Universitäten. Ihr Einfluß ist immerhin so merklich, daß sie einen Anteil im *Wallstreet Journal* provozierten (zweifellos geschrieben von einem Vulgärpolemiker mit minimalem akademischem Niveau), in dem die Meinung vertreten wird, daß akademische

Freiheit ihre Grenzen habe. Lehrveranstaltungen über den Marxismus könnten an unseren Universitäten abgehalten werden, aber Lehrveranstaltungen, die von einer marxistischen Perspektive ausgehen, sollten verboten werden. Andernfalls, hieß es in dem Artikel, bestehe große Gefahr, daß wir unsere Freiheit an den „Kommunismus“ verlore.

Natürlich ist das literarische Geschick, mit dem diese Werke erstellt wurden, unterschiedlich. Die von Gartner und anderen sowie von Howe herausgegebenen Bände haben die Mängel ebenso wie die Vorzüge von Symposien. Jeder enthält eine Vielfalt von Perspektiven sowie lehrreiche Daten und vermittelt ein Körnchen Hoffnung. Die „Black Coalition“ und die „Machinists“ sprechen oder schreiben offen und direkt. Cohen und Rogers liefern uns einen neuen Marxismus in einer so einwandfrei hölzernen Sprache, daß eine Berufungskommission kaum irgendwelche Einwände machen könnte. Trotzdem bringen sie wesentliche Fragen der amerikanischen politischen Philosophie, ja der politischen Philosophie überhaupt zur Sprache. Edsalls Prosa ist knapp, seine Argumente sind detailliert und vor allem stichhaltig. Die Beschreibung des politischen Überbaus der in letzter Zeit in Amerika stattfindenden wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen ist definitiv. Bowles, Gordon, Weisskopf dagegen haben wahrscheinlich ein Werk verfaßt, das als Handbuch für das nächste Jahrzehnt sozialer Konflikte dienen kann. Alperovitz und Faux schließlich haben den in vieler Hinsicht originellsten Beitrag geleistet – eine eindrucksvolle Kombination eines unmittelbaren politischen Projekts mit einer Vision von einer Gesellschaft, die Würde, ja sogar Leidenschaft besitzt. Derzeit konzentriert sich die Leidenschaft am anderen Ende unseres politischen Spektrums. Jackson spricht mit moralischer Inbrunst für die Ausgebeuteten, und die Ausbeuter sind bis zum äußersten entschlossen, nicht auf eine einzige Steuervergünstigung zu verzichten.

Bücher allein werden das schlummernde moralische Potential der gestaltlosen amerikanischen Mittelklasse nicht reaktivieren – aber diese Bücher zeigen, daß es in der allgemeinen Finsternis auch noch einige Lichtblicke gibt.

(Übersetzung aus dem Amerikanischen von Werner W. Schnurr)

Klaus Bloemer: Deutsche Reaganauten auf Gegenkurs zu Europa

*Dr. Klaus Bloemer, Jahrgang 1921, ist Publizist und
Auslandsreferent in Bonn. Er ist in Beratungsgremien der SPD aktiv. Er war Chefredakteur in
Deutschland und Großbritannien sowie 14 Jahre im
diplomatischen Dienst. — Der Autor legt Wert auf
die Feststellung, daß der vorliegende Artikel aus-
schließlich seine persönliche Meinung darstellt.*

Europapolitische Rhetorik haben wir satt. Unaufhörlich verkündete Anstöße zur Politischen Union werden auch beim EG-Gipfel in diesem Frühsommer nichts Handfestes erbringen. Die Briten denken nicht im Traum daran, Verbindlichkeiten in Europa einzugehen, die über nützliche Wirtschaftsverflechtungen und allgemein gehaltene Stellungnahmen zu außenpolitischen Einzelthemen hinausgehen; in ihrem Gefolge bewachen andere Gemeinschaftsländer — von Dänemark bis Griechenland — eifersüchtig ihre souveränen Entscheidungsräumlichkeiten. Das niederländische *NRC-Handelsblad* hat neulich einmal Bundeskanzler Kohl vorgehalten, für ihn spiele Europa vor allem eine gehaltene verbale Rolle im Hinblick auf die Wiedervereinigung Deutschlands, da er doch nicht müde werde zu betonen, daß die „offene deutsche Frage“ allein im europäischen Rahmen gelöst werden könne.

Aber keineswegs nur unter diesem nationalen Aspekt kollidieren auch deutscherseits entschiedene Vorbehalte mit dem Anspruch, in Westeuropa einem kollektiven Recht auf Selbstbestimmung Geltung zu verschaffen; denn nach wie vor sperrt sich die Bundesregierung gegen dafür unerläßliche Schritte in Richtung auf reguläre Währungseinheit und eine im Bündnis mit Amerika autonome Verteidigungsorganisation — beides Voraussetzungen für ausreichende Entfaltungsfreiheit einer den europäischen Interessen folgenden Sicherheitsdiplomatie.

Überraschend viele US-Kommentatoren werteten den März-Beschluß von Brüssel, mit der Aufnahme Spaniens und Portugals das Dutzend in der EG vollzumachen, als starken Auftrieb für die Europäische Gemeinschaft, die nunmehr im Bruttosozialprodukt mit den USA gleichzöge und sie in ihrer Bevölkerungszahl deutlich überträfe. Diese Entwicklung sollten — nach Meinung des *Houston Chronicle* — Amerikaner und Japaner angesichts ihrer gegenwärtigen Streitigkeiten im Auge behalten.

Im politischen Bewußtsein und Handeln Washing-

tons und der Westeuropäer selbst scheint dieser Sachverhalt jedoch kaum einen greifbaren Niederschlag zu finden: auf beiden Seiten des Atlantik wird hingegen die Vielzahl — und damit verbundene Interessenvielfalt — der europäischen Gemeinschaftsstaaten eher als zusätzliches Hemmnis denn als substantieller Grundstock für neue Eigenständigkeit des Alten Kontinents gesehen. Immerhin hat die Reagan-Administration gerade rechtzeitig das Einladungsprogramm zum „Sternenkrieg“ parat, um ernsthafte Bestrebungen europäischer Selbstbehauptung erst gar nicht aufkeimen zu lassen. Aus amerikanischer Sicht durchaus verständlich, ist die Bundesrepublik bevorzugte Ansatzstelle für alle Vorhaben, die der Einschnürung des westeuropäischen Territoriums und Potentials in die Globalstrategie der USA dienlich sein können; der spezifisch deutsche, Souveränität beschränkende Friedensvertragsvorbehalt, amerikanische NATO-Privilegien und Protektorschahheit in West-Berlin bieten sich hierzu an. Bisher sind erkennbar noch von keiner Bundesregierung Erwägungen darüber angestellt worden, wie sich — ohne die Substanz der freiheitlichen Gesellschaftsordnung aufs Spiel zu setzen — dieser zur Sonderbehandlung eingeladene Zustand zugunsten einer europäischen Aktionseinheit verändern ließe. Solange das aber nicht geschieht, bleibt auch alles Reden über eine politische europäische Entwicklung „in zwei Geschwindigkeiten“ leerer Wahn; denn auch nur ein deutsch-französisches Tandem würde alsbald zur Schnecke gemacht.

Der Status quo deutscher Manipulierbarkeit und Entscheidungsschwäche dürfte wahrhaftig jede Unternehmung zunichte machen, ein politisch handlungsfähiges Europa auf den Weg zu bringen. Wie aber sollen unter solchen Bedingungen jemals auf friedliche Weise längst überfällige Modifikationen des Status quo im geteilten Europa in Gang gesetzt werden?

„Nach dem gelungenen Raketentest mit Pershing 2 (exklusiv) auf deutschem Boden dürfte das Washington Reagans kaum zögern, die Dankbarkeit für gewährte Hilfestellung (bei der Wende) und das eingetübte Wohlverhalten der ausführenden Organe in Bonn weiteren Proben zu unterwerfen.“ (Verf. in NG 1/84) Der nächste Test erlebt soeben seinen Countdown; die Regierung Kohl darf darauf warten, ob deutschen Zulieferanten ein Blick in die SDI-Forschungskapsel erlaubt wird. Häufig genug haben sich in letzter Zeit amerikanische Medien um die „fußkranken Westeuropäer“ im technologischen Wettlauf gesorgt, so daß diese schon selbst Diagnosen wie „Europessimismus“ und „Euro-

sklerose“ für sich übernommen haben. Einschlägige deutsche Konzerne tummeln sich um den Köder einer Forschungsbeteiligung, der von cleveren US-Politikern ausgelegt wurde, um vor allem der deutschen Bundesregierung ein schmackhaftes Argument für den Einstieg in eine neue Hochrüstungsrunde zu liefern. In interessierten Wirtschaftskreisen und bei deren Förderern aus dem politischen Spektrum der Bundesrepublik hegt man gewiß wenig Hoffnung auf einen amerikanischen Sinneswandel, der ausgerechnet bei dem militärisch höchst sensiblen SDI-Programm hinsichtlich einer ungehinderten Weitergabe innovationsträchtiger Forschungsergebnisse an europäische Firmen eintreten könnte; aber sie erkennen sehr wohl ihre Vorteile, die sich aus einem erheblichen Zufluß von staatlichen Subventionen für die eigene Gewinnmaximierung ergeben würden. Bewußt macht sich Washington solcherart merkantile Anreize gerade bei westdeutschen Unternehmen zunutze, um die amerikanische Hegemonie in Westeuropa zu zementieren, wozu auch das Auseinanderdividieren durch eine Forcierung national- und betriebsökonomischer Einzelinteressen beiträgt, die wiederum dem Wettbewerbsvorsprung der High-Tech-Industrien in den USA zugute kommt.

Die vom Pentagon eingeschlagene Linie, jede Zusammenarbeit in der SDI-Forschung mit einer westeuropäischen Staatengruppe oder einem transnationalen Wirtschaftskonsortium grundsätzlich auszuschließen, weist eindeutig in diese Richtung. (Ein Gesetz aus dem Jahr 1984 gibt Weinberger und seinen Mannen ohnehin jedwede Möglichkeit, den Zugang zu Informationen zu unterbinden, deren Bekanntwerden das US-Waffenexport-Kontrollgesetz verletzen könnte.) Überhaupt ist die echte oder gespielte Blauäugigkeit vorrangig deutscher Politiker, die europäische Einigkeit oder gar Einheit als Wunschbild der Amerikaner schlechthin darzustellen suchen, letztlich ein fatales Manöver von Selbstbetrug. Das geht schon auf die Ära um John F. Kennedy zurück, der vom „Europa mit einer Stimme“ schwärmte, während er Verwässerung des Französisch-Deutschen Freundschaftsvertrages von 1963 betrieb, mit England das Atom-Sonderabkommen von Nassau schloß und über den „Trade Expansion Act“ sowie im „Hähnchen-Krieg“ die damaligen EWG-Positionen scharf unter Feuer nahm. Die heutigen Politikmacher in Washington wenden keineswegs differenziertere Mittel und Töne an, wenn es um die Disziplinierung ihrer Schutzbefohlenen in der Alten Welt geht; sie sind gewiß die letzten, die ihre Befehlsgewalt und Aufsichtsfunktion in Westeu-

ropa zur Disposition stellen wollten. Die Reaganisten paraphrasieren schlicht das Lenin-Wort nach ihrem Gusto: Wer Westdeutschland besitzt, hat Westeuropa unter seiner Kontrolle.

So kann es eigentlich nur trübsinnig stimmen, wenn der Kanzler sich oder anderen einzureden versucht, die Bundesrepublik könnte etwa durch ein Mitwirken an der SDI-Forschung Einfluß auf die Weiterführung dieses Programms, noch dazu im Kontext mit den Genfer Rüstungskontrollgesprächen, gewinnen. Amerikanische Antworten darauf liegen schon pauschal auf dem Tisch: In Einzelschreiben hat der inzwischen als neuer US-Botschafter in Bonn designierte Richard Burt schon Ende vergangenen Jahres die sieben Mitgliedsregierungen der WEU vor dem Versuch gewarnt, außerhalb des NATO-Rahmens (also ohne direkte Beteiligung der USA) eine gemeinsame Position zu Fragen der Rüstungskontrolle zu erarbeiten. (Die britische *Financial Times* bemerkte am 2. 4. 85 dazu: Die scharfe US-Reaktion bedeute, daß Washington nur bereit sei, eine Wiederbelebung der WEU unter den von ihr gestellten Bedingungen hinzunehmen.) Der Warnschuß dürfte vor allem Bonn gegolten haben, wo er auch im Hinblick auf die dort abgehaltene WEU-Konferenz vom 22./23. April verstanden worden ist: Ein Nein dieser Bundesregierung auch zu bilateraler SDI-Hilfswilligkeit war also schon vor letztem Jahresende so gut wie ausgeschlossen. Das Palaver im trauten Bonner WEU-Kreise, wo man das SDI-Thema erst gar nicht auf die offizielle Tagesordnung gesetzt hatte, macht schon ein Ausrufungszeichen dahinter. Genscher erging sich mal wieder in europapolitischen Alibiübungen am Hochreck der starken Worte, die nicht mehr bedeuteten als Bekundungen zu einem bißchen Schwangerschaft im amerikanischen Mutterleib. Und das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als Einbindung der Bundesrepublik in alle politischen Risiken, die sich aus der Entwicklung und Aufstellung eines Weltraumschirms zum Schutz der USA ergeben, wie der Vorsitzende des außenpolitischen Senatsausschusses, Richard Lugar, auf der deutsch-amerikanischen Tagung in Dallas verdeutlichte. Das *Mitgegangen-Mitgefangen* (vielleicht aber auch *Alleingehangen*) in dieser „Partnerschaft“ unterstrich bei selbiger Gelegenheit noch der ehemalige Vize-Außenminister Lawrence Eagleburger: „Bitte vergessen Sie nicht, daß wir Entwicklung meinen, wenn wir Forschung sagen.“

Sollte sich das SDI-Programm als Zeitzünder unter den Verhandlungstischen in Genf erweisen, dann könnten deutsche Träume der Einbettung im westli-

chen Europa sowie von freundschaftlichen Beziehungen über die Flußbetten von Elbe und Werra hinweg sich sehr schnell in Alpdrücke verwandeln. Wie das neue Null-Konzept für Genf bislang gehandhabt wurde, erläuterte neulich erst der demokratische Mehrheitsführer im US-Repräsentantenhaus, Jim Wright: „Vor einem Jahr wurde uns erzählt, wir sollten für MX stimmen, weil die Russen nicht am Verhandlungstisch saßen. Heute wird uns gesagt, wir sollten für MX stimmen, weil die Russen am Verhandlungstisch seien.“ — Sehr ähnlich verhält es sich mit Reagans Argumentationsmuster in der SDI-Frage: Zuerst hieß es, dieses Projekt habe die Russen an den Tisch in Genf zurückgebracht; heute erfährt man, daß die Sowjets in der Erforschung von raumgestützten Abwehrsystemen den USA weit voraus seien.

In Anbetracht solcher Perspektiven zeigen sich deutsche Meinungsmacher besorgt, das deutsch-amerikanische Verhältnis könne über eine distanzierte Haltung von Außenminister Genscher zum Forschungsprojekt der Weltraum-Verteidigung ins Zwielicht geraten (*Die Welt*, 2. 4. 85): Die Kette der Mißverständnisse mit den USA könne nicht überwunden werden, solange sich die Bundesrepublik in die Rolle des Wortführers der europäischen Eigenständigkeit hineinsteigere. Selbst der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* als anderem Promotor amerikanischer Europapolitik in der deutschen Medienszene scheint derart scharfer Tobak nicht zu schmecken. Zwar werden in einem Leitartikel (28. 3. 85) Zweifel daran geäußert, daß die Bundesregierung gewisse „Bedingungen“ für eine Forschungsbeteiligung an SDI (Verzicht der USA auf Überlegenheit und eine kooperative Entwicklung mit der Sowjetunion) jemals erfüllt bekäme; weil aber eine Absage an die USA „ein schwerer Fehler“ wäre, würden damit neue politische Diskussionen über die Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den Bonner Parteien unvermeidlich sein.

Die Grundlage — nicht für eine neuerlich erbiterte Polarisierung, sondern für einen „nationalen Solidaritätspakt“ — hat Willy Brandt im *SPIEGEL*-Gespräch (Nr. 10/1985) skizziert, in dem er überparteilich getragene Initiativen zu mehr westeuropäischer Selbständigkeit anregte: Es ginge darum, die europäische Währungsunion voranzubringen, und „anstatt sich auf diese abenteuerlichen Dinge mit dem amerikanischen Weltraumprogramm einzulassen, sollte man mit den Franzosen gemeinsam prüfen, wie wir aus eigenen zivilen Weltraumanstrengungen einen möglichst großen wissenschaftlich-technischen Nutzen für Europa ziehen könnten“.

Beide Vorschläge zielen auf festes Zusammenstehen mit Frankreich ab, zu dem sich Helmut Kohl zwar unablässig mit schönen Gesten und vollmundigen Erklärungen wie „Schulterschluss“ bekennt, während er bisher vor jeder konkreten Entscheidung zurückgewichen ist, sobald gegensätzliche Interessen der Vereinigten Staaten ins Spiel kamen. Bald könnte sich die Frage stellen, ob ein neuer deutscher Kotau vor dem Thron des Weißen Hauses nicht in Paris zur europapolitischen Resignation führt. Deutlich genug war schon die Mahnung von Philippe Lemaitre ausgefallen, die nur einen Tag nach dem französisch-deutschen Gipfel in *Le Monde* (29. 2. 85) erschien: Der Bundeskanzler bekenne sich Sonntag für Sonntag zu Europa und verlange nach einem neuen Durchbruch; aber wenn es um Dossiers und Entscheidungen ginge, sei die Haltung der deutschen Regierung von „Verweigerung, Widersprüchen und Zusammenhangslosigkeit“ gekennzeichnet. Kurz zuvor hatte schon Premierminister Fabius bei seinem Besuch in Bonn gewarnt, man dürfe im wirtschaftlichen und technologischen Wettstreit mit den USA nicht eine „Niederlage in unseren Köpfen“ entstehen lassen; „die technologische Herausforderung verlangt von uns eine offensive Antwort“.

Kohl und Wörner indessen dürften auch die im April von Präsident Mitterrand angekündigte Initiative zur Schaffung einer Agentur für die Koordinierung europäischer Forschung (EUREKA) zumindest auf Sparschienen halten, weil sie so gar nicht ins Reagan/Weinberger-Konzept paßt, das gerade ein unabhängiges Spitzentechnologie-Programm mittels gestreuter SDI-Offerten unterlaufen soll. *Le Quotidien* bemerkte denn auch zur WEU-Tagung: Trotz erfolgter Zustimmung Genschers stehe Bonn in Sachen EUREKA noch relativ weit hinter der französischen Position zurück.

Frankreich macht keinen Hehl aus seinem Bestreben, die europäische Verrechnungseinheit ECU zu einer regulären Währung in der Gemeinschaft aufzuwerten, um auf diese Weise dem Dollar Paroli bieten zu können; es festigen sich auch immer mehr französische Vorstellungen von einer gemeinsamen europäischen Verteidigung, die neue voraussehbare Entwicklungen in den USA und der Sowjetunion, auch die Auflegung eines eigenen europäischen SDI-Forschungsprogramms, einschließen sollte. (Dieses würde einer bemerkenswerten Anregung von F. J. Strauß — auf dem Wehrpolitischen Kongreß der CSU im April 1984[1] — entsprechen, wonach es notwendig sei, das US-Engagement gerade in diesem Bereich durch eigene Anstrengungen zu

ersetzen, weil in Zukunft das „Glacis Europa“ für die Amerikaner von geringerer Bedeutung sein werde.)

Soeben hat der Staatssekretär im Pentagon, Fred Charles Iklé, die Abschreckungs-Theorie für Europa verworfen (*Foreign Affairs*), weil inzwischen 80 Prozent der amerikanischen Bevölkerung den Einsatz nuklearer Kampfmittel grundsätzlich auch für den Fall ablehnten, daß „eine konventionelle Invasion in das Gebiet unserer europäischen Alliierten nicht durch nicht-nukleare Waffen zurückgewiesen werden kann“. Das entspricht zwar haargenau dem öffentlichen Meinungsbild in den westeuropäischen Ländern, nur hat man diesem bislang — z. B. bei der INF-Stationierung seitens Washingtons und einer Mehrheit von Volksvertretern in Bonn — herzlich wenig Beachtung geschenkt. Zur Sicherung des amerikanischen Sanktuariums werden indessen immer neue „Abschreckungssysteme“ entwickelt und aufgestellt, die man nunmehr auch offiziell als abgekoppelt vom „European Theatre“ betrachten darf, für das gleichzeitig auch die NATO-Doktrin der „flexiblen“ Abschreckung praktisch seine Gültigkeit verliert.

Solange jedoch die Sowjetunion über potentielle Erstschlagwaffen verfügt, die zur Bedrohung Westeuropas geeignet sind, bliebe für eine autonome europäische Verteidigung die Erhaltung einer Zweitschlagkapazität leider unerlässlich; schafft sich also die Sowjetunion einen effektiven Schutzschirm zum Auffangen eines möglichen Gegenschlages an, so werden auch für die europäischen Nuklearstaaten entsprechende Verteidigungssysteme bereitstehen müssen. — Das *Figaro Magazine* veröffentlichte am 9. Juli 1983 Ergebnisse einer Umfrage des SOFRES-Instituts, wonach 63 Prozent der Franzosen für eine gemeinsame Verteidigung Frankreichs und der Bundesrepublik eintraten; nach einer späteren, am 10. Februar 1984 im *Nouvel Observateur* herausgegebenen Umfrage desselben Instituts befürworteten 52 Prozent ausdrücklich auch die Einbringung der Force de frappe in eine gemeinsame Verteidigung der Bundesrepublik, während sich nur 28 Prozent dagegen aussprachen (das Mehrheitspotential rekrutierte sich aus sozialistischen, gaullistischen und giscardistischen Wählern). — Inzwischen wurde durch Indienst-Stellung des 6. französischen Atom-Unterseeboots, „L'Inflexible“, die nukleare Kampfkraft der Flotte mehr als verdoppelt; Verteidigungsminister Hernu kündigte an, daß bis zum Jahr 1992 die Zahl der atomaren Sprengköpfe (Reichweite 4000 km) von heute 176 auf 500 Stück steigen werde.

Bundeskanzler Kohl bekannte sich mal gegenüber dem Magazin *Le Point* (27. 10. 83) zu einer gemeinsamen praktizierten europäischen Verteidigung, ohne die er „keine großen Perspektiven für die Zukunft“ sehe: „Für mich ist es äußerst beruhigend, und ich sage es, indem ich an die französischen Nuklearwaffen denke, daß ein französischer Präsident immer an Straßburg denken muß. Denn der Rhein ist nur 300 Meter breit, und dahinter liegt Deutschland. Die Vorstellungen, die Absichten und Gedanken müssen notwendigerweise die Grenze überschreiten.“ — Das klang zwar ganz gut; aber es gibt nun mal auch in punkto Sicherheitspolitik nicht „ein bißchen Schwangerschaft“: Entweder zahlen wir weiter die atlantische Versicherungsprämie (mit beschränkter amerikanischer Haftung) oder entscheiden uns für eine autonome europäische Verteidigung — ergänzt durch eine Rückversicherung mit den weiterhin verbündeten USA. Über das SDI-Programm dürfte es zum Schwur kommen. Im Leitartikel der Londoner *Times* vom 19. 3. 1983 werden „führende Wissenschaftsautoritäten Amerikas“ herangezogen, die beispielsweise Großbritannien und die Bundesrepublik für durchaus imstande halten, erfolgreiche Forschungsprojekte zur Abwehr von Mittel- und Kurzstreckenraketen selbst auszuführen. Statt sich als Trittbrettfahrer beim amerikanischen Forschungsprogramm zu bewerben, resümiert *Times*, sollten die Europäer ihr Wissen und Können an den Spitzentechnologien für sich gebrauchen, um nicht als Juniorpartner um Abfallprodukte der Amerikaner betteln und sich mit ihnen über Kontrollfragen herumstreiten zu müssen.

Was nützen jedoch die besten Ratschläge, solange man das Verhalten der Bundesregierung so treffsicher einschätzen kann, wie es Leonard Silk (*New York Times*) in einer Vorbetrachtung zum Bonner Wirtschaftsgipfel tat: „Es bestehen gute Aussichten, daß die Westdeutschen — wie schon in der Vergangenheit — vor der Gipfelkonferenz eine höchst kämpferische Pose einnehmen, um dann aber alles, was sie sich vorgenommen haben, im Umkleideraum zurückzulassen.“

Wo eigentlich sind jene Deutsche, die — wie andere Europäer im Westen auch — dem amerikanischen Volk nicht vergessen und darauf ihre Freundschaft zu den Vereinigten Staaten gebaut haben, daß deren Soldaten sie vom Terror- und Kriegsregime der Nazis befreiten? (Unwillkürlich fallen einem Kanzler wie Adenauer und Brandt ein.) Deutsche dieses Schlages sollten doch couragiert genug sein, vier Jahrzehnte danach den Amerikanern deutlich zu sagen, daß es nun wohl an der Zeit wäre, den als

offene Gesellschaften in rechtsstaatlichen Ordnungen lebenden Völkern Westeuropas den erforderlichen politischen Freiraum zuzugestehen, um in Selbstbestimmung gemeinschaftlich eine neue Identität finden zu können. Es könnte ja sein, daß gerade die unverklausulierte Sprache zu neuen Wertschätzungen führt und ein exzessiv auf sich bezogenes Amerika zum Überdenken einer anachronistischen Europapolitik brächte. Denn wer sich als Vasall fühlt, ist selbst schuld (*Frankfurter Rundschau*, 9. 4. 85).

Nach eigener Façon ist dieser Satz im Kanzleramt ausgelegt worden, wo man mit trutzigem Charme und Schneid von Korpsstudenten die Friedhofsvisite aufs Papier geschrieben und damit den „Bitburger Gipfel“ (*Newsweek*) gekrönt hat. Bot sich so doch eine einzigartige Gelegenheit an, gleichsam „Treue um Treue“ zu demonstrieren, um von nun ab — Noblesse oblige — eine mehr oder minder bedingungslose Assistenz bei Amerikas Weltraumrüstung von deutscher Seite als Gegengabe an den hochherzigen Freund Reagan deklarieren zu können. Insofern jedenfalls war das Timing im Besuchsprogramm gekonnt: Die bilateralen Gespräche zwischen Kohl und Reagan, deren Hauptgegenstand SDI war, fanden in Bonn unmittelbar vor Bitburg statt.

So kam es schon beim Treffen der Sieben, wie es kommen mußte — und wohl auch sollte: Mitterrand sprach, von Kohl im Stich gelassen, verbittert zum SDI-Programm sein *Non*, an dem — wie im Kanzleramt schon vorausgesagt (*New York Times*, 1. 5. 85) — eine positive deutsche Antwort auf das US-Angebot ohnehin nicht scheitern dürfte. Reagan und die Seinen konnten in der schönen Gewißheit den Platz verlassen, daß das französisch-deutsche Verhältnis wieder einmal ausreichend Schaden genommen hatte, um ein politisch handlungsfähiges, ja sogar ein nur technologisch eigenständiges Europa als *Ad Calendas Graecas* verjagt erscheinen zu lassen.



GESCHICHTE DER ARBEITER— BEWEGUNG

Helga Grebing: Neubeginn oder Wiederaufbau?

Die Anfänge der politischen Willensbildung in Westdeutschland 1945—1949

Dr. Helga Grebing ist Professorin für Geschichte am Seminar für mittlere und neuere Geschichte der Universität Göttingen.

Im November 1946 schrieb Hans-Werner Richter im „Ruf“: Es sei nicht etwa, „wie es doch zu erwarten war, eine Revolution über dieses Land hingegangen, sondern (es) hat lediglich eine behördlich genehmigte Restauration stattgefunden“. Restauriert habe man das, was am wenigsten restaurierungsbedürftig gewesen sei: die politischen Parteien der Weimarer Republik. Viele Historiker der deutschen Nachkriegsgeschichte haben sich von dem Begriff „Restauration“ faszinieren lassen und seine zunächst nur auf die Parteien bezogene Verwendung verallgemeinert und zugleich inhaltlich zugespitzt: Da war von den „Determinanten der westdeutschen Restauration“ die Rede — ungeachtet dessen, daß nicht präzise angegeben werden konnte, worin denn der revolutionäre Prozeß bestanden haben könnte, hinter den mittels einer Restauration zurückzugehen gewesen wäre. Oder wollte man etwa dem Nationalsozialismus die Qualität einer Revolution zuschreiben?

Es war wohl gemeint, daß es Kräfte der Erneuerung, des Neuaufbaus, der Neuordnung gegeben hat, die an der Entfaltung von Handlungsspielräumen und Wirkungsfeldern gehindert oder doch in ihren Entfaltungsmöglichkeiten erheblich behindert worden sind. So war denn auch von der „verhinderten Neuordnung“, der „verordneten Demokratie“ und dem „erzwungenen Kapitalismus“ die Rede. Dies sollte heißen, daß namentlich die amerikanische Besatzungsmacht und die restaura-

tiven kapitalistischen Kräfte des Bürgertums sich im Nachkriegsdeutschland gegen den Willen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung durchgesetzt haben. Der Begriff der „Restauration“ ist zunehmend als ein politischer Kampfbegriff benutzt worden und besaß schließlich nur noch eine sehr begrenzte analytische Brauchbarkeit.

Aber auch das anstelle des Restaurations-Begriffs häufig verwendete Begriffspaar zur Deutung der Nachkriegszeit in Westdeutschland, nämlich: Kontinuität und Wandel, verdankte seine Konjunktur eher einer Verlegenheit als analytischem Scharfsinn. Deshalb werden seit einiger Zeit in der Forschung zur deutschen Nachkriegsgeschichte Beschreibungsvarianten an die Stelle von Begriffshülsen gesetzt. Man sieht sich irreparablen Kontinuitätsbrüchen gegenübergestellt (Ende der Rolle der Großgrundbesitzer als Teil der politisch herrschenden Klasse, Ende der preußisch-deutschen Militärgeschichte, Schwächung der antidemokratischen Kräfte und zunächst jedenfalls Eindämmung der politischen Einflußnahme der Unternehmer); man registriert tiefgreifende materielle Zerstörungen (von Teilen der Wirtschaft und der gesamten Infrastruktur) und eine Reihe von Zusammenbrüchen (der staatlichen Institutionen, aber auch des sozialstrukturellen Netzes der Gesellschaft und der sie haltenden Normen und Wertbezüge).

Angesichts dieser Befunde spricht man von Prozessen der Rekonstruktion, Reorganisation und Rekonsolidierung von Gesellschaft, Wirtschaft und staatlichen Institutionen. Oder ganz einfach: von Wiederaufbau. Bei diesem Wiederaufbau handelte es sich jedoch nicht um einfache Abziehbilder vom Ursprungsbefund und auch nicht um eine unkritische Rückkehr zur Demokratie der Weimarer Republik, sondern um einen Wiederaufbau, der von Ansätzen zu einem demokratischen Neubeginn durchwirkt gewesen ist: von neuen Formen der Meinungs- und Willensbildung unter Mitwirkung von sozialen Bezugsgruppen, von der neuen aktiv gestaltenden Rolle der Parteien und der Verbände, von demokratischen Neuansätzen wie der verfassungsrechtlichen Fixierung der sozialen Verpflichtung privaten Eigentums und der Mitbestimmungsregelungen im Unternehmensbereich. Für eine „Stunde Null“, wie sie auch in diesem Jahr wieder zur Deutung der Zeit nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Terrorregimes angeboten wird, war indessen kein Platz.

Vielmehr gab es eine Reihe von demokratischen Neuansätzen, deren Entwicklung bald abgebrochen wurde oder deren Wirken langfristig keine Spuren hinterließ. Hierzu sind die vielen informellen sozialen Kleingruppen zu zählen: Familiengemeinschaften (die meist durch das Fehlen der Männer/Väter amputiert waren bzw. in denen Kompetenz und Initiative bei den Frauen/Müttern lagen). Nachbarschaften, Wohngemeinschaften und vor allem Betriebsgemeinschaften – alles Solidargemeinschaften, die dem Ziel der täglichen gemeinsamen Überlebenssicherung dienten. Sie waren nicht – wie vielfach abwertend behauptet wird – Ausdruck eines Rückzugs in die Privatheit und einer weitausgreifenden Entpolitisierung: Brot war nach 1945 Politik und Politik Brot, d. h. die zumindest beobachtende Anteilnahme an der Entwicklung der allgemeinen Dinge durch diese Gruppen war erheblich, denn von der Kenntnis dieser Entwicklungen waren schließlich erfolgreiche Überlebensstrategien abhängig.

Dies kann man besonders gut aufzeigen an der Rolle der Betriebsgemeinschaften, die sich scheinbar auf die Regelung der Alltagsprobleme der Arbeiter konzentrierten. Sie haben sich vielmehr weit darüber hinausgreifend der Wiederherstellung der Produktions- und Reproduktionsbedingungen gewidmet und dabei gelegentlich sogar den ehemaligen Wehrwirtschaftsführer und den nationalsozialistischen Betriebsleiter verjagt und selbst Managementfunktionen übernommen. Sie wirkten so als sozial haltende Netze im allgemeinen Chaos.

Über den Betrieb hinaus zielten ihre Vorstellungen auf eine allgemeine Problembewältigung. Doch hier zeigten sich schnell Grenzen: Viele Initiativen versandeten, weil die Möglichkeit, über die lokale Ebene hinauszugelangen, einfach am Mangel von verbindenden Verkehrsmitteln scheiterte und es zunächst auch keine einen gesamtpolitischen Willen bildende Institution gab, auf die hin solche Initiativen hätten gerichtet sein können. So wurde der Betrieb fast zwangsläufig für die Arbeiter zum Zentrum ihrer gemeinsamen Aktivitäten.

Die Chance einer einheitlichen Arbeiterbewegung hat es gar nicht gegeben

Noch bevor sich die Parteien etablieren konnten, gab es Ansätze zu einer Neuformierung der Arbeiterbewegung durch die Errichtung der

Antifaschistischen Ausschüsse oder Kampfgemeinschaften auf Wohnbezirks- und weniger Betriebsebene, überwiegend in den industriellen Zentren. Die Ausschüsse wurden überwiegend von Sozialdemokraten und Kommunisten gebildet, in einigen Fällen gehörten ihnen auch Vertreter des Bürgertums an. Ihre Entstehung im März/April 1945 war offensichtlich veranlaßt durch wenn auch nicht sehr scharfe Erinnerungen an die Rätebewegung in der Revolutionszeit 1918/19.

Auch diese Ausschüsse waren überwiegend mit der Reorganisierung des Alltagslebens auf der lokalen Ebene befaßt, mit dem Abbau des Chaos-Effekts, z. T. mit deutlich antifaschistisch akzentuierten Eingriffen in die Verwaltung und deren Anordnungen (Strafarbeiten für ehemalige Nationalsozialisten, Wohnungsrequirierungen, Einflußnahme auf die Besetzung der Posten in der Verwaltung).

Die Ausschüsse brachten jedoch, wie schon 1918 die Rätebewegung, keine einheitlichen Organisationsformen hervor und entfalteten auch keine massenmobilisierenden Handlungsinitiativen. Sie stellten vielmehr als Zusammenschluß besonders aktiver Arbeiterbewegungsfunktionäre ein Elitephänomen dar. Die Ausschüsse wurden bis Juni 1945 entweder durch die Militärregierungen aufgelöst oder stellten ihre Arbeit selbst ein. Dem entsprach, daß sich ihre Mitglieder zum Teil als Vorfeldorganisationen für eine sozialistische Einheitspartei verstanden hatten.

Die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung durch eine sozialistische Einheitspartei war nicht nur der Traum jener Sozialisten und Kommunisten, die gemeinsam Widerstand gegen den Faschismus geleistet hatten; auch die linkssozialistische Emigration – Willy Brandt gehörte zu ihr – gab der Einheitspartei zunächst gegenüber der Reorganisation der alten Arbeiterparteien den Vorrang. Das Potential der Einheitspartei-Befürworter war erheblich – stärker in den industriellen Ballungsräumen wie im Ruhrgebiet, in Sachsen, aber auch in Süddeutschland.

Daß es zur Bildung einer sozialistischen Einheitspartei in Westdeutschland nicht und in Ostdeutschland nur unter Bedingungen des Zwanges kam, lag nicht nur an den Führungen der beiden alten Arbeiterparteien SPD und KPD. Während die KPD-Führung der ideologischen Stabilisierung ihrer Kader den Vorrang gab, hat die westdeutsche SPD-Führung, und hier vor allem Kurt Schumacher, seit den Maitagen 1945

eine Vereinigung der beiden Parteien für unvereinbar mit den Zielen des demokratischen Sozialismus erklärt. Auch auf lokaler Ebene funktionierte bald die Zusammenarbeit mit den Kommunisten nicht mehr; die alte anti-sozialdemokratische Einstellung vieler Kommunisten wurde wieder lebendig; die Erkenntnis auf Seiten der Sozialdemokraten, daß man zwar mit den Kommunisten bei der Regelung aktueller Probleme zusammenarbeiten konnte, aber nie und nimmer eine gemeinsame programmatische Basis mit ihnen würde finden können, stellte sich immer deutlicher heraus, je mehr der Antisozialismus des Stalinismus ins Bewußtsein drang.

So waren es die anfangs eindeutigsten Anhänger der Einheitspartei, die Linkssozialisten, die nicht mehr müde wurden, scharfe Abgrenzungslinien zu den Kommunisten zu ziehen, und zu ihnen gehörte wiederum Willy Brandt. Die Chance für die Wiederherstellung einer einheitlichen Arbeiterbewegung war 1945/46 nicht vertan worden, es hatte sie gar nicht gegeben.

Suche nach Orientierung: Zeitschriftenkultur und Kirchen

Es muß noch ein Phänomen nur zeitlich begrenzter Wirksamkeit nach 1945 Erwähnung finden: die Zeitschriftenkultur. Für sie gab es trotz der Dominanz einiger Zeitschriften am Ende der Weimarer Republik, wie der „Weltbühne“, eigentlich keine Vorläufer. Die Zeitschriften hatten neben einigen wenigen Zeitungen von überregionaler Bedeutung in der ersten Nachkriegszeit eine Art vorübergehendes Monopol für die Diskussion politischer Ideen und wirkten stellvertretend für die noch nicht vorhandenen Institutionen der politischen Meinungs- und Willensbildung. Die Aufsätze von Eugen Kogon, Walter Dirks, Hans Werner Richter, Alfred Andersch, Walter von Cube wurden angesichts des Nachholbedarfs an Informationen und freier Meinungsäußerung lebhafter diskutiert als die zeitgleichen Äußerungen von Politikern. Dies wurde auch von den Akteuren in den Zeitschriften bewußt so verstanden: „Wir dürfen wieder öffentlich miteinander reden. Sehen wir zu, was wir einander zu sagen haben!“ schrieb Karl Jaspers in der ersten Nummer der „Wandlung“ im November 1945. Es wurde eine ausgesprochene Meinungsführerschaft in Anspruch genommen, ja sogar eine Art Sendungsbewußtsein formuliert: die Zeitschriftenherausgeber sahen sich als diejenigen, die wuß-

ten, „daß nur sie die geistige Führung der Nation zu übernehmen hatten“.

Die Geschichte dieser Zeitschriftenkultur hört 1948/49 auf: Dafür gibt es viele Gründe, und die Währungsreform war einer von ihnen; aber gewiß spielte es auch eine Rolle, daß sich die alten Zentren der politischen Meinungs- und Willensbildung, die Parteien, in der politischen Öffentlichkeit wieder durchsetzen konnten. Daß sie als solche wieder akzeptiert wurden, dazu hatte auch die Diskussion in den Zeitschriften beigetragen, deren Bewußtseinsformungs- und Bewußtseinsheilfungsarbeit nicht unterschätzt werden darf. Sie haben auch die Gewinnung eines Selbstverständnisses in den politischen Parteien gefördert und, wenn auch nur eine Minderheit der Bevölkerung, an die Demokratie gewöhnt. Auch sie waren erst recht ein Elitephänomen.

Eine breitere gesellschaftliche und politische Verankerung und Resonanz, letzteres auch gegenüber den Besatzungsmächten, fanden demgegenüber die Kirchen. Sie galten sowohl in den Augen der Besatzungsmächte wie in denen der Bevölkerung als unzerstörte, nicht zerbrochene, haltende Institutionen, die durch den Nationalsozialismus nicht belastet waren. Die Kirchen selber schätzten sich nicht nur genauso ein, sondern sie rechneten sich auch relativ umstandslos dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu. Beides war – wie wir heute wissen – zumindest problematisch. Immerhin hat die evangelische Kirche in der Stuttgarter Erklärung vom Oktober 1945 in einer uns heute sehr zurückhaltend erscheinenden Weise die Selbstanklage erhoben, „daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben“. Für die katholische Kirche erklärte Kardinal Frings 1946, daß deutsche Katholiken niemals Nationalsozialisten gewesen seien.

So wurden die Männer – es waren fast ausschließlich Männer – beider Kirchen zu Sprechern der Deutschen auch gegenüber den Siegermächten, zum moralischen Halt der vielen orientierungslos gewordenen Menschen. Kardinal Frings hat in seiner berühmt gewordenen Silvester-Predigt 1946 mitten in der ersten großen Hunger- und Energiekrise der Nachkriegszeit u. a. ausgeführt: „Wir leben in Zeiten, da in der Not auch der einzelne das wird nehmen dürfen, was er zur Erhaltung seines Lebens und seiner Gesundheit notwendig hat, wenn er es auf andere

Weise, durch seine Arbeit oder durch Bitten nicht erlangen kann.“ Seither hieß Diebstahl dieser Art nicht mehr Diebstahl, sondern „fringsen“.

Die kirchlichen Würdenträger, an der Spitze wie auf lokaler Ebene, hatten einen der Öffentlichkeit meist verborgen bleibenden Einfluß auf die Zusammensetzung z. B. der ersten Kabinette auf Länderebene bzw. auf die Benennung geeigneter Persönlichkeiten für die kommunalpolitischen Aufgaben.

Weniger erfolgreich waren die Gewerkschaften in ihrer Einwirkung auf die allgemeinpolitische Willensbildung, sieht man von der weitreichenden, aber anders akzentuierten Tätigkeit der Betriebsräte ab. Diese relative Handlungs lähmung der Gewerkschaften hatte mehrere Gründe: Der Entschluß, die Richtungsgewerkschaften der Weimarer Republik aufzugeben und eine Einheitsgewerkschaft für Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und Liberale zu bilden, erfolgte zwar einhellig; aber die Ausführung dieses Entschlusses gestaltete sich zunächst sehr schwierig: Gewachsene parteipolitische Bindungen mußten zugunsten der postulierten parteipolitischen Unabhängigkeit gelockert werden; innerhalb der Gewerkschaften entstand eine politische Konkurrenz erst zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, die in den Gewerkschaften um so aktiver wurden, je mehr sich herausstellte, daß sie als politische Partei immer chancenloser wurden, dann zwischen Sozialdemokraten und Christen, was in den 50er Jahren zur Abspaltung eines christlich-katholischen Flügels führte.

Das zweite Problem war, daß die Gewerkschaften Mühe hatten, ihre organisatorische Form zu finden; es gab auch unterschiedliche Vorstellungen der Besatzungsmächte. Eigentlich erst 1948/49 fand das Konzept der Einzelgewerkschaften, die überwiegend nach dem Industrieverbandsprinzip organisiert sein sollten, mit dem Dach des DGB als organisatorische Form der Einheitsgewerkschaft, Konsens. Aber – und auch das erwies sich als einflußmindernd – es gelang nicht, das Industrieverbandsprinzip, also alle Arbeitnehmer eines industriellen Bereichs in einer Gewerkschaft zu organisieren, gleich ob Arbeiter oder Angestellte, durchzusetzen. Ständische Horizonte bei Angestellten und Beamten blieben erhalten und fanden später auch ihre organisatorische Form. Die Gewerkschaften, die wir heute als DGB zusammengefaßt kennen, entstanden erst

1949. Und nur der intensiven Vorarbeit ihres ersten Vorsitzenden, Hans Böcklers, eines alten Fuchses aus der Zeit vor 1933, war es zu verdanken, daß sich die Gewerkschaften danach intensiv in die allgemeinpolitische Debatte einbringen konnten.

Unternehmerverbände und auch die Organisationen der Landwirtschaft haben sich zeitgleich bitter darüber beklagt, zu wenig Einflußmöglichkeiten auf die Politik zu haben. Gründliche Forschungen sind erst angelaufen, und die jetzt schon in ihrer Tendenz absehbaren Ergebnisse scheinen zu zeigen, daß diese Benachteiligungsklage wohl eher einem Verwirrspiel dienen sollte. Über einen gezielten Personaleinsatz liefen manifeste Einflußnahmen, noch ehe die organisatorische Rekonstruktion der Verbände und Kammern abgeschlossen war – ganz abgesehen davon, daß einflußreiche Wirtschaftskreise bereits vor dem Ende des „Dritten Reiches“ eine Umorientierung vorbereiteten, die ihnen einen weichen Übergang in die Nachkriegszeit mit dem Ziel der bruchlosen Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ermöglichen sollte.

Die Parteien sind also in der Zeit unmittelbar nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft noch nicht die politisch gestaltenden Faktoren gewesen. Überblickt man die 1945 entstandene Parteienlandschaft, so legt einem der erste Blick nahe: hier ist viel wieder- und wenig neugegründet worden.

SPD: Geistige Öffnung und Revitalisierung des alten Milieus

Für die SPD jedenfalls gilt eindeutig, daß die alte Partei „neugegründet“ worden ist, und dies gegen den Willen ihres ersten Führers nach 1945, Kurt Schumacher. Dieser wollte – am Ende der Weimarer Republik einer der heftigsten Kritiker der alten Partei – einen Neubau, wenn auch ohne Bruch der Kontinuität. Die Partei sollte im Kern die alte bleiben, nämlich die Partei der arbeitenden Schichten des Volkes mit dem Kern der Industriearbeiter. Aber sie sollte sich auch für die Mittelschichten öffnen, die alten, belasteten Führer sollten verschwinden, und vor allem sollte die Jugend gewonnen werden – schon am Ende von Weimar war die SPD eine überalterte Partei gewesen, und diese Jungen sollten sogar dann akzeptiert werden, wenn sie durch den Nationalsozialismus sozialisiert worden waren.

Die Gewinnung von Mittelschichten und Ju-

gend blieb erst einmal Postulat. Nur in einem Punkt setzte sich Schumacher in der SPD durch: Der Marxismus als wissenschaftliche Erkenntnis- methode sollte zwar sein volles Recht behalten, aber die Motivation für ein Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus sollte eine vielfältige sein können.

Diese geistige Öffnung führte zu einem ersten Schub der Integration mit einem Vorbildcharakter für weitere Schübe dieser Art: Die Linkssozialisten fanden mehrheitlich zur SPD (bzw. die KPD war zu keinem Zeitpunkt eine Alternative für sie gewesen): Willy Brandt, Otto Brenner und Fritz Erler seien hier genannt. Diese Gruppe und die ethischen Sozialisten um Willi Eichler, religiöse Sozialisten wie Adolf Arndt und Adolf Grimme, Wissenschaftler liberaldemokratischen Zuschnitts wie Karl Schiller und Carlo Schmid, die nie vorher etwas mit der Arbeiterbewegung zu tun gehabt hatten, fanden sich zu gemeinsamer Arbeit zusammen. Nur vereinzelt stießen 1945 auch Menschen aus dem national-bürgerlichen Lager zur SPD, wie die erste Göttinger SPD-Bundestagsabgeordnete Elinor Hubert.

Von diesen Ausnahmen abgesehen, entstand die SPD als vielleicht schon etwas anachronistische Partei der Weimarer Republik wieder. Es gibt eine Fülle von Zeugnissen, die beweisen, daß die Genossen vor Ort ganz bewußt wieder da zu arbeiten anfangen, wo sie 1933 hatten aufhören müssen. Für sie war die Partei nie untergegangen, sie war nur wie ein U-Boot auf den Meeresboden getaucht. So erinnerte sich der langjährige Göttinger Parteisekretär Felix Kraft: „Als ich im Sommer 1945 mit dem Wiederaufbau der Partei begann, mußte man ganz isoliert von unten anfangen. Mir fiel das aber nicht schwer. Ich habe die ganze Hitler-Zeit im Geiste der Sozialdemokratie durchlebt und trug in mir die praktische Erfahrung und die sozialistischen Theorien von vor 1933.“ Und dann heißt es in seinem autobiographischen Text nachdrücklich weiter: „Als informelle Instanz hatte die Partei überhaupt nicht aufgehört zu existieren.“

Was sich hier vollzog, war ein Stück Revitalisierung des sozialdemokratischen Milieus mit seinen eigenständigen sozialmoralischen Komponenten. Sicher, das komplette alte Sozialmilieu ließ sich nicht wieder „reprofilieren“ – es war schon am Ende der Republik durch die Weltwirtschaftskrise und die Herausbildung einer neuen Massenkultur in den Großstädten porös gewor-

den und dann von den Nationalsozialisten zerschlagen worden. Aber die SPD selbst hat von diesem alten sozialmoralischen Milieu bis weit in die 50er Jahre hinein Erhebliches in sich aufgenommen und kultiviert. So waren es überall die alten verlässlichen Mitglieder aus der Zeit vor 1933, die die Partei wieder aufbauten.

Der Mißerfolg der SPD und das Scheitern der KPD

Die Wiederherstellung der organisatorischen Stabilität hatte angesichts der Erfahrungen am Ende der Weimarer Republik Vorrang und dazu die gezielte Besetzung der öffentlichen Ämter, wobei man oft mit ganz eindeutigen Bezug auf die Versäumnisse in der Revolution 1918/19 argumentierte. Wer allerdings Spuren von Programm-Diskussionen in diesen ersten Nachkriegsjahren sucht, wird enttäuscht sein: „Wenn wir ein neues sozialistisches Deutschland bauen wollen, so muß jedes Parteimitglied sich als Funktionär fühlen. Bemüht Euch immer wieder, unsere Partei stark zu machen!“, das war das Credo des Kreisverbandes Norden in Ostfriesland, das die überwiegende Mehrheit der Sozialdemokraten damals teilte. Das Programm hatte Zeit.

Schumacher hatte nach 1945 wiederholt den Anspruch der demokratischen Sozialisten auf die politische Führung im nachfaschistischen demokratischen Deutschland geäußert, und dieser Anspruch stand in Übereinstimmung mit der (allgemeinen) Meinung der Zeitgenossen, durch ganz Europa ginge ein Ruck nach links. Tatsächlich erreichte die SPD im Durchschnitt der Landtagswahlen 1946/47 aber nur 34,9%. Wie ist dieses Ergebnis zu erklären?

1. Die SPD in Westdeutschland war eine amputierte Partei: Sie hatte vor 1933 einen Teil ihrer großen Hochburgen in Gebieten gehabt, die nun zur sowjetischen Besatzungszone gehörten; und in Westdeutschland bestand ein konfessionelles Ungleichgewicht (starker Zuwachs der Katholiken), das sich gegen die Sozialdemokraten auswirkte: Gerade die Katholiken hatten sich vor 1933 weitgehend resistent gegenüber Vereinnahmungsversuchen durch die Sozialdemokratie erwiesen.

2. Es zeigte sich, daß große progressive Potentiale für eine umfassende Reform der deutschen Gesellschaft im „Dritten Reich“ und im Zweiten Weltkrieg physisch liquidiert oder danach psychisch erschöpft waren.

3. Nicht nur der Kapitalismus war durch den Faschismus diskreditiert worden, sondern auch der Sozialismus durch den Stalinismus.

4. Es ergab sich eine Zielidentität bzw. sie mußte sich aus der politisch-ökonomischen Interessenslage ergeben zwischen den nichtsozialistischen gesellschaftlichen Kräften in Westdeutschland und Teilen der Besatzungsmächte.

5. Es entstand eine unüberbrückbare Zieldiffusion zwischen den demokratisch-sozialistischen Kräften in Europa und der Sowjetunion, die sich negativ auf die Verwirklichung des Weges zum Sozialismus auswirkte und jene Kräfte stärkte, die ihn verhindern oder doch umgehen wollten. 1945 schien alles möglich und tatsächlich war so wenig möglich.

Das Interesse an der KPD beschränkt sich hier auf die Frage, warum die KPD so geringe Resonanz gefunden hat, obwohl sie sich programmatisch – stärker noch als die SPD – als eine auch für fortschrittliche bürgerliche Kräfte offene Partei anbot. Doch auch die KPD wurde als die alte Kaderpartei, die sie vor der Weltwirtschaftskrise 1929 gewesen war, wieder aufgebaut. Zunächst konnte sie beachtliche Erfolge erzielen, wenn diese auch unter ihren Weimarer Ergebnissen lagen: Bei den ersten Landtagswahlen in Hessen, Hamburg, Berlin, Baden-Württemberg erzielte sie um 10% der Stimmen, in Nordrhein-Westfalen sogar 14%.

In fast anbiederischer Weise hat die KPD versucht, sich als Bündnispartner der demokratischen Kräfte auszuweisen – erfolglos. Warum? Selbstverständlich spielten die Auswirkungen der stalinistischen Politik in der SBZ, die Erfahrungen der deutschen Soldaten und der aus der Sowjetunion heimkehrenden Kriegsgefangenen eine große Rolle. Aber dies erklärt noch nicht, warum viele KPD-Anhänger 1945 als Mitglieder oder Wähler stillschweigend zur SPD gingen. Eine zusätzliche Erklärung könnte die Untersuchung erbringen, inwieweit das kommunistische Teilmilieu durch den hohen Blutzoll im Widerstand und durch die stalinistischen Säuberungen nachhaltiger zerschlagen worden ist als das sozialdemokratische, und inwieweit Erosionserscheinungen in diesem Milieu schon vor 1933 zu dessen teilweiser Selbstauflösung beigetragen haben: Es gab ja seit 1923 periodische Säuberungsschübe in der KPD, und die KPD war schon 1932 keine Kaderpartei mehr, vielmehr gab es in dieser Zeit Konversionen ins extrem rechte Lager.

CDU/CSU: Umstrittene Neugründung

Für die CDU/CSU eignet sich für die Zeit von 1945 bis 1949 die Überschrift: eine Neugründung, jedoch ohne eklatanten Bruch von Kontinuitätslinien. Zuerst ging die Idee einer Sammlung aller politischen Kräfte des Bürgertums um; doch sie scheiterte rasch: Die Katholiken wollten keine Partei ohne konfessionell-kirchliche Anbindung, die Liberalen wollten dies gerade nicht. So ging die Tendenz ebenso rasch in die Richtung einer Neugründung, die ihrem politischen Profil nach zunächst nicht mehr als eine Sammlungsinitiative von Christen beider Konfessionen aus allen sozialen Schichten war. Ihrer organisatorischen Struktur nach war sie ein Verband politischer Repräsentanten, also eigentlich keine Partei, jedenfalls keine Mitgliederpartei, und auch keine Partei, die den interkonfessionellen Anspruch, mehr als die bloße Addition der Kräfte zweier Konfessionen zu sein, einzulösen vermochte.

Die CDU/CSU war in Nordrhein-Westfalen und in Bayern eine Partei, die überwiegend im katholischen Sozialmilieu verankert war, dessen Infrastruktur und Institutionengefüge bis zum Ende der 50er Jahre die Parteiorganisation ersetzen konnte. Auch in überwiegend evangelischen Regionen wie Niedersachsen waren die Kerngebiete der CDU zunächst nur die katholischen Hochburgen vor 1933 (Süddoldenburg, Emsland, Hildesheim, Eichsfeld). Andererseits entstand die CDU in Schleswig-Holstein entsprechend der konfessionellen Struktur des Landes als Partei des evangelischen Volksteils und zugleich als Sammlung fast aller bürgerlichen und regionalen Parteien aus der Zeit vor 1933.

In beiden Konfessionen gab es erhebliche Widerstände gegen die Neugründung (obwohl sie 1920 auf katholischer Seite bereits ein Thema gewesen war). So kam es zu einer Reihe von Widersprüchlichkeiten, die erst in den 50er, spätestens Anfang der 60er Jahre eingeebnet werden konnten. Im protestantischen Lager war den Nationalen die CDU zu demokratisch-sozial, den großbürgerlichen Kapitalisten zu sozialistisch, den Flüchtlingen aus dem Osten zu westdeutsch-antipreußisch, den Linken zu konservativ und überdies theologisch problematisch. So gab es denn auch bis zum Ende der 50er Jahre organisatorische Verselbständigungen im protestantischen Milieu.

Aber auch die Katholiken befanden sich nicht immer im Konsens mit der CDU. So entstand in

NRW (Westfalen) und Teilen Niedersachsens (Region Oldenburg) die alte Zentrums-Partei wieder; die sie tragenden katholischen Kreise fürchteten, daß der Einfluß liberaler und nationalistischer Kreise aus dem Protestantismus die katholische Zielperspektive – die Rechristianisierung von Staat und Gesellschaft nach den Prinzipien der katholischen Soziallehre – verwischen würde. Dieser katholisch-integralistische Standpunkt blieb auf eine Minderheit beschränkt, und bis zum Beginn der 50er Jahre waren die Wächter der alten Zentrumstradition in die CDU integriert – von wenigen Ausnahmen abgesehen.

Bis zu einem gewissen Grade stellte auch die Bayernpartei ein Protestpotential im katholischen Milieu dar, insofern nämlich, als ihre Mitglieder und Wähler aus dem agrarischen und gewerblichen Mittelstand (mit klarem Übergewicht der Bauern) kamen, katholischer Konfession und militant antiprotestantisch und antipreußisch sowie gegen Flüchtlinge eingestellt waren. Das Protestpotential, das die BP zu mobilisieren verstand, brachte die eigentliche katholische Volkspartei in Bayern, die CSU (1947 90,2% der Mitglieder Einheimische und 91,3% katholisch), von ihrer Höhe von 58,3% 1946 bei den Wahlen zur Landesversammlung auf den Tiefstand von 27,4% bei den Landtagswahlen 1950 herab.

Ahlener Programm: Weder Anfang noch Ende eines christlichen Sozialismus

Zu den temporären Diskontinuitäten ist wohl auch die kurze Renaissance des christlichen Sozialismus nach 1945 zu rechnen (wobei die Kennzeichnung nur als Selbstbezeichnung oder als Sammelbegriff für sehr heterogene Positionen gelten kann, deren gemeinsamer Nenner Neuordnungsvorstellungen waren, die eine deutlich antiindustriekapitalistische Tendenz hatten und nicht frei waren von Widersprüchen zwischen den Forderungen nach Eigeninitiative und Privateigentum, wie sie durch die katholische Soziallehre vorgegeben waren, und gesellschaftlicher Planung). So stellte sich auch das legendäre Ahlener Programm als eine Mischung aus katholischer Soziallehre, liberaler Marktwirtschaft und sozialistischen Elementen dar.

Die Sichtweise wäre aber falsch, daß die CDU bis zum Ahlener Programm christlich-sozialistisch geprägt gewesen sei und das Programm dann der Höhepunkt und zugleich das Ende des christlichen Sozialismus bedeutet habe – es gab

vielmehr von Anfang an in der CDU ein Nebeneinander von christlich-sozialistischen und liberal-marktwirtschaftlichen Kräften. Daß sich letztere mit den Düsseldorfer Leitsätzen von Juli 1949 durchsetzten, ohne daß es zu Desintegrationserscheinungen kam, lag, abgesehen von der Partizipation an der Regierungsmacht, die Adenauer dem linken CDU-Flügel in großzügiger Weise ermöglichte (Storch, Blank, Kaiser), auch daran, daß dieser Flügel die Adenauerschen Konsensformeln für die CDU übernehmen konnte: das dezidierte gemeinsame Bekenntnis zur christlichen Weltanschauung und die gemeinsame Gegnerschaft gegen den „Materialismus“ und „Kollektivismus“ der SPD.

Fragt man nach den Faktoren der Kontinuität, so wird man schnell in Analogie zur SPD feststellen, daß eine weitreichende personelle Kontinuität gegeben war. Die führenden CDU/CSU-Mitglieder waren Leute, die schon vor 1933 in dem einen oder anderen Lager, auf das sich nun CDU und CSU bezogen, den Ton angegeben hatten, mit einer Einschränkung: auf der zentralen und auf der lokalen Führungsebene wie auch in der Mitgliedschaft spielten ehemalige profilierte Angehörige der nationalen Rechtsparteien in der Weimarer Republik oder gar der NSDAP eine geringe oder gar keine Rolle. In den Führungsschichten dominierten, wie übrigens auch – von wenigen Ausnahmen abgesehen – in der katholischen Publizistik, die Männer zwischen 50 und 70 Jahren.

Geblieben war auch zunächst ein ambivalentes Verhältnis zur Demokratie. In der Weimarer Republik hatte ein loyales, aber distanzierendes Verhältnis der Katholiken zum demokratischen Staat bestanden. Es war immer eine gewisse Vorliebe für die überlieferten autoritärständestaatlichen Ordnungsvorstellungen geblieben, die am Ende der Weimarer Republik wieder deutlicher hervortrat.

Was in der katholischen Publizistik unmittelbar nach 1945 zur Demokratie geäußert wurde, war immer noch eine recht unbestimmte Suche nach einer katholischen Demokratie. (Dabei ist von Außenseitern rechts wie das „Neue Abendland“ oder links wie die „Frankfurter Hefte“ um Eugen Kogon und Walter Dirks abzusehen.) „Demokratie“ stand immer noch im Verdacht der Massen- bzw. Pöbelherrschaft. Auch hier scheint erst der pragmatische Realismus der CDU-Führung, besonders Adenauers, Dämme errichtet zu

haben, und 1949 war dann der im nachhinein formulierte Anspruch, der deutsche Katholizismus habe nach 1945 ein positives Verhältnis zur Demokratie gewonnen, eingelöst.

Zu den Kontinuitätsfaktoren gehörte ganz herausragend die Revitalisierung und nachfolgend die Ausdehnung des katholischen Milieus. In einigen Regionen Westdeutschlands war dieses Milieu bis zum Ende der 50er Jahre praktisch identisch mit der CDU respektive CSU oder besser: die CDU/CSU war ein Teil dieses Milieus und seiner Institutionen: Kanzel, Kirchenzeitung, Vereine und Verbände – sie alle waren Vermittlungsagenturen für christlich-demokratische Regierungspolitik. Dies gilt für das Rheinland und die rheinischen Ruhrgebietsstädte und auch für einige Regionen in Niedersachsen, Emsland und Duderstadt bis in die 60er Jahre und natürlich auch für die altbayerisch katholischen Kerngebiete der CSU.

Erhalten blieb auch die soziale und politische Segmentierung des deutschen Protestantismus: Wiederum verteilten sich die evangelischen Gläubigen über alle Parteien. Daß sich keine Anzeichen für innerkirchliche Zerreißen ergaben, lag wohl an zwei Faktoren: 1. an der frühen und anhaltenden Auseinandersetzung mit der unmittelbaren Vergangenheit des „Dritten Reiches“ (der sich die katholische Kirche erst einmal entzog) – hier kamen Theophil Wurm und Martin Niemöller große Verdienste zu – und 2. an dem umsichtigen Herunterspielen der konfessionellen Problematik in der CDU, wobei der Oldenburger Protestant Hermann Ehlers eine große Rolle gespielt hat.

Jedenfalls standen 1949, noch bevor Adenauer Bundeskanzler wurde, die sogenannten „vier Säulen“ der CDU-Politik auf festem Boden verankert: 1. christliches Menschenbild, 2. die Prinzipien der parlamentarisch-repräsentativen rechtsstaatlichen Demokratie, 3. Soziale Marktwirtschaft und 4. außenpolitische Westbindung. Diese vier Säulen und der starke Trend zur Personalisierung aller Probleme durch Adenauer bildeten lange Zeit den Programm-Ersatz, und örtliche Honoratiorenwirtschaft, Fraktion und Bundeskanzler machten lange Zeit eine Parteiorganisation überflüssig.

Liberaler Doppelorientierung

Angesichts der Geschichte der FDP nach 1945 stellt sich die Frage, wieso es für diese Partei nach

1945 überhaupt eine Chance gegeben hat. Der Liberalismus hatte zu den Versagern in der Weimarer Republik gehört, und zu guter Letzt hatten auch noch die letzten fünf Reichstagsabgeordneten für das Ermächtigungsgesetz gestimmt, darunter die zwei nach 1945 herausragenden liberalen Führer Reinhold Maier und Theodor Heuss. Wieso also war der nachfaschistische Liberalismus ein Angebot?

Der Liberalismus in Deutschland ist historisch immer geprägt gewesen durch den Gegensatz zwischen dem demokratischen Linkliberalismus und dem mit Unternehmerinteressen verkoppelten Nationalliberalismus. Zwischen beiden Polen hatten sich die parteipolitischen Ausdifferenzierungen der Liberalen abgespielt. Dabei hatten auch den beiden Polen zuzuordnende regionale Traditionen eine große Bedeutung. So bekam nach 1945 besonders im Süden Deutschlands der antiklerikale, antikollektivistische, die Selbstbestimmung des Individuums betonende, bildungsbürgerliche Vorstellungen konservierende Liberalismus eine Chance, und im Norden war es der uneingeschränkte Unternehmer-Wirtschaftsliberalismus, verquickt mit nationalistischen Tönen, der Boden gewinnen konnte, freilich teilweise in einer prekären Weise, nämlich „unterwandert“ von rechtsextremen Kräften. Manchmal waren auch engere regionale Bedingungen der Grund für die Wiederbelebung des Liberalismus; es handelt sich um Vorgänge, die vom statistischen Durchschnitt verdeckt werden und die von einer partiellen Weiterexistenz des liberalen Milieus nach 1945 sprechen lassen.

Die FDP, die überwiegend (auch in der Provinz) von der Ausstrahlungskraft ihrer Führungspersönlichkeiten lebte, hat schon vor 1949 eine Doppelorientierung vorgenommen, die sie lange durchgehalten hat: In den Fragen der Außen-, Rechts-, Kultur- und Bildungspolitik sowie in den Fragen der Bundeskompetenzen gab es die Neigung und auch die Praxis, mit der SPD zusammenzugehen; in den Fragen der gesellschaftlichen Ordnung und der konkreten Wirtschaftspolitik bestand ein festes Bündnis mit der CDU/CSU, und beides, gleichgültig in welcher Koalition sich die FDP jeweils befand. Blickt man auf die jüngste Geschichte der FDP zurück, so läßt sich vielleicht sagen, daß die Einebnung regionaler Traditionen und die Aufgabe der Doppelorientierung durch die Partei zur gegenwärtigen desolaten Lage der FDP viel beigetragen hat.

Die Legende vom Bürgerblock

Die Ergebnisse der ersten Nachkriegswahlen und die Polarisierung der Parteien schon im Frankfurter Wirtschaftsrat 1947 – auf der einen Seite die SPD, in Einzelfragen in einem fragilen Konsens mit der KPD, und auf der anderen Seite CDU/CSU und FDP in einem, was die Kernfragen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung anging, festen Bündnis – all das hat Interpreten dazu veranlaßt, von einem frühen Bürgerblock rechts von der SPD zu sprechen, durch den alle Reformkräfte schon frühzeitig völlig isoliert worden seien. Diese Deutung dient der Legitimierung der These von der „verhinderten Neuordnung“.

Aber wer von einem festen Bürgerblock spricht, läßt außer acht, daß das Lager rechts von der SPD sich über 1949 hinaus als durchaus noch recht zerklüftet erwies. Immerhin votierten im Durchschnitt der Landtagswahl 1946/47 fast 9% der Wähler für Splitterparteien, und für die Bundestagswahl 1949 kandidierten neben CDU/CSU, SPD, Liberale und KPD noch zehn weitere Parteien. Weimarer Verhältnisse wollten grüßen lassen, oder anders gesagt: das Parteiensystem hatte noch keine alle Wähler überzeugende Integrationsleistung erbracht.

Von einem Bürgerblock zu sprechen, erscheint auch deshalb als unangemessen, weil es mit den Einheitsgewerkschaften ein die Lager überschreitendes, politisch außerordentlich wirksames Potential gegeben hat, das für den Ausbau des Sozialstaates in den 50er Jahren eine bedeutsame Kraft wurde. Außerdem bildete sich – jenseits von Blockbildungen – in den Jahren bis 1949 ein demokratischer Ursprungskonsens auf verfassungsrechtlicher Ebene heraus, der sich dann über Jahrzehnte als tragfähig für den demokratischen Grundkonsens der Republik erweisen sollte. Die Bedeutung dieser verfassungsrechtlichen Ebene sollte nicht unterschätzt werden: Verfassungsfragen waren auch nach 1945 gesellschaftliche Machtfragen.

Die politische Ordnung sollte aus einem autonomen, pluralistischen Repräsentativsystem bestehen, in dem die politischen Parteien als durch die Verfassung autorisierte Organe das Monopol auf die politische Willensbildung besitzen würden, jedoch bei der Findung dieses Willens von den gesellschaftlichen Kräften unterstützt werden sollten. Die Übernahme öffentlich rechtlicher Funktionen durch die Verbände wurde des-

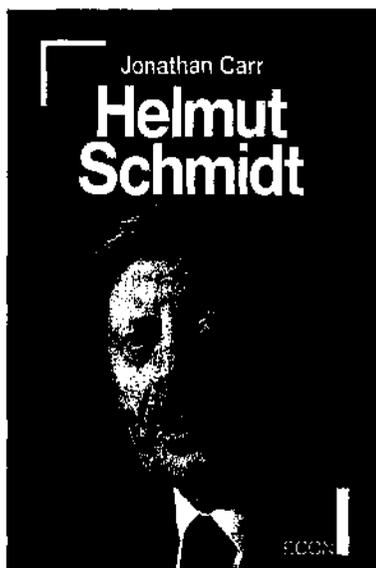
Ein packendes, ein informatives Buch.

Helmut Schmidt als Persönlichkeit der Weltpolitik – begleitet, gezeichnet, porträtiert und kommentiert von einem international renommierten Journalisten, der den Kanzler der Republik erlebt und beobachtet hat.

**Ein Staatsmann?
Das Buch gibt Antwort.**

Jens Feddersen
in

NRZ



Carr,
Jonathan
Helmut Schmidt
272 Seiten
16 Seiten Abbildungen
13,7x21,5 cm
gebunden
Schutzumschlag
38,- DM
ISBN 3-430-11733-X

ECON

halb verfassungsrechtlich legitimiert. Dafür wurden die Parlamente zur ausschließlichen Entscheidungsinstanz; auf außerparlamentarische politische Entscheidungsmitwirkung wurde verzichtet.

Die gesellschaftliche Grundordnung der Republik wurde zwar als liberalkapitalistisch bestimmt; diese Ordnung wurde jedoch modifiziert durch sozialstaatliche Verfassungsgarantien und durch eine ebenfalls durch die Verfassung garantierte prinzipielle Offenheit für gesellschaftliche Reformen, die sich sogar auf die Veränderung der privatkapitalistischen Eigentumsformen beziehen können. Diese Offenheit der Verfassung hat es den politischen Kräften des demokratischen

Sozialismus ermöglicht, den demokratischen Ursprungskonsens für unsere Republik mitzutragen.



Gegenwärtig steht die Republik in der Gefahr, daß ihr Ursprungskonsens zu Bruch geht mit der Folge, daß überall – rechts, links, in der Mitte, bei den Konservativen nicht weniger als bei den Progressiven – eine andere Republik gesucht wird. In dieser Situation an das Zustandekommen des Ursprungskonsenses für unsere Republik und seine inhaltliche Substanz zu erinnern, war das Anliegen einer Historikerin, die zur Orientierung ihrer Gegenwart beitragen möchte.

Klaus W. Wippermann: Geschichte in der demokratischen Gesellschaft Zum Geschichts-Forum der SPD am 28. 2./1. 3. 1985

Dr. Klaus W. Wippermann, geb. 1940, ist Redakteur von „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“.

„Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst“ – mit diesem Zitat faßte Ministerpräsident Johannes Rau seine Rede über „Sozialdemokratie und Geschichte“ zusammen, einem Zitat, das zugleich Titel einer kürzlich erschienenen sozialgeschichtlichen Darstellung von Lutz Niethammer – einem der Teilnehmer an diesem Forum – zu einer „Geschichte des Volkes in Nordrhein-Westfalen“ ist.

Das Zitat verdeutlicht recht gut die besondere Position der SPD zur Geschichte, nämlich die beiden wichtigsten Perspektiven, in denen die traditionsreichste Partei Deutschlands Geschichte erlebt und erlitten hat: zum einen war sie über längere Zeiten hinweg mehr Objekt denn handelndes Subjekt der Geschichte, zum anderen hat sie am konsequentesten den Anspruch des Menschen auf prinzipielle Selbstbestimmung verfochten.

Dies beides zusammen mag widersprüchlich klingen, zum mindesten aber deutet es auf einen Widerspruch hin, der lange das Verhältnis der SPD zur Geschichte geprägt hat: bis 1933 getragen von der Überzeugung einer an der bisherigen historischen Entwicklung orientierten, geschichtsnotwendigen Gesetzmäßigkeit des Weges zum Sozialismus, danach der große Traditionsbruch mit der Folge einer Hinwendung zu zukunftsorientiertem Fortschrittsoptimismus, Langzeitplanung und Orientierungsrahmen (und der gleichzeitigen konservativen Schelte eines angeblichen Geschichtsverlustes).

Es kam nicht von ungefähr, daß in der Phase eines abermaligen „Paradigmenwechsels“ – nämlich der Rückwendung zur eigenen Geschichte, des Rückzuges vieler Parteimitglieder vom weltweiten Engagement in den kleinen Horizont überschaubarer Regional- und Lokalgeschichte (und des Spottes konservativer Großordinarien über die „Barfußhistoriker“) – 1981 die Gründung einer Historischen Kommission vom Parteivorstand beschlossen wurde. Aufgabe der Historischen Kommission ist es u. a., dieses intensive Interesse an der Sozialgeschichte des eigenen Lebenskreises („Spurensuche“) wahrzunehmen, gleichzeitig warnt sie aber vor einer kritiklosen Verklärung vorindustrieller Lebensverhältnisse und einer Verengung des Geschichtsbildes.

Die Vorsitzende der Historischen Kommission der SPD, Susanne Miller, wies die etwa dreihundert Teilnehmer des Geschichts-Forums im Bou-

ner Erich-Ollenhauer-Haus, unter ihnen eine ansehnliche Zahl namhafter Fachgelehrter, vor allem auf drei Aspekte im Verhältnis von Schule, Geschichte und politischer Bildung hin:

► Die Beschäftigung mit der Geschichte ist ein eigenständiger und unverzichtbarer Bestandteil der politischen Bildung in der Demokratie.

► Das Geschichtsbild, das in der Schule und im außerschulischen Bereich vermittelt wird, ist nicht unabhängig von erkenntnisleitenden Interessen, die auch den jeweiligen Forschungsstand beeinflussen. Aufgrund der Pluralität der Interessen kann es in der Demokratie kein einheitliches Geschichtsbild geben.

► Historisches Wissen ist für eine fundierte Urteilsbildung unentbehrlich. Hingegen ist bloßes Faktenwissen, das nicht zur Erkenntnis historischer Zusammenhänge und zur Interpretation geschichtlicher Vorgänge genutzt wird, für die politische Bildung ohne Bedeutung.

Dieser letztere Punkt bildete denn auch den Gegenstand der ersten Diskussionsrunde zum Thema „Geschichte in der Schule“. Wie nicht anders zu erwarten, stand hier zunächst das Spannungsverhältnis zwischen Geschichte und Sozialkunde im Mittelpunkt. Rolf Schörken, Professor für Geschichtsdidaktik und politische Bildung an der Gesamthochschule Duisburg und seit 1970 Vorsitzender der Richtlinienkommission für politische Bildung des Kultusministers NRW, wies in diesem Zusammenhang in seinem Referat über „Geschichte in der Schule“ auf die jeweiligen „Hätschelverhältnisse“ der Parteien zu diesen Fächern hin: „In der Schulpolitik einiger Bundesländer hat die SPD gelegentlich ein problematisches Verhältnis zum Fach ‚Geschichte‘ gehabt; als Folge davon hat die CDU zu diesem Fach ein Hätschelverhältnis aufgebaut. Das Umgekehrte gilt für das Verhältnis der beiden Parteien zur Sozialkunde. Man kann durchaus den Eindruck gewinnen, als gäbe es eine Art bildungspolitischer Domänenaufteilung der beiden Fächer.“

Was dabei das Fach Geschichte betreffe, so sei – mindestens bis in die sechziger Jahre hinein – für diese Orientierung nicht zuletzt die überwiegend konservative Ausrichtung der Fachwissenschaft selbst mit ursächlich, wohingegen die Sozialwissenschaften in sehr viel stärkerem Maße in der Tradition der Aufklärung gestanden hätten. Die SPD wehre sich in ihrer Bildungspolitik zu Recht gegen Tendenzen, den Geschichtsunterricht wieder zu dem werden zu lassen, „was er in

den Augen bestimmter konservativer Gruppen immer schon war: ein Stabilität verbürgendes Heilmittel für die Turbulenzen der Gegenwart. Dem entspricht dann die Erziehungsvorstellung, dem heranwachsenden Kind im Erziehungsprozeß eine feste Ordnung von Normen zu übermitteln, die es fürs weitere Leben ein für allemal (angeblich) tauglich macht. In diesem Zusammenhang wird dann vom Geschichtsunterricht häufig gefordert, er müsse wieder auf die bloßen Fakten zurückgehen, denn nur so könne man die Ideologiegefahr bannen; das ist eine naive Vorstellung, denn historische Tatsachen sind keine Wesenheiten an sich, sondern Konstruktionen, deren Prämissen man kennen muß, um angemessen mit ihnen umzugehen.“

Aus diesen Gründen plädierte Schörken dafür, den Geschichtsunterricht nicht der politischen Bildung zu entfremden, damit nicht nur die Probleme der Vergangenheit ins Blickfeld der Schüler geraten, sondern ebenso die Aufgaben von Gegenwart und Zukunft. In der SPD-Bildungspolitik gebe es durchaus keine grundsätzlichen Reserven gegenüber dem Geschichtsunterricht, auch wenn diese Ansicht in Teilen der Öffentlichkeit verbreitet sei. Abgelehnt habe sie jedoch aus guten (auch historischen!) Gründen einen Geschichtsunterricht,

▷ dessen Blick nur „von oben“ auf die Geschichte gerichtet war; der den Staat einseitig gegenüber der Gesellschaft bevorzugte; der in einer nationalistischen und konservativen Tradition stand;

▷ der sich den Bedrohungen von Freiheit und Menschlichkeit gerade auch in der Zeitgeschichte nicht angemessen widmete;

▷ der zu unverbindlicher Kontemplation oder zu passiver Übernahme sogenannter traditioneller Werte führte.

Solche unterschiedliche Positionen deutlich zu machen und zu diskutieren, war auch das Ziel des Referates von Hans Mommsen, Professor für Neuere Europäische Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum, über die Polarisierung des Geschichtsbildes in der Bundesrepublik sowie der von Peter Glotz geleiteten Podiumsdiskussion über Geschichte und demokratische Identität. Dessen Wunsch nach „griffigen“, für die politische Praxis handhabbaren Formulierungen konnte freilich nur teilweise erfüllt werden – was auch auf den hohen Abstraktionsgrad der Thematik hinweist. Die Frage nach der Identität ist zwar aktuell, zugleich aber höchst komplex. Dies zu-

mal in einer Partei, die viel von ihren eigenen Traditionen – und damit auch ihrer Identität – gekappt habe (so Helga Grebing); die zwar nach 1945 große Verdienste um die Herausbildung einer demokratischen Identität für die junge Bundesrepublik erworben habe, dieses Identitätsprofil aber im Zusammenhang mit den großen Veränderungen der Parteibasis nach 1969 z. T. wieder eingebüßt habe (so ein – freilich nicht ohne Widerspruch aufgenommener – Hinweis Kurt Sontheimers).

Daß jetzt in der politischen Öffentlichkeit die Frage nach der Identität so beherrschend geworden sei, hänge (so Reinhard Rürup) auch damit zusammen, daß zu lange versäumt wurde, die intensiven zeitgeschichtlichen Erfahrungen der Menschen stärker in den politischen Prozeß mit einzubeziehen – dieses Versäumnis gegenüber einem geschichtlich mündigen Bürger gelte vor allem für die Parteien und sei nicht durch politische Bildungsarbeit in der Erwachsenenbildung etwa der Stiftungen zu kompensieren. Rudolf von Thadden, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Göttingen, öffnete schließlich diese so sehr deutsche Identitätssuche in einen größeren europäischen Zusammenhang mit seiner Frage nach den gemeinsamen europäischen Geschichtspositionen, um die man sich stärker kümmern solle – dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund französischer Kritik, daß es augenscheinlich bei den deutschen Geschichtspositionen nur die große Mitte und die Extreme gebe: was sei dies für ein Differenzierungsvermögen.

Etwas konkreter als die Frage nach der deutschen Identität konnte die nach dem Charakter des vierzigsten Jahrestages des 8. Mai 1945 beant-

wortet werden: „Niederlage und Befreiung“, auch „Bilanzierung“ und „Denk-Tag“ (so Christian Meier) lauteten die Stichworte. Aus sozialdemokratischer Geschichtserfahrung ist jener Tag aber sicherlich eindeutiger zu bewerten – so auch die Stimmen aus dem Zuhörerkreis –, als dies für andere politische Richtungen der Fall sein mag. Johannes Rau fand hier breite Zustimmung, als er sagte: „Das muß doch klar sein, daß der 8. Mai 1945 zurückweist auf den 30. Januar 1933 und auf den Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung in der Weimarer Zeit, gegen den Sozialdemokraten sich gestemmt und vor dem sie gewarnt haben, wenn auch vielleicht nicht genug gekämpft und genug gewarnt ... Das wird doch gesagt werden müssen, daß die nationalsozialistische Machtergreifung möglich wurde durch ein Bündnis zwischen der faschistischen Bewegung und Teilen der traditionellen, auf die konservativen gesellschaftlichen Kräfte gestützten Eliten. Und es wird hinzugefügt werden müssen, daß erst die Zerschlagung der Arbeiterbewegung die Errichtung einer totalitären Diktatur ermöglichte.“

Aber selbst diese historische Eindeutigkeit hinsichtlich des 8. Mai genügte dem Bundesgeschäftsführer Peter Glotz noch nicht (oder nicht allein). Er plädierte für eine mehr an der Zukunft orientierte Perspektive dieses Gedenktages: Was ist zu tun, um Konsequenzen aus jenem Geschehen zu ziehen? Wie kann dies in europäischem Sinne getan werden? Solche Fragen an die Geschichte zu stellen und Lehren aus ihr zu ziehen für die alltägliche Politik, waren ein fruchtbares Ergebnis dieses ersten Geschichts-Forums. Es sollte bei Gelegenheit fortgesetzt werden!

„Meine lieben Parteifreunde, Mitte nächsten Jahres sind wir mitten im Bundestagswahlkampf; dann werden wir die niedersächsischen Landtagswahlen hinter uns haben. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir genauso wie in Nordrhein-Westfalen auch in Niedersachsen eine Bestätigung unserer Politik bekommen werden; in Nordrhein-Westfalen mit Bernhard Worms und in Niedersachsen mit Ernst Albrecht. – (Beifall)“

(CDU-Generalsekretär Heiner Geißler am 20. März 1985 auf dem CDU-Parteitag in Essen)



ARBEIT UND TECHNIK

Peter Glotz:

Arbeit und Technik (II)

Peter Glotz setzt seinen Beitrag zum Stand der Diskussion fort (s. NG/FH 3/85, S. 208–213).

Flexibilisierung

Verbesserung der *Qualität der Arbeit*: Das ist die *eine* Utopie, die wir den Neuen Technologien abpressen können; die andere könnte man in Anlehnung an Otto Brenners legendären Begriff Steigerung der *Lebensqualität* nennen. Es geht um ein neues Verhältnis von Arbeit und Freizeit, das einen qualitativen Sprung bedeuten könnte. Arbeitszeitverkürzung ist ja nicht nur ein Instrument zur Verteilung des geringer werdenden Arbeitsvolumens, sondern auch eine positive Utopie: den Menschen mehr *disponible Zeit* (Marx) zu schaffen.

Gerade den Prozeß der Arbeitszeitverkürzung dürfen wir nicht bloß technokratisch auffassen und betreiben; es gilt, die in ihm liegenden utopischen Möglichkeiten für Arbeit und Leben zu eröffnen. Wir haben Arbeitszeitverkürzung bisher nur als eine Maßnahme begriffen, die die *Länge* der Wochen-, Jahres-, Lebensarbeitszeit betrifft. Aber auch *innere* Arbeitszeitverkürzung (mit dem Zweck der flexibleren Gestaltung und Humanisierung des Arbeitsablaufs und der Qualifizierung) und *richtig verstandene Arbeitsflexibilisierung* sind mögliche Formen der Arbeitszeitverkürzung — nach meiner Ansicht sogar die wichtigeren.

Hier liegt eine historische Chance, die bisher noch niemals — oder nur wenigen Menschen — gegeben war: Die Chance nämlich, zu erreichen, daß die *Emanzipations- und Orientierungs-Zeit* eines Menschen größer ist als die Arbeitszeit und die Zerstreungs-, Schlaf- und Ausruhezeit, die einer braucht. Niemand weiß genau, bei wieviel Wochenarbeitsstunden der qualitative Umschlag erfolgt, bei dem die Freizeit nicht mehr bloß Nicht-Arbeit ist, die in ihrem Rhythmus von der Arbeit selbst bestimmt bleibt. Aber wenn die Tendenz richtig beschrieben ist — die weitere Abnahme des Zeitvolumens gesellschaftlich notwendiger Arbeit im klassischen Sinne, Senkung der Wochenarbeitszeit auf 35 und längerfristig (nach dem Jahr 2000) vielleicht,

auf 30 Stunden —, dann entsteht eine realistische Chance, einige Ideen der großen Utopisten und sozialen Visionäre von Thomas Morus über Campanella bis zu Oswald von Nell-Breuning ein Stück in Wirklichkeit umzusetzen. Dann entstünde die Chance, daß entfremdete Arbeit das Leben der Menschen nicht mehr ganz und gar bestimmt; und daß ein *neues Verhältnis von Zeit, Technik und Arbeit* sich einpendelt.

Ich denke nicht, daß es sinnvoll wäre, die Strategie der Qualitätsverbesserung der Arbeit auszuspielen gegen Arbeitszeitverkürzung und Integration von Arbeit und Freizeit. Es wäre falsch, unter der Perspektive der Arbeitszeitverkürzung die Arbeit selbst sozusagen als schrumpfende Restgröße zu behandeln, die besonderen Einsatz gar nicht mehr lohnt. Hier haben, unter dem Eindruck des Berichts des Club of Rome, einige zu schnell *menschenleere Fabriken* gesehen und von einer Arbeitsgesellschaft gesprochen, der die Arbeit ausgehe. Hinzu kam André Gorz mit seiner gleichsam dualistischen Lehre, derzufolge die Arbeit stets dem Reich der Notwendigkeit verhaftet bleiben werde und das Reich der Freiheit nur über eine Zurückdrängung der Arbeitsfunktion erweitert werden könne. Ich habe diese Auffassung nie geteilt und möchte es darum nicht auf mir sitzen lassen, wenn Kern und Schumann mich in die Nähe von Gorz rücken. (in ihrem Aufsatz „Das Ende der Arbeitsteilung? — Eine Herausforderung an die Gewerkschaften“, Gewerkschaftliche Monatshefte 1/85). Im Gegenteil, ich habe meinerseits diesen Dualismus kritisiert und vor einer modischen Verachtung der Arbeit gewarnt, die leicht zu einer Verachtung des menschlichen Rechts auf Arbeit wird. Das gilt insbesondere dann, wenn der Ausstieg aus der Erwerbsarbeit für immer größere Bevölkerungsgruppen (die dann z. B. über ein Mindesteinkommen ernährt werden sollen) als positive Utopie verbreitet wird. Ich meine mit Nachdruck: solange es Erwerbsarbeit gibt — auch wenn sie an Bedeutung und Umfang geringer wird, muß *jeder*, der will, an ihr seinen gerechten Anteil haben. Und ich habe Oswald von Nell-Breunings These, Arbeit im heutigen Sinne werde in der Zukunft „geradezu zur Nebenbeschäftigung werden“ mit der Gegenfrage beantwortet: Was spricht dafür, daß eine immer komplexer, vielfältiger, raffinierter werdende Ökonomie zur Nebenbeschäftigung wird?

In der Tat, nichts spricht dafür, daß uns die Arbeit „ausgeht“. Ich rechne mit einem Strukturwandel, mit einer Veränderung der Arbeit, die allerdings auch zu einer Integration von Arbeit und Freizeit,

zu einem Verschleifen der starren Fronten zwischen Arbeit und Freizeit, zwischen Arbeitsplatz und Wohnung führen wird. Erste Anzeichen, erste Varianten gibt es ja längst; sie werden unter dem Stichwort *Flexibilisierung* der Arbeit diskutiert. Ich bin der Meinung, daß wir gerade sie ausprobieren, fördern — und sozial steuern können und müssen. Ich will gleich hinzufügen, daß es bei der Flexibilisierung im vernünftigen Sinne, um die wir uns kümmern sollten, nicht um das Flexibilisierungsangebot oder das sogenannte „Flexi-Konzept“ handelt, das die Arbeitgeber im vorjährigen Tarifkonflikt ins Spiel gebracht haben. Soweit dieses Konzept überhaupt verständlich war (es handelte sich um ein merkwürdig amorphes Papier), lief es auf eine individuelle Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, d. h. zu Kosten des einzelnen Arbeitnehmers hinaus. Es hätte zudem dazu geführt, daß die Arbeitgeberseite je nach Betrieb und Abteilung das Arbeitsvolumen kostenlos dem Auslastungsgrad hätte anpassen können — also dazu, daß gerade *kein* Beschäftigungseffekt aus der Arbeitszeitverkürzung entstanden wäre. Daß dieses Konzept nicht diskutabel war und ist, liegt auf der Hand. Noch weniger diskutabel ist, was manchmal unter Flexibilisierung des Arbeitsverhältnisses angesprochen wird und auf eine Durchlöcherung des Kündigungsschutzes, ja auf eine Zersetzung und Relativierung des normalen Arbeitsverhältnisses hinausläuft. Und ich kündige namens der SPD dem Bundesarbeitsminister härteste Konfrontation an, wenn er weiter — Stichwort Erleichterung der Zeitarbeit — auf diesem Wege fortschreitet.

Für Sozialdemokraten muß klar sein: Was immer hier an Neuem probiert wird — und so sehr wir dafür sind, daß probiert wird —, es muß auf der Basis der erkämpften Schutzrechte, auf der Basis des geschützten Arbeitsverhältnisses stattfinden. Sonst führt ja das, was neu ist und mehr Freiheit gibt, zugleich zu weniger Sicherheit und wiederum weniger Freiheit. Die Grenze haben wir hier sehr scharf zu beobachten.

Andererseits bin ich aber auch dagegen, Tabus aufzurichten, Neues nur abzuwehren und an Strukturen festzuhalten, die technisch überholbar sind und von der Entfaltung der Produktivkräfte überholt werden. Um die Sache gleichsam vom anderen Extrem her anzugehen:

► Wo steht geschrieben, daß es für alle und für immer eine strikte Trennung zwischen Arbeitsplatz und Wohnort geben muß? Sie ist historisch einfach eine Folge der industriellen Revolution und der Fabrikentstehung des 19. Jahrhunderts

und wird heute schon immer häufiger durchbrochen.

► Wo steht geschrieben, daß Arbeitnehmer mit völlig unterschiedlichen Aufgaben — zum Beispiel Montearbeiter und Ingenieure — exakt dieselbe wöchentliche Arbeitszeit haben müssen?

► Wo steht geschrieben, die individuelle Arbeitszeit müsse unbedingt zwischen Montag und Freitag liegen und unbedingt zwischen 6 und 14 oder 8 und 16 Uhr liegen; und unbedingt 46 Wochen im Jahr? Das steht nirgendwo geschrieben — ebenso wie nirgendwo geschrieben steht, die wöchentliche Arbeitszeit müsse 40 und dürfe nicht 35 Stunden betragen.

Ich bin jedenfalls der Meinung, daß Flexibilität in der Wochen-, Monats- und Jahresarbeitszeit, daß Verfügungstage, gleitende Bin- und Ausstiege in das und aus dem Berufsleben, daß Arbeitszeitreduzierung während der Kinder-Familien-Phase, daß Langzeitorlaube und Sabbat-Zeiten, daß alles dies, was zunehmend mehr möglich wird, genau, aber vorurteilslos geprüft werden sollte. Dasjenige jedenfalls sollten wir nicht aufhalten wollen, was den Menschen wirklich nützen kann.

Und wirklich nützen kann zum Beispiel eine Personal- und Arbeitsplanung, die Verfügungstage gewährt: so daß man zum Beispiel an einem Arbeitstag in Ruhe einkaufen kann, ohne nach Arbeitschluß oder an einem Samstag hetzen zu müssen. Gerade die langen Samstage zeigen doch, wie unorganisch Arbeitszeit und Ladenöffnungszeit in Deutschland aufeinander abgestimmt sind.

Technik gibt uns heute zusehends die Möglichkeit, zu überwinden, was vielleicht bald nur als Relikt der klassischen Industrieepoche erscheinen wird. Die neuen Technologien — insbesondere im Bereich der Kommunikation und der Informationsverarbeitung — werden es sukzessive erlauben, unsere Arbeitsgesellschaft in einem fundamentalen Charakteristikum zu verändern: Sie gestatten eine tendenzielle *Entkoppelung von Mensch und Maschine bzw. Betrieb*. Man muß sich, um die Bedeutung dieser Entwicklung zu erkennen, vergegenwärtigen, wie wenig selbstverständlich es in der Geschichte der Menschheit ist, daß eine Vielzahl von Menschen sich zur gleichen Zeit und am gleichen Ort versammeln, um gemeinsam zu arbeiten. Diese räumliche und zeitliche Bindung an Maschine bzw. Betrieb als faktische Universalform des Arbeitens ist erst ein Produkt der arbeitsteiligen Industriegesellschaft, das uns im vorigen Jahrhundert aufoktroziert wurde — ein Zwangssystem, für das die Menschen mit er-

heblicher Brutalität erst „sozialisiert“ werden müßten. Der Kult der Pünktlichkeit als einer Tugend, vor der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der Weltgeschichte unbekannt, zeugt hiervon. Die Stechuhr am Eingang ist bis zum heutigen Tag Symbol dieser Arbeitsform.

Sowohl zeitlich wie räumlich zeichnen sich Möglichkeiten der Entkoppelung von Mensch und Maschine ab. Der erste Schritt, teilweise verwirklicht, liegt in der technischen *Speicherbarkeit der Arbeit*: Das Diktiergerät, in das ich diese Sätze spreche, macht meine Arbeit unabhängig von meinem Arbeitsplatz und von den Bürostunden, so wie das Videogerät Teile meiner Freizeitbeschäftigung vom nicht minder gesellschaftlich organisierten Fernsehkonsum unabhängig macht: Ich sehe mir eine Sendung dann an, wenn ich Lust und Zeit habe, nicht dann, wenn der Sender den Film ausstrahlt. Neue Kommunikations- und Informationstechniken können diese Entwicklung weitertreiben:

● Sie können räumlich den Arbeitsplatz in begrenztem Umfang ubiquitär machen und — durch das Heimterminal — verstärkt Arbeit zu Hause gestatten. Ich weiß, daß ich damit ein heiß umstrittenes Thema berühre: Die Projektion der Arbeitsbedingungen klassischer Heimarbeit — also einer schlecht entlohnenden und arbeits- und sozialrechtlich schlecht geschützten Tätigkeit — auf mögliche TeleHeimarbeit der Zukunft hat hier zu großen und gelegentlich schrillen Besorgnissen geführt. Ich sehe (wie übrigens auch eine im Entstehen begriffene Studie des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts Göttingen) wenige Indizien für eine solche Entwicklung und halte sie überdies für verhindert. Wie ich denn umgekehrt auch die Euphorie mancher über einen neuen Typus der Selbständigen — der einfach mit seinem Heimterminal auf dem Markt konkurrierte — nicht teile: Dieser neue Selbständige dürfte als Zulieferer nicht weniger in Abhängigkeit stehen als mancher alte Selbständige. Wahrscheinlicher als all dies ist: Die starre Trennung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz wird sich zur Zufriedenheit der Beteiligten stärker verschleifen; es werden Mischformen entstehen, wie sie bereits heute für Journalisten, Richter, Wissenschaftler (und andere Berufsgruppen, denen die Finanzämter die steuerliche Absetzung eines Arbeitszimmers zu Hause gestatten) bestehen.

Im übrigen geht es bei der räumlichen Entkopplung von Mensch und Arbeitsplatz/Arbeitsgerät keineswegs nur um Tele-Heimarbeit. Insbesondere die Kommunikationstechnik wird dezentrale Produktion und Verwaltung erlauben. Der Bildschirm

überwindet räumliche Barrieren und erlaubt den Zugriff auf die Arbeit weitgehend ohne Rücksicht auf den Standort, sei es innerhalb des Betriebs, sei es in der Fläche. Gewaltige Produktions- und Verwaltungszentralen werden der Tendenz nach der Vergangenheit angehören, weil die Arbeitnehmer ebenso gut an kleinen, dezentralen Standorten (z. B. im eigenen Wohnviertel) arbeiten können. Und während der feste Arbeitsplatz im räumlichen Sinne an Gewicht verliert, gilt dies paradoxerweise gleichzeitig für sein Gegenteil, für Reisen: Sie können in einer fernerer Zukunft durch Bildtelefon, Telekonferenzen usw. abgelöst werden.

● Nicht minder wichtig die *zeitliche* Entkopplung von Mensch und Maschine. Hier geht es vor allem um die dezentrale und flexible Organisation von Arbeitsabläufen, die die Arbeitenden von systembedingten Einheitsreglementierungen nach Möglichkeit befreien, um das Durchbrechen starr verbundener Arbeitsakte, deren extremer Ausdruck das Fließband ist. Je weniger mechanisch-körperlich, je mehr informativ die Produktionsarbeit ist (Programmierung, Überwachung, Kontrolle usw.), desto unabhängiger wird die menschliche Arbeit und Arbeitszeit von der Maschine. Je mehr durch Computerunterstützte Fertigung Werkstücke automatisch gespeichert bzw. aus dem Speicher abgerufen werden können, desto eher lassen sich Arbeitsvorgänge voneinander entkoppeln und individuell kombinieren. Und je mehr — vor allem in der Informationsverarbeitung — Arbeit sich speichern läßt, desto freier wird der Bearbeiter im Blick auf Arbeitszeit.

Die gleitende Arbeitszeit, bei ihrer Einführung von vielen Seiten mißtrauisch beäugt, war ein erster kleiner Schritt zu solcher Flexibilisierung. Von ihr machen heute Millionen Arbeitnehmer Gebrauch, die ihrerseits von all jenen beneidet werden, in deren Betrieben die Arbeitsorganisation die Einführung gleitender Arbeitszeit noch nicht erlaubt. Die neuen Technologien werden vielen Betrieben und Arbeitnehmern die Möglichkeit geben, auch die sogenannte Kernzeit und vor allem die „Kern-Arbeitswoche“ anzugreifen. Betriebe können — gerade im Sinne der neuen Produktionskonzepte — mit Gruppenarbeitsplätzen organisiert werden, die es möglich machen, daß verschiedene Personen zu unterschiedlichen Zeiten ihre Arbeit leisten und die Produktionsanlagen trotzdem in der geplanten Betriebszeit weiterlaufen; die weit mehr als bisher es erlauben, Teilzeitarbeitsplätze und Arbeitsplatzteilung in den betrieblichen Ablauf zu integrieren. Verfügungsstage und -zeiten und ganz individuelle

Kombinationen lassen sich leichter realisieren. Betrieblich und zum Teil individuell läßt sich das starre Schema der Wochen-Werktagarbeitszeit durchbrechen (z. B. Zwei-Schichten-Betrieb, jeweils für die erste und zweite Wochenhälfte).

Eine besondere Rolle in diesem Zusammenhang schließlich spielt die zunehmende *Entkoppelung von Arbeits- und Betriebszeit*. Hier geht es darum, daß die Betriebszeit nicht am Ende eines Normalarbeitstags bzw. einer Normalarbeitswoche endet, das heißt um vermehrte Schichtarbeit. In diese Richtung gibt es zumindest überall dort, wo Kapazitäten voll ausgelastet sind, einen besonderen Druck der Arbeitgeber: denn je höher die Kapitalintensität der Maschinerie ist, desto teurer sind Stillstandszeiten bzw. desto billiger möglichst lange Laufzeiten der Maschinen. Gleichzeitig gibt es jedoch auch einen objektiven Druck durch den Prozeß der Arbeitszeitverkürzung, denn je kürzer der Arbeitstag bzw. die Arbeitswoche für den einzelnen Arbeitnehmer bzw. seine Schicht wird, desto stärker wird der Druck auf ein Mehrschichtsystem. Beide Tendenzen können miteinander verbunden sein: nicht selten suchen Betriebsleitungen die Zustimmung von Arbeitnehmern und Betriebsräten zum erweiterten Schichtbetrieb durch zusätzliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu erreichen (zum Beispiel 36 oder 37 Wochenstunden für die Teilnahme an einem rollierenden System zwischen drei parallelen Schichten). Auf diesem Wege läßt sich also der Prozeß der Arbeitszeitverkürzung beschleunigen, wobei die Kosten aus der erhöhten Kapitalnutzung aufgebracht werden.

Es gibt grundsätzlich zwei Möglichkeiten, die Betriebszeit auszuweiten: einmal eine rein technische, bei der durch Speicherung der Arbeit die Maschinen während der Normalarbeitszeit so munitioniert werden, daß sie — zum Beispiel in der Nacht in sogenannten Geisterschichten — ohne oder nur mit geringer Anwesenheit von Menschen laufen können. In Japan bemüht man sich sogar um die Einführung von Technologien, die drei Schichten ermöglichen, aber nur in einer Schicht Menschen einsetzen. Doch sind die technischen Möglichkeiten hierfür vorläufig begrenzt, und das bedeutet, daß für eine Ausweitung der Maschinenzeit die Zustimmung der Arbeitnehmer zu ungewöhnlichen und „unangenehmen“ Schichtzeiten nötig ist (Spätschichten, Nachtschichten, Samstagarbeit).

Über dieses Thema hat es im vergangenen Jahr namentlich in der IG Metall eine Diskussion gegeben, die von Arbeitsminister Blüm unlängst in eher törichter (weil zu pauschaler) Weise wieder aufge-

griffen wurde. Klar sollte sein, daß es hier nicht um längere Wochenarbeitszeit oder um die Wiederführung der Samstagarbeit gehen kann, sondern um die Frage, ob bei zu verkürzender Wochenarbeitszeit der Samstag auch ein Arbeitstag sein kann, wenn dafür der Montag oder der Mittwoch frei ist.

In einem deutschen Großunternehmen wurde folgender Vorschlag vorgelegt: Übergang zu einer Vier-Tage-Woche mit neunstündiger Arbeitszeit und der Möglichkeit, die Betriebszeit auf sechs Tage auszuweiten (indem zwei weitere Tage von einer anderen Gruppe im Wechsel übernommen werden). In einem anderen wird folgendes überlegt: Arbeitszeit sieben Tage à zehn Stunden, dann sieben Tage frei. Ein Extrembeispiel gibt es in den USA: Eine Reifenfabrik arbeitet mit zwei Belegschaften. Die eine arbeitet an fünf Tagen bis Freitag. Für Samstag und Sonntag kommt eine zweite Mannschaft, die je zwölf Stunden Reifen herstellt. Diese zweite Gruppe wird für ihre Wochenendarbeit so bezahlt, als ob sie sechsendreißig Stunden gearbeitet hätte.

Derlei stößt verständlicherweise bei den meisten Arbeitnehmern auf Skepsis. Überlegen wir: Für ein kinderloses Arbeitnehmer-Ehepaar wäre Samstagarbeit, wenn nicht beide Ehepartner von ihr Gebrauch machen können, ein Nachteil: die Frau wäre am arbeitsfreien Samstag gerne mit ihrem Mann zusammen; und der Mann würde, sehen wir das realistisch, am Montag darunter leiden, daß er allein zu Hause sitzt. Für jüngere, unverheiratete Arbeitnehmer oder solche ohne berufstätigen Lebenspartner liegen die Dinge bereits anders. Akzeptabel könnte Samstagarbeit aber erst dann werden, wenn auch der Lebenspartner die Möglichkeit hat, an seinem Arbeitsplatz den entsprechenden freien Tag zu nehmen. Dies ist — wenn die Eheleute in verschiedenen Betrieben tätig sind und die Kinder mit ihren Schulzeiten auch noch in die Überlegungen einbezogen werden — schwer organisierbar. Langfristig mag sich eine Entkoppelung des individuellen Wochenendes vom kollektiven *in gewissen Grenzen* durchsetzen. Diese *gewissen Grenzen* aber sind sehr genau abzustecken, damit die Lebensqualität der Arbeitnehmerfamilien nicht schmerzhaft gemindert wird.

Individualisierung und kollektive Organisation

Was bedeuten die Neuen Technologien, was bedeutet die dritte industrielle Revolution für die Gesellschaft von morgen? Sie erzwingt, das ist meine These, eine veränderte Arbeits- und Lebenswelt, deren Signatur *Individualisierung* ist. Aber jeder

weiß, daß Individualisierung zweierlei bedeuten kann: Neue Beweglichkeit und Isolierung, Vervielfältigung der Chancen und die Aussperrung aus jeder Gemeinsamkeit.

Die Alternativen sind in unserer Hand; sie stellen sich heute schon mit hundert Einzelfragen. Die Chance zum Zugriff, zur Gestaltung ist da; aber sie muß genutzt werden. Denn sicher ist eines: Der Glaube, die Revolution werde technisch bleiben und das Leben und die sozialen Beziehungen nicht weiter verändern, geht in die Irre. Das sage ich an die Adresse der Konservativen, die glauben, in der neuen Industriekultur würden die alten Bindungen, Werte und Strukturen zu erhalten sein — gleichsam das Schulgebet vor dem Computerunterricht. So sehr es auch im Augenblick diese Tendenz gibt, deren Fluchtcharakter nicht zu übersehen ist: Die Entfaltung der neuen Produktivkräfte wird eine abgelebte Gesellschaftsform ebenso heftig verdrängen wie seinerzeit in der Mitte der 60er Jahre. Ich sage es aber ebenso an die Adresse der defensiven Warner: Auch ihre Strukturen werden sich verändern, auch die Klassen- und Schichtidentitäten sich verschieben, auch die sozialen Bündnisse zerbrechen. Die Organisationsformen der Linken müssen sich darauf einstellen, oder sie kommen in schwere See.

Beispielsweise müßte die Arbeiterbewegung der Gegenwart realisieren, daß die Interessensunterschiede innerhalb der Arbeitnehmerschaft zunehmen. Wenn die betriebliche Arbeiterschaft sich stärker ausdifferenziert in solche, für die eingreifende Arbeitszeitverkürzung möglich und wünschenswert ist, und eine größer werdende Minderheit — Techniker, Ingenieure, Spezialisten — für die Arbeitszeitverkürzung aufgrund des Mangels an qualifiziertem Nachwuchs kaum möglich ist und die Arbeitszeitverkürzung auch gar nicht wollen: Dann muß man ihr berufliches Engagement wohl akzeptieren und Verständnis für ihre spezifischen Bedürfnisse haben. Falsch wäre es, sie zur Arbeitszeitverkürzung zwingen zu wollen oder ihnen qua Betriebsrat die Kaffeethermoskanne für die Stunden vor Mitternacht am Reißbrett wegnehmen zu wollen: Das triebe sie in die ULA und auf die Aufsichtsratsbank der Gegenseite.

Wenn sich in der 35-Stunden-Arbeitsgesellschaft größere Gruppen bilden von solchen, die *freiwillig* am Wochenende arbeiten, aber dafür die halbe Werktagswoche nicht; die ein halbes Jahr 60 Wochenstunden arbeiten, aber dafür die andere Jahreshälfte nicht; die Teilzeitarbeit wollen, weil ihnen mehr Lebensqualität für das halbe Gehalt lieber ist: dann ist es richtig, ihnen ihre Wünsche zu lassen

und ihnen den speziellen Schutz, den sie natürlich auch und erst recht brauchen, zu geben. Falsch wäre es, ihre Flexibilitätswünsche zu verteuern und sie in eine traditionelle Gewerkschaftsfeindlichkeit zu treiben.

Mit einem Wort: Ich glaube, die Tendenz zur Individualisierung der Arbeit, der Arbeitszeit und des Arbeitnehmers im Beruf und Betrieb muß eine entsprechende Individualisierung des gewerkschaftlichen und auch des politischen Interessenvertretungsangebots innerhalb der starken Klammer der Organisation gegenüberstehen. Und ich bin gegen den Versuch, die Individualisierungstendenz um jeden Preis durch gesetzliche oder tarifliche Regelungen aufhalten zu wollen: Dieser Versuch scheitert spätestens dann, wenn größer werdende Minderheiten die Möglichkeiten auch nutzen *wollen*, die technische Möglichkeiten und Kapitalseite ihnen bieten. Noch einmal: Die Lage-Unterschiede in der Arbeiterschaft werden schon heute täglich größer. Ich halte es nicht für erfolgversprechend, die in der Vergangenheit relativ einheitlichen Arbeitsbedingungen der klassischen Arbeitnehmerschaft — oder besser ihres Facharbeiterkerns — um jeden Preis aufrecht zu erhalten, denn diese Arbeitnehmerschaft und ihr Kern nehmen ab. Noch weniger hoffnungsreich wäre es, nur auf die Schwächeren und die Krisenopfer zu setzen, die ja gerade den Beistand der „Stärkeren“, die oft opinion leader im Betrieb sind, brauchen. *Nur wer bei den Starken stark ist, kann den Schwächeren helfen.*

Das gilt für das politische Bündnis, das die Sozialdemokratie zu kräftigen hat; das gilt noch mehr für die Erhaltung gewerkschaftlicher Macht. Es ist die sich verdichtende Produktionsintelligenz, die buchstäblich an den Hebeln sitzt, die alle Maschinen zum Stillstand bringt; ihre Bereitschaft macht die Streikwaffe im Zug der technischen Entwicklung sogar noch *schärfer*. Ihre aber womöglich mangelnde gewerkschaftliche Solidarität macht die Streikwaffe stumpfer, weil sie in der Tendenz den Betrieb alleine am Laufen halten können. Für das eine gibt der Metallstreik, für das andere der Druckerstreik 1984 Beispiel und Anzeichen.

So gebe ich Franz Steinkühler ausdrücklich recht: „Deshalb kommt es besonders darauf an, diejenigen bei den Gewerkschaften zu organisieren, die über die Fachkompetenz im Umgang und in der Anwendung neuer Techniken verfügen. Ich spreche von den Angestellten, insbesondere von den Ingenieuren, Naturwissenschaftlern und Technikern. Auch sie geraten zunehmend in den Sog der technischen Rationalisierung. Die gewerkschaftliche Re-

aktion auf die Veränderung der Beschäftigungsstruktur ist unsere Daueraufgabe des nächsten Jahrzehnts. Die Zahl der Arbeiter geht zurück, während die Zahl der Angestellten steigt; Ende dieses Jahres wird es in der Bundesrepublik voraussichtlich mehr Angestellte als Arbeiter geben.“ (F. Steinkühler, „Arbeitsgesellschaft im Umbruch — Krisenverwaltung oder Zukunftsgestaltung“ [Vorlesung an der Universität Bochum], abgedruckt in: „Frankfurter Rundschau“ v. 22. 2. 85)

Und ich füge hinzu: Für die Sozialdemokratie stellt sich die gleiche Aufgabe. Auch politisch und gesamtgesellschaftlich wächst im Zug der technischen Entwicklung die Zahl und vor allem die Schlüsselfunktion der technischen und der disponierenden Intelligenz, der Angestellten und der Selbständigen neuen Typs. Sie erhalten zwischen den traditionellen Fronten von Arbeit und Kapital eine Rolle von neuartigem Gewicht. Wir wären sehr kurzsichtig, diese neue Kraft in das Bündnis mit den Konservativen zu treiben. Wir müssen sie durch das intelligentere Politikangebot überzeugen: Indem wir ihnen Gelegenheit geben, ihren technischen Verstand und ihre technische Phantasie in den Dienst gesellschaftlicher Lösungen und sozialer Utopien zu stellen. Ein sichtbares Zeichen in diese Richtung wird die SPD im Herbst mit der Einberufung eines großen Ingenieur-Kongresses setzen.

Das führt mich zum zweiten Stichwort, der notwendigen *Politisierung* der Organisation von Arbeitnehmerinteressen und der gewerkschaftlichen Arbeit. Je mehr im Zuge der Arbeitszeitverkürzung, der zunehmenden Flexibilität und Individualität von Arbeit und Beruf die kollektiv-gleichförmigen betrieblichen Interessen und der Betrieb selbst als Gravitationszentrum an Gewicht verlieren, desto mehr kommt es darauf an, außerbetrieblich und somit *allgemeinpolitisch* Bewußtsein zu bilden, Identität zu stiften und Interessen zu organisieren. Und je mehr das soziale Bündnis, das wir brauchen, den Stärkeren (die es sich ja auch leisten können) abfordert, in Teilen über ihre unmittelbaren persönlichen Interessen hinwegzusehen und das politische und gesellschaftliche Ganze ins Auge zu fassen, desto mehr brauchen wir *neben* der Interessenvertretung den im weiteren Sinne politischen Dialog, den Appell an die gesellschaftliche Vernunft.

Wiederum gebe ich Franz Steinkühler recht, der im Zusammenhang mit der Entwicklung vom Arbeiter hin zum Angestellten auf das stetig steigende Bildungsniveau hingewiesen hat: „Es wird schwieriger sein, diesen neuen Arbeitertypus gewerkschaftlich zu organisieren. Sein politisches Verhal-

ten orientiert sich weniger an traditionellen Bindungen, sondern mehr an intellektuellen Überzeugungsprozessen... Hier sind neue Formen der gewerkschaftlichen Ansprache notwendig. Diese Arbeitnehmer gewinnen wir *hauptsächlich über den Kopf*.“

Dementsprechend sei, über die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen im Betrieb hinaus, auch eine „überbetriebliche“ Mobilisierungs- und Durchsetzungsstrategie zu entwickeln. „Wir müssen uns über die tarifpolitischen Möglichkeiten hinaus viel stärker in die Politik einmischen. Hierzu ist eine umfassende Politisierung der Gewerkschaftsarbeit erforderlich.“

Ich kann dazu nur ermutigen. Auch aus dem Kampf um die Arbeitszeitverkürzung ist diese Lehre zu ziehen. Arbeitszeitverkürzung war früher fast vollständig und ist noch heute eine tarif- und humanisierungspolitische Frage. Aber ihr beschäftigungspolitische und somit allgemeinpolitische Gehalt steht heute zweifellos im Vordergrund. Konkreter gesagt: Früher ging es in erster Linie um mehr Freizeit. Das spielt heute eine geringere Rolle; wird vielfach auch gar nicht gewünscht oder jedenfalls weniger als etwa mehr Geld. Heute geht es um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es geht nicht mehr so sehr um persönlich-individuelle Interessen als um ein politisch, „über den Kopf“ für richtig erkanntes Ziel, das ihren engeren Berufs- und Job-Interessen vielleicht sogar widersprechen mag.

Diese umfassende Politisierung — sie gilt in spezifischer Form dann auch für die politische Arbeit der Partei — ist nach meiner Ansicht die strategisch richtige Antwort auf den Individualisierungsprozeß. Die kollektive Interessenidentität löst sich langsam auf, wie zuvor die Klassenidentität. Dem Individuum wachsen neue Möglichkeiten zu. Daß das Individuum aber, wie Konservative und Grüne behaupten, auf organisierte Interessenvertretungen verzichten könne, ist nur allzu offensichtlich grober Unfug. Das Spektrum der Interessenvertretung wird weiter, und das einigende Band wird politischer.

Meine Schlußfolgerung lautet: Laßt uns gemeinsam die Gestaltungsaufgabe angesichts der Neuen Technologien anpacken, und laßt uns das mutig und offensiv tun.

Ja: Wir werden sehr genau sehen müssen und auch Abwehr leisten müssen dort, wo die Logik des Kapitals die Veränderungen der Zukunft im eigenen Interesse auszunutzen versucht. Aber in dieser Abwehr dürfen wir nicht defensiv werden und die Chancen und Möglichkeiten übersehen, die mit der

neuen Technik kommen, wenn wir sie in die richtige Richtung steuern.

Siegfried Bleicher hat neulich uns (und den Gewerkschaften) zugerufen, Mut und Optimismus in die Zukunft zu vermitteln. Und er hat unmißverständlich hinzugefügt: „Wenn man griesgrämig bis defätistisch mit bittersauerer Miene nur zukünftige Schreckensvisionen darstellt und andererseits wenig Alternativen erkennen läßt, wird man keine Wahlen gewinnen können.“

Sigrid Skarpelis-Sperk Für ein sozialdemokratisches Programm der Arbeit

Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, geb. 1945, ist SPD-Bundestagsabgeordnete. Die Diplom-Volkswirtin gehört unter anderem dem Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen und der Programmkommission beim SPD-Parteivorstand an.

Für Deutschlands Sozialdemokraten war *Arbeit* nie ein Punkt unter vielen, sondern stets eines ihrer zentralen politischen Themen – und das nicht ohne Grund: war die SPD doch – wie die Gewerkschaften auch – in der ersten industriellen Revolution aus dem Protest der Lohnarbeiter gegen Massenarbeitslosigkeit und Arbeitsverhältnisse im kapitalistischen System hervorgegangen. Ihr Kampf um das Recht auf Arbeit für Männer und Frauen, um Arbeitsschutz und Mindeststandards der Arbeitsbedingungen, um mehr soziale Rechte und Sicherheit, um Verkürzung der Arbeitszeit und Mitbestimmung hat die Wirtschafts- und Sozialgeschichte nicht bloß Deutschlands geprägt: Ergebnis war bis zum heutigen Tag eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, aber auch ein erweitertes Anspruchsniveau an Arbeit. Arbeit war nie notwendiges Übel, sondern Besonderheit des Menschen, Voraussetzung seiner Selbstverwirklichung, bestimmender Faktor seiner Stellung in der Gesellschaft und wertschöpfende Kraft.

Selbstverständlich war für die SPD, daß sie auf ihrem Feld mit seinen vielfältigen Teilpolitiken,

Erfolgreich steuern kann in der Politik nur, wer soziale Bündnisse zimmern und Mehrheiten gewinnen kann.

Die Mehrheit aber kann eine neue Arbeiterbewegung gewinnen, wenn sie zeigt, daß sie die sympathischeren und gerechteren Bilder der Gesellschaft von morgen hat, wenn sie zeigt, daß sie fähig ist, *technischen Fortschritt in gesellschaftlichen Fortschritt umzuformen.*

das u. a. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik sowie Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik umfaßt, die intellektuelle, aber auch praktisch-politische Führung besaß. Ihre Ziele konnten zwar nicht in jedem Falle unmittelbar und umfassend durchgesetzt werden, sie galten jedoch für große Teile der Bevölkerung als wichtig und diskussionswert. Von ihren Wählern wurden sie als realistische Zukunftsperspektive angesehen.

Um so bitterer nun für Führung und Mitglieder, daß heute große Teile der Bevölkerung, ja selbst ein nicht unerheblicher Teil der Stammwähler der SPD nicht nur keinen arbeits- und wirtschaftspolitischen Führungsanspruch mehr zugestehen wollen, sondern ihr – aber auch den Regierungsparteien – die *Kompetenz* zur Lösung des von über 60% der Bevölkerung als vordringlich angesehenen Problems der Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit nicht mehr zutrauen.

Für Sozialdemokraten ist das nicht lediglich aus geschichtlicher Perspektive bedenklich, sondern unter dem Gesichtspunkt ihrer Mehrheitsfähigkeit nahezu eine Katastrophe: Alle, verglichen mit anderen politischen Kräften zugeschriebener, Kompetenz in der Sozialpolitik, in der Friedens- und Außenpolitik hilft wenig, wenn Sozialdemokraten nicht für fähig gehalten werden, das Problem dort zu lösen, wo der Schuh drückt; wenn sie nur als gerechtere und liebevollere Krankenschwestern für gescheuerte Wunden angesehen werden.

Dabei sollte man sich davor hüten, das Problem der Wiedergewinnung der wirtschafts- und sozialpolitischen Kompetenz auf ein Problem des *Wechsels von Personen* zu verkürzen: Die Zuschreibung der Kompetenz ging nicht verloren,

weil man die Repräsentanten sozialdemokratischer Politik persönlich für unfähig hielt – sie stehen zum Teil heute noch in der Bevölkerung in hohem Ansehen –, sondern weil sich der meßbare „Erfolg“ sozialdemokratisch verantworteter Wirtschaftspolitik in zunehmender Massenarbeitslosigkeit in allen Regionen der Bundesrepublik niederschlug und (zusätzlich zum Dauerstreit mit einem immer offensichtlicher unwilligen Koalitionspartner) weder ein einsehbares Erklärungsmuster für die eingetretene Situation noch Entwürfe, wie wir uns die denkbare Zukunft vorstellen, noch neue Konzepte für die Meisterrung absehbarer Probleme vorgelegt wurden.

Dieses Bild der Unentschiedenheit, aber auch weitverbreiteter Ratlosigkeit, das die Sozialdemokratie in den letzten Jahren von der Spitze bis zum Ortsverein bot, ließ sich auch nicht durch noch so gut gemeinte Einzelprogramme der Bundestagsfraktion und des Parteivorstandes (z. B. „Arbeit und Umwelt“) verwischen; noch dazu, weil sie erst in der Opposition vorgelegt wurden.

Diesem Mangel läßt sich auch nicht dadurch abhelfen, daß man im vorhandenen wirtschaftspolitischen Instrumentenkasten nachschaut, lange tabuisierte Instrumente in einem erweiterten Policy-Mix berücksichtigt und dies zu einem Wirtschaftsprogramm stilisiert. Das Aufheben von Tabus ist gewiß überfällig, aber ebenso gewiß nicht hinreichend. Die SPD muß eine ebenso gründliche wie grundsätzliche Diskussion eröffnen, die zumindest folgende Fragenkomplexe behandeln mußte:

1.) Worin besteht jener *tiefgreifende Strukturwandel*, in dem sich die wichtigsten Industriegesellschaften befinden, und was bedeutet das für die Bundesrepublik Deutschland, ihre Wirtschaft und ihre Menschen?

2.) Welche spezifische *Entwicklungsrichtung* wird diese sich herausbildende Wirtschafts- und Informationsgesellschaft einschlagen?

3.) Inwieweit setzen sich diese – national und international absehbaren – Entwicklungen gleichsam als Selbstläufer nach einer weitgehend festliegenden Sachzwangslogik durch, bei der nur die Wahl zwischen Anpassung oder Abkopplung besteht, oder gibt es *prinzipielle Möglichkeiten einer Gestaltbarkeit*, und wo liegen effektive soziale und politische Ansatzpunkte zur Gestaltung dieser Entwicklung?

Diese Fragen spielen nicht bloß mittel- und langfristig eine wichtige politische Rolle, sie be-

rühren auch unmittelbar den Arbeits- und Lebensbereich von so großen Teilen der Bevölkerung, daß sie unvermeidlich zentrale Fragen der Programmdiskussion der SPD sein werden.

Strukturwandel und Strukturprobleme

Natürlich werden solche Überlegungen – wenn auch noch sehr punktuell und diffus – bereits in Wissenschaft und Gesellschaft diskutiert. Dabei treten zwei prinzipiell differierende Zukunftseinschätzungen zutage: eine Technik-pessimistische und eine Technik-optimistische Sicht.

Die *Technik-optimistische Sicht* wird heute im wesentlichen von Konservativen, Wirtschaftsliberalen und großen Teilen der technischen Intelligenz vertreten. Ihre Anhänger betonen die erheblichen Produktivitätssteigerungen der neuen Technologien, unterstellen jedoch gleichzeitig eine von diesem Prozeß induzierte Ausweitung von Nachfrage und Produktion neuer Güter und damit von Beschäftigungssteigerungen auf dem Arbeitsmarkt. Die nicht wegzuleugnenden Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt werden als Anpassungs- und Übergangsprobleme angesehen, die es entweder „durchzustehen“ oder sozial abzufedern gilt. Technologische Innovationen gelten – zumindest mittelfristig – als Ausweg aus der ökonomischen Stagnation und damit auch aus gesellschaftlichen Konflikten.

Die *Technik-pessimistische Sicht*, weit diskutiert in der Sozialdemokratie, bei Gewerkschaften und fest verwurzelt bei den Grünen, verweist auf die Scherenentwicklung von Produktivität, Produktion und Beschäftigung, die alte, noch in der Nachkriegsphase gültige Sätze wie z. B. „Die Gewinne von heute sind Investitionen von morgen und diese wiederum die Arbeitsplätze von übermorgen“ zur erkennbaren Untauglichkeit verwandelt haben. Als Folge dieser technischen und ökonomischen Wechselwirkungen befürchten sie eine Aufspaltung der künftigen Gesellschaft in Arbeitslose und Beschäftigte, weitreichende faktische Qualifikationsverluste, einen Anstieg der betrieblichen – aber auch der staatlichen – Kontrollmacht, ein Ansteigen der Ungleichheit bei der Einkommens- und Vermögensverteilung, aber auch ein erhebliches Auseinanderdriften der Regionen.

Sieht man sich die vorliegenden Fakten, insbesondere die Arbeitsmarktentwicklungen des letzten Jahrzehnts, systematisch durch und schreibt sie ins nächste Jahrzehnt fort, so gibt es eine Viel-

falt von Erkenntnissen und Ansatzpunkten, die eher eine pessimistische als eine optimistische Einschätzung rechtfertigen (vorausgesetzt, man ändert weder Richtung noch Geschwindigkeit der Entwicklung).

Stellung der Bundesrepublik in der Weltwirtschaft

Alle Überlegungen zu möglichen Entwicklungen der nationalen und weltregionalen Ökonomien müssen wesentlich ausgehen von

- einem hohen internationalen Verflechtungsgrad der Kapital- und Gütermärkte,
- einem hohen Maß der Ausdifferenzierung und Integration der realwirtschaftlichen Arbeitsteilung,
- deutlicher gewordenen Begrenzungen des nationalstaatlichen Steuerungspotentials.

Die Bundesrepublik als ein reiches und exportabhängiges Land (mit breitem Spezialisierungsgrad) gerät in grundlegende ökonomische und soziale Widersprüche angesichts der

- anwachsenden Konkurrenz der Schwellenländer im Bereich der industriellen Massengüter (bedingt durch niedrige Lohnkosten und gestiegene Verfügbarkeit von modernen Technologien),
- verstärkten Konkurrenz der hochindustrialisierten westlichen Industrieländer (insbesondere USA und Japan) im Bereich der hochtechnisierten Konsumgüter, Zwischenprodukte und Investitionsgüter,
- des weltweiten Aufbaus von Überkapazitäten bei den industriell erzeugten Gütern (bedingt durch den Einsatz der Mikroelektronik, besonders bei der flexiblen Automatisierung),
- Stagnation bzw. Sättigung der Nachfrage in den westlichen Industrieländern und der Nachfrageschwächung insbesondere der Länder der Dritten Welt.

Diese Widersprüche schlagen sich als Massenarbeitslosigkeit, Wohlfahrtsverluste sowie als Polarisierung gesellschaftlicher Lebenslagen nieder.

Strukturprobleme kapitalorientierter Industrieproduktion

Diese Entwicklung wird nicht nur durch internationale Konkurrenz erzeugt, sondern auch durch ein Wirtschaftssystem, das wesentlich an der kapitalistischen Industrieproduktion orientiert ist (das gilt auch für staatskapitalistische Länder):

- Vergeudung von Produktionskapazitäten im Zuge der überzogenen Kapitalintensivierung (z. B. überzogene Automatisierung im Produktions- und Dienstleistungsbereich) und des Fehleinsatzes von Kapital (Rüstung, Raumfahrt, Kupferkabel);
- Vernutzung der Arbeitskraft (Gesundheitsverschleiß, Unfallgefährdung) in inhumaner Produktion;
- Vergeudung der Arbeitskraft durch unangemessenen Einsatz (z. B. Facharbeiter als Maschinenbediener, Ingenieur am CAD-Terminal, Lehrerin als Sekretärin) und durch Arbeitslosigkeit;
- Behinderung alternativer Arbeitsformen, die nicht mit dem Industriesystem vereinbar sind;
- Nichtausschöpfen menschlicher Fähigkeiten durch Diskriminierung nach Geschlecht, sozialer und regionaler Herkunft;
- bisher nicht dagewesene Verschwendung nicht oder nur schwer regenerierbarer Ressourcen und Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen.

Arbeit und Beschäftigung

Für die *quantitative Zukunft der Arbeit* lassen sich (und ich gehe hier von dem derzeit wohl besten zur Verfügung stehenden Material, der IAB-Arbeitsmarktbilanz 1965–2000 aus) folgende Probleme absehen:

1.) Seit Mitte der 70er Jahre reicht das mittelfristige Wirtschaftswachstum trotz verlangsamten Produktivitätsfortschrittes nicht aus, um einen hohen Beschäftigungsgrad des Erwerbspotentials aufrechtzuerhalten und Massenarbeitslosigkeit zu verhindern.

2.) Die gegenwärtige Massenarbeitslosigkeit gehört zu den am besten prognostizierten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen, zumindest was ihren demographischen und strukturellen Teil angeht. Ernsthaft kann kein Verantwortlicher behaupten, er sei nicht rechtzeitig (etwa ab Mitte der 70er Jahre) zumindest über die Größenordnung der bevorstehenden Probleme informiert gewesen. Informationen hat es gegeben, sie sind politisch und sozial nicht zur Kenntnis genommen worden.

3.) Bis Ende des Jahrtausends ist mit einer – im nächsten Jahrzehnt noch steigenden – Massenarbeitslosigkeit zu rechnen, wenn die Entwicklung ohne gesellschaftliche Gegenwehr verläuft. Die eventuelle Gefahr einer allgemeinen Arbeitskräft-

teknappheit durch den Geburtenrückgang wird kaum mehr vor dem Jahre 2000 relevant werden. 4.) Allein mit Wirtschaftswachstum ist das Problem nicht zu lösen. Die erwartbaren und ggf. machbaren Wachstumsraten werden nicht ausreichen. Einen nennenswerten Abbau der Arbeitslosigkeit wird es erst jenseits eines Wirtschaftswachstums von mehr als 3% und des heutigen Tempos der Arbeitszeitverkürzung und einer radikal geänderten Beschäftigungspolitik von Bund, Ländern und Kommunen geben.

Ungleichheiten in Arbeit, Beschäftigung und Einkommen

Die gegenwärtige Situation und die absehbaren Entwicklungen treffen nicht alle Gruppen und Regionen in gleichem Maße: Ältere Arbeitnehmer und gering qualifizierte Frauen wurden ebenso wie Ausländer zunehmend aus dem Arbeitsmarkt ausgegliedert (in den gewerblich-technischen Berufen sind Frauen nur mehr als schrumpfende Minderheit vertreten). Ähnlichen Ausgliederungsprozessen sind – wenn auch regional differierend – geringqualifizierte Jugendliche unterworfen. Die berufliche Ausgrenzung Behinderter ist bereits sehr weit fortgeschritten. Auch innerhalb der Regionen ist eine Zunahme der Ungleichheiten zwischen den Arbeitsmärkten festzustellen. Besonders hart betroffen waren das Ruhrgebiet, das Saarland und die Werftstandorte, aber auch ländliche Problemregionen von Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Ostbayern. Eine überdurchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit konzentriert sich dabei auf einige ländliche Regionen Niedersachsens und Schleswig-Holsteins, Nordostbayerns, Allgäu sowie Teile des Saarlandes und von Rheinland-Pfalz, d. h. auf Regionen, die besonders lange von einer hohen Welle geburtenstarker Jahrgänge geprägt waren. Die höchsten Anteile an Frauenarbeitslosigkeit werden dort verzeichnet, wo die Erwerbsbeteiligung der Frauen traditionell hoch ist, d. h. in Baden-Württemberg und Bayern.

Es gibt Anzeichen dafür, daß in den 80er Jahren auch die ländlichen Regionen langfristig stärker unter (internationalen) Wettbewerbsdruck geraten werden und sich die Arbeitsteilung zwischen ländlichem Raum (produzierende Tätigkeiten) und Ballungszentren (tertiäre Funktionen) zuungunsten des ländlichen Raums verstärkt. Im letzten Jahrzehnt haben sich die regionalen Einkommensunterschiede deutlich erhöht, d. h. ein-

kommensstarke Regionen erhielten höhere Zugewinne als einkommensschwache. Die höchsten Steigerungsraten liegen in den süddeutschen Ballungsräumen.

Entscheidend wird, in welchem Jahr „man“ geboren ist: Ist der Jahrgang geburtenstark – und sei es nur in der Region, in der die Eltern leben –, verschlechtern sich Bildungs- und Ausbildungs-, Arbeitsmarkt- und Einkommenschancen erheblich; war der Jahrgang geburtenschwach, sind zumindest die Bildungs-, Ausbildungs- und Eingangschancen am Arbeitsmarkt deutlich besser. Mit der Zunahme der am Arbeitsmarkt Ausgegrenzten bildet sich eine in der BRD quantitativ und qualitativ neue dauerhafte Klasse von Armen. Wird gegen diese Entwicklungen nichts Substantielles unternommen, dann bedeutet das eine schnelle und gewaltige Zunahme von Ungleichheit in unserer Gesellschaft. Es wird zunehmend weniger wichtig, was jemand leistet, bzw. zu leisten bereit ist und wie gut jemand qualifiziert ist, sondern wann und ob man als Mann oder Frau, als Deutscher oder Ausländer, im Norden oder Süden der Bundesrepublik, auf dem Lande oder in den Ballungsräumen geboren und aufgewachsen ist.

Andere politische Gruppierungen können die wirtschaftliche und politische Situation hinnehmen. Viele verdrängen sie oder produzieren neue ideologische Rechtfertigungen für eine Zweidrittel-Gesellschaft. Die Erfahrungen aus Großbritannien und den USA zeigen, daß eine solche Polarisierung und Ausgrenzung sogar auf geraume Zeit politisch mehrheitsfähig ist. Sozialdemokraten können diese Entwicklung weder gesamtgesellschaftlich noch in ihren sozial unerträglichen Auswirkungen auf einzelne Menschen, auf Gruppen und Regionen hinnehmen. Dies nicht nur wegen der zu erwartenden sozialen Sprengkraft, sondern auch weil so wirtschaftliche und soziale Potentiale für die Zeit nach dem Jahre 2000 vernichtet werden (z. B. Größe und Qualifikation des Arbeitspotentials).

Während die aufgezeigten quantitativen Entwicklungen einigermaßen bekannt, wenn auch nicht ausreichend beachtet werden, sind eine Reihe von qualitativen Entwicklungen im Arbeitsleben, vor allem der Wandel der Arbeitsinhalte und Arbeitsformen sowie der Wandel der Qualifikation zwar absehbar, aber bis auf eine Ausnahme nur in Expertenzirkeln diskutiert. Deswegen entgehen sie häufig der politischen

Beachtung und damit der gesellschaftlichen Gestaltung, obwohl bekannt sein sollte, daß die qualitativen Entwicklungen von heute häufig die quantitativen Probleme (aber auch Chancen) von morgen sind. Positiver formuliert: Wer heute nicht das Fingerspitzengefühl für aufziehende Chancen und Probleme hat, wird die Frage, ob sich Entwicklungen quasi im Selbstlauf nach einer weitgehend festliegenden Sachzwangslogik durchsetzen oder inwieweit prinzipielle Möglichkeiten der Gestaltbarkeit bestehen und wo die Ansatzpunkte für eine effektive Gestaltung liegen, zum allergrößten Teil zugunsten der Sachzwangslogik entschieden haben. Fehlentwicklungen nachträglich zu korrigieren – das zeigt die Geschichte – ist intellektuell wie finanziell äußerst aufwendig. In der Regel war eine umfassende politische und soziale Mobilisierung zugunsten umfassender Umgestaltungen nur möglich und erfolgreich, wenn große bzw. einflußreiche Gruppen existentiell von Fehlentwicklungen berührt werden.

Wandel der Arbeitsinhalte und Formen

Der Einsatz von automatisierten, elektronisch gesteuerten Verfahrenstechnologien hat sich in den letzten Jahren erheblich beschleunigt, Sättigungsgrenzen sind nicht erkennbar. Derzeit wird eine weitere neue Stufe der Entwicklung eingeleitet: „EDV-gestützte Technologievernetzung“. Teillösungen wie z.B. Automatisierung in Verwaltung, Konstruktion, Arbeitsvorbereitung und Fertigung „wachsen“ zusammen und bilden integrierte Systeme auf der Basis der Informationstechnologien. Mit der rechnerunterstützten Fertigungssteuerung (produktionsbezogene Technologievernetzung), die anknüpft an CAD (computerunterstütztes Konstruieren) in der Konstruktion und die NC (numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen)- und Roboter-Technik in der Produktion sowie an die automatisierten Lager- und Transporttechniken, ist die Voraussetzung für eine Automatisierung ganzer Produktionsvorgänge geschaffen.

Die Entwicklung leistungsfähiger Kleincomputer und intelligenter Terminals, der Speicherkapazitäten und Zugriffszeiten, der Datenfernübertragung wie der Muster- und Spracherkennung haben die Entwicklung dezentraler integrierter Informationsverarbeitung möglich gemacht. Es wird kaum einen Bereich der Arbeit geben, der nicht davon betroffen sein wird.

Diese Entwicklung geht einher mit betrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen – organisatorische und personelle Maßnahmen –, der Entwicklung neuer Werkstoffe und der Entwicklung neuer Produkte. Der Einsatz anderer Produktionsmittel, die Entwicklung neuer Produktionsformen, die Verwendung neuer Werkstoffe haben unmittelbare Auswirkungen auf Form und Inhalt der Arbeit. Mit der Realisierung neuer technischer Niveaus entstehen neue Anforderungen an die Beschäftigten, mit dem Wandel der Organisation verändern sich die Aufgaben. Je komplexer die industriellen Systeme sind, je höher ihr Technisierungsgrad ist, desto stärker sind sie abhängig von dem Zusammenwirken seiner Teile, von funktionierenden Abläufen, von der Zusammenarbeit der Menschen. Die Reibungsverluste, die hier entstehen, können allein durch individuelle Leistungssteigerungen nach herkömmlichem Muster überhaupt nicht wettgemacht werden. Darüber hinaus setzt der optimale Einsatz neuer Informations- und Produktionstechnologien die Entwicklung von Prozeßorganisationen voraus, die mit den klassischen Hierarchien nicht mehr viel gemein haben. Wie effizient diese Technologien in die bestehenden Systeme eingepaßt werden, hängt erheblich von der Qualifikation und Einsatzbereitschaft der Beschäftigten ab.

Der Anteil der maschinenüberwachenden Aufgaben, der Anteil der Überwachung ganzer Fertigungssysteme wird erheblich zunehmen. Ebenso steigt der Anteil der Arbeit mit technischen Informationssystemen (z. B. Bildschirmterminals und Kleinrechner) in Verwaltung, Dienstleistung und Produktion. Technisch gesteuerte und technisch vermittelte Formen der Kooperation und wechselseitigen Information nehmen zu. Dagegen nehmen persönliche Kontakte ab. Nur die unmittelbar für den Arbeitsprozeß notwendige Information wird vermittelt, Interpretationsmöglichkeiten und Verhandlungsspielräume unter den Zusammenarbeitenden nehmen ab. Daraus resultieren keineswegs Entlastungen für den Menschen, sondern allenfalls Belastungsverschiebungen. Der Anteil nervlicher und sensorischer Belastungen wird eher zunehmen, während körperliche Schwerarbeit eher abnimmt.

Mit der technischen Entwicklung geht die Möglichkeit der Verlagerung von Arbeit einher. Teile-Heimarbeit, d. h. die teilweise oder vollständige Auslagerung von Arbeit an Home-Terminals in Privatwohnungen stellt nur ein Extrem eines

breiteren Spektrums verschiedener Dezentralisierungsmöglichkeiten für informationsverarbeitende Berufe dar. Dieses Spektrum umfaßt arbeitsplatzbezogenen und arbeitsplatznahen EDV-Einsatz, die räumliche Ausgliederung einzelner Abteilungen und einzelner Funktionen (wie z. B. die Datenerfassung oder die Lohn- und Gehaltsabrechnung) wie auch die Verlagerung von Datenerfassungs- oder Sachbearbeitertätigkeiten von der Quelle des Geschehens. Die Einrichtung von informationstechnisch ausgestatteten Nachbarschaftsbüros und von Tele-Heimarbeitplätzen sind hier als unterschiedliche organisatorische Ansätze zu nennen.

Eine andere Form ist die Verlagerung von Arbeitsaufgaben auf den Kunden (die BTX-Dienste der Post sowie die mit Hilfe der Scheck-Kreditkarten und des PIN-Codes [personal identification number] zu bedienenden Kontoauszugsdrucker, dialogfähige Selbstbedienungsterminals, Geldausgabe- und elektronische Mietfachautomaten sind Beispiele für die Selbstbedienungstendenzen). Das hat nicht nur Konsequenzen für die Beschäftigten, sondern auch für den Nutzer, der zunehmend mehr Zeit und Kompetenz für den Erwerb von Gütern und Dienstleistungen aufwenden muß. Das ist eine Entwicklung, die bislang politisch kaum zur Kenntnis genommen wurde, obwohl sie vermutlich weitere Ungleichheiten zwischen Alt und Jung, Arm und Reich, Stadt und Land zur Folge haben kann.

Wandel der Qualifikation

Mit dem Wandel der technisch-organisatorischen Strukturen von Produktion, Verwaltung und Dienstleistung gehen grundlegende Veränderungen der Qualifikationen einher. Ganze Berufe verschwinden, neue Berufe entstehen, die Anforderungen an die Beschäftigten ändern sich. Neue Anforderungen entstehen wie z. B. die Bereitschaft zum Eingreifen, angemessener Umgang mit Einrichtungen und Material, die Lösung von Problemen, Aufrechterhaltung komplizierter Prozesse. Sie werden ihrerseits beeinflußt durch fachliche Qualifikation, soziale und prozeßspezifische Kompetenz. Viele Arbeitnehmer werden gezwungen, ihren Arbeitsplatz oder ihren Beruf zu wechseln. Sie müssen neue Kenntnisse erwerben. Ihre Fähigkeit, mit den Problemen, die stets mit einem Arbeitsplatzwechsel verbunden sind, fertig zu werden, wird erheblich durch ihre Ausbildung und Qualifikation bestimmt.

Auf der anderen Seite wird bei Fortbestehen der Massenarbeitslosigkeit ein zentrales gesellschaftspolitisches Argument von Vergangenheit und Gegenwart für immer größere – wenn auch minoritäre – Personenkreise in Frage gestellt, daß nämlich Qualifikation vor Arbeitslosigkeit schützt. Mit dem Hochschrauben der Anforderungen wird aus dem *Recht auf Bildung* *Zwang zur Bildung*, der insbesondere für die Opfer der Rationalisierung eine qualvolle, individuell teure und ergebnisarme Angelegenheit wird, während sie für die „Rationalisierungsgewinner“ eine individuelle und gesellschaftliche Legitimation für gesicherte Positionen und höhere Einkommen darstellt.

Jede Erhöhung der Produktivität ist – zumindest in gesellschaftlicher Perspektive – dauerhaft nicht ohne Verbesserung der Ausbildung möglich. Von der Gefahr einer allgemeinen Überqualifikation kann keine Rede sein. Im Gegenteil: Unzureichende Ausbildungs- und Weiterbildungsaktivitäten drohen zu einem ernstem Wachstums- und Beschäftigungshindernis der kommenden Jahrzehnte zu werden. Das betrifft nicht nur die allgemeinbildende und berufliche Grundausbildung, sondern vor allem die berufliche Weiterbildung. Deren Standards sind dringend anzuheben, speziell bei der betriebsbezogenen Weiterbildung über den Arbeitsplatz hinausgehende Qualifikationen zu vermitteln. Zur Zeit fehlen sowohl differenzierte Lehr- und Lernprogramme für tätigkeitsbezogene Ausbildungsmaßnahmen wie ausreichende Angebote an betrieblichen Ausbildungsmaßnahmen, die arbeitsmarktrelevante Qualifikationen vermitteln. Die technisch-organisatorischen Veränderungen stellen neue Anforderungen an die Beschäftigten. Sie können diesen Anforderungen nur gerecht werden, wenn entsprechende Ausbildungsangebote vorliegen. Vordringlich sind:

- Entwicklung von Berufsbildern und Ausbildungsgängen, die den zukünftigen technisch-organisatorischen Verhältnissen der Produktion und Verwaltung Rechnung tragen.
- Vermittlung von sozialer Kompetenz und Fähigkeiten der Leitung und Steuerung komplexer sozio-technischer Prozesse.
- Vermittlung von Überschußqualifikationen und Fähigkeiten der selbständigen Weiterbildung.
- Entwicklung und Anwendung von Ausbildungsformen, die eine dauernde berufliche Weiterbildung gewährleisten.

Statt zur Bewältigung der technisch-organisatorischen Entwicklungen notwendige Fähigkeiten und Fertigkeiten zu vermitteln, z. B. statt technische und soziale Kompetenz, Kooperationsfähigkeit und Fähigkeit, das Verständnis komplexer Prozesse zu fördern, stellt unser Bildungssystem auf Faktenwissen, Konkurrenz und selbstbezogene Eliten ab. In den Betrieben besteht die Gefahr, daß mit der Aneignung technischen Funktionswissens neue Funktionsebenen entstehen, die aus ihrer besonderen Stellung im Wirtschaftssystem Ansprüche an Status und Einkommen ableiten und neue Sachzwänge konstruieren. Frauen werden nach dem bisherigen Kenntnisstand nur selten zu diesen Eliten gehören.

Der verstärkt geforderten Bereitschaft und Fähigkeit zur beruflichen Flexibilität und Weiterbildung drohen jedoch in der Bundesrepublik tendenziell Qualifikationsdefizite entgegenzuwirken:

- durch die Alterung des einheimischen Arbeitskräftepotentials nach 1985,
- durch die mangelhafte Ausbildung der ausländischen Zuwanderer und ihrer bereits in diesem Lande aufwachsenden Kinder, ohne deren volle Integration außerdem ein soziales Konfliktpotential zu entstehen droht,
- durch die Ausbildungs- und Erfahrungsdefizite bei den neu oder wieder ins Erwerbsleben drängenden Frauen,
- durch eine nicht ausreichende Berufsausbildung der geburtenstarken Jahrgänge sowie
- durch Entfremdung vieler Erwerbspersonen bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit
- und nicht zuletzt durch die ständigen Verschlechterungen der gesetzlichen Grundlagen für die Förderung der beruflichen Weiterbildung.

Die geschilderten quantitativen und qualitativen Tendenzen für die kommende Industrie- und Informationsgesellschaft zeigen eine Fülle von Gefährdungen, aber auch von denkbaren Chancen für Arbeitswelt und Freizeit. Dennoch sei hier angemerkt, daß bei aller strategischen Bedeutung neuer Technologien nur eine Minderheit der Erwerbstätigen mit ihnen bislang Erfahrungen gemacht hat. Die „alten“ Produktionsmittel werden – nicht nur für die BRD – noch lange Zeit für die Mehrheit relevant sein. Ebenso klar ist aber auch, daß es zu den neuen Technologien keine grundsätzliche Alternative gibt, was allerdings die Ablehnung einzelner technischer Entwick-

lungslinien nicht ausschließt. Wenn wir das akzeptieren, müssen wir uns stärker als bisher der Frage der Gestaltung des Technikeinsatzes zuwenden.

Möglichkeiten der Gestaltbarkeit und effektive politische Ansatzpunkte zur Gestaltung der Zukunft der Arbeit

Die prinzipielle Gestaltbarkeit des Technikeinsatzes ist dabei keine Technik-optimistische Fata Morgana, sondern gerade in der Bundesrepublik durch Programme wie Humanisierung des Arbeitslebens, aber auch Umwelt- und alternative Energieprogramme hinreichend belegbar. Es geht also – aber es fehlt an der Technikgestaltung als massenhaften Prozeß. Arbeitsweltgestaltung wird damit für die Gewerkschaften wie für die SPD neben der Frage der Arbeitslosigkeit von zentraler Bedeutung werden müssen, will sie die empirisch belegbare Verunsicherung von Facharbeitern und „Fach“angestellten über ihnen bevorstehende Änderungen auffangen und vor allem objektive Fehlentwicklungen, die später nur zu sehr hohen Kosten reparabel sind, von vornherein vermeiden.

Eine besondere Rolle dabei spielen jetzt noch leicht tabuisierte Ängste der betroffenen Arbeitnehmer, ob sie den Streß bis zum Rentenalter durchstehen. Gesundheit im Sinne eines längerfristigen Erhalts der Arbeitskraft gewinnt zunehmend auch im Bereich der Rationalisierungsgewinner an Beachtung. Diese Probleme sind allerdings kaum mit den traditionellen staatlichen Instrumenten lösbar, d. h. weder allein durch Gebote und Verbote oder Modellvorhaben. Hier helfen vermutlich eher eine Vielzahl von in Kampagnen gebündelten Aktionen, die sich operationalisierbare Ziele aus der Arbeitswelt vornehmen müssen.

Neue Formen der Mitbestimmung und Beteiligung der Arbeitnehmer

Der Wandel der Arbeitsinhalte und Arbeitsformen sowie der Wandel der Qualifikation erfordern außer den geschilderten neuen Inhalten und Formen aber auch neue Formen der Mitbestimmung und Beteiligung der Arbeitnehmer, um Gefährdungen abzuwehren und Chancen der Gestaltungsmöglichkeiten auch wahrnehmen zu können. Die Mitbestimmungsdiskussion muß den veränderten technischen, organisatorischen und sozialen Entwicklungen Rechnung tragen.

Ansatzpunkte für eine sozialdemokratische Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Zukunft der Arbeit

Der Verweis darauf, daß bei der Gestaltung der Arbeitswelt staatliches Handeln nicht ausreichend ist, darf den Blick darauf nicht verstellen, daß angesichts der skizzierten denkbaren negativen Entwicklungen grundlegende und umfassende Änderungen zumindest im Bereich der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik notwendig sein werden, will man eingetretene Fehlentwicklungen abstellen, absehbare Bedrohungen vermeiden und denkbare Chancen zumindest ansatzweise nutzen. Das wird, neben überflüssigen Innovationen im Bereich der Instrumente, aber auch der staatlichen und halbstaatlichen Institutionen, zunächst einmal eine Durchbrechung der konservativen Blockade im Einsatz bereits vorhandener Instrumente und Institutionen bedeuten. Seit Ende der 70er Jahre hat ein Kartell von Bundesrat, Bundesbank, CDU/CSU und Arbeitgeberverbänden sowie diverser Mittelstandsvereinigungen die keynesianischen Instrumente, die zu Zeiten der Großen Koalition eingeführt worden waren, faktisch weitgehend ausgeschaltet. Änderungen im System waren nur erlaubt, wenn sie auf Kosten der Massen der Arbeitnehmer und der sozial Schwachen gingen.

Daß diese an den Kosten- und Wertvorstellungen über den Einsatz und die Verwertung des Faktors Arbeit der frühen 60er Jahre orientierten Defensivstrategien der Konservativen („Lohnkosten runter, mehr arbeiten und ran an die Exporte“) wenig helfen, künftige Probleme zu meistern, haben einige der klugen Köpfe der Konservativen wie L. Späth und K. Biedenkopf aus der mangelnden Wirksamkeit der globalen Angebotspolitik auch schon begriffen.

Wo könnte nun eine konsequente und innovative sozialdemokratische Politik beginnen? Zum ersten muß sie – wie mit dem Programm „Arbeit und Umwelt“ auch ansatzweise geschehen – für eine Wiederauflage von Beschäftigungsprogrammen auf breiter Front kämpfen; der DGB hat dazu schon vor einiger Zeit Vorschläge gemacht. Ohne eine umfassende Wiederbelebung der Wirtschaft mit einem einigermaßen befriedigenden Zuwachs an Arbeitsplätzen führen alle Maßnahmen zugunsten von Sektoren, Regionen und Gruppen nur zu einer starken gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zerreißprobe: Wo nur noch Verluste an Arbeitsplätzen und Wohlfahrt verteilt

werden, führt Politik nicht zu mehr Solidarität, sondern nur zu einem verzweifelten Catch-as-catch-can.

Gegen eine solche Politik wird oft eingewandt, sie sei erstens nationalstaatlich nicht mehr möglich und zweitens ruinös für die öffentlichen Kassen. Das erste ist – wenn auch begrenzt – richtig: nur, unsere europäischen Nachbarn haben ihre Lektion seit 1978 gelernt und es gibt durchaus gut gerechnete Vorschläge, wie man so etwas im EG-Maßstab ohne gravierende Zahlungsbilanzprobleme und mit relativ hohen Refinanzierungseffekten für die öffentlichen Kassen bewirken könnte. Beim zweiten Problem fragt man sich, warum Sozialdemokraten den alten Vorschlag von A. Marshall, den schon vor Jahren Hickel wieder ins Gespräch gebracht hat, noch nicht einmal in der Opposition aufgreifen: Warum sollen Bund, Länder und Kommunen nicht direkt bei der Deutschen Bundesbank zu erheblich günstigeren als den marktüblichen Konditionen Kredite aufnehmen können? Oder warum muß ausgerechnet die Öffentliche Hand und damit der Steuerzahler die fürstlichen Gewinne bzw. Verluste der Hazardspieler des Bankensektors z. B. in Lateinamerika bezahlen?

Zum zweiten gibt es – insbesondere angesichts der hohen und langen Welle der geburtenstarken Jahrgänge – keine Alternative zu einer wesentlichen Arbeitszeitverkürzung. Das gegenwärtig in Tarifkämpfen Erreichte langt bestenfalls, um eine weitere deutliche Zunahme der Massenarbeitslosigkeit abzubremsen – das ist nicht wenig. Hier müssen Sozialdemokraten die Gewerkschaften massiver als bisher unterstützen, hier kann und muß die Kampagnefähigkeit der Partei eine Erprobung finden.

Zum dritten brauchen wir eine sozialdemokratische Angebotsstrategie der Entwicklung der Produktivkräfte, insbesondere des Produktionsfaktors Arbeit und der Organisation der Arbeit. Die vorherrschenden Modernisierungsstrategien von Unternehmen und Staat orientieren sich bisher weitgehend an Kapital und Technologien und Modernisierung der Volkswirtschaft wird im wesentlichen gleichgesetzt mit Kapitalintensivierung und Automatisierung der Produktion und des tertiären Sektors. Es gibt jedoch schon heute eine Fülle von Erfahrungen und Untersuchungen, daß es auch andere Möglichkeiten und Entwicklungsphasen der Produktivitätsentwicklung gibt.



Alles Gute von bester Güte.
Tag für Tag in aller Frühe
frisch. Das sehen Sie. Das
schmecken Sie.

Alle Tage wieder.
Pünktlich.
Denn....



Nach diesen Erkenntnissen wird die Produktivitätsentwicklung weit stärker als bisher angenommen vom Faktor menschliche Arbeit und der allgemeinen Organisation der Produktion und Distribution bestimmt.

Diese Erkenntnisse können sich auch auf Entwicklungen und Erfahrungen der „Informationsrevolution“ auf Basis der Mikroelektronik stützen. Zum einen ist in einigen Sektoren mit sinkendem Kapitalaufwand zu rechnen, zum anderen kommt der gesellschaftlichen Organisation von Produktion und Dienstleistung angesichts des Flexibilitätspotentials neuer Technologien gerade gegenüber Kapital und Technik ein zentraler Stellenwert zu. Hieraus ergeben sich für eine sozialdemokratische Arbeits- und Wirtschaftspolitik neue Chancen und Möglichkeiten. Angesichts der engeren Grenzen einer nationalen monetären Steuerung auf unserem traditionellen Politikfeld, der keynesianischen Nachfragepolitik mittels Geld- und Finanzpolitik, sollten sich zusätzlich auf ein bisher weitgehend den Konservativen überlassenes Handlungsfeld begeben – auf die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik mit Schwerpunkt auf der Entwicklung des Produktionsfaktors Arbeit und der Organisation der Arbeit im Zusammenhang mit der Technologieentwicklung.

Hier hätte die Bundesrepublik zudem im internationalen Vergleich eine relativ gute Ausgangsposition und objektiv gute Entwicklungsmöglichkeiten.

Eine solche Politik muß zunächst einmal die Benachteiligungen des Produktionsfaktors Arbeit durch die staatlichen und parafiskalischen Maßnahmen beenden. Das bedeutet nichts anderes als eine sehr weitgehende Umstrukturierung unseres gesamten Systems der sozialen Sicherung, das wesentlich auf der „Belastung“ des Faktors Arbeit aufgebaut ist. Von den betrieblichen Kosten her gesehen, „bestraft“ das gegenwärtige System der sozialen Sicherheit diejenigen, die den Faktor Arbeit einsetzen und „belohnt“ diejenigen, die Kapital einsetzen durch

- den Wegfall der Belastungen durch die Solidarabgaben zur Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Mutterschutz etc. und
- durch unser Steuersystem und Subventionssystem, das durchgängig den Einsatz des Faktors Kapital (mit wenigen Ausnahmen, z. B. der Arbeitsmarktpolitik) privilegiert.

Diese Politik mag in einer Phase des Übergangs vom extensiven Wachstum des Wiederaufbaus nach dem 2. Weltkrieg zu Phasen intensiven Wachstums berechtigt gewesen sein, heute und auf absehbare Zeit bewirkt sie neben ungerechten Verteilungseffekten auch perverse Allokationseffekte zuungunsten der Beschäftigung des Faktors Arbeit und sektoral zuungunsten der arbeitsintensiven Produktionen und Dienstleistungen. Verbündete für eine solche Strategie sind daher auch auf der Unternehmensseite z. B. beim Handwerk zu finden.

Ein weiterer Ansatzpunkt findet sich bei einer umfassenden Neugestaltung der Arbeitswelt, wobei hier nur stichwortartig skizziert werden kann. Eine Neugestaltung der Arbeitswelt müßte zunächst einmal bei den bisher bekannten Fehlentwicklungen ansetzen, das bedeutet:

- bei der Vernutzung der Arbeit durch inhumane Produktion mit ihren erheblichen individuellen und sozialen Kosten,
- bei der Vergeudung der Arbeitskraft durch unangemessenen Einsatz und Arbeitslosigkeit,
- bei der Behinderung alternativer Arbeits- und Produktionsformen,
- bei der Nichtausschöpfung menschlicher Fähigkeiten durch Diskriminierung nach Geschlecht, sozialer oder regionaler Herkunft,
- bei der Blockierung der Innovationspotentiale durch bürokratisierte Organisationsformen in der Wirtschaft.

Darüber hinaus ist die Verbreitung und Vertiefung der Qualifikation der Beschäftigten nicht nur eine notwendige Voraussetzung für den Strukturwandel, sondern auch ein wesentlicher Bestandteil eines Programms der Arbeit. Allerdings ohne die Verknüpfung von Qualitätsverbesserung mit Innovationen in der Organisation der Arbeit, in den Partizipations- und Mitbestimmungsrechten, in der Neuregelung der Produktivitätsgewinne können Produktivitätspotentiale und damit gesellschaftliche Wohlfahrtsstrategien kaum realisiert werden. Sie vertiefen ansonsten nur die bestehenden Verteilungs- und Machtstrukturen.

Ein solches Programm der Arbeit erfordert damit – was an dieser Stelle nicht ausgeführt werden kann – umfassende Politiken der Humanisierung der Arbeitswelt, in der Arbeitskraft als wesentliche gesellschaftliche Ressource und nicht als notwendiges Übel gesehen wird. Es erfordert eine umfassende Integration der ausgegrenzten

bzw. diskriminierten Gruppen der Bevölkerung wie Langzeitarbeitslose, Frauen, Ausländer, Randbelegschaften etc. Und es erfordert umfassende soziale Innovationen im Unternehmens- und Staatsbereich, da die klassischen Organisationsformen in beiden Bereichen das Flexibilitätspotential der neuen Technologien und das Potential an Kreativität und Kooperation der Beschäftigten eher unterdrücken als ausschöpfen. Das bedeutet die Unterstützung von Arbeits- und Produktionsformen mit einem höheren Grad an individueller Autonomie.

Auf der Kapitalseite muß eine sozialdemokratische Angebotspolitik dagegen bei drei Hauptfeldern ansetzen: Bei der Verschwendung nicht oder nur schwer regenerierbarer Ressourcen, der Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen und der Vergeudung von Produktivitätskapazitäten im Zuge der überzogenen Kapitalintensivierung und des Fehleinsatzes von Kapital durch z. B. Rüstung, Raumfahrt, Kernkraft und Kupferkabel.

Voraussetzung einer solchen Politik ist die Orientierung der Kapitalförderung an geeigneten Indikatoren der Struktur- und Regionalpolitik statt an eingesetztem Kapital und einer angemessenen industriellen Binnenstruktur durch eine industrielle Basisversorgung in allen grundlegen-

den Versorgungsbereichen und durch Erhalten spezieller Fähigkeiten und Fertigungskennntnisse.

Auf den erstgenannten Feldern haben Sozialdemokraten schon eine Reihe von respektablen Gedanken und Programmen vorgelegt, wenn es ihnen auch nicht immer ausreichend gelungen ist, sie in Aktionsprogrammen umzusetzen.

Eher mager dagegen war bisher die Ausbeute an neuen Ideen auf dem von mir skizzierten Feld eines Programms der Arbeit und den industriepolitischen Feldern. Sozialdemokraten und Gewerkschaften haben sich bisher weitgehend in die Defensive drängen lassen: Sie verteidigten das Recht auf Arbeit und die in den Zeiten der sozial-liberalen Koalition erkämpften Errungenschaften des Sozialstaates; allein in der Frage der Arbeitszeitverkürzung ist ihnen der Aufbruch in die Offensive gelungen. Ansonsten haben allzu viele das konservative Paradigma verinnerlicht, das Arbeit allein zum Kostenfaktor erklärt, ihre wertschöpfende Leistung vernachlässigt und deshalb Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse als sozialer Luxus deklariert, der in der Krise zurückgenommen werden kann. Ohne ein sozialdemokratisches Programm der Arbeit wird das konservative Paradigma auch für den Rest des Jahrhunderts bestimmend bleiben – zum Schaden der Arbeitnehmer, aber auch der gesamten Volkswirtschaft.

Regina Becker-Schmidt: Apparate denken – Menschen lenken? Überlegungen zum Verhältnis von Computertechnologie und Arbeitspolitik

Prof. Dr. Regine Becker-Schmidt, geb. 1937, ehemalige Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Frankfurter Institut für Sozialforschung, lehrt Psychologie an der Universität Hannover.

Die fortschreitende Rationalisierung in der industriellen Produktion, im Verwaltungs- und Dienstleistungssektor sowie im Staatsapparat; die Computerisierung in der Schule, die Video- und Roboterspiele im Freizeitbereich, der Heimcom-

puter in der Familie: alle diese Phänomene zusammengenommen zeigen an, daß ein neues Zeitalter der Technologie begonnen hat. Wie beeinflusst die „neue Maschinerie“ die Menschen?

Erste Diskussionen gelten den Auswirkungen computergesteuerter Systeme auf die industrielle Produktion. Hier verändert die Roboterisierung und Ausweitung flexibler Automation das traditionelle Mensch-Maschine-System von Grund auf. Zwar wird in Teilbereichen die mechanische Welt der alten Industrie noch eine Weile fortbestehen – aber die neue Technologie beginnt Fuß zu fassen, andere Formen der Arbeitsorganisation zu erzwingen, herkömmliche Qualifikationsstrukturen veralten zu lassen, das Volumen menschlicher Arbeit auf ein Minimum zu beschränken. Was wird aus der Arbeitskraft angesichts dieser Produktivkraftentwicklung?

Innerhalb industriesoziologischer Prognosen haben sich H. Kern und M. Schumann am weitesten vorgewagt. Aufgrund ihrer Studie „Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion“ (1984) machen sie die folgenden Trendaussagen: „In den Kernindustrien (Auto, Werkzeug, Chemie) zeichnet sich ein Umbruch der Produktions- und Arbeitskonzepte ab; Qualifikation ist auch bei den Arbeitern wieder gefragt; eine neue, ganzheitliche Arbeitsgestaltung setzt sich durch. Die Lasten der Entwicklung werden die weniger qualifizierten und vor allem eine wachsende Zahl von Arbeitslosen zu tragen haben.“¹⁾

Weniger optimistisch formuliert, heißt das: ehe Arbeitszeitverkürzung in entscheidendem Umfang durchgesetzt und gesellschaftlich notwendige Arbeit umverteilt sein wird, werden Massen ihren Job verlieren. Die Mehrzahl der ehemaligen unmittelbaren Produzenten wird weiterhin unqualifizierte Tätigkeiten ausüben müssen, und nur eine kleine Elite von Facharbeitern kann in der Betriebshierarchie jene Plätze besetzen, auf denen die technischen Großsysteme überwacht werden. Für eine große Zahl wird die Arbeitsteilung nicht aufgehoben – im Gegenteil: In Wirklichkeit wird der „Jedermannsarbeiter“ von ganzheitlichen Produktionskonzepten abgekoppelt, verschärfen sich die Unterschiede in den Arbeits- und Lebensbedingungen innerhalb der Arbeiterschaft sowie zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen.

Worauf stützt sich die These von H. Kern und M. Schumann, daß Rationalisierungsmaßnahmen auf dem Niveau moderner Computertechnologie neue Chancen für Reprofessionalisierungsprozesse in Kernbereichen industrieller Arbeit erzeugen? Warum schätzen sie die unternehmerischen Innovationen eher positiv ein?

Sie interpretieren die „Neoindustrialisierung“ als einen Sprung in der Entfaltung der Produktivkräfte, der die Chance bietet, „die Lebensbedingungen mit einem geringeren Aufwand an Arbeit einerseits und einer reduzierten Inanspruchnahme von Energie, Rohstoffen und Umwelt andererseits zu sichern. Solche Ressourcenschonung ist für sich gesehen schon gesellschaftlicher Fortschritt.“²⁾ Diese Argumentation, die einer Dämonisierung der neuen Produktionssysteme entgegenwirken will, hat sicherlich einiges für sich. Aber umfaßt sie die ganze Problematik? Kann man wirklich davon ausgehen, daß Computer und

Roboter darum eingesetzt werden, den Menschen die Arbeit leichter zu machen? Oder geht es nicht doch weiter in erster Linie darum, etwas billiger herstellen zu können, um höhere Gewinne zu erzielen? Verbürgt eine Forcierung der Rationalisierung wirklich die weitere Lebensfähigkeit unserer Gesellschaft? Werden Prioritätensetzungen in der Ressourcenverwendung dadurch tatsächlich neu bestimmt, die Ziele der Produktion überdacht, eine umfassende Neuorganisation der gesellschaftlich notwendigen Arbeit in Angriff genommen?

J. Weizenbaum, ein anerkannter Computerefachmann, warnt davor, den Nutzen von Computern oder Robotern nur darum zu überschätzen, weil sie überaus effizient und perfekt sind. Solche Vorzüge müssen an den Aufgaben des sozialen Feldes gemessen werden, in dem sie eingesetzt werden. J. Weizenbaum gibt hierfür ein anschauliches Beispiel: „Ich erwähne ... den sogenannten CAT scanner. Das ist ein Gerät, bei welchem Röntgenstrahlen von einem Computer empfangen werden, der damit die kompliziertesten Rechnungen macht. Es entsteht dann ein dreidimensionales Bild irgendeines Organs im menschlichen Körper, so daß man zum Beispiel Tumore im Gehirn klar sehen und lokalisieren kann... Nun ist das gewiß ein schöner Beitrag an die Heilkunde. Allerdings darf man dabei nicht an den Aufwand denken, der erforderlich war, und zwar nicht nur an Geld, sondern auch an Zeit, Kraft und an menschlichem Talent und Genie. Wenn man die Relationen herstellen wollte zwischen dem amerikanischen Gesundheitswesen ganz allgemein und dem Aufwand für dieses Instrument und seinen Nutzen, käme man für das Gerät auf der Liste der Prioritäten vielleicht so auf Platz 97 und nicht etwa auf Platz 1: In Amerika sehen nämlich viele Menschen nie einen Arzt! Und Tausende oder Millionen von Menschen, die auf eine Notfallstation kommen, werden dort so behandelt, daß man es auch ‚nicht behandelt‘ nennen könnte. Und das, weil Amerika eines der zwei hochentwickeltesten Industrieländer ist, wo die Medizin als reines Geschäft angesehen wird. Das andere Land ist Südafrika.“³⁾

H. Kern und M. Schumann stellen solche Relationen zwischen Rationalisierungsgewinn und gesellschaftlichen Kosten durchaus her: die Sicherung der Produktivität und die Weiterbildungschancen für einige Facharbeitergruppen werden erkaufte durch Massenarbeitslosigkeit und soziale

Disparitäten. Was fehlt, ist ein gesellschaftlicher Rahmen, in dem solche Vorteile-Nachteile-Kalkulationen einschätzbar werden: der traditionelle Blick auf wirtschaftliches Wachstum (bei ihnen: ohne ökologische Verschwendung) und auf die Erhaltung eines gegebenen durchschnittlichen Lebensstandards für die *Erwerbsbevölkerung* reicht da heute wohl nicht mehr aus.

M. Schumann und H. Kern kommen in ihrer Studie zu dem Ergebnis, daß die Wiedereinführung und Verankerung von Produktionsintelligenz Voraussetzung und Folge der neuen Produktionskonzepte sei: „Je mehr die Produktionskonzeptionen auf die Erzeugung hochkomplexer Qualitätsartikel hinauslaufen und die Produktionskonzepte auf den breitflächigen Einsatz der neuen Technologien abzielen, um so mehr bildet sich als optimales Arbeitseinsatzkonzept der ganzheitliche Aufgabenzuschnitt und die breitere Verwendung von Qualifikationen an. In der Frage, wo im Betrieb die produktionsnotwendige Intelligenz verankert werden soll: allein in werkstattexternen Planungs- und Dispositionsagenturen, denen eine rein ausführende Fertigung ohne jede Kompetenz und Qualifikation gegenübersteht (das wäre die Fortschreibung alter Linien), oder aber auch in der Produktion selbst, deren Know-how und Erfahrung nicht als ärgerliches Residuum, sondern als unverzichtbarer Bestandteil der Produktivkraftentwicklung anerkannt wäre (das sind die neuen Produktionskonzepte), gewinnt die zweite Position allmählich die Oberhand.“⁴⁾ Die Tatsache, daß das Kapital selbst mit der lebendigen Arbeit pfleglich umgehen muß, will es diese Produktivkraft nicht durch Raubbau, Unterforderung oder mangelnde Ausbildung zerstören, gilt seit es Industrialisierung überhaupt gibt. Sie hat bestimmt auch Geltung für die jetzige Phase.

Zu fragen bleibt jedoch:

1. Was enthält der „ganzheitliche Aufgabenzuschnitt“ genau? Wo übersteigt er – als „Qualifikationsqualität“ – das alte Facharbeiterniveau, das mehrdimensionales Handwerkerkönnen und Erfahrungswissen im Umgang mit komplizierten und teuren Werkanlagen auch schon im Tätigkeitsbereich mechanisierter Maschinerie ausweisen mußte. Ist die neue „produktionsnotwendige Intelligenz“ nur eine inhaltlich veränderte oder aber ist sie eine qualitativ ganz andere?
2. Wie läßt sich bildungspolitisch durchsetzen, daß der betriebliche Zugang zur Gruppe der

Facharbeiter neuen Stils für alle zur Weiterbildung und Umsetzung motivierten Belegschaftsangehörigen geöffnet bleibt? Die Befunde von M. Schumann und H. Kern legen nahe, daß die Unternehmensleitung auf das Kontingent der „jungen Deutschen“ zurückgreifen wird, die jährlich um die innerbetrieblichen Lehrstellen konkurrieren. Sie werden zu Facharbeitern ausgebildet und stellen eine ideale Reservearmee von geschultem Personal dar, befähigt, die technischen Großsysteme zu steuern und zu überwachen. Was wird aus anderen Beschäftigungsgruppen – den Frauen, älteren und ausländischen Kollegen?

3. H. Kern und M. Schumann gehen davon aus, daß sich die Arbeitsbedingungen für einige Teile der Belegschaft verbessern werden. Was bedeutet die Durchsetzung der neuen Technologien aber für die Umstrukturierung auf gesamtbetrieblicher Ebene? Was bedeutet sie in betriebspolitischer Sicht? Die Autoren benennen die entpolitisierenden Folgen für die „Rationalisierungsgewinner“: Die privilegierte Stellung im Betrieb und die Beschäftigungskrise draußen stabilisieren eine loyale Einstellung zum Unternehmen und stiften die Motive für eine affirmative Haltung zur betrieblichen Rationalisierung. Das hat m.E. zunächst einmal entsolidarisierende Wirkung.

Nicht diskutiert wird von den Autoren ein weiteres Folgeproblem der Rationalisierung neuen Stils: die computergesteuerten Systeme bescheiden nicht einfach nur einigen Beschäftigten hochmoderne Arbeitsplätze, sondern allen eine ganz moderne Form der Überwachung. Die Vorteile der Automation liegen für die Unternehmer keineswegs nur in der ökonomischen Effizienz; sie bietet darüber hinaus ein hervorragendes Instrumentarium für Integration und Kontrolle. „Das Kontrollpotential der Organisations- und Informationstechnologien ermöglicht gegenüber den traditionellen Technologien jetzt den prozessualen Zugriff im unmittelbaren Arbeits- und Produktionsprozeß ohne zeitliche und räumliche Beschränkung. Eng mit dieser Entwicklung verbunden ist ein Formwandel der Kontrolle von neuer Qualität. Von arbeitspolitischer Bedeutung ist dabei die durch die Kapillarität und Intransparenz der elektronischen Kontrolle erschwerte Wahrnehmung und Bewußtwerdung der mit der technologischen Organisierung sich vollziehenden Veränderungen in den Macht- und Herrschaftsbeziehungen im Arbeits- und Produktionspro-

zeß... Die neue Qualität solcher Systemkontrolle liegt in der Entsubjektivierung der Kontrollformen. Sie erfolgt über die Integration der flexiblen Teilarbeitsprozesse mittels eines elektronischen Informationssystems. Dabei kann ein Informationsfluß von ‚unten nach oben‘ erfolgen ohne ein Dazwischentreten von Subjekten. Kontrolle, wie dies beispielsweise in konventionellen Arbeitsprozessen in der Person des Meisters oder des Arbeiters selbst geschieht... Die Entsubjektivierung der Kontrolle und ihre technische Übersetzung erschweren überdies die traditionelle arbeitspolitische Verhandlungbarkeit technisch-organisatorischer Probleme in den Abteilungen und am Arbeitsplatz und führen darüber hinaus zu einer Entleerung konventioneller arbeitspolitischer Regulierungen.“⁵⁾

4. H. Kern und M. Schumann halten den Trend, daß einige Konzerne in Teilbereichen der Produktion neue Arbeitseinsatzkonzepte testen, für zukunftsweisend. Für sie ist die Kapitaleite kein monolithischer Block: es gibt progressive, aufgeklärte Manager, die sich von humaneren Gestaltungsmöglichkeiten einzelner Arbeitssektoren überzeugen lassen. Ist damit aber schon die gesellschaftliche Großwetterlage bestimmt, die über die Neuorganisation von Arbeit insgesamt entscheiden wird?

In der Frankfurter Rundschau vom 16. Januar 1985 kommentierte U. Mückenberger die öffentliche Anhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung zum sogenannten „Beschäftigungsförderungsgesetz 1985“.⁶⁾ Er zeigt, wie dieser Gesetzentwurf zentrale arbeitsrechtliche Errungenschaften außer Kraft zu setzen versucht, wie unter dem Stichwort „Flexibilisierung“ die soziale Sicherung von Arbeitsverhältnissen abgebaut, unternehmerische Machtbefugnisse dagegen erweitert werden sollen. In diesem Artikel wird von kompetenter Seite sehr deutlich gemacht, daß arbeitsrechtlichen und betriebsverfassungsgesetzlichen Maßnahmen zum Schutze der Arbeitnehmer(innen) der Boden entzogen werden soll, um Rationalisierungsvorhaben der Unternehmer ohne Begleichung der sozialen Folgekosten zu ermöglichen.

Nun wird es in Zukunft nicht möglich sein, angesichts der sich ausweitenden Arbeitslosigkeit an den alten Konzepten des „Normalarbeitsverhältnisses“ festzuhalten: der Begriff der Arbeit muß über seine erwerbswirtschaftliche Begrenzung hinaus erweitert werden (in Richtung auf:

Hausarbeit, Erziehungsarbeit, öffentliche Arbeit, ökologische Projektarbeit). Die gesamte gesellschaftlich notwendige Arbeit muß nach sozialen Kriterien umverteilt und Arbeitszeiten nach individuellen und kollektiven Bedürfnissen/Notwendigkeiten geregelt werden; die tradierte Arbeitsteilung nach Geschlechtern muß aufgehoben werden.“⁷⁾ Das ist ein radikal anderes Programm als das Flexibilisierungskonzept, das uns die Unternehmer im Windschatten derzeitiger Regierungspolitik aufdrängen möchten.

Wenn man die Computertechnologie als zweite industrielle Revolution begrüßt, weil sie verspricht, die Menschen von schwerer oder sinnloser Arbeit zu befreien, dann muß man sich auch Gedanken darüber machen, wie man die Arbeitsregeln unserer Gesellschaft verändert, die die „Freigesetzten“ mit Arbeitslosigkeit – und das heißt bis heute: mit sozialem Abstieg – bestraft. Die Vorschläge von Kern/Schumann: Sozialisierung der Anpassungslasten, Politik der Arbeitszeitverkürzung und Qualifikation zum „soveränen Arbeitshandeln“, sind nicht nur sehr vage, sie verbleiben auch im Horizont veralteter Erwerbsarbeitskonzepte.

5. In der Werft-Studie von Schumann u. a. (1982) war eine Betrachtungsweise eröffnet worden, die die Industrie- und Arbeitspsychologie hätte weiterbringen können: die analytische Unterscheidung von „Arbeitskraft-“ und „Subjektperspektive“. Die „Arbeitskraftperspektive“ umschreibt die Interessen, die durch das Kapitalverhältnis gesetzt sind (Lohn- und Beschäftigungsverhältnis; technologische Innovationen und Qualifikationsstruktur); sie richtet sich auf die Erhaltung und Verwertung der Arbeitskraft. Zur „Subjektperspektive“ rechnen die Autoren die vitalen Bedürfnisse der Arbeitenden, die Organisation des Produktionsprozesses zu ihren Gunsten zu beeinflussen, d. h. ihn mitzugestalten, sich als Personen in der Arbeit entfalten zu können und subjektive Identitätsansprüche durchzusetzen.

Was ist von „Subjektperspektive“ in der hier zur Diskussion stehenden Studie übriggeblieben? Die politischen Ratschläge, die erteilt werden, verbleiben in der Arbeitskraftperspektive:

„- expansives Ausschöpfen der im Zusammenhang mit den neuen Technologien erweiterten Gesamtmasse qualifizierter Funktionen für komplexe Arbeitsplatzdefinitionen für möglichst viele Arbeitskräfte;

- Nutzung der neuen Technologien zur Beseitigung von Primitivfunktionen, soweit dies ohne Arbeitsplatzvernichtung möglich ist;
- keine einseitige Festlegung der Leistungsanforderungen: Verpflichtung auf den Leistungskompromiß.⁸⁾

Allenfalls die Forderung: „Ausrichtung der Bildungsprozesse an einen umfassenden Qualifikationsbegriff (keine Beschränkung auf prozeßspezifische Fähigkeiten; Orientierung an souveräner Berufsarbeit; vielfältige, berufliche und private Anwendbarkeit der Kenntnisse und Fähigkeiten“⁹⁾ zielt auf eine Ausrichtung, die Menschen und nicht nur Träger der Ware Arbeitskraft im Sinn hat.

Aber auch hier muß weiter ausgeholt werden. Was sind das für Kenntnisse und Fähigkeiten, die im Umgang mit Computertechnologie erworben werden, und inwieweit sind sie Voraussetzungen „für ein autonomes Tun außerhalb der Arbeit“? Sicherlich stellen die neuen Arbeitsanforderungen auch neue kognitive Ansprüche: differenzierte Wahrnehmung; Fähigkeit zum Umgang mit Symbolsprachen; technologisches Wissen, um Störungen beheben oder einschätzen zu können; ein gewisses Grundverständnis, wie computergesteuerte Systeme funktionieren. Die Beherrschung dieser Anforderungen kann Selbstbewußtsein begründen und Zufriedenheitsmomente mit der Arbeit stiften, was beides sicherlich auch Bedeutung außerhalb der Fabrik hat.

Wir wissen aber auch, daß die neue Technologie Belastungen bisher ungewohnter Art mit sich bringt: Reizdeprivation in einem hochtechnifizierten sterilen Arbeitsklima; einseitige Beanspruchung durch Entkörperlichung der Arbeit und Entstofflichung des Arbeitsprozesses; Intensivierung der Beanspruchung durch ein kontinuierlich fließendes Programm und einen ständigen Zwang zur Konzentration angesichts einer Vielzahl von Kontrollaufgaben. Dazu kommen psychische Bedrohungen: Angst und Ohnmachtsgefühle angesichts von Maschinen, die präziser und „produktiver“ zu sein scheinen als ihre Bediener; die Angst, mit der neuen Technologie nicht Schritt halten zu können, nicht nur zu altern, sondern wie Roboter zu veralten. Kann man davon ausgehen, daß das nur Anpassungsschwierigkeiten an neue Arbeitsformen sind, die sich mit der Gewöhnung verlieren? Ich glaube, man braucht kein Kulturpessimist zu sein, wenn man diese Frage nicht einfach mit „Ja“ beantwortet.

Untersuchungen von S. Turkle, die in Amerika seit Jahren die Auswirkungen eines dauerhaften Umgangs mit computergesteuerten Anlagen beobachtet hat, weisen auf Tiefendimensionen möglicher Umstrukturierungen im Subjekt hin, die uns zu denken geben sollten: Veränderungen von Denk- und Wahrnehmungsstrukturen, von Problemlösungsstrategien, von Sprachverhalten, von Realitätseinschätzungen. S. Turkle geht davon aus, daß die Computer nicht nur neue Chancen, sondern auch neue Gefährdungen in sich bergen: Verstärkung von Omnipotenzphantasien und Regressionsbedürfnissen, Verwechslung von Symbolwelten mit wirklicher gelebter Realität, Programmierung auch des Alltags und des Privatlebens.¹⁰⁾

Eine „Subjektperspektive“, die wirklich an dem interessiert ist, was mit lebendigen Menschen geschieht, muß näher an sie heranrücken und fragen: Welche unbewußten Prozesse und Umgewichtungen psychischer Mechanismen werden in Gang gesetzt, wenn Menschen dauerhaft in entsinnlichte, entstofflichte, immaterielle Arbeitsvollzüge involviert sind? Welche Entzugerscheinungen körperlicher, psychischer und geistiger Art müssen bewältigt werden, welche Aufladungen und Besetzungen können vorgenommen werden? Welche Persönlichkeitsdimensionen werden von den Entzugerscheinungen (Ersatz von sinnlich-anschaulicher Realität durch Abbildrealität) tangiert (Realitätsprüfung, Körper- und Selbsterfahrung, Erfahrungsspeicherung, Bereiche sozialer Kompetenzen), welche psychischen Bereiche werden aktiviert (primär-prozeßhaftes Denken im Sinne Freuds, Phantasietätigkeit, Abstraktionsvermögen, sonstige kognitive Fähigkeiten, Teamwork u. a.)? Welche Ängste, aber auch welche Verschmelzungs- und Integrationswünsche werden von den neuen Informationstechnologien stimuliert, die durch Entgrenzungsphänomene und fließende Übergänge ausgezeichnet sind? Eine Maschine ist begrenzt, ein technologisches System raum- und zeitungebunden; das Teil, mit dem ich verbunden bin, verbindet mich tendenziell mit dem ganzen Universum.

6. Computer und Roboter sind Bestandteile einer Welt geworden, die mehr umfaßt als die Berufswelt. S. Turkle spricht in ihrem Buch „Wunschmaschine“ vom Entstehen einer Computerkultur, die alte Menschenbilder durch die Konfrontation mit dem Phänomen „künstlicher Intelligenz“ in

Frage stellt. Das wäre der gesellschaftliche Gesamtzusammenhang, in dem auch die industrielle Automation diskutiert werden müßte: Wie dringt diese Maschinerie in das soziale Leben und die seelische Entwicklung des einzelnen ein? Wie beeinflußt sie unser Denken, unsere Sprache, vor allem: unsere Vorstellungen von uns selbst? „Was passiert, wenn Menschen den Computer als ein Modell des menschlichen Geistes betrachten? Was passiert, wenn Menschen anfangen zu glauben, sie seien Maschinen?“¹¹⁾ Diese Fragen von S. Turkle legen nahe, daß unsere Konzepte von Bildung, gerade auch Arbeiterbildung, philosophischer werden müssen. Reiner Pragmatismus hilft uns nicht weiter. Den haben schon seit langem Unternehmerstrategien gepachtet, die Menschen als Stör- und Kostenfaktoren ansehen. Jetzt möchten sie sich ihrer – von einer kleinen Gruppe von Fachleuten abgesehen – entledigen. Für sie sind die Menschen bereits – gemessen an den Computern – die schlechteren Maschinen.

Michael Müller: Gestaltungsphantasie für die Zukunft der Arbeit Vom Ende der technokratischen Modernisierung und der Herrschaft der Begriffe

Michael Müller, geb. 1948, ist SPD-Abgeordneter im Deutschen Bundestag.

Das „Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit ist ratlos“, gespalten in Technik-Euphorie auf der einen und in Technik-Angst, ja „schrillen Pessimismus“ auf der anderen Seite, so Rainer Wagner in seinem Beitrag „Wie fortschrittlich sind die neuen Technologien?“ (NG/FH 1/85, S. 14 ff., und 2/85, S. 168 ff.), worin er vor allem der bundesdeutschen Linken einen „hilflosen und defensiven Kulturpessimismus“ vorwirft. Die Linke (auch in der SPD) habe nämlich in ihrer vorherrschenden „vagen, aber umfassenden Industrialismus- und Technikkritik“ den Tatbestand übersehen, daß sich „die Technik zugleich als Mittel zur Lösung der Umweltprobleme und zur Überwindung des traditionellen Industrialismus“ gerade heute anbiete.

Das defensive Verhältnis zur Technik, die ambivalente Haltung zum Fortschritt und die Einnahme eines „linken Wertkonservatismus“ seien es, die der Linken den qualitativen Sprung zur Mehrheitsfähigkeit verbauten. Demgegenüber hätten die Gewerkschaften die moderne Technik im Grundsatz schon längst bejaht; nur gelte es nun, den sich daraus ergebenden arbeits- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen gerecht zu werden. Mit anderen Worten: Würde die politische Linke endlich den Kurs der arbeits- und gesellschaftspolitischen Modernisierung einschlagen, fiel es auch den Gewerkschaften leichter, sich mit der Technik der Zukunft zu arrangieren. Mit seinem „Problem-Panorama zu den neuen Technologien“ fordert Wagner deshalb den „Mut zum Übergang von der Zivilisationskritik zur Wirtschaftspolitik“.

Es mag solche von Wagner kritisierten Positionen geben, die angesichts „neuer Triumphe der Technik“ mit „verwirrtem Gemüt“ reagieren, und sicherlich ist auch durch die ökologische Krise und die Bedrohung der Individualität die Neigung zur Überbetonung von Zivilisationskritik gewachsen. Aber das trifft nicht den Kern der technologiepolitischen Auseinandersetzung. Wagner zeichnet ein Zerrbild, das mit der sozialen Wirklichkeit soviel zu tun hat wie das Rauchen bestimmter Zigarettensmar-

Anmerkungen

- 1) Kern, H., Schumann, M., Das Ende der Arbeitsteilung. Rationalisierung in der industriellen Produktion. Verlag: C. H. Beck, München 1984, Klappentext.
- 2) a.a.O., S. 320
- 3) Welzenbaum, J., Kurs auf den Eisberg. Oder: nur das Wunder wird uns retten, sagt der Computerexperte. Verlag: pendo, Zürich 1984, S. 67 f.
- 4) Kern, H., Schumann, M., a.a.O., S. 323.
- 5) Dörr, G., Zum Zusammenhang von gesellschaftlicher Arbeit und politischer Regulierung bei technisch-organisatorischen Innovationsprozessen auf der Basis der Mikroelektronik. Referat, gehalten auf einem Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung, Juni 1984.
- 6) Mückenberger, U., Ein Bruch mit dem Konzept des „Normalarbeitsverhältnisses“, in: Frankfurter Rundschau vom 16. Januar 1985, Nr. 13, S. 10 f.
- 7) Vergl. hierzu den Entwurf der Grünen im Bundestag für ein neues Arbeitszeitgesetz, in: Frankfurter Rundschau vom 6. Dezember 1984, Nr. 285, S. 18 f.
- 8) Kern, H., Schumann, M., a.a.O., S. 324.
- 9) ebd.
- 10) Turkle, S., Die Wunschmaschine, Verlag Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 1984
- 11) a.a.O., S. 20.

ken mit „Freiheit und Abenteuer“. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und die vorherrschende ökonomische Logik bleiben ausgeblendet. Wagner sieht die Linke in der Defensive, weil sie die „Macht über die Begriffe verloren hat“. Die wichtige Frage, ob mit der Modernisierung des bisherigen politischen Konzepts die Probleme überhaupt gelöst werden können, stellt er sich nicht. So aber geht die Auseinandersetzung mit den Konservativen um die Besetzung von Begriffen, nicht aber zuerst um die Erfassung der Wirklichkeit.

Von diesem politischen Ansatz aus kann man aber die soziale und ökologische Kritik (in der SPD und in den Gewerkschaften) an der Technikentwicklung und der Technikanwendung in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, zumal unter den Bedingungen einer verschärften Konkurrenz auf dem Weltmarkt, nicht verstehen. Dementsprechend bleibt die Sicht auf politische Alternativen verstellt — vor allem auf eine positive Utopie für die Organisation der Erwerbsarbeit.

1. Heute besteht in der sozialwissenschaftlichen Diskussion weitgehend Einigkeit darüber, daß die *technische Entwicklung wesentlich ein sozial bestimmter Prozeß* ist, in den die Interessen und die ökonomischen, kulturellen und politischen Wertvorstellungen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen eingehen, wobei letztlich die mit dem Besitz an Produktionsmitteln verknüpften Verwertungsinteressen der Kapitaleigner von zentraler Bedeutung sind. Obgleich selbst Sozialwissenschaftler, nimmt Wagner die wichtige sozialwissenschaftliche Diskussion anscheinend überhaupt nicht zur Kenntnis, die sich gegen einen „*technischen Determinismus*“ richtet. Die Technik ist nicht „wertneutral“; von der Technik gehen eben nicht aus ihr selbst heraus positive oder negative Wirkungen für die gesellschaftliche Entwicklung bzw. Arbeits- und Lebenssituation abhängig Beschäftigter aus.

Richtig ist, daß mit den neuen Technologien, insbesondere auf der Basis der Mikroelektronik, erhebliche Gestaltungsspielräume für den Einsatz von Technik und die konkrete Organisation von Arbeit möglich werden. Die tatsächliche Nutzung dieser Spielräume aber, ob

- ▶ im Sinne eher ganzheitlicher Arbeitsvollzüge mit erhöhter Qualifikation und Mitbestimmung oder eher
- ▶ im Sinne von größerer Unabhängigkeit des Produktionsprozesses von sozialen Interessen und zu Lasten der lebendigen Arbeit (z. B. Zurückdrängung auf Lückenbüßerfunktionen in „Restarbeitsplätzen“),

ist nicht das Ergebnis technikimmanenter Sachgesetzlichkeit, sondern im Ergebnis immer abhängig von *arbeitspolitischen Gestaltungsstrategien* der handelnden Menschen bzw. der gesellschaftlichen Gruppen und ihrer Interessen.

Für die SPD und die Gewerkschaften stellt sich deshalb nicht die Frage: „Wie fortschrittlich sind die neuen Technologien?“, sondern die Frage: Welche unterschiedlichen Möglichkeiten der Anwendung und Gestaltung neuer Technologien bestehen, und welches sind, auf der Grundlage einer sozialdemokratischen Reformposition, Markierungspunkte für die Nutzung, aber auch für die Einschränkung dieser Technologien? Weil die neuen Technologien in erheblichem Maße neue Nutzungsmöglichkeiten im Hinblick auf Arbeitsorganisation, gesellschaftlich verfügbare Zeit, Qualifizierungsmöglichkeiten, aber auch zur Demokratisierung oder Zentralisierung ökonomischer und politischer Entscheidungen mit sich bringen, müssen SPD und Gewerkschaften *Gestaltungsphantasie* für humane Arbeitsbedingungen, ökologisch verträgliches Wirtschaften, für mehr Wohlfahrt und kulturelle Entfaltung sowie zur Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft mobilisieren.

2. Es ist richtig, daß sich die Diskussion über neue Technologien in erheblichem Maße auf das Aufzeigen der Gefahren und Risiken beschränkt hat. Diese z.T. berechtigte Kritik („Preisgabe des Fortschrittsbegriffs“) setzt Wagner auf der Begriffsebene an, die soziale Wirklichkeit kommt dagegen zu kurz: Die Gefahren und Risiken der neuen Technologien sind Realitäten beim Einsatz neuer Technologien unter privatwirtschaftlicher Steuerung. Es geht eben nicht um eine „linke Semantik“, sondern um die Möglichkeiten, „neue Produktionskonzepte aus ihrer privatistischen Verengung herauszutreiben“ (Horst Kern/Michael Schumann, *Das Ende der Arbeitsteilung*, 1984).

Es kommt für eine Arbeitspolitik darauf an, die *konkreten Interventionspunkte* für die Entwicklung und Durchsetzung einer sozial bestimmten Technologie und eine entsprechende Innovationsstrategie zu benennen. Dazu reicht es eben nicht, im Wagnerischen Sinne allein am Fortschrittsbegriff festzuhalten. Im Namen des Fortschritts sind in der Geschichte mannigfache Ungerechtigkeiten betrieben worden. *Fortschritt* muß für die Sozialdemokraten und Gewerkschaften nicht zuerst technische, sondern *soziale, kulturelle und demokratische Ziele* beinhalten. So etwa ist es in der ökologischen Diskussion zwischenzeitlich unbestritten, daß die Umweltstabilisierung nicht allein mit technischen Mit-

eln zu erreichen ist. Es geht in der Umweltdiskussion ganz zentral auch um eine veränderte Arbeits- und Lebensorganisation und um direkte Eingriffe in den ökonomischen Prozeß selbst.

3. Eine soziale Beherrschung und eine gesellschaftliche Gestaltung der Technologie ist nicht ohne *verstärkte politische Konfrontation mit den Interessen des Kapitaleigentums* zu erreichen. Der Hinweis auf einen notwendigen Ausbau der Mitbestimmung reicht dazu nicht aus. Die Vision einer menschenwürdigen Gesellschaft ist nicht ohne weitreichende gesellschaftspolitische und gesetzliche Regelungen — von der Arbeitszeit bis zum Bildungssystem — zu verwirklichen, die der heutigen konservativen Politik zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, zur Schwächung der Gewerkschaften und zur Schwächung der Reallöhne grundsätzlich entgegenstehen. (Zudem sei daran erinnert, daß die „Wende“ den Unternehmern noch lange nicht weit genug geht!)

Auch darf nicht außer acht gelassen werden, daß die soziale und gesellschaftliche Gestaltung der Produktivkraftentfaltung mehr erfordert als neue Forderungskataloge an Staat und Unternehmer. Wenn nicht die bisherige wirtschaftliche Verwertungslogik für die Technologieentwicklung mit allen ihren negativen Auswirkungen bestimmend bleiben soll, ist eine *Einbindung der Forschungs- und Investitionsentscheidungen in gesellschaftliche Verantwortung* ebenso unverzichtbar wie die *Demokratisierung der betrieblichen Strukturen* vom Arbeitsplatz bis zum gesamtwirtschaftlichen Bereich. Und letztlich schafft auch der Zuwachs an Zeitsouveränität (Mitte der 50er Jahre kamen auf eine Arbeitsstunde noch 2,9 Nicht-Arbeitsstunden, 1980 schon 4,1 Nicht-Arbeitsstunden) veränderte Bedürfnisse und Ansprüche an die Entfaltungsmöglichkeiten in der Freizeit, die ohne Veränderungen der privatwirtschaftlichen Marktsteuerung (zum Beispiel in den Bereichen Verkehrspolitik, Umweltsicherung und Wohnen) nicht zu erfüllen sind. Vielmehr ist ein qualitativer Umbau der Gesellschaft notwendig.

4. Wagner ist beizupflichten, wenn er beklagt, daß die technologiepolitische Diskussion nur mangelhaft mit anderen Politikbereichen verknüpft ist. Nur bedient sich Wagner wieder eines eindimensionalen Argumentationsmusters: Wenn „geschickter Technologieeinsatz“, dann z.B. Beseitigung von Umweltproblemen, neue Arbeitsplätze, Wiedergewinnung der Konkurrenzfähigkeit in bedrohten Sektoren oder Sanierung veralteter Schornsteinindustrien. Auch in diesem Zusammenhang sind die neuen Technologien für Wagner ein Garant der Modernisierung, die dann im zweiten Schritt mit gesell-

schaftlichem Fortschritt gleichgesetzt wird. Eine differenzierte Betrachtung der Chancen wie der Risiken einer sozial orientierten und ökologisch verträglichen Technologieentwicklung, der Diversifizierung der Produktpalette nach diesen Zielen, der Entwicklung rohstoffsparender Produktionsverfahren, der Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen, einer arbeitsorientierten Produktionsgestaltung oder einer verstärkten Orientierung auf einen europäischen Binnenmarkt mit einem partnerschaftlichen Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt unterbleibt.

Alternativen zu den neokonservativen Konzepten einer „naturwüchsigen Modernisierung“ und seinem technokratischen Konzept „gelenkter Modernisierung“ werden von vorneherein ausgegrenzt: „Alternativen zu einer solchen Modernisierung der Volkswirtschaft auf der Basis des technologischen Wettbewerbs [man beachte die Semantik, M. M.] — etwa Vollbremsung oder gar Verbote von Technologieeinsatz — sind nicht nur nicht durchsetzbar, sondern auch ökonomisch nicht gangbar.“ Dieses Denkverbot ist dann am Ende auch dem Autor selbst etwas gewagt und es gibt für den nachdenklichen Leser noch einen „Nachschlag“: Die „linken“ Modernisierer sind gefordert, „der Technik eine Utopie abzupressen“ (Glotz).

5. Wagner unterstellt als unrealistische Alternative hierzu eine „Abkoppelung aus der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ — nur, das steht gar nicht zur Diskussion! Vielmehr ist umgekehrt zu fragen, ob das „Reiten auf dem Tiger“ unter den gegebenen privatwirtschaftlichen Konkurrenzbedingungen nicht mittelfristig sogar die ökonomischen und sozialen Probleme verschärft.

Die neuen Technologien, wie sie unter dem Stichwort „Zukunftstechnologien“ gefaßt werden und mit denen sich die Bundesrepublik dem „internationalen technologischen Wettbewerb“ stellt, sind, gesamtwirtschaftlich betrachtet, fast ausschließlich Rationalisierungstechnologien (*Prozeßinnovationen*). Die Möglichkeit zur Erweiterung der Produktpalette und zur Schaffung neuer Märkte ist von ungleich geringerem Gewicht. Dadurch werden zwar regional Wachstumsimpulse gegeben, aber die *globalen Nachfrage- und Wachstumsprobleme werden damit nicht beseitigt*. Die Folge sind regionale, sektorale und soziale Fehlentwicklungen bei dieser Form kapitalistischer Weltmarktkonkurrenz. Dies führt zur sozialen Zersplitterung der Gesellschaften, neuer Armut und Unterentwicklung, Beschäftigungskrisen und regionalen Verödungen. Auf dem Weltmarkt verschärft sich zudem die Konkurrenz

zwischen den industriellen Kernländern (auch zu Lasten Europas), während gleichzeitig die Entwicklungschancen für eine wachsende Zahl von Ländern zurückbleibt (vgl. Werner Fricke/Michael Müller, Beschäftigung und „Neue Technologien“, 1985).

Aus diesen Gründen diskutiert die SPD-Linke eine sehr viel weiterreichende Orientierung auf die Stärkung des europäischen Binnenmarktes bei differenzierter Einbindung in den Weltmarkt und partnerschaftlicher Politik gegenüber den Entwicklungsländern. Dabei geht es nicht um ein bloßes Ja oder Nein zu den neuen Technologien, sondern darum, unter welchen Bedingungen und mit welchen Zielen eine derartige Entwicklung gefördert werden kann. Für eine solche Politik besteht auch schon heute die Möglichkeit einer engen Kooperation mit vielen Gewerkschaften und Parteien in Westeuropa, die bereits weit stärker die Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Krise spüren als die Bundesrepublik.

6. Bei Wagners Ansatz der Modernisierungspolitik muß die Kritik an der neokonservativen Politik von Forschungsminister Riesenhuber zurückhaltend bleiben. Wenn er zudem den Konservativen mangelnde Modernisierungsfähigkeit vorwirft, weil sie den Modernisierungsprozeß bloß naturwüchsig laufen ließen, dann übersieht er, daß Riesenhuber eine Forschungs- und Technologiepolitik betreibt, die weitgehend an die sozialdemokratische Politik zu Anfang der 80er Jahre anknüpft.

Trotz „Wendephilosophie“ und publizitätsträchtigen Äußerungen zugunsten der „Marktwirtschaft“ und dem „freien Spiel der Kräfte“ hat sich in diesem Politikbereich in den letzten Jahren faktisch wenig geändert. Auch unter konservativer Regie gibt es eine Konzentration auf eine bestimmte Technologiepolitik. Dies zu belegen, genügt ein Blick in die „Konzeption der Bundesregierung zur Förderung der Mikroelektronik der Informations- und Kommunikationstechniken“ oder in den Forschungsbericht 1984 der Bundesregierung.

Damit reduziert sich aber der Vorwurf an die neokonservative Forschungspolitik letztlich darauf, daß sie die Modernisierung bloß nicht konsequent genug vorantreiben; qualitative Gestaltungskriterien für eine andere Modernisierung werden jedoch nicht benannt.

Bei Wagner scheint die Modernisierung als solche das Wichtigste zu sein. Überlegungen zur Gestaltung des technisch-organisatorischen Wandels kommen zu kurz. Sicherlich ist der Hinweis richtig, daß die Richtungsänderung in einigen „Zukunftssektoren“ in Richtung auf Dezentralisierung, Komplexi-

tät und Universalisierung geht, dies ist aber nur ein Ausschnitt einer möglichen Entwicklung, denn gleichzeitig werden wirtschaftliche Macht und globale Entscheidungsstrukturen weiter zentralisiert und soziale Schutz- und Vertragsrechte in großem Stil in Frage gestellt. Diese Entwicklung wird durch eine Richtungsänderung in einigen industriellen Kernbereichen gefördert. Um so wichtiger aber ist eine gesellschaftspolitische Gestaltungsstrategie, die die Nutzungs- und Entwicklungsmöglichkeiten neuer Technologien miteinbezieht.

Das verengte Konzept einer Zukunftsgestaltung mündet denn auch bei Wagner in das Eingeständnis: „Zugegeben, diese Deutung findet sich damit ab, daß wir gegenüber der Technik nicht Herr der Entwicklung sind ... wir reiten den Tiger in der Überzeugung, nur auf seinem Rücken lasse sich sein Lauf bestimmen. Die Alternative wäre, ihn wild laufen zu lassen.“ Das kann aber gerade nicht die Alternative sein, denn bei solchem Reiten kann nur noch die Geschwindigkeit des Ritts zu beeinflussen versucht werden.

Damit aber nicht genug: Wagner unterstellt, die Gewerkschaften hätten prinzipiell den „Weg“ zur Flexibilisierung der Arbeit „freigemacht“ und gleichzeitig bleiben seine Aussagen zur Zukunft des Sozialstaates unklar. Gerade auf diesen Gebieten ist aber Klarheit notwendig, weil auf ihnen zentrale Auseinandersetzungen mit den Konservativen ausgetragen werden.

Die bisherige Modernisierungspolitik kann nämlich die Massenarbeitslosigkeit nicht beseitigen, so daß eine Ausweitung billiger privater Dienstleistungen als beschäftigungspolitischer Ausweg von den Konservativen (unter Verweis auf die Entwicklung in den USA) gesehen wird. Dies wiederum hätte erhebliche Konsequenzen für das Sozialsystem und die Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik. Was ist die Perspektive dagegen?

7. Letztlich verkennt Wagner, daß die sozialliberale Regierungspolitik an ihrer eigenen, technokratisch verengten, Wachstums- und Gesellschaftskonzeption gescheitert ist. Diese Politik war an die Grenzen ihrer Problemlösungsfähigkeit gestoßen; sie konnte aus sozialen, kulturellen und beschäftigungspolitischen Gründen die Mehrheitsfähigkeit für sozialdemokratische Politik nicht mehr erreichen, denn die frühere Modernisierungspolitik mit wohlfahrtsstaatlicher Absicherung durch die ökonomische Krise war nicht mehr möglich. Der Wirkungszusammenhang der Nachkriegszeit zwischen industrieller Wachstumsdynamik, Sicherung der Sozialsysteme, Angleichung der Lebensbedingungen und

Vollbeschäftigung war zerfallen. Ohne eine veränderte politische Konzeption und ökonomische Steuerung ist eine sozialdemokratische Reformpolitik nicht möglich.

Die Konservativen können dagegen unter diesen veränderten ökonomischen Bedingungen an dem Modernisierungskonzept ansetzen, sie gehen ja nicht von wohlfahrtsstaatlichen Zielsetzungen aus. Es sollte Wagner zu denken geben, daß etwa auch Raif Dahrendorf vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ (wobei er die Gewerkschaften mit einschließt) spricht und Hans-Dietrich Genscher diese These (in platterer Form, aber ein Intellektueller ist Herr Genscher ja auch nicht) im Zusammenhang mit seinen technologiepolitischen Forderungen aufgreift. Es muß wohl nicht erwähnt werden, daß gerade die FDP sich zu einem Vorreiter einer neuen Privilegiengesellschaft entwickelt hat.

Heute sind *gesellschaftspolitische Perspektiven über den Tag hinaus* gefordert, um Veränderungen möglich zu machen und politisch-moralische Zielwerte gegen das konservative Alltagsbewußtsein zu setzen. Es ist Zeit zur Neubestimmung, sollen wir nicht in den Taumel der modernen Orwell-Welt japanischer oder US-amerikanischer Technik- und Arbeitsideologie verfallen. Visionen sind gefragt, wie wir morgen arbeiten wollen und können.

Oskar Negt hat in seinen Überlegungen zu den politischen Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit darauf verwiesen, daß dem Begriff der *Utopie* stets der Doppelsinn anhaftet, zum einen das Hier und Jetzt zu verneinen und zum anderen zu eröffnen, was sein soll (vgl. Oskar Negt, *Lebendige Arbeit, enteignete Zeit*, 1984). Utopien sind mithin als *Gegengewürfe* zu bestehenden Verhältnissen zu verstehen, die Vorstellungen weitreichender Veränderungen entwickeln.

Selbst bei fortschreitender Arbeitszeitverkürzung und zunehmender Technisierung darf nicht verkannt werden, daß Arbeit (und das heißt in erster Linie, Erwerbsarbeit) „mit Sicherheit mehr sein [wird] als eine Randsituation oder ein Übergangsphänomen. Arbeit hat zwar als Medium und Zentrum der Lebensinterpretation Konkurrenz bekommen, doch bleibt sie ... eine so wichtige Handlungssphäre, daß Identitätsbildung nicht losgelöst von Arbeit erfolgen kann und die Perspektive der Lebensautonomie ohne mehr Autonomie in der Arbeit eine Fiktion bleibt“ (Kern/Schumann).

Heute wird bisweilen versucht, die neue Untersuchung von Kern/Schumann einseitig zu verkürzen,

um das eigene Konzept der Modernisierung durch forcierten Einsatz neuer Technologien zu beurteilen. Wie auch immer man die gewerkschaftspolitischen Konsequenzen von Kern/Schumann beurteilt, im Zentrum ihrer Untersuchungen und insbesondere ihrer Schlußfolgerungen steht *die Gestaltung der Arbeit*, der Stellenwert von Arbeitspolitik bei der sozialen Steuerung des Innovationsprozesses, ergänzt um die wichtigen Aspekte der Arbeitszeitverkürzung und der Sozialisierung der Anpassungslasten bei einer Umstrukturierung der Volkswirtschaft.

Die Erwerbsarbeit wird die gesellschaftliche Entwicklung weiterhin entscheidend prägen. *Die SPD muß in der politischen und historischen Kontinuität einer sozialen Emanzipationsbewegung bleiben*, wobei dem veränderten Zusammenhang zwischen Arbeits- und Lebensbeziehungen und neuen Organisationsformen Rechnung getragen werden muß und sich die Fortschrittshoffnungen nicht allein auf den Bereich der Erwerbsarbeit beschränken.

Die wachsende Bedeutung des Freizeitbereichs für die Lebensplanung und -gestaltung und die in ihm liegenden Möglichkeiten können nur von Menschen wahrgenommen werden, die durch ihre (Erwerbs-)Arbeit und die Arbeitsformen und -bedingungen nicht verschlissen, sondern auch dort in ihren praktischen und geistigen Fähigkeiten gefordert werden und diese nutzen und weiterentwickeln können.

Wenn wir „Bilder und Begriffe“ eines neuen Fortschritts in sozialistischer Perspektive benötigen, so ist „Gestaltungsphantasie“ insbesondere auf den Bereich *demokratisierter Erwerbsarbeit* und den Möglichkeiten *selbstbestimmter Tätigkeit* zu richten, da Arbeit für die Identität, gesellschaftliche Wertschätzung und Sinnbezug in der Lebensgestaltung einen herausragenden Stellenwert einnimmt. Den neuen Technologien kommt in diesem Sinne zwar kein untergeordneter, jedoch ein abgeleiteter Stellenwert zu.

Die Technologieentwicklung muß für Sozialdemokraten den Charakter eines Instruments für die Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunft einnehmen. Wenn die Sozialdemokraten sich darüber einig sind, daß es an der Zeit ist, ein *anderes Maß des Fortschritts* als das privatwirtschaftliche Surplus zu setzen, dann kommen wir an Veränderungen der Ordnungs- und Rahmenbedingungen nicht vorbei. Denn sonst wirft der Tiger am Ende den Reiter noch ab und frißt ihn auf.

Wolf-Michael Catenhusen: Gegenrede

Wolf-Michael Catenhusen, geb. 1945, Studienrat a. D., ist SPD-Abgeordneter im Deutschen Bundestag.

Rainer Wagner fühlt sich aufgerufen, die Fortschrittlichkeit neuer Technologien, den Fortschrittsbegriff gegen die „Sauertöpfigkeit“, den „hilflosen und defensiven Pessimismus“, die „verwirrten Gemüter“ eines Teils der Linken in Gewerkschaften und SPD zu verteidigen. Er redet ihnen Mut zu, da für ihn gilt: „Jetzt feiert die Technik Triumphe!“ Wagner meint doch sicher nicht das anlaufende SDI-Programm, sicher nicht die sich abzeichnenden Möglichkeiten, menschliches Erbgut zu manipulieren, sicher nicht die wachsende technologisch bedingte Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. Daß der Druck nach immer mehr Technik so groß wird, hängt doch in erster Linie an der tiefgreifenden Strukturkrise unserer Wirtschaft, in der der verstärkte Einsatz von Technik als Weg zur Lösung der Krise beschränkt wird.

Natürlich, Sozialdemokraten können nicht nur vor negativen Folgen neuer Technologien warnen. Es ist ihre Aufgabe, ein Bild der Weiterentwicklung unseres Landes als sozial, ökologisch verträgliche Industriegesellschaft zu zeichnen. Es ist ihre Aufgabe, möglichst frühzeitig Chancen und Risiken neuer Technologien abzuwägen und davon ausgehend eine Strategie gesellschaftlicher Technologiesteuerung zu entwickeln. Es reicht aber nicht mehr, unser Verhältnis zu neuen Technologien in der Tradition der Modernisierungskonzeption von Scharpf und Hauff aus den 70er Jahren zu bestimmen. Ziel der SPD kann es nicht mehr nur sein, durch staatliche Initiativen die schnellstmögliche Förderung und Entwicklung neuer Technologien und Verfahrensweisen voranzutreiben und deren Umsetzung in Produkte zu beschleunigen, um die Rolle auf dem Weltmarkt zu behaupten. Sonst muß sich sozialdemokratische Kritik an konservativer Technologiepolitik, wie bei Wagner, auf eine augenzwinkernde Verbrüderung „aufgeklärter Sozialdemokraten“ Glotzcher Wellenlänge mit den aufgeklärten Konservativen vom Schlage Späths und Riesenhubers beschränken.

Wagner läßt denn auch die Frage bewußt unklar, ob die Späth-kapitalistische Modernisierungsstrategie nicht eigentlich seinen Zielen von SPD-Politik sehr nahekommt. Seine Kritik an konservativer Mo-

dernisierungsstrategie beschränkt sich auf zwei Aspekte, die den Schluß erlauben: Die SPD soll sich als die politische Kraft anbieten, die die technologische Entwicklung durch staatliche Koordinierung mit Industrie und Wissenschaft rational beschleunigt und gleichzeitig den sozialen Frieden garantiert, indem sie die Gefahr von sozialen Protestbewegungen gegen die Einführung neuer Technologien ausschließt.

Das reicht für eine sozialdemokratische Anforderung an Technologiepolitik nicht mehr aus. Denn schon heute wird die Entwicklung, Einführung und Anwendung neuer Technologien nicht mehr einer interessensfreien Grundlagenforschung einerseits und dem naturwüchsigen Marktprozeß andererseits überlassen, sondern durch Staat und Wirtschaft zunehmend beeinflusst. Staatlicherseits erfolgt diese Einflußnahme in verschiedenster Weise, z. B.

- durch die Politik der Bundespost und Rüstungsaufträge,
- durch öffentliche Forschungsförderung, deren Zielsetzung aber in der Regel durch die interessierte Industrie zusammen mit der beteiligten Wissenschaft festgelegt werden,
- durch Arbeitsschutzbestimmungen, finanzielle Anreize, Sicherheits- und Umweltauflagen.

Wenn Wagner von der SPD fordert, sie müsse sich damit abfinden, daß sie gegenüber der Technik nicht Herr der Entwicklung ist, verbaut er damit den Ansatz, die soziale Gestaltung der Technik nicht zur Phrase verkommen zu lassen. Denn Technologieentwicklung vollzieht sich doch längst als ein Prozeß, der durch das gesellschaftliche Umfeld beeinflusst wird und in dem die Wirtschaft in einem immer früheren Stadium Einfluß auf die Wissenschaft nimmt. Da der Marktmechanismus neue Technologien ausschließlich nach möglicher Gewinnerzielung mißt, nicht aber nach ihrer gesellschaftlichen Verträglichkeit, reicht es nicht aus, eine der japanischen Strategie nachempfundene staatliche Steuerung des Technologieeinsatzes im internationalen Wettbewerb für die Bundesrepublik zu fordern. Wir müssen versuchen, die Entwicklung und Einführung neuer Technologien gesellschaftlich, nicht nur durch die Großindustrie, zu beeinflussen, wenn wir Politik nicht auf Dauer auf einen Reparaturbetrieb für die durch neue Technologien geschaffenen gesellschaftlichen Verwerfungen reduzieren wollen.

Wagners Bild von der Technik als Tiger, auf dessen Rücken wir reiten müssen, um seinen Lauf beeinflussen zu können, ist völlig quer: Ein Dompteur würde nie auf die Idee kommen, das Besteigen des ausgewachsenen Tigers zu empfehlen. Er nimmt

sich des gerade geborenen Tigers an und zählt ihn durch intensive Beschäftigung. Auf die Technologiepolitik übertragen heißt das: Technologiesteuerung muß viel früher als bei Wagner erörtert ansetzen: schon im Bereich von Wissenschaft und Technikentwicklung; an den Schnittstellen, wo Wissen in Technikentwicklung, Technikentwicklung in Anwendung umgesetzt wird. Die Schlappe der SPD in der Medienpolitik beruhte doch darauf, daß sich die Medienpolitiker nie ernsthaft mit den Folgen neuer technischer Entwicklungen im Frühstadium auseinandergesetzt haben.

Die Arbeiterbewegung hatte seit ihrer Entstehung darauf gebaut, daß eine rasche, breite Entfaltung der Produktivkräfte gesellschaftlichen Fortschritt bedeute. Die Arbeiterbewegung war angelegt auf Überwindung der Eigentums- und Machtverhältnisse dieses Industriesystems, nicht des Industriesystems selbst. Mittlerweile durchdringen und vernetzen aber neue Technologien in bisher nicht gekanntem Ausmaß Wirtschaft und Gesellschaft, mit tiefgreifenden Folgen für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen, für die ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Strukturen unserer Gesellschaft.

Die technische Entwicklung gibt dem Menschen die Möglichkeit, seine natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören, die Menschheit durch Rüstungstechnologie auszulöschen, den Menschen selbst umkonstruieren zu können. Darauf kann die Arbeiterbewegung nicht nur mit dem Fortschrittsglauben an neue Technologien aus dem 19. Jahrhundert reagieren. Ein solcher (Fortschritts-)Glaube an den Segen durch immer mehr Technik wird naiv, lenkt auch von der Tatsache ab, daß schon heute Technologieentwicklung in großem Umfang gesteuert wird.

Die Industriegesellschaft kann nur durch neue Technologien überleben, darin stimme ich Rainer Wagner zu. Sie kann aber nur durch eine planvolle Gestaltung der Technologieentwicklung und des Technologieeinsatzes überleben, nicht automatisch durch immer mehr und neue Technologien. Wagner spricht uns Mut zu: Er weist auf die humanisierenden, rohstoffsparenden und dezentralisierenden Qualitäten der Informations- und Kommunikationstechniken hin. Deshalb darf sich die SPD auch nach meinem Verständnis nicht in die Sackgasse eines „Neins“ zu neuen Technologien verrennen. Nur bleibt auch hier das Prinzip gültig, daß neue Technologien einen Teil alter Probleme lösen und verringern, aber gleichzeitig neue Probleme schaffen. Wir können nicht darauf bauen, daß gesellschaftli-

che Chancen, die im Einsatz der Mikroelektronik liegen, naturwüchsig realisiert werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ im Deutschen Bundestag vorrangig nicht deshalb durchgesetzt, um die Gentechnologie unter industriepolitischer Zielsetzung beschleunigt einführen zu wollen, sondern weil sich bei dieser Technologie grundsätzlich die Frage stellt, ob alles das, was technisch möglich wird, auch gesellschaftlich erwünscht ist, ob also der Anwendung dieser Technik Grenzen gesetzt werden müssen. Eine solche Frage kann ich nur stellen, wenn ich Wagners Aufforderung, in der Technikdiskussion „von einer zivilisationskritischen Sicht neuer Technologien zur Wirtschaftspolitik“ überzugehen, nicht folge. Gefragt ist doch eine Integration von Wirtschaftspolitik mit Sozial-, Bildungs-, Rechtspolitik und anderen Politikfeldern, nicht die Unterordnung der Technologiediskussion unter das Diktat der Ökonomen.

Ich sage dies in voller Kenntnis unserer weltwirtschaftlichen Abhängigkeiten, die unseren technologiepolitischen Handlungsspielraum beschneiden. Die soziale, kulturelle Struktur unseres Landes verlangt aber eine Aneignung von Technik, die sich von der Japans und der USA differenziert, bis hin zu Entscheidungen, etwa auf gentechnische Eingriffe am Menschen grundsätzlich zu verzichten — auch wenn ein anderer ethisch-kultureller Background zu einer solchen Entwicklung in den USA oder in Japan führen kann.

Zweifellos hat Wagner ein wichtiges Defizit sozialdemokratischer Politik benannt: Uns Sozialdemokraten fehlt eine Vision einer künftigen Gesellschaft, die sich neue Technologien verantwortlich angeeignet hat. Wagner steht das Bild der von den französischen Sozialisten in auffälliger Übereinstimmung mit dem amerikanischen Industrieberater John Naisbitt geprägten Informationsgesellschaft vor Augen — für deren Vorbereitung der französische Staatskonzern Thompson-Brandt ja in Deutschland Teile der unterhaltungselektronischen Industrie aufkaufte und z. T. ausschlachtete.

Wir brauchen als Arbeitnehmerpartei in einem Industrieland eine industriepolitische Perspektive, eine Alternative zum japanischen Modell, zum Rüstungsmodell der USA und zum Versuch der französischen Sozialisten, in einer möglichst schnellen und umfassenden Nutzung der Informationstechnologien das Allheilmittel für die ökonomische Zukunft des Industrielandes Frankreich zu sehen. Um nicht mißverstanden zu werden: Wir brauchen nicht

Sozialgeschichte

Josef Mooser · Ländliche Klassengesellschaft 1770–1848

Bauern und Unterschichten, Landwirtschaft und Gewerbe im östlichen Westfalen. 521 Seiten mit zahlr. Tabellen, kart. DM 98,-. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 64

Uta Frevert · Krankheit als politisches Problem 1770–1880

Soziale Unterschichten in Preußen zwischen medizinischer Polizei und staatlicher Sozialversicherung. 469 Seiten mit 4 Tabellen, kart. DM 92,-. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 62

Rudolf Boch · Handwerker-Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft

Lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870–1914. Etwa 384 Seiten, kart. etwa DM 74,-. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 67

Michael Grüttner · Arbeitswelt an der Wasserkante

Sozialgeschichte der Hamburger Hafenarbeiter 1886–1914. 331 Seiten mit 30 Tabellen, kart. DM 68,-. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 63

Jürgen Kocka (Hg.) · Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert

Deutschland, Österreich, England und Frankreich im Vergleich. Mit Beiträgen von John Breuilly, Dieter Dowse, Heinz-Gerhard Haupt, Jürgen Kocka, Helmut Konrad, Sidney Pollard. 169 Seiten, kart. DM 18,80. Kleine Vandenhoeck-Reihe 1494

Hartmut Kaelble · Industrialisierung und soziale Ungleichheit

Europa im 19. Jahrhundert. Eine Bilanz. 237 Seiten mit 23 Tabellen und 2 Schaubildern, Paperback DM 39,-. Sammlung Vandenhoeck

Hartmut Kaelble

Soziale Mobilität und Chancengleichheit im 19. und 20. Jahrhundert

Deutschland im internationalen Vergleich. 322 Seiten mit 46 Tabellen und 3 Schaubildern, kart. DM 72,-. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 55

Vandenhoeck & Ruprecht · Göttingen · 1735–1985

nur Szenarien über künftige alternative Wege zur Sicherung unserer Energieversorgung, sondern sicher auch Folgenabschätzungen für eine breite Einführung und Nutzung der Informations- und Biotechniken. Wir dürfen aber dabei nicht in den Fehler verfallen, dabei einer Technikeuphorie zu erliegen, die die SPD in den 50er Jahren schon einmal gegenüber der Kernenergie auszeichnete. Wagners „Panorama“ bleibt ein Zettelkasten, der in bunter Reihe uns über z. T. geläufiges (Arbeitszeitverkürzung) informiert, z. T. Rezepte vorschlägt, die vor allem in ihrer Allgemeinheit bestechen — z. B. in dem Satz „Die nicht wettbewerbsfähigen Branchen dürfen nicht geschützt, sondern müssen modernisiert werden“. Ich habe bei diesen Ausführungen Wagners zusätzlich das Problem, daß den französischen Sozialisten ihr informationsgesellschaftliches Modernisierungskonzept Schwierigkeiten in der inhaltlichen Abgrenzung zu den konservativen Parteien geschaffen hat.

Es war kein Zufall, daß der Essener Bundesparteitag der SPD eine erste technologiepolitische Debatte als Schwerpunkt hatte. Sozialdemokraten müssen sich in dieser Debatte als politische Kraft sehen und entwickeln, die in ihrem Blickfeld die möglichen Technologiegewinner von morgen hat, aber zugleich Anwalt derer ist, deren Interessen auf dem Spiele stehen, die die Technikverlierer von morgen werden können. An der Versöhnung der Interessen beider Gruppen muß der SPD liegen. Diese Haltung ist aber nur dann glaubwürdig, wenn die SPD in Konfliktsituationen auch Partei für Technikverlierer ergreifen kann. Nicht mit der Zielsetzung, Technikentwicklung zu blockieren, zu verhindern. Es bestehen aber Konfliktsituationen, in denen Arbeitgeber eine neue Technik als Knüppel gegenüber Arbeitnehmern einsetzen, um einen Ausweg aus der ökonomischen Krise in ihrem Sinne zu suchen. Hier muß die SPD auch für den betroffenen Arbeitnehmer Partei ergreifen können, wenn diesen nicht gesicherte Rechte der Einflußnahme zur Verfügung stehen. Die SPD muß auch Bündnispartner im vorparlamentarischen Raum für Druck gegen gesellschaftlich schädliche Technikanwendung sein, etwa bei der Entwicklung der von Wagner selbst angedeuteten Kontrollmöglichkeiten, die in den Informationstechnologien als Möglichkeit angelegt sind.

In einem solchen Zusammenhang wir das von Wagner abgetane „ja, aber“ oder auch „nein, wenn nicht“ seinen Sinn in der weiteren Technologiedebatte in der SPD und in den Gewerkschaften behalten.



FRAUEN

Vera Konieczka: Einladung zum Feminismus Entgegnung auf Monika Steffens Beitrag: Was ist Feminismus?, in NG 12/84

Vera Konieczka war von 1982 bis 1984 Mitglied des Bundesvorstandes der Jungsozialisten. Sie ist Mitglied der Bundesfrauenkommission der Jusos.

Unleugbar bin ich eine Sympathisantin des Feminismus: Ich plädiere offen für lila Unter- und Überwanderungen von Organisationen, dränge Frauen, sowohl in Alternativprojekten zu arbeiten als auch in etablierten Institutionen präsent zu sein und fordere auf zur alltäglichen Supervision des Patriarchats, damit uns soziale Errungenschaften nicht verlorengehen und uns die Verfügung über unsere Utopien erhalten bleibt. Ungern sehe ich sie von anderen eingenommen; insbesondere die regierungsmäßige Belagerung von Mütterlichkeit, auch wenn sie Blümchen sprechen läßt, ist mir ein Greuel. Wenig macht mir dabei die auftretende Chromosomenbildung zu schaffen, für bedenklich halte ich allerdings das politische Maß, in dem die Väterlichkeit regelmäßig aus dem Verkehr gezogen wird. Da wird eine Mutter-Kind-Stiftung gegründet, obwohl eine umfassende Vater-Kind-Stiftung historisch längst überrillig gewesen wäre. Haben die Väter sie sich bisher nicht verdient oder wollten sie sie vielleicht gar nicht?

Zum Stündenfall wird nicht der Geschlechtsakt, sondern werden die sozialen Konsequenzen, die Männer mehrheitlich bis heute aus ihm ziehen. Als Sozialistin beunruhigt mich die scheinbare Selbstverständlichkeit, mit der sie einen kollektiven Besitzstand wahren, der zweifellos zu Lasten von Frauen geht, und immer wieder bin ich enttäuscht über das fehlende männliche Eingeständnis, daß die Tatsache, zufällig als Mann in dieser Gesellschaft geboren worden zu sein, auch Privilegien gegenüber der weiblichen Mehrheit einschließt: größere Chancen beim Zugang zum Erwerbsarbeitsmarkt, mehr Möglichkeiten einer freien Verfügung über Freizeit,

den Vorteil, sich weithin ohne Verlust öffentlichen Ansehens von Hausarbeit freizustellen.

Historisch sind die Lebenszusammenhänge von Männern und Frauen auseinandergefallen; feministische Analysen nehmen dies zur Kenntnis, indem sie Geschlecht als soziale Kategorie begreifen, anhand der vergangene, bestehende und künftige Gegenwarten aufzuarbeiten sind. Es ist die Absage an jenen Biologismus, der Frauen lange in Grenzen wies, eine Natur der Frau bemühte, um zur männlichen, getarnt als allgemein-menschlichen Tagesordnung überzugehen. Es bedeutet Bruch mit jener Vergangenheit, in der man jede Veränderbarkeit des Geschlechterverhältnisses unter Rekurs aufs Ewig-Weibliche als widernatürlich ungescholten brandmarken konnte.

Mangel an männlichem Widerstand gegen patriarchalische Strukturen

„Das Weib‘ hat es nie gegeben“, schrieb Alice Rühle-Gerstel schon 1932. „Geschlechtsideologien neuer Art wechselten miteinander ab im Zusammenhang mit den jeweiligen Wirklichkeiten. Die Anschauung von der Frau wandelte sich und wandelt sich noch: bald gilt sie mehr als naturhaft-beherrschend, und die Mutterschaft steht im Mittelpunkt ihres sozialen Wirkens; bald wiederum erscheint sie als rein kulturell bedingt und die allgemein-menschlichen Funktionen treten leuchtender hervor. Mit den realen Macht- und Geschlechterverhältnissen ändern sich auch die Urteile über Macht und Geschlecht.“¹¹

Der Feminismus hat das Patriarchat nicht geschaffen, er hat die soziale Differenz zwischen Frauen und Männern nur unmißverständlich sichtbar gemacht, indem er die weiblichen Verluste benannte. Daß es auch männliche gegeben hat, ist nicht zu leugnen; faktisch haben jedoch derartige Verlustmeldungen — und hier beginnt das feministische Bedauern — nicht zu kollektiven Bewegungen von Männern geführt, die sich die Abschaffung des Patriarchats zum Ziel gesetzt hätten. Sie träumten in Papieren mit — Bloch²² und Marcuse²³ wären da zu nennen — und überließen den praktischen Widerstand in der großen Mehrheit Frauen. Haben wir je Männer um dieses Maß an Selbstbeschränkung gebeten, haben wir sie je daran gehindert, sich zu anderem als zu Patriarchen zu entwickeln? Aus der Forderung der Frauenbewegung nach Autonomie schlossen Männer fälschlicherweise, revolutionärer Attentismus gegenüber dem Feminismus sei eine angemessene, von ihnen erwartete Verhaltensform, und, befangen in dieser Bescheidenheit, begnügten

sich in aller Regel damit, von oben herab den Stand der Bewegung zu taxieren und mitzuteilen, wo sie ihrer Meinung nach die falschen pädagogischen Maßnahmen gegen das Patriarchat ergriffen hätte⁴¹. Im Gestus wohlmeinender Lehrer meldeten sie sich als scheinbar Unbetroffene zu Wort; daß sie selbst unter Tatverdacht standen, wußten sie geschickt mit Klagen über den Ausschluß aus Frauengruppen zu verdrängen⁵¹.

Der Bewegung erschienen männliche Betreuungsversuche nicht nur ungebeten, sondern historisch überholt, hielten sie sich doch ganz an den traditionellen Rahmen, in dem Männer definierten, was Frauen zu tun und zu lassen hatten. Feministische Gedankengänge sind der überwiegenden Zahl von Männern fremd geblieben, offenbar weil sie sie weniger auf ihr eigenes soziales Verhalten als auf vermeintliche Privatprobleme von Frauen bezogen. Jene sollten sich, in ihren Augen, erst einmal emanzipieren, hinaufdienen bis zum real existierenden sozialen Zustand des männlichen Menschen; dann würde man weitersehen. Im übrigen benahm man sich wie gehabt, regsam wie eine Schnecke (oder gar nicht), stellte sich ahnungslos, als sei man ans Patriarchat wie die Jungfrau zum Kinde gekommen.

Nicht, daß man die Alternative Matriarchat nicht mitdachte. August Bebel⁶¹ und Friedrich Engels⁷¹, Ernst Bloch⁸¹ und Ernest Borneman⁹¹ reizten Matriarchate als Vorstellungen einer Welt, in der menschliche Lebensweisen nicht durch Privateigentum bestimmt wurden; ihr besonderes Interesse galt den mit ihnen assoziierten antikapitalistischen Momenten. Der Ausschluß von Matriarchaten aus dem sozialistischen Denken hat nie stattgefunden, vielmehr begriff man sie als Chance zum Entwickeln eigener positiver Utopien, als Vorschau auf eine mögliche Zukunft, für die zu streiten sich lohnte. Die Attraktivität des Matriarchats — weit mehr als auf Chromosomenanordnungen und anatomische Besonderheiten bezieht sie sich auf eine Gesellschaft, frei von Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, damit eine zeitlose Hoffnung von Männern und Frauen beschreibend.

Dürftig allerdings erscheint der bisherige Einsatz von Männern zugunsten dieser Utopie. Sie scheint in Schubladen und Feiertagsreden eingelagert zu sein, als erhabene Formel, quasi übersinnlich, zu hoch für die Niederungen des Alltags: „... die Angehörigen beider Geschlechter ziehen zwar in den Klassenkampf, aber wenn es darum geht, die Socken zu waschen oder den Kaffee zu wärmen, ... dann schaut der Mann, von löblichen Ausnahmen abgesehen, nur hinüber zur Frau.“¹⁰¹ Der Mangel

an männlichem Widerstand gegen patriarchalische Strukturen bedrückt, die steten papiernen Rückzüge machen betroffen und geben allerlei Anlaß, an der Redlichkeit vorgetragenem Absichten zu zweifeln. Der Zweifel ist alt: Die Saint-Simonistin Claire Démar leitete 1833 aus ihm den Satz ab: „Nur die Frauen selbst können richtig verstehen, was die Frauen wirklich brauchen“¹¹⁾ und August Bebel warnte davor, auf die Unterstützung von Männern zu warten¹²⁾. Denn unwillkommen war nie das männliche Engagement zugunsten von Frauen, unwillkommen war und ist vielmehr seine weitgehende Absenz, die penetrante Nicht-Einmischung in diesen Kampf; das praktische Ausbleiben der in der Theorie selbstverständlichen Solidarität¹³⁾. Frauen fiel sie bisher nicht in den Schoß — sie hatten in aller Regel dafür zu kämpfen.

Ein Beitrag zur Alphabetisierung von Frauen

Die bürgerlichen Revolutionen seit 1789 weckten Erwartungen in Frauen, die der Sozialismus noch erhöhte; das Einlösen beider Versprechen steht dennoch vielfach aus. Die frauenbezogenen Wunden der Gesellschaft¹⁴⁾ erregen nämlich unter Männern bis heute weit weniger Anstoß, als sie verdient haben; vermutlich überwiegen bei ihnen noch immer mögliche Profite mögliche Verluste aufgrund der patriarchalischen Unordnung. Frauen können sich demgegenüber weitaus weniger der schmerzhaften Realität entziehen, denn ihre Betroffenheit im Patriarchat ist eine andere als die männliche, ihre Unterdrückung keine mühsam angelesene, schonungsloser wird sie erlebt und läßt hartnäckig Spuren zurück. Den Mangel an Geld, Raum und Zeit für sich allein haben Frauen täglich zu leben; der soziale Preis, den sie aufgrund patriarchalischer Benachteiligungen zahlen, ist unzweideutig höher als der von Männern: „Die Frau ist in der Männerwelt und in der Klassengesellschaft doppelt schlecht gestellt. Es drückt auf sie das überlegene Geschlecht; und es drückt auf sie die überlegene Klasse, der sie aktiv und mächtig nicht angehören kann. Die Herrschaftstendenzen des herrschenden Geschlechts und der herrschenden Klasse verbünden sich auf dem Rücken der Frau.“¹⁵⁾

Welche Beschneidungen es historisch mit sich brachte, zufällig als Frau geboren worden zu sein mag der Lebenslauf jener fiktiven Schwester Shakespeares verdeutlichen, die Virginia Woolf erfand, um die soziale Differenz, in der Männer und Frauen leben, verständlich zu machen: „Sie war ebenso abenteuerlustig, ebenso phantasievoll, ebenso begierig, die welt zu sehen, wie er. Aber sie wurde

nicht in die schule geschickt. Sie hatte keine gelegenheit, grammatik und logik zu lernen, von Horaz und Vergil ganz zu schweigen. Sie nahm hin und wieder ein buch zur hand, eines ihres bruders vielleicht, und las ein paar seiten. Aber dann kamen ihre eltern herein und hiessen sie die strümpfe stopfen oder sich um den hammelbraten kümmern und nicht mit büchern und papieren ziellos herumzutüdeln. Sie würden mit nachdruck, aber freundlich mit ihr sprechen, denn sie waren tüchtige leute, die die lebensbedingungen einer frau kannten und ihre tochter liebten — wahrscheinlich war sie sogar ihres vaters augapfel. Vielleicht kritzelte sie heimlich auf dem apfelspeicher ein paar seiten zusammen, war aber vorsichtig genug, sie gut zu verstecken oder zu verbrennen. Jedoch noch bevor sie ihr zweites jahrzehnt beendet hatte, wurde sie dem sohn eines benachbarten wollgrosshändlers anverlobt. Sie schrie, sie hasse das eheleben und wurde dafür von ihrem vater heftig geschlagen. Dann hörte er auf, sie zu schelten. Er bat sie stattdessen, ihm nicht weh zu tun, ihm in sachen ihrer heirat keine schande zu machen. Er würde ihr eine perlenkette oder einen schönen petticoat schenken, sagte er; und es standen ihm tränen in den augen. Wie konnte sie ihm ungehorsam sein? Wie konnte sie ihm das herz brechen? Nur die kraft ihrer eigenen begabung trieb sie dazu. Aus ihren sachen schnürte sie ein kleines bündel, liess sich an einem schönen sommerabend an einem seil hinab und machte sich auf den weg nach London. Sie war noch nicht siebzehn. Die vögel, die in der hecke sangen, waren nicht musikalischer als sie. Sie hatte wie ihr bruder eine lebhafte vorliebe für den klang der worte. Wie er hatte sie gefallen am theater. Sie stand am bühneneingang; sie wollte spielen, sagte sie. Männer lachten ihr ins gesicht. Der manager — ein fetter kerl mit losem maul — lachte schallend. Er bellte irgendetwas von pudeln, die tanzen und frauen, die theater spielen — keine frau, sagte er, könne je schauspielerin sein. Er deutete an — sie können sich denken, was. Sie konnte keine ausbildung in ihrer kunst bekommen. Konnte sie wenigstens zum abendessen in die taverne oder um mitternacht über die strasse gehen? Und doch war in ihr ein genius für fiction, und es gelüstete ihn, sich aus dem leben von männern und frauen und dem studium ihres verhaltens zu nähren. Schliesslich, denn sie war sehr jung, mit den gleichen grauen augen und den runden brauen wie Shakespeare — schliesslich also nahm sich Nick Greene, der schauspieleragent, ihrer an; sie fand sich mit einem kind von diesem herrn wieder und so weiter — wer kann die hitze und heftigkeit von eines dichters herz ermessen,

wenn es eingefangen und verstrickt ist in den Körper einer Frau? — brachte sich an einem Winterabend um und liegt nun an einer Wegkreuzung begraben, wo jetzt die Omnibusse halten, ausserhalb von Elefant und Castle.“¹⁶⁾

Shakespeares fiktive Schwester beleuchtet nicht allein die Chancenungleichheit von Frauen, Abarten einer Chancenlosigkeit, sondern steht auch an, die Hilflosigkeit individueller Befreiungsversuche aufzuzeigen. Man könnte sie als Virginia Woolfs Beitrag zur Alphabetisierung von Frauen auffassen, einer Alphabetisierung der Unterdrückten im Sinne Paulo Freires, dazu angetan, Menschen zu ermutigen, daß sie „über ihre eigene Befähigung zur Reflexion, über die Welt und ihre Position darin, über ihre Macht zur Veränderung der Welt und die Begegnung des Bewußtseins zu reflektieren beginnen.“¹⁷⁾

Macht und Ohnmacht sind nicht geschlechtsneutral verteilt

Weibliche Leidenserfahrungen blieben viel zu lange unbenannt, abgeschoben in vorpolitische Räume. Die Bescheidenheit von Frauen, die Anspruchslosigkeit, mit der sie Beziehungen zu Männern und Kindern lebten, tendierte dazu, eine gesellschaftliche Mangelsituation fortzuschreiben, in der Frauen immer wieder Verliererinnen waren. Die Preise, um die sie verloren, wurden manchen erst bewußt, als sie keine Energien mehr besaßen, sich für kollektive Verbesserungen einzusetzen, als ihr mögliches widerständisches Potential bereits erstickt war am alltäglichen Einlassen auf den Mangel, endgültig zu Bruch ging in einer Psychiatrie, einem jener öffentlichen Denkmäler für die Opfer heimlich begangener und sprachlos gebliebener Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Doch „der Schlachter empfiehlt immer noch Herz“ (Margot Schroeder): bedingungslose Liebe, bedingungslose Hingabe, Einwilligung in die Ohnmacht. Feminismus ist eine Chance, sie aufzukündigen; über die Art ihrer Beteiligung können Männer frei entscheiden — ebenso wie Frauen.

Macht und Ohnmacht sind in dieser Gesellschaft nicht geschlechtsneutral verteilt; dies zu leugnen hieße, offen für das Beibehalten bestehender Ungerechtigkeiten gegenüber Frauen zu plädieren. Wird Feminismus nun inhuman dadurch, daß er Unterdrückung beim Namen nennt, Abstand nimmt von dem seligen Gefühl „Wir sitzen alle in einem Boot“, um einen Blick auf die innerbootliche Platzverteilung zu werfen? Wer schließt wen aus im Feminismus? Meiner Meinung nach gewiß nicht die Frauen.

Die Menschlichkeit bleibt nicht auf der Strecke, das Patriarchat bedauerlicherweise auch nicht auf die Schnelle, bestenfalls die traditionelle Männlichkeit und um die ist es wahrhaftig nicht schade. Sie eignete sich die Welt an und auch die Frauen — selbstherrlich, überheblich, in autonomen, kollektiven und individuellen, gegen Frauen gerichteten Akten. Vergewaltigung ist nur die Spitze eines Eisbergs, viel zu häufig noch als Kavaliersdelikt geahndet. Da windet sich unser aller Familienminister Geißler öffentlich, Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe zu stellen; seiner offiziellen Verständniserklärung gegenüber Forderungen der Frauenbewegung folgt die Parteinahme als Ehemann auf dem Fuße: durch unwahre Strafanzeigen sei die Gefahr der Erpressung gegeben, etwa in Scheidungsverfahren, und schließlich sei „Ehe natürlich von ihrem Wesen her auch eine Gemeinschaft auf sexuellem Gebiet“¹⁸⁾. Der sozialistische Pädagoge Otto Rühle dachte bereits darüber anders. Nach ihm machte man die Frau zur sexuell Verpflichteten und damit Untergebenen in der Ehe, in der der Mann die Herrenklasse, die Frau die dienende Klasse repräsentiere¹⁹⁾. Er denunzierte die Ehe als Gewaltverhältnis und hielt damit ein Brennglas auf jene heikle soziale Stelle, wo Heiner Geißler noch immer öffentlich die heile Zweisamkeit vermutet.

Das Patriarchat wird täglich gelebt — von Männern wie von Frauen; in der Optik seiner Wahrnehmung unterscheiden sich diese Leben und, bedingt durch den Feminismus, ganz sicher auch in der Art der Militanz, mit ihm umzugehen. Feminismus heute bezeichnet die kollektiven und individuellen Versuche von Frauen, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen, die Abkehr von einem Fremdbewußtsein, das ihnen jahrhundertlang zu ihrem eigenen Schaden aufgenötigt worden ist. Ihre soziale Selbstgenügsamkeit, ihre Bescheidenheit ist Frauen nie kostenneutral zu stehen gekommen; nicht nur, daß ihnen erst mit historischer Verspätung Errungenschaften bürgerlicher Revolutionen nachgereicht wurden, sie wirkten sich darüber hinaus auf weibliche Identität in der Gegenwart aus. Denn: „Man konnte nicht zur Landkarte gehen und sagen Columbus entdeckte Amerika und Columbus war eine Frau; oder einen Apfel nehmen und bemerken, Newton entdeckte das Gesetz der Gravitation und Newton war eine Frau; oder in den Himmel schauen und sagen, es fliegen Flugzeuge über uns und Flugzeuge wurden von Frauen erfunden. Es gibt keine Markierung an der Wand, die die genaue Grösse der Frauen angibt. Es gibt kein säuberlich in Abschnitte von einem Zentimeter unterteiltes Metermass, das man an die quali-

täten einer guten Mutter oder an die Zuneigung einer Tochter oder die Treue einer Schwester oder die Tüchtigkeit einer Haushälterin anlegen kann.“²⁰⁾

Die Mitte der siebziger Jahre im Zuge der Frauenbewegung entstandene Frauengeschichte²¹⁾ begann damit, die soziale Ohnmacht von Frauen historisch zu vermessen, Spuren weiblichen Protestverhaltens zu sichern, wo sie noch nicht ausgelöscht waren, wo zumindest rudimentär Widerstand erinnert werden konnte²²⁾. Denn die traditionelle Verwaltung von Geschichtsschreibung und Geschichtswissenschaft durch männliche Historiker hatte sich immer auch in der Auswahl der beschriebenen Gegenstände niedergeschlagen; was im kollektiven Gedächtnis bewahrt werden sollte, hatte zuvor den ordnenden Blick, die ordnende Hand eines männlichen Historikers zu passieren. Und sie ordneten entsprechend den dominierenden männlichen Normen von Politik, Frauen blieben ihnen im allgemeinen verborgen, hießen sie nicht gerade Maria Theresia, Victoria von England oder Xanthippe (wie jene Frau, die das Unglück besaß, mit Sokrates verheiratet worden zu sein), weil sie sich meist nicht auf jenem hehren Parkett bewegten, in dem die große Politik nach landläufigen Vorstellungen gemacht, geherrscht wurde. Regelmäßig vergessen, ja unterschlagen wurde dabei, daß der Ausschluß von Frauen, ihre soziale Machtlosigkeit nicht auf freiwilligen Entscheidungen beruhte, nicht zustande gekommen war aufgrund freier Wahl zwischen verschiedenen Lebensmöglichkeiten, sondern die Vorgaben bereits andere, Männer der jeweils herrschenden Klasse, getroffen hatten.

Eine männerhörige Geschichtswissenschaft sparte nicht damit, den historisch über Rechtsverordnungen und Staatsverfassungen hergestellten und damit auch wieder aufhebbaren Ausschluß von Frauen von gesellschaftlicher Macht zur biologischen Natur der Frau zu verklären. So äußerte der preussische Historiker Heinrich von Treitschke noch Ende des 19. Jahrhunderts: „Der eigentliche Beruf des Weibes wird zu allen Zeiten das Haus und die Ehe sein. Sie soll Kinder gebären und erziehen. Ihrer Familie soll sie den lauterer Quell ihrer fühlenden, liebevollen Seele spenden, Zucht und Sitte, Gottesfurcht und heitere Lebensfreude nähren und pflegen.“²³⁾

Feminismus findet öffentlich statt

Anders maß August Bebel: Isabella und Blanche von Kastilien, Elisabeth von Ungarn, Katharina Sforza, Elisabeth von England, Katharina von Rußland und Maria Theresia führte er als Beispiele an,

an denen abzulesen sei, daß Frauen durchschnittlich zum Regieren mehr Talent bewiesen hätten als Männer, vergleiche man sie mit anderen Fürsten ihrer Zeit. Um seine These zu belegen, berief er sich auf seinen Zeitgenossen Burbach, der — gestützt „auf die Tatsache, daß Frauen unter allen Rassen und in allen Teilen der Welt ausgezeichnet regierten, selbst über die wildesten, turbulentesten Horden“, sich zu der Bemerkung veranlaßt gesehen hatte, „daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Frauen sich besser für die Politik eignen würden als die Männer“.²⁴⁾

Ich teile nicht diesen Optimismus, halte es nicht für ein endgültiges Schlußwort des Feminismus, weil ich daran glaube, daß genauso wie Frauen Männer sozial sich ändern und veränderbar sind, fähig werden könnten zu einer gelebten Ablehnung des Patriarchats. Angesichts ihres derzeit überwiegend schläfrigen Beitrags möchte ich allerdings bezweifeln, daß dies ohne sozialen Druck von Frauen gelingt. Frauen sind meiner Meinung nach bisher noch viel zu wenig aggressiv gewesen; viel zu nett, zu brav, zu anschmiegsam haben sie sich verhalten. Für grob fahrlässig halte ich es, daß sie es bisher weitgehend unterließen, Mindestbedingungen aufzustellen, unter denen sie Männer lieben und mit ihnen Kinder haben; geradezu peinlich berührt mich die scheinbare Selbstverständlichkeit, mit der Frauen das allgemein hohe, öffentliche Ansehen des Mannes in jeden einzelnen verlagern und sich als Trautmäntzerinnen anschließend durch eine schlechte Wirklichkeit bewegen. Die traditionellen Planstellen von Männern im weiblichen Leben, ihnen großzügig eingeräumt, ohne Ansprüche zu äußern, waren und sind völlig unangebracht. Denn höchst unerfreulich ist, was Männer aus ihnen gemacht haben: seit dem 18. Jahrhundert deuteten sie Familie hartnäckig als — unpolitischen — Privatbereich und unterbanden zeitweise sogar das Sprechen über in Beziehungen gemachte Leidenserfahrungen von Frauen²⁵⁾. Mißhandlungen von Frauen, emotionale Erpressungen im Namen der Liebe, Vergewaltigung hat der Feminismus aus ihrem Winkeldasein hervorgeholt, Frauenhäuser, Notrufgruppen und Beratungszentren hat er uns neben anderem gebracht²⁶⁾.

Absurd ist, Geheimgesellschaften zu beschwören. Feminismus findet öffentlich statt: das Patriarchat verliert täglich seine Töchter und verprellt so manchen seiner Söhne. Ihnen möchte ich ans Herz legen, Männergruppen zu gründen — eingedenk der Geschichte von Frauen, immer wieder behindert und unterdrückt weiblicher Emanzipationsversuche, angesichts des mörderischen Umgangs, den europäische Gesellschaften gegenüber sozial abwei-

Hans-Ernst Böttcher (Hrsg.)

Recht Justiz Kritik

Festschrift für Richard Schmid zum 85. Geburtstag.

Mit einem Vorwort von Willy Brandt und Beiträgen von W. Abendroth, B. Asbrock, H. Bäumer, K. Beer, T. Blanke, H. Böll, H.-E. Böttcher, W. Däubler, P. Derleder, R. Gerhardt, H. Hannover, W. Holtfort, H. Kramer, H. Kühnert, R. Lamprecht, H. Menne, I. Müller, J. Perels, U. K. Preuß, T. Rasehorn, J. Seifert, P. Scherer, O. Schily, H. Simon, F. Steinkühler, C. Strecker, S. Tönnies, U. Vultejus und H. Wrobel

Richard Schmid – Liberaler und Sozialist, nach Widerstand, Verurteilung durch den Freislerschen Volksgerichtshof und Zuchthaus unter dem Nationalsozialismus von 1945 bis 1953 Generalstaatsanwalt und danach bis 1964 Oberlandesgerichtspräsident in Stuttgart, daneben politischer Publizist.

Aus Anlaß seines 85. Geburtstages haben in Form einer Festschrift Autoren verschiedener Generationen, gesellschaftlicher Gruppen und Parteien die Themen und Fragen behandelt, zu denen sie durch Richard Schmid und seinen Arbeiten zur Geschichte und zur politischen Soziologie der Bundesrepublik und ihrer Justiz angestoßen worden sind: Wie Unrecht und Barbarei entstehen und wie man sie verhindern kann; wie Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit (Schwesterlichkeit) von der Utopie zur Wirklichkeit werden können; wie die entfremdete Arbeit aufzuheben ist; ob und wie die Justiz bei alledem fördernd oder hemmend eingreift.

So wie Richard Schmid sehr praktisch immer gefragt hat, »ob das Grundgesetz auch tatsächlich für alle gilt« und seinen Teil getan hat, es für sich und vor allem für andere zur Geltung zu bringen, wollen die Autoren mit den Beiträgen zu der Festschrift praktische und konkrete Hilfen zur Durchsetzung der Grundrechte und zur Verwirklichung des demokratischen und sozialen Rechtsstaats gegen autoritär-etatistische Strömungen geben.

1985, 474 S., geb., 39,- DM, ISBN 3-7890-1092-8



NOMOS VERLAGSGESELLSCHAFT
Postfach 610 · 7570 Baden-Baden



chenden männlichen Minderheiten in der Vergangenheit an den Tag legten²⁷¹). Allein das individuelle Sich-Heften an die Fersen einer individuellen Feministin hilft uns nicht aus dem kollektiven patriarchalischen Dilemma.

Erst wenn die Trauer und die Wut nicht mehr einseitig sind, der mühsame Prozeß ihrer Aneignung bei beiden Geschlechtern stattgefunden hat und sie zum gemeinsamen Vorrat an Empfindungen gehören, dann hat unsere Empörung eine wirkliche Chance. Dann brauchte auch die Zärtlichkeit nicht mehr an Wölfe verschwendet zu werden, und heute noch offene Gräben gäbe es nicht mehr.

Anmerkungen

1) Alice Rühle-Gerstel: *Die Frau und der Kapitalismus* (Leipzig 1932), S. 406–407.

2) Ernst Bloch: *Kampf ums neue Weib, Programm der Frauenbewegung*, in: *Das Prinzip Hoffnung. Zweiter Band* (Frankfurt/M. 1974), S. 687–698.
3) Herbert Marcuse: *Moralismus und Feminismus*, in: *Jahrbuch Politik 6*. Hrg. v. Wolfgang Dreyfen (Berlin 1974), S. 86–95.

4) U. a. der amerikanische Historiker Gordon A. Craig: *Über die Deutschen* (München 1982), der unter Berufung auf Lotzmann Doormann feststellte: „... die feministische Bewegung spaltete sich bald auf, bis es schließlich 140 verschiedene Gruppen gab, von denen sich nur wenige über Ziele und Taktik verständigen konnten, während viele ihren Krieg gegen die Männer bis zur lächerlichen Extremen führten ... und einige erhoben das Lesbierium zu ihrem Ideal. Dies lief auf eine Art Selbstverbannung in weibliche Gattas hinaus, und es stellte eine Verschwendung von Energien dar, die besser zum Schutz der Frauenrechte eingesetzt worden wären zu einer Zeit, da sich die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verschlechterten und Kommunen wie Länder ihre Ausgaben für Kindergärten, Tagesstätten und Spielplätze reduzierten, alles Dinge, die die arbeitende Mutter direkt betrafen.“

Es hat deshalb den Anschein, als sei der Fortschritt in Richtung auf die Gleichberechtigung der Frauen in der Bundesrepublik ebenso sehr durch die Taktik von Frauengruppen gehemmt worden wie durch die traditionell zögernde Haltung der Männer beim Verzicht auf die materiellen und psychologischen Vorteile, die sie stets genossen haben.“ (zit. nach: Leseprobe aus Kapitel 7 „Frauen“, S. 30).

Ähnlich wie Gordon A. Craig argumentierte Ernest Borneman zur historischen bürgerlichen Frauenbewegung: „... indem sie von Anfang an mit biologischen Kategorien operierte (Mann/Frau), die weitgehend unveränderlich sind, verschloß sie ihre Kräfte im Penetrationsangst, in der Flucht zu gleichgeschlechtlichen Beziehungen und kam deshalb überhaupt nicht dazu, an den konkreten ökonomischen Verhältnissen zu rütteln, die selbst dem einsichtigen Mann kaum eine andere Wahl ließen, als die Frau auszubedenken.“, s. *Vorwort des Herausgebers*, in: *Arbeiterbewegung und Feminismus. Berichte aus vierzehn Ländern*. Hrg. v. Ernest Borneman (Frankfurt/Main, Berlin, Wien 1982), S. 16.

5) Einer der profiliertesten Klagemänner ist Borneman. Kostproben seiner Abwertung von Autonomie bieten sowohl das oben bereits genannte Vorwort, S. 7–42, als auch der Aufsatz: *Der Neanderberg. Vom Aufstieg der Frauen aus dem Neandertal*, in: *Der Neanderberg. Beiträge zur Emanzipationsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts* (Frankfurt/M., Berlin, Wien 1983), S. 9–18. Als positive Verständigungstexte männlicher Linker, wenigstens aus einem Bedauern der Autonomie heraus geschrieben, s. Claudio Hoffmann: *Über das Unglück, kein Feminist sein zu dürfen*, Jürgen Hoffmann: *Laßt es gut sein! Grußadresse linker Männer an die Frauenbewegung in deren zehntem Jahrzehnt*, und: *Weibliche Rede an den linken*

Mann. Teils vernommen, teils erwonnen von Jochen Rossdörck; abgedruckt in: *Weibliche Utopien — männliche Verluste. Frauen und Linke (= Ästhetik und Kommunikation 37, Oktober 1979)*.

6) August Bebel: *Die Frau und der Sozialismus* (Frankfurt/M. 1977), S. 58f.: „Die Geltung des Mutterrechts bedeutete Kommunismus, Gleichheit aller; das Aufkommen des Väterrechts bedeutete Herrschaft des Privateigentums, und zugleich bedeutete es Unterdrückung und Knechtung der Frau.“ S. 317: „Der Kommunismus ist überhaupt der den Frauen günstigste Sozialzustand, das zeigte uns schon die Darlegung aus dem Zeitalter des Mutterrechts.“

7) Friedrich Engels: *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats* (Berlin 1977).

8) Ernst Bloch, a.a.O., S. 693 u. 696.

9) Ernest Borneman: *Das Patriarchat. Ursprung und Zukunft unseres Gesellschaftssystems* (Frankfurt/M. 1979), S. 542–543.

10) Lydia Schmitz: *Die Frau in der Arbeiterbewegung 1900–1939*, in: *Die Frau in der Arbeiterbewegung 1900–1939. Teil I (= Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung, Linz, 12.–16. September 1978, Wien 1980)*, S. 21.

11) Zit. nach Helga Grubitzsch: *Claire Démar. Gedanken zum Selbstwert einer französischen Frauenkämpferin und Sozialistin des frühen 19. Jahrhunderts*, in: *Wissenschaft und Zärtlichkeit 8* (Frankfurt, Tübingen 1980), S. 18.

12) S. August Bebel, a.a.O., S. 295, zu weiblichen Bildungsbestrebungen: „Die Frauen sollen auch auf getalgem Gebiet den Wettkampf mit dem Manne aufnehmen; sie haben nicht zu warten, bis es den Männern beliebt, ihre Gehirnfunktionen zu entwickeln und ihnen freie Bahn zu schaffen.“

13) Ebd., S. 349–350, 556, auch Alice Rühle-Gerstel, a.a.O., S. 411.

14) Vgl. Alice Rühle-Gerstel, a.a.O., S. 76: „Die Stelle der Frau in der heutigen Welt ist eine wunde Stelle. Alles, was die Frau tut, ist diktiert von dem Bestreben, diese wunde Stelle zu heilen, zu verleugnen, zu heilen oder demonstrativ aufzureißen.“

15) Ebd., S. 27.

16) Virginia Woolf: *Ein Zimmer für sich allein* (Berlin 1978), S. 44f.

17) Paulo Freire: *Erziehung als Praxis der Freiheit. Beispiele zur Pädagogik der Unterdrückten* (Reinbek 1977), S. 84.

18) Zit. nach: Informationen des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit Nr. 1 vom 2. 2. 1984, S. 3. Positiv bleibt ihm der im November 1983 eingebrachte „Entwurf eines Gesetzes zum besseren Schutz der Opfer von Sexualdelikten“ der SPD-Bundestagsfraktion entgegenzuhalten, in dem ein für die Mißhandelte kostenloser Opferanwalt, Ausschluß der Öffentlichkeit auf Antrag des Opfers aus dem Gerichtssaal und Strafbarkeit der ehelichen Vergewaltigung gefordert werden; s. dazu: Informationen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Ausgabe 183 vom 10. 11. 1983.

19) Otto Rühle: *Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats*, Bd. 2 (Gießen 1977), S. 5.

20) Virginia Woolf, a.a.O., S. 76f.

21) *Zur Frauengeschichte in der Bundesrepublik s. insbesondere Gisela Bock: Historische Fragen nach Frauen. Historische Frauenforschung: Fragestellungen und Perspektiven*, in: *Frauen suchen ihre Geschichte*. Hrg. v. Karin Hausen (München 1983), S. 22–60; *Frauen in der Geschichte. Frauenrechte und die gesellschaftliche Arbeit der Frauen im Wandel*. Hrg. v. Annette Kuhn und Gerhard Schneider (Düsseldorf 1979); *Frauengeschichte*.

Dokumentation des 3. Historikertreffens in Bielefeld, April 1981 (= Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 5, München 1981); Claudia Optz: *Der „andere Blick“ der Frauen in die Geschichte*, in: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis II* (Köln 1982), S. 61–70.

22) Insbesondere: *Listen der Ohnmacht. Zur Sozialgeschichte weiblicher Widerstandsformen*. Herausgegeben von Claudia Honegger und Bettina Heintz (Frankfurt/M. 1981).

23) Zit. nach Margrit Twellmann: *Die deutsche Frauenbewegung. Ihre Anfänge und erste Entwicklung 1843–1889* (Kronberg 1976), S. 59.

24) August Bebel, a.a.O., S. 278.

25) So erwähnt Otto Rühle eine Entscheidung des ehemaligen Reichsgerichts, in der das Sprechen der Ehefrau über Sexualitätserfahrungen in der Ehe als Scheidungsgrund anerkannt wurde, s. O. Rühle, a.a.O., S. 42.

26) S. dazu insbesondere: Erica Fischer, Brigitte Lehmann, Kathleen Stoff: *Gewalt gegen Frauen (Köln 1977)*; *Nachrichten aus dem Ghetto Liebe. Gewalt gegen Frauen*, Hrsg. v. Frauenhaus Köln (Frankfurt/M. 1980); Dagmar Ohl, Ursula Rösner: *Und bist du nicht willig ... so brauch ich Gewalt. Ausmaß und Ursachen von Frauenmißhandlung in der Familie* (Frankfurt/M., Berlin, Wien 1979).

27) Betroffene waren vor allem Homosexuelle; zu ihrer Verfolgung s. Gisela Bleibtreu-Ehrenberg: *Homosexualität. Die Geschichte eines Vorurteils* (Frankfurt/M. 1981), und Rüdiger Lautmann: *Der Zwang zur Tugend. Die gesellschaftliche Kontrolle der Sexualitäten* (Frankfurt/M. 1984). Darüber hinaus zu nennen sind jene Repressionen und Angriffe, denen die Saint-Simonisten in Frankreich nach 1832 und die deutsche Sozialdemokratie im Kaiserreich aufgrund ihrer Vorstellungen von „freier Liebe“, verstanden als gewaltfreie Mann-Frau-Beziehungen, ohne rechtlichen, ökonomischen oder sozialen Zwang zustande gekommen und wieder auflösbar, ausgesetzt waren.

Argumente aus der chauvinistischen Mottenkiste

Replik zu dem Aufsatz „Aufkündigung des bedingungslosen Verständnisses“ von Thomas Rothschild, in: Frankfurter Hefte, Heft 9/84

Wäre dieser Aufsatz in irgendeiner beliebigen Zeitung abgedruckt worden, hätte man ihn als typisch chauvinistischen Ausfall gegen die Frauenbewegung registriert und allenfalls einen passenden Leserbrief verschickt. Da es Herrn Rothschild aber gelungen ist, sein Produkt in einer „Zeitschrift für Kultur und Politik“ zu veröffentlichen, d. h. in einer Zeitschrift mit wissenschaftlichem Anspruch, ist es nötig, seine Behauptungen auf Begründungszusammenhänge und Begriffsdefinitionen hin abzuklopfen. Denn in einem solchen Rahmen erwartet man, gerade wenn es um Kritik an bestehenden Positionen geht, klare Begriffsdefinitionen und Begründungen, die sich von jedem intelligenten Menschen nachvollziehen lassen — denn nur auf dieser Basis könnte Falsches widerlegt werden.

Etwas merkwürdig berührt den interessierten Leser, daß er gleich im zweiten Absatz davor gewarnt wird, voreilig Kritik zu üben. Was soll man von einem Autor halten, der schon im vorhinein möglichen Kritikern/-innen irrationale Reaktionen und Empörung statt intellektueller Kritikfähigkeit und Argumentationsvermögen unterstellt? Der Autor scheint sich seiner eigenen Argumente sehr wenig

sicher zu sein, da er es anscheinend nötig hat, mögliche Kritiker schon vorher zu diffamieren.

1. *Unglück und Elend aus den Fehlern der Frauenbewegung*: Welches Unglück und welches Elend ist denn aus den Fehlern der Frauenbewegung entstanden? Diese Frage, die sich der Leser nach der globalen Eingangsbehauptung stellt, wird leider nicht konkret beantwortet. Dabei wäre es bei dieser herben Eingangskritik sehr wichtig gewesen, diese These durch einige Fakten zu belegen. Da dies nicht geschieht, muß die Stichhaltigkeit dieser Behauptung erst einmal angezweifelt werden.

2. *Stalinistisches Bewußtsein*: Leider wird in dem gesamten Aufsatz nicht einmal eine genaue Definition dessen gegeben, was der Autor unter „stalinistischem Bewußtsein“ versteht. Statt die Begriffe, die er auf die Frauenbewegung anwenden will, zu erklären, wirft er einfach „klerikales, faschistisches, autoritäres und stalinistisches Bewußtsein“ zusammen. Als ob dieses Begriffsgemenge die Argumentation verdeutlichen würde. Dieses Begriffsbombardement soll wohl eher einschüchtern durch wissenschaftliches Imponiergehabe.

3. *Kritik an Barbara Sichtermann*: Leider äußert sich der Autor nicht zu jenen Details von Sichtermanns Schriften, mit denen er nicht übereinstimmen kann. Statt der angekündigten „scharfen Kritik“ kommt nur die oberflächliche Behauptung, sie repräsentiere eine Minderheit.

4. *Selbstverwirklichung von Frauen als Modeerscheinung*: Es geht in der Frauenbewegung nicht darum, daß einige Männer ihre Frauen schlecht behandeln, sondern daß Frauen im allgemeinen in jedem Bereich — beruflich wie privat — für minderbemittelt gehalten werden. Davon abgesehen, weiß ich nicht, was das Argument, es seien nicht die am meisten unterdrückten Frauen, die ihre Männer verlassen, belegen soll. Oder würde der Autor nur solchen Frauen zugestehen, ihre Männer verlassen zu dürfen, während er die Ansprüche aller bessergestellten Frauen als „Mode in bürgerlich-intellektuellen Kreisen“ abqualifizieren zu dürfen glaubt? Diese Art der Argumentation wäre perfide. Es liefe darauf hinaus: Einigen wenigen Frauen geht es wirklich schlecht in ihrer Ehe, aber sie haben leider aus verschiedenen Gründen nicht die Möglichkeit, aus ihrer Situation herauszukommen. Andere Frauen, denen es nicht besonders schlecht geht, verlassen ihre Männer, nur weil sie den Tick haben, sie würden dadurch zu sich selbst finden.

Schlußfolgerung des Autors: Gruppe B soll lieber an Gruppe A denken und ihr zur Seite stehen, anstatt solche modischen, selbstsüchtigen Sperrzichen zu

machen. Was letztlich darauf hinausläuft, daß nichts passiert. Daß es schichtspezifisch für die Frauen leichter oder schwerer ist, konsequent zu leben, ist kein Argument dafür, daß alle Frauen auf Selbstverwirklichung verzichten sollen. Im Gegenteil, gerade durch ihr Beispiel können sie andere ermutigen, sich nicht alles gefallen zu lassen, und hoffen, daß sich die Einstellung der allgemeinen Öffentlichkeit dadurch verändert. Das einfach als Mode abzutun, ist typisch männliche Arroganz, der nichts Besseres mehr einfällt, als die Frauenbewegung mit einigen wenigen Extremerscheinungen, die pauschalisiert werden, zu diffamieren.

5. *Frauen, die nur für ihre eigene Freiheit eintreten, unterstützen das kapitalistische System:* Nun kommt ein typisches Argument der 68er Jahre: „Das Prinzip des Kapitalismus überlagert das Prinzip des Patriarchats.“ Wer dieses Prinzip (des Kapitalismus) nicht bekämpft, „rechtfertigt und verstärkt die bestehenden Zwänge zur entfremdeten Arbeit.“ Sprich: Fraue soll die eigenen egoistischen Interessen („asoziales Verhalten“) zugunsten des allgemeinen Interesses zurückstecken. Was also letztlich darauf hinausläuft, daß die Frauen mit der Durchsetzung ihrer eigenen Interessen so lange zu warten haben, bis dieses System abgeschafft worden ist. Dies ist aber wieder ein Argument aus der chauvinistischen Mottenkiste, das den Frauen ein schlechtes Gewissen machen soll, wenn sie ihren Weg gehen, unabhängig von den herrschenden männlichen Interessen.

Außerdem sind Kapitalismus und Patriarchat auf das Engste miteinander verknüpft. Beide basieren auf dem Grundprinzip der Macht des Stärkeren — des körperlich Stärkeren im privaten, des wirtschaftlich Stärkeren im öffentlichen Bereich, und in beiden Bereichen sind die Männer die Beherrschenden. Wenn Frauen also das Patriarchat bekämpfen, rütteln sie damit zugleich an den Grundfesten des kapitalistischen Systems.

6. *Gäbe es keine koketten Frauen, hätten Männer kein Objekt für ihre Anzughlichkeiten:* Es ist einfach albern zu behaupten, Männer hätten kein Objekt für ihre Anzughlichkeiten, wenn es keine koketten Frauen gäbe. Das Gegenteil beweisen männliche Verhaltensweisen in Ländern, in denen Frauen fast vollständig von der Öffentlichkeit ferngehalten werden. Außerdem ist es eine Tatsache, daß auch in der westeuropäischen Gesellschaft nicht allein aufreizend zurechtgemachte Frauen von Männern mit anzughlichen Bemerkungen oder Tätlichkeiten bedacht wer-

den, zumal wenn sie alleine unterwegs sind. (Oder ist es dem Autor jemals passiert, ganz unauffällig angezogen abends an einer Bushaltestelle zu stehen und deshalb für eine Prostituierte gehalten zu werden?) Solche Verhaltensweisen sind einfach ein Zeichen männlicher Machtdemonstration, die beweisen soll, daß eine Frau ohne männlichen Schutz Zugriffen ausgeliefert ist. Frauen, die gegen diese Art der Unterdrückung ankämpfen, asoziales Verhalten vorzuwerfen, weil sie damit angeblich das kapitalistische Prinzip unterstützen, ist übelste Demagogie.

7. *Vergewaltigungs- und Scheidungsprozesse:* Es ist unfair, von Heuchelei und Doppelmoral zu sprechen, wenn Feministinnen einerseits gegen ungerechte Urteile in Vergewaltigungsprozessen angehen und sich in Scheidungsklagen andererseits wieder an eben jene Gerichte wenden müssen. Zum einen gibt es nun einmal keine Alternative zu den existierenden patriarchalischen Richtern. Zum anderen sind nur sehr wenige Männer bereit, ihren Beruf aufzugeben und sich der Pflege des Kindes zu widmen.

So ist die Situation bei Scheidungsprozessen meist diejenige, daß der Mann im Berufsleben steht, während die Frau gerade einige Jahre in ihrem Beruf ausgesetzt oder nur halbtags gearbeitet hatte. Wie soll sie da in einem Scheidungsurteil durchsetzen wollen können, daß sie ihrem Mann Alimente zahlt, damit das Kind von ihm übernommen werden kann?

Aber der Autor geht über diese Tatsachen einfach hinweg, weil sie nicht in sein „monokausales Denken“ passen. Er zeigt hier das von ihm so angeprangerte „stalinistische Bewußtsein“, das „stets nach den einfachsten und für sich selbst schmeichelhaftesten Erklärungen für alle Probleme sucht“.

8. *Idealisierung der Verhaltensweisen von Frauen als Unterdrückten:* Hier geben wir vorab ein kurzes Argumentationsschema: 1. Frauen werden unterdrückt. 2. Die Verhaltensweisen von Frauen werden idealisiert. 3. Schluß: Idealisierung = Überlegenheit der Frauen in der patriarchalischen Gesellschaft. Wenn Überlegenheit, — dann 4. entweder durch Unterdrückung zustande gekommen oder 5. es findet gar keine Unterdrückung statt. Der Fehlschluß des Autors liegt bei Punkt 3. Daß etwas idealisiert wird, impliziert vielleicht seine ideelle Überlegenheit, nicht jedoch gleichzeitig die real existierende. In Punkt 4. und 5. wird dann aber von einer real existierenden Überlegenheit ausgegangen, die erst diese abstrusen Schlüsse ermöglicht.

Antje Fahl (Hannover)

Mißverständnisse

Betr.: Monika Steffen, Was ist Feminismus?, in NG 12/84

Monika Steffen gibt vor, mit „Mißverständnissen“ über den Feminismus aufzuräumen, insbesondere die SPD vor dem Feminismus retten zu wollen: dieses Ziel heiligt offenbar die Mittel! Und von diesen macht sie ausgiebig Gebrauch.

Feminismus ist zwar nicht eindeutig bestimmbar, aber es gibt „einschlägige“ sprich bestimmbare feministische Literatur. Derartige Kleinigkeiten ließen sich endlos fortsetzen. Man/frau mag sie nachlesen. Es gibt mehr zu entdecken als — in Steffens Logik zwingend — die Feministin Ernest Borneman. Nun zu den sogenannten Mißverständnissen:

1. *Mißverständnis*: Die Gleichsetzung von Feminismus und Frauenbewegung ist falsch. Vielmehr sind Feministinnen an dieser Gleichsetzung interessiert, um ihren Einfluß in der Frauenbewegung und darüber hinaus zu wahren.

Der Beweis: „Geradezu maßlos formuliert A. Schwarzer den Anspruch des Feminismus: ‚Feminismus ist keine Partei und keine Organisation, sondern Ausdruck eines Bewußtseins, das heute in alle Lebensbereiche und auch in die männerbeherrschten Institutionen, Organisationen und Parteien dringt. Feministisch ist die Gewerkschaftsfunktionärin, die gegen den Widerstand ihrer Organisation für die Verbesserung der Frauenarbeitsbedingungen kämpft ... , ebenso wie die Hausfrau, der die Geduld reißt und die die Teller an die Wand wirft! Feminismus wird da konkret, wo zwei, drei Frauen zusammen reden und handeln! Wo Frauen beginnen zu fragen, statt zu gehorchen, zu kämpfen, statt hinzunehmen.‘ (Alice Schwarzer).“

Eine Kritik dieser Aussage bestünde wohl eher in der Frage, inwieweit die Gewerkschaftsfunktionärin den Zusammenhang des Kampfes um Arbeitsbedingungen mit der Angst, nach der Gewerkschaftsversammlung allein durch nächtliche Straßen zu gehen, oder der Weigerung des Ehemannes, ihr diesen Kampf durch Übernahme eines größeren Teils der Hausarbeit zu erleichtern, sieht. Anders formuliert: Ich halte die Frage, ob die größere Breite, in der feministische Ideen heute aufleuchten, nicht auch eine Reduzierung des Anspruchs bedeutet, für offen und Alice Schwarzers Aussage höchstens für unverschämt optimistisch. Bleibt zu hoffen, daß sie recht behält.

2. *Mißverständnis*: „Es ist ... ein Mißverständnis zu meinen, der Feminismus trete für die Gleichbe-

rechtigung der Geschlechter ein; sein Ziel ist die feministische Gesellschaft, die Wiedererweckung des Matriachats, in dem ‚alles umgekehrt‘ ist.“

Der Beweis: Die Existenz historischer Forschung über Matriachate. Die Schlußfolgerung zieht sie selbst nach dem Motto: Wer über die Jivaro forscht, beabsichtigt in der BRD eine Kopfgängergesellschaft zu etablieren.

Richtig wäre die Aussage, der Feminismus — und damit übernehme ich die Ansicht, es gebe Eckdaten des Feminismus, auch wenn sie zuweilen umkämpft sind — strebe mehr an als Gleichberechtigung im



„Und die Suppe?“ — „Laß mich in Ruhe, ich lese Karl Marx!“

Sinne von gleicher Teilhabe an der nicht allein durch den Ausschluß von Frauen, sondern eben auch durch entsprechende Werte geprägten Gesellschaft. Ziel ist eine nicht patriarchalische, nicht sexistische Gesellschaft.

3. *Mißverständnis*: Der Feminismus ist „überhaupt keine Theorie oder Anleitung zum praktischen Handeln von Frauen, der Feminismus ist ein — biologistisches — Welterklärungsmodell und eine Zukunftsvision überhaupt“.

Der Beweis: „Ein Vergleich der Ergebnisse läßt keinen Zweifel daran, daß Männer und Knaben sich in allen getesteten Bereichen aggressiver als Frauen und Mädchen verhalten. Diese Verhaltensdifferenz ... läßt keinen anderen Schluß zu, als daß es sich um eine von angeborenen Faktoren bestimmte Be-

reitschaft zu aggressiven Aktionen handelt (Janssen-Jurreit).“ Hier referierte Janssen-Jurreit Ellanor Emmons-Macobys und Carol Nagis Untersuchung von über 2000 Aufsätzen zum Thema Geschlechterdifferenzen. Um die Einstellung des Feminismus zum Biologismus zu erhellen, hätten sich zahlreiche Zitate der — ansonsten von Steffen so gern zitierten — Alice Schwarzer angeboten. „Männlichkeit und Weiblichkeit sind nicht Natur, sondern Kultur.“ Ich denke, dieser Satz ist in der Tat ein Eckpfeiler des Feminismus — wenn auch einige Friedensfrauen anderer Ansicht sein mögen. Oder aus jüngerer Zeit: „Denn die augenblicklich herrschende Ideologie, ... Frauen seien von Natur aus sanft, Frauen seien von Natur aus mütterlich, ... suggeriert nicht nur, Emanzipation sei Nebensache.“

Soweit die wesentlichen Mißverständnisse und die Methode der Autorin — die bekannten Appelle an allerlei Ängste und die abschließenden Haßtiraden kommentieren sich wohl selbst! Soweit die Zitate nicht verfälscht sind, nicht einzelne Worte aus dem Zusammenhang gerissen und völlig frei kombiniert wurden, ist den zitierten Autorinnen nur zuzustimmen!

Ellen Mack (Frankfurt a. M.)

Wem dient das?

Richtig ist: Niemand kann ganz genau sagen, was Feminismus ist. Richtig ist ebenfalls, daß es Eckpfeiler gibt. Einer davon: „Männlichkeit und Weiblichkeit sind nicht Natur, sondern Kultur“ (A. Schwarzer) — die Absage an den Biologismus. Monika Steffen selbst zitiert ein Buch, „Wir werden nicht als Mädchen geboren — wir werden dazu gemacht“, in dem dies wohl genauestens nachzulesen gewesen wäre. Den Feminismus als biologisch zu bezeichnen und es mit einem Zitat zu „beweisen“ — die zitierte Autorin stellt an der genannten Stelle keineswegs ihre Meinung dar, sondern referiert eine Untersuchung Dritter —, rechtfertigt sich auch nicht durch die Existenz manch neuer Mütterlichkeit und einiger Friedensfrauen.

Wenn diese Frauen die Ideologie von der natürlichen Friedfertigkeit und Mütterlichkeit der Frau aufgreifen und dennoch für sich das Etikett feministisch beanspruchen, kann dies nicht dem Feminismus generell angelastet werden. Ebenso absurd ist es, aus dem Interesse an Matriarchaten zu konstruieren, der Feminismus strebe eine Gesellschaft an, in der „alles umgekehrt ist“.

Ich halte eine Aufarbeitung des Verhältnisses des Sozialismus bzw. der Sozialdemokratie zur Frauenbewegung bzw. zum Feminismus in der Tat für notwendig. Auch die kritische Auseinandersetzung! Versteckte Parteilichkeit, die im scheinbar neutralen Gewand sogenannter Authentizität daherkommt, die eigene Meinung mit Hilfe obskurer Zitate einschleust, ist dieser Absicht nicht dienlich.

Die Frage bleibt offen: Was soll das? Wem dient das? Sicher nicht dem besseren Verständnis zwischen SPD und Feminismus.

Heidemarie Wleczorek-Zenl

Gelungene Satire

Herzlichen Dank für diese großartige Persiflage auf den fanatischen Antifeminismus, wohl stellvertretend für alle „Anti-ismen“. Theoretisch sind die Methoden längst bekannt. Doch so gekonnt, umfassend und dabei vernünftig wurden sie wohl noch nie entlarvt! Fantastisch zeigt Monika Steffen, wie Zitate so weit verfälscht werden können, daß sie zuweilen auch das Gegenteil beweisen. Spitze: Der sachliche Titel: „Böse Feministin frißt kleinen Mann“, und der Spaß wäre mißlungen. Ein hehres Ziel gehört natürlich auch dazu — schließlich muß es die Mittel heiligen. Es gilt, die Gesellschaft, insbesondere die SPD vor dem Untergang durch den Feminismus zu bewahren — der Versuch, das Abendland vor dem Untergang zu retten, ist bekanntlich besetzt. Zum Schluß — für die Abgebrühten, die immer noch nicht das Fürchten gelernt haben — nicht kleckern, sondern klotzen! Da wird das ganze Geschütz vorgeführt! Der Appell an unterschiedliche Ängste funktioniert allemal. Zitatstücken, meisterlich zusammengewürfelt. Einzelne, als Reizworte erprobte Termini völlig losgelöst, nicht von der Erde, aber aus jeglichem Zusammenhang. Eine keineswegs beendete Diskussion? Macht nichts! Sie wird eben kurzerhand beendet.

Glänzend wie Monika Steffen die Methode der Stigmatisierung, deren Ziel Abgrenzung und die Preisgabe von Begriffen sind, vorführt. Wer würde nicht um sein — und sei es auch ein fiktives — kleines Glück zittern und sich aufmachen, es vor dem Feminismus zu retten? Der/dem wäre dann wohl in der Tat nicht mehr zu helfen, oder? Gekonnt auch die Darstellung der einfachen Lehren. Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten. Was ist Feminismus? Ein perfektes Wahngebilde! Beiträge wie dieser können Erhebliches dazu tun, übliche Hetzkampa-

gnen zu entlarven. Unter einer Bedingung allerdings, sie müssen verstanden werden. Angesichts der Perfektion dieser Persiflage und der langjährigen Abstinenz der Neuen Gesellschaft in Sachen Satire scheint es mir immerhin möglich, daß Leserinnen und Leser den Artikel mißverstehen könnten.

Es wäre begrüßenswert, wenn die NG/FH in Zukunft häufiger in ähnlicher Form aufgelockert werden könnte. Vielleicht könnte eine regelrechte Satireseite eingerichtet werden. Dies würde auch eventuelle Verwechslungen mit der Realität ausschließen.

Danielle Arzt (Frankfurt a.M.)

Auf dem Niveau von Juso-Glaubenskriegen

Erfreulich ist, daß sich die „Neue Gesellschaft“ mit dem Feminismus als dem gewichtigsten theoretischen Ausdruck der Frauenbewegung beschäftigt.

Bedauerlich ist — auch aus der Sicht eines Mannes —, daß die Neue Gesellschaft und ihre Autorin Steffen dies auf dem platten Niveau von Juso-Glaubenskriegen vollziehen. Während für die Jusos die verkommensten, dogmatischsten und in „perfekten Wahngebilden“ (Steffen) verhafteten Subjekte der politischen Welt wahlweise der Stamokap oder der Reformist sind, haben Monika Steffen und die Neue Gesellschaft die Feministin zur neuen Inkarnation des politischen Schreckgespenstes schlechthin erhoben.

Der Tenor des Artikels entspricht weniger dem bisherigen Anspruch der „Neuen Gesellschaft“, sondern eher dem der im Vorwort der gleichen Ausgabe mit offenen Armen empfangenen „Protagonisten der katholischen Soziallehre“. Die Wende bei der NG?

Jochen Worsch (Berlin)

Verfälschende Zitatenmontage

Monika Steffens Beitrag ist eine wahre Tirade und gezwungene Aneinanderreihung von Zitaten aus den verschiedensten Publikationen mit dem offensichtlichen Ziel, den sog. „Feminismus“ zu diskreditieren. Anders kann frau/man sich nicht erklären, wie etwa der Wissenschaftlerin und Autorin Senta Trömel-Plötz — bis Herbst 1984 Professorin am Fachbereich Sprachwissenschaft der Universität Konstanz — die zweifelhafte Ehre zuteil wird, für das nach Frau Steffen „perfekte Wahngebilde“ des

Feminismus erhalten zu müssen. Senta Trömel-Plötz ist eine der wenigen Wissenschaftlerinnen in der Bundesrepublik, die sich intensiv mit „Frauensprache/Männersprache“ auseinandersetzt.

Sprache als das entscheidende „Transportmittel“ für Mitteilung ist männerdominiert. Irgendwie — und das sind nun wirklich keine Hirngespinnste — bekommt schon jedes kleine Mädchen mit, wie Sprache geschlechtsspezifische Rollen zuschreibt, Frauen klein und einflußlos macht, sie zu einfühlsamen und unterwürfigen Wesen degradiert. Ein Blick in jedes beliebige Schulbuch genügt auch heute noch.

Da grenzt es schon an bewußte (unbewußte?) Demontage-Absicht, wenn frau wahllos und (wie ich an einem Beispiel zeigen möchte) auch verfälschend, Zitate aneinanderklebt, sie aus ihrem Kontext reißt und ihnen dadurch eine ganz neue Intention verleiht. Aus einem Aufsatz von Frau Trömel-Plötz mit dem Titel „Männer reden — Frauen schweigen: Frauensprache“ zitiert Monika Steffen folgenden Satz: „Sprache ist ein Instrument, um Wirklichkeit herzustellen, die Wirklichkeit des Patriarchats“ (T.-P., Frauensprache, S. 90). Auf dem Fuß folgt dann ein anderer Satz aus einem anderen Beitrag in einem anderen Buch von Frau Trömel-Plötz, der sich mit dem Zusammenhang von Geschlecht und Gesprächsverhalten beschäftigt. „Die verbale Vergewaltigung von Frauen gelingt deshalb im Prinzip immer; im Wissen um die Möglichkeit der Gewaltanwendung können Männer beliebig aggressiv sein. Wir Frauen befinden uns immer in der Situation potentieller Vergewaltigung“ (T.-P., Gewalt durch Sprache, S. 16). Durch diese Zitatenmontage gelingt es Monika Steffen, den Eindruck zu erwecken, als sei das Patriarchat a priori gewalttätig und als meine Senta Trömel-Plötz potentielle Vergewaltigung im physischen Sinne. Sicherlich kann auch diese in aggressionsgeladenen Kommunikationssituationen eine Rolle spielen. Zuallererst geht es Senta Trömel-Plötz aber darum aufzuzeigen, wie subtil „männliche“ Gesprächsstrategien häufig mit der kommunikativen Vergewaltigung von Frauen in Gesprächen korrespondieren.

Es bleibt die Frage: Was wollte Monika Steffen mit diesem Artikel? Ging es ihr darum, die im Vergleich etwa zu den USA immer noch zarte Pflanze der feministischen Wissenschaft als vermeintlich hochdotiert und verbeamtet zu stigmatisieren und zu diskreditieren? (Wo gibt es in der Bundesrepublik eigentlich einen Lehrstuhl für feministische Wissenschaft?) Oder wollte sie sich in vermeintlich ganz progressiver Manier von feministischer Wis-

senschaft (was immer das genau auch sein mag) pauschalierend und verkürzend distanzieren, wo gerade immer mehr Wissenschaftszweige die gesellschaftliche Relevanz des Feminismus entdecken (vgl. Rudolf Schottlaender, in: NG/FH, 1/1985)?

Erika Mezger (Konstanz)

Aus dem Zettelkasten groben Unverstandes

Monika Steffen bleibt der antifeministischen Tradition in der Sozialdemokratie verhaftet. Sie bietet leider keinen ernst zu nehmenden Diskussionsbeitrag zum Thema Sozialismus-Feminismus, der Aufsatz enthält grundlegende Mißverständnisse und Fehlerurteile, die sie selbst durch eine verzerrte Zitierweise und eine Verkehrung feministischer Positionen konstruiert. Ein Beispiel dafür ist das Zitat Monika Steffens, das Marielouise Janssen-Jurreit die Aussage unterstellt, Vergewaltigung sei das politische Konzept des Mannes. Bei Marielouise Janssen-Jurreit taucht diese These jedoch nicht als ihre eigene auf, sondern sie referiert an dieser Stelle die Ansicht Susan Brownmillers und wendet demgegenüber ein, daß kaum Unterschiede zwischen den Motiven und den auslösenden Bedingungen bei Vergewaltigungen gemacht werden: „Die Vergewaltigung von Frauen, die Teil der Kriegshandlungen sind, die Vergewaltigung durch einen Triebtäter, die Vergewaltigung durch den eigenen Ehemann (die bei Brownmiller kaum vorkommt) und die Vergewaltigung, die durch bestimmte Auffassungen in einer Kultur ermutigt und legitimiert wird, sind jeweils anders zu beurteilen und zu bekämpfen.“ (Janssen-Jurreit: Sexismus, 1984, S. 522f.)

Plattheiten wie die Aussage, das Ziel des Feminismus sei die feministische Gesellschaft, die „Wiedererweckung des Matriachats, in dem ‚alles umgekehrt‘ ist“ (S. 1177), zeigen, daß Monika Steffen aufgrund ihrer vorurteilsbeladenen Denkrichtung nicht in der Lage ist, feministische Literatur zu erfassen und zu interpretieren. Selbst radikalfeministische Autorinnen, zu denen die von Monika Steffen Angegriffenen nicht gehören, vertreten heute eine solche Position nicht. Monika Steffens Ausführungen

erweisen sich so als unkundiges und polemisches Geschwätz, dem wir entgegentreten.

Das Verhältnis von Sozialismus und Feminismus ist von sozialistischer Seite in Deutschland nie offen und sachlich entwickelt worden, weil auch die Sozialdemokratie in ihrem Geschlechterrollenverständnis sich bisher nicht von bürgerlichen Gruppierungen unterschieden hat. Welche Fehlentwicklungen es in dieser Beziehung im Verlauf eines Jahrhunderts gegeben hat, ist u. a. von Marielouise Janssen-Jurreit (vgl. Kapitel: Feminismus und Sozialismus — Das hundertjährige Dilemma. in: Sexismus, 1984) treffend herausgearbeitet worden. An diese Erkenntnisse müssen wir anknüpfen, um in Zukunft neue und bessere Wege des Miteinanders zu finden. Ein solcher Dialog sollte gerade auch im Interesse von Sozialisten und Sozialistinnen sein, denn feministische Patriarchatskritik enthält letztlich alle Momente einer nicht Geschlechter diskriminierenden Gesellschaft. Eine fundierte Kritik feministischer Positionen aus sozialistischer Perspektive verdeutlicht an einzelnen Teilelementen die Gefahr möglicher Entstellung des Zieles allseitiger Lebensrechte für Mann und Frau. Monika Steffens Rundumschlag leistet dazu nichts! Unumgänglich für ein integrales Sozialismusprojekt, welches Transformation von Strukturen und Veränderungen von Personen beinhaltet, wird die faire Auseinandersetzung mit berechtigter Sozialismuskritik, wie sie uns im Feminismus entgegentritt, sein. Dies aber erfordert von Sozialisten und -innen ein Abrücken von konventionell politischen Vorgehensweisen und antiquierten Positionen, damit beide Strömungen kooperieren und sich entfalten können. Daß dies ein gangbarer und sinnvoller Weg ist, zeigen die den deutschen Entwicklungen entgegenstehenden Beispiele in Italien und Skandinavien: no feminism without socialism, no socialism without feminism. Hier sollten wir anknüpfen.

Würden wir den Beitrag noch ernst nehmen, müßten wir noch zu anderen Punkten („deutscher Feminismus“, Biologismus-Vorwurf usw.) Stellung beziehen und viele boshafte Verzerrungen korrigieren. Monika Steffens verworrener ‚Zettelkasten‘ ist aber nicht diskussionswürdig. Dem Thema Sozialismus und Feminismus sollte in der NG/FH mit qualifizierteren Beiträgen Raum gegeben werden.

Dieter Kinkelbur/Petra Schmitz (Münster)



Frankreich: Kann Mitterrand es noch schaffen?

In einer wenig beneidenswerten Situation befindet sich Staatschef François Mitterrand, der sich nach der eindeutigen Niederlage der Linken bei den Kantonalwahlen im März ernsthaft fragen muß, ob er nach einem ähnlichen Mißerfolg bei den für März 1986 vorgesehenen Parlamentswahlen noch sein Amt gegen eine konservative Parlamentsmehrheit und somit gegen eine rechte Regierung ausüben kann.

Die „klassischen“ konservativen Parteien – die Giscard d'Estaing nahestehende UDF und die „gaullistische“ RPR von Jacques Chirac – errangen zusammen etwas über 49 % der Stimmen; die rechtsextreme „Nationale Front“ von Le Pen (die nicht in allen Wahlkreisen angetreten war) brachte es auf über 8 Prozent: insgesamt ein überwältigender Erfolg der gesamten Rechten, neben dem sich die 25 % der Sozialisten, die 12 % der Kommunisten und die der übrigen linken Gruppen (ca. 5 %) sehr bescheiden ausnehmen. Man kann, trotz der besonderen Situation bei Kantonalwahlen, bei denen die Persönlichkeit der Kandidaten eine größere Rolle spielt als bei Parlamentswahlen, wo sich die Wähler vor allem für eine Partei entscheiden, davon ausgehen, daß dieses Resultat insgesamt das gegenwärtige Kräfteverhältnis in Frankreich widerspiegelt.

Die absolute Mehrheit, die die Sozialistische Partei, die PS, im Jahre 1981 im Gefolge des Präsidentschaftszieges von Mitterrand errang (mit 37,5 Prozent der Stimmen bei einem Mehrheitswahlssystem) erscheint da nur noch als ein ferner Traum. Aber kann es Mitterrand überhaupt bis zum März 1986 noch schaffen? Merkwürdigerweise gibt es in Frankreich Stimmen, die das nicht für ausgeschlossen halten. Zum einen wird geltend gemacht, daß der gegenwärtige Premierminister Laurent Fabius, der in früheren Jahren als „entschiedener“ Sozialist auftrat, viel Wasser

in seinen roten Wein geschüttet hat und jetzt eher als „gemäßigter Liberaler“ auftritt, bei der Bevölkerung einen hohen Popularitätsgrad erreicht hat (viel mehr als die PS) und auch beim konservativen Publikum Anklang findet.

Aber das reicht natürlich nicht aus. Viel wichtiger ist schon, daß Staatspräsident Mitterrand im Hinblick auf die kommenden Parlamentswahlen (die Kampagne ist bereits in vollem Gange) eine Strategie festgelegt hat, die man etwa so umschreiben kann: jetzt, da der Bruch mit den Kommunisten vollzogen ist (von der KPF selbst), gelte es, das rechte Lager, in dem sich Konservativ-Liberale, „Zentristen“ und „harte“ Konservative zu einem Zweckbündnis zusammengefounden haben, aufzuspalten, mit dem Ziel, so etwas wie eine „Front der Republikaner“ zu bilden, in der sich die PS mit den „Zentristen“ und den Konservativ-Liberalen zusammenfinden könnte: gegen die Extreme links und rechts.

Einen gewissen Erfolg hatte mit dieser Strategie Mitterrand bereits bei den Kantonalwahlen erzielt: angesichts der Kampagne, die die PS gegen die „Nationale Front“ führte, sahen sich UDF und RPR, von wenigen Ausnahmen abgesehen, gezwungen, auf ihre früher geplante Allianz mit der rassistischen „Nationalen Front“ zu verzichten – heimsten allerdings die Mehrheit von deren Stimmen im zweiten Wahlgang ein.

Diese Strategie wird sicher fortgesetzt. Sie beruht auch, ohne daß dies laut gesagt wird, auf der Tatsache, daß die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialpolitik der PS-Regierung insgesamt die liberalen Spielregeln respektiert und die konservativen Parteien nicht in der Lage sind, dieser Politik eine glaubwürdige Alternative entgegenzustellen. Allerdings macht sich Mitterrand dabei nicht sehr große Illusionen: die Arbeitslosenziffern (2,5 Millionen) dürften bis zum März kommenden Jahres nicht bedeutend sinken, und dieses Problem steht gegenwärtig im Mittelpunkt des Interesses – und des Wahlkampfes.

Daher mußte die Strategie der PS erweitert werden – und zwar mit Hilfe einer Änderung des Wahlgesetzes. Ende März kündigte Premierminister Fabius offiziell an, daß die Regierung im April dem Parlament einen Gesetzentwurf vorlegen werde, in dem das bisher geltende Mehrheitswahlrecht (in zwei Wahlgängen) um eine mehr oder minder starke Dosis von Verhältniswahlrecht „bereichert“ werden wird. Dies würde nach Berechnung aller Fachleute dazu führen,

daß ein Wahlsieg der Konservativen weniger eindeutig ausfallen würde als mit dem bisherigen Wahlsystem.

Aber das wäre nur dann ausreichend, um eine konservative Parlamentsmehrheit zu verhindern, wenn die PS bis zum März 1986 kräftig zulegt und es auf etwa 30% der Stimmen bringen sollte – und unter der weiteren Voraussetzung, daß sich das gegenwärtige Kräfteverhältnis (58% für die Rechte und 42% für die gesamte Linke) um einige Punkte zugunsten der Linken verschiebt.

Ein „Wahlschwindel“, reklamieren die Konservativen, das aber ist kein sehr glaubwürdiges Argument, wenn man weiß, daß fast alle französischen Regierungen solche „Manipulationen“ vorgenommen haben. Ein weiterer Einwand der Konservativen: diese „Manipulation“ werde unvermeidlich zur Folge haben, daß einige Dutzend Männer der „Nationalen Front“ ins Parlament einziehen. Replik der Sozialisten: entscheidend sei nicht, ob ihnen das gelinge, sondern entscheidend sei das wirkliche Kräfteverhältnis im Lande: die Rechtsextremen seien nun mal da, ob im Parlament vertreten oder nicht.

Tatsache ist allerdings, daß ein solches „Dasein“ die konservativen Parteien daran hindern könnte, allein die Mehrheit zu erlangen, ohne sich mit den Rechtsextremen zu verbünden, was sie kaum tun können. Eine solche Situation könnte dann die „Zentristen“ und die konservativ-liberalen Elemente dazu ermutigen, eine Allianz mit

den Sozialisten zu erwägen, eine Allianz der „Mitte“, der „Republikaner“.

Ein weiteres Kalkül des Staatspräsidenten: eventuell könnten zahlreiche, potentiell konservative Wähler davor zurückschrecken, mit ihrem Stimmzettel dazu beizutragen, eine Krisensituation im Lande zu schaffen und somit für eine eventuelle Staatskrise verantwortlich zu sein. In welche Lage nämlich würde das Land gebracht, wenn Mitterrand angesichts einer starken konservativen Mehrheit gezwungen würde (als erster Staatschef der Fünften Republik) zurückzutreten? Würden sie es sich nicht zweimal überlegen, bevor sie sich auf ein solches Abenteuer mit möglicherweise schlimmen Folgen (eine langwierige Krise mit unbestimmtem Ausgang) einließen?

Das scheint, in groben Zügen, die Strategie des Staatschefs zu sein. Zu ihr gehört auch, daß die PS in den kommenden Auseinandersetzungen immer größeren Wert auf den Hinweis legen wird, daß die Sozialisten „gelernt“ haben, daß sie die Wirtschaft „mindestens so gut wie die anderen“ meistern und daß die Opfer, die von der Bevölkerung verlangt wurden, dem sozialen Frieden keinen Abbruch getan haben, was sicherlich einer konservativen Regierung nicht gelungen wäre.

Auch auf konservativer Seite wird unter diesen Umständen nicht für ausgeschlossen gehalten, daß die Strategie Mitterrands Erfolg haben könnte. *Gustave Stern (Paris)*

Griechenland: Den Grundsätzen treu geblieben

Nach der spektakulären Kür von Christos Sartzetakis zum Präsidenten befindet sich Griechenland unversehens im Wahlkampf. Premierminister Papandreu setzte am 6. Mal im Parlament noch rasch einschneidende Verfassungsänderungen durch.

Erwartungsgemäß löste die Verfassungsrevision bei der Opposition einen Sturm der Entrüstung und der Kritik aus. 20 von 120 Artikeln der griechischen Verfassung von 1975 befassen sich mit dem Präsidenten der Republik, und die Revision erstreckte sich auf nicht weniger als elf von ihnen!

Geändert werden die Bestimmungen über die geheime Wahl des Präsidenten durch das Parlament (Art. 32). Nach Meinung der PASOK-Fraktion gehört die Präsidentenwahl zu den vornehmsten Verpflichtungen des Abgeordneten gegenüber dem Volk und dürfe daher nicht in geheimer Abstimmung erfolgen. Das Volk habe ein Anrecht darauf zu erfahren, wie die nur ihrem Gewissen verpflichteten Abgeordneten ihr Stimmrecht bei der Nominierung des Staatsoberhauptes ausüben, und auf diese Weise könne auch die Autorität und die Integrität der Volksvertreter vor Versuchen jeglicher Art geschützt werden. Aus diesem Grunde soll der Präsident künftig in namentlicher Abstimmung gewählt werden.

Der geänderte Artikel 35 führt die Bestimmung

ein, daß Gesetze zu ihrer Gültigkeit grundsätzlich der Gegenzeichnung durch die Regierung bedürfen. Bislang gab es von diesem Prinzip so viele Ausnahmen, daß es völlig unverbindlich war. Nun ist die Gegenzeichnung nur dann nicht erforderlich, wenn eine Beteiligung der Regierung aus logischen und technischen Gründen nicht möglich ist.

Artikel 37 räumte bisher dem Präsidenten im Falle, daß die stärkste Parlamentsfraktion kein mehrheitsfähiges Kabinett stellen konnte, das Recht ein, am Oppositionsführer vorbei ein anderes Mitglied — oder auch ein *Nichtmitglied* — des Parlaments mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Dies barg die Gefahr in sich, daß sich Parteien spalteten und ein politischer Führer ohne Rückhalt in der Bevölkerung und im Parlament „erwählt“ würde, der dann womöglich noch vom Präsidenten — am Parlament vorbei — mit der Durchführung vorgezogener Neuwahlen betraut worden wäre. Mit der jetzt beschlossenen Änderung werden die Parteien gegen einen solchen Verfassungsverstoß geschützt. Der Präsident wird verpflichtet, mit der Regierungsbildung ausschließlich die Führer der Parteien, in der Reihenfolge ihrer parlamentarischen Stärke, zu betrauen.

Nach Art. 41 konnte der Präsident das Parlament auflösen, wenn er zu der Auffassung gelangte, daß seine Zusammensetzung nicht mehr der Stimmungslage im Volk entsprach — ein antidemokratisches und gefährliches Instrument. Jetzt kann das Parlament nur noch aufgelöst werden, wenn es keine regierungsfähige Mehrheit bilden kann. Nunmehr verpflichtet zur Parlamentsauflösung ist der Präsident, wenn die Regierung diese verlangt, deren Begehren er nach der alten Regelung auch ablehnen konnte.

Artikel 44 räumte bisher dem Präsidenten das Recht ein, sich bei umstrittenen Fragen von nationaler Bedeutung mit Referenden unmittelbar an das Volk zu wenden. Zwar behält der Präsident dieses Instrument, mit dem in kritischen Zeiten die Einheit und die Moral der Nation gestärkt werden kann, aber er darf ein Referendum künftig nur noch im Einvernehmen mit der Regierung abhalten, womit

mögliche Konflikte zwischen Staatsoberhaupt und Kabinett vermieden werden können.

Das Amnestierecht für politische Verbrechen (Art. 47), ein Privileg des Staatsoberhauptes, das im Grunde nur ein Relikt aus den Zeiten der Monarchie ist, wird nunmehr dem Parlament übertragen, das über Amnestiefragen mit erhöhtem Quorum, also in der Praxis mit den Stimmen mehr als nur einer Partei, entscheiden soll.

Der alte Artikel 48 sah vor, daß der Präsident der Republik den Notstand erklärte und verfassungsmäßige Freiheiten vorübergehend außer Kraft setzen konnte — eine gefährliche Einrichtung, mit der sich Volkssouveränität usurpieren und die Demokratie aushöhlen ließ. Die Neufassung dieses Artikels sieht die Erklärung des Notstandes nur noch für den Fall einer äußeren Bedrohung des Staates und für den Fall eines bewaffneten Komplotts gegen die demokratische Ordnung vor und legt die schwerwiegende Entscheidung über die zeitweilige Aufhebung verfassungsmäßiger Freiheiten in die Hände von Parlament und Regierung.

Nicht unwichtig sind auch die übrigen vier Verfassungsänderungen, die die Ernennung des Nachfolgers eines zurückgetretenen Premierministers binnen fünf Tagen (Art. 38), die Auflösung des unter dem Etikett „Republikrat“ immer noch existierenden alten „Kronrats“ (Art. 39), die Beschränkung des Einflusses des Präsidenten auf die Gesetzgebung (Art. 42) und die Abschaffung seines Rechtes betreffen, ohne Mitwirkung des Parlaments Dekrete zu erlassen (Art. 43).

Mit dieser Verfassungsreform ist die PASOK jenen Grundsätzen treu geblieben, die sie bereits 1974 bei der Verfassungsberatung vertreten hatte, die aber von der damaligen Regierungsmehrheit (und heutigen Opposition) abgelehnt worden waren. Die Verfassungsreform, so erklärte PASOK-Präsident Papandreu, stärkt die Volkssouveränität, das Parlament und die gewählte Regierung, sie wertet die Rolle der Parteien im Parlament auf und schützt sie vor Spaltungstendenzen, und sie entrückt den Präsidenten der Republik endlich allem Parteienstreit.

Artemis Kyriazis (Athen)

Großbritannien: Labour-Linke auseinandergebrochen

Politische Prognosen sind mit Vorsicht zu genießen: entgegen allen Voraussagen ist es 1985 um die Labour Party gar nicht so schlecht bestellt. Zur allgemeinen Verblüffung liegt Labour in den Meinungsumfragen um zwei bis sechs Punkte in Führung.

Nun grübeln Kommentatoren darüber, ob Labour tatsächlich die nächste Regierung stellen wird, sind aber mit Werten noch sehr zurückhaltend: Zur Hälfte ihrer Amtszeit liegen Regierungen üblicherweise in den Umfragen zurück, auch Labour lag unter Michael Foot einmal um 10 Punkte in Führung...

Wie läßt sich dieser Stimmungsumschwung erklären? Zwei Schlüsselfaktoren wären dazu anzuführen. Der erste besteht in den Fehlern Mrs. Thatchers. Ein beschäftigungspolitisch völlig wirkungsloser, aber unpopulärer Haushalt und verbale Ausfälle der Regierungschefin gegen die Gewerkschaften und gegen Britannien überhaupt sind nicht gut angekommen, sondern illustrierten nur ihre offenkundige Unfähigkeit, sich in ihrem harschen Stil zu maßigen. Nach dem Zusammenbruch des Bergarbeiterstreiks gab es keine Geste der Großmut.

Darin liegt die zweite Ursache für die günstigen Geschicke Labours. Es ist ein wundersames Beispiel politischer Ironie, daß der Bergarbeiterstreik am Ende Neil Kinnock das Glück gebracht hat, dessen er so lange entbehrte: Jetzt nämlich, da der Dämon Gewerkschaften besiegt worden ist, hat Mrs. Thatcher nichts mehr, womit sie der Labour-Opposition am Zeug flicken könnte. Kraftlose Gewerkschaften, lendenlahm geworden durch die Arbeitslosigkeit und im Kampf wie durch Gesetzgebung niedergedrungen, sind vorteilhaft für Labours öffentliches Erscheinungsbild. Und die Szenen der Gewalt an den Streikpostenlinien lassen alle Erinnerungen an Callaghans „Winter der Unzufriedenheit“ und Labours Regierungsunfähigkeit völlig verblasen.

Die Niederlage der Bergarbeiter war auch ein Tiefschlag für die äußerste Linke in der Labour Party, die sich in beträchtlicher Verwirrung befindet. Weit davon entfernt, die Parteiführung nur halbherziger Unterstützung des Streiks zu bezichtigen, ist

sie jetzt damit beschäftigt, die eigenen Wunden zu lecken und zu begreifen zu versuchen, was da wohl falsch gelaufen sei. Die gemäßigte Linke kritisiert Strategie und Taktik der Gewerkschaftsführung und zieht daraus den Schluß, daß es in Britannien auf Selbstmord hinausläuft, Urabstimmungen zu ungehen oder ohne Not Generalstreiks auszurufen. Selbst die harte Linke rückt von Arthur Scargill ab und wirft ihm eine grundfalsche Analyse vor — der schlimmste Vorwurf unter Marxisten.

Scargills eigene Einschätzung des Streiks war indessen fast extatisch: er habe „Hoffnung, Kampfbereitschaft und Solidarität nicht nur in Britannien, sondern in der ganzen Welt“ inspiriert und „den Arbeitern überall ein Beispiel“ gegeben. Für die meisten Menschen jedoch haben die Bergarbeiter und ihre Gewerkschaft ein Desaster erlitten. Sie akzeptieren heute ein Lohnangebot, das sie vor 18 Monaten abgelehnt hatten. Die Männer hatten die Nase voll; ihre Bankkonten sind überzogen, ihr wenig erspartes haben sie restlos aufgezehrt.

Zudem sieht sich die Linke auch von einigen Bürgermeistern — selbst von ihrem einstigen Helden „Red Ken“ Livingstone in London — betrogen, die sich in letzter Stunde doch entschieden, das Gesetz zu respektieren und sich in die von der Regierung verfügten Ausgabenkürzungen zu fügen. Ken Livingstone: „Jeder Idiot kann eine Armee in die Niederlage führen. Zu wirklicher Führerschaft gehört, daß man einsieht, wenn eine Schlacht verloren ist, und sich so zurückzieht, daß die eigenen Schäden so gering wie möglich gehalten werden.“

Auch die in den nächsten Monaten ablaufende Wiederaufstellung von Abgeordneten für die nächste Parlamentswahl verläuft bislang ruhiger als erwartet. Noch ist niemand „gekippt“ worden, die Kandidaten der äußersten Linken sind allesamt gescheitert.

Die Linke formiert sich zur Zeit von Grund auf neu — ohne Tony Benn, der ebenso isoliert ist wie Arthur Scargill, den er während des Streiks vorbehaltlos unterstützt hatte. Kinnock hat es also sehr viel leichter, und die Aussicht auf einen Labour-Wahlsieg ermutigt viele auf der Linken dazu, die ideologischen Streitigkeiten zu begraben zugunsten des Aufbaus einer Mitte-Links-Koalition um den Parteiführer herum, damit die erzielten Gewinne in der Wählergunst konsolidiert werden können.

Elizabeth Hartley-Brewer (London)

Irland: Zusammenbruch von Sitte und Moral?

Einmal mehr wird in Irland erbittert über Gesetz und Moral diskutiert. Zeitweise drohte sogar eine direkte Konfrontation zwischen der Regierung und der römisch-katholischen Kirche wegen der beabsichtigten gesetzlichen Liberalisierung des Zugangs zu nicht-medizinischen Verhütungsmitteln.

Einen neuerlichen Höhepunkt erreichte die Debatte mit der Beendigung der Arbeit einer Parlamentskommission zum Scheidungsrecht, die — wie könnte es in Irland anders sein? — natürlich nicht zu einem Konsens fand. Und auch die Absicht der Regierung, den Status der „unehelichen Geburt“ aus dem Gesetzbuch zu entfernen, hat weitere erregte Moraldebatten ausgelöst.

Nur scheinbar ging es dabei um eine einfache Ergänzung des Familienplanungsgesetzes von 1979, nach dem nicht-medizinische Verhütungsmittel nur von Apothekern aufgrund ärztlicher Verschreibung und ausschließlich zu Zwecken der Familienplanung abgegeben werden dürfen. Das Gesetz erwieß sich als weitgehend undurchführbar und vielfach als diskriminierend. Es schien den Verkauf von Verhütungsmitteln auf eine Weise regeln zu können, wie es den herrschenden Moralbegriffen und dem traditionellen Familienbild in Irland entsprach. In der Praxis hing alles von der Laune oder den Moralvorstellungen des jeweiligen Arztes oder Apothekers ab, und so gab es in vielen Landstrichen überhaupt keinen Zugang zu Verhütungsmitteln. Die Gesetzesänderung sah vor, künftig Verhütungsmittel über kontrollierte Verkaufsstellen — hauptsächlich Apotheken und Krankenhäuser — an Personen über 18 Jahre abzugeben, ohne daß weiterhin eine ärztliche Verschreibung erforderlich sein sollte.

Die Veröffentlichung des Gesetzentwurfs rief jedoch sogleich die römisch-katholischen Bischöfe auf den Plan. Schon wenige Stunden nach seiner Weiterleitung an das Parlament denunzierte der Erzbischof von Dublin das Gesetz als Bedrohung für die moralische Wohlfahrt des irischen Volkes. Sodann erklärte der Bischof von Limerick, Parlamentsabgeordnete, die der römisch-katholischen Kirche angehörten, seien verpflichtet, dem Diktat ihrer Bischöfe zu gehorchen. Übrigens hatte derselbe Würdenträger wiederholt seine Sympathie für die Vorstellung geäußert, Ehebruch unter bestimmten Umständen als Verbrechen zu verfolgen! Was Wunder, daß sich dieselben Kräfte, die im vergange-

nen Jahr eine erbitterte Kampagne geführt hatten, um das Abtreibungsverbot in der Verfassung festzuschreiben, erneut zu Wort meldeten?

Parlamentarier, die der Gesetzesänderung positiv gewogen waren, sahen sich einem solchen Druck ausgesetzt, daß einige von ihnen — darunter der Vizepräsident des Dail — sich gezwungen sahen, ihre Häuser zu verlassen und die der Debatte vorausgehenden Tage in Hotels zu verbringen, wo sie sich vor Nötigungen sicherer fühlen konnten. In einer landesweiten Kampagne wurde gewarnt, das Gesetz werde der Promiskuität, der Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten, dem Anstieg der unehelichen Geburten und dem unvermeidlichen moralischen Zusammenbruch der irischen Gesellschaft Tür und Tor öffnen.

In seiner Einbringungsrede vor dem Parlament stellte der Gesundheitsminister fest, die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen „stellen das Minimum dessen her, was notwendig ist, um ein akzeptables Rahmenwerk zur Bereitstellung einer umfassenden Familienplanungshilfe für alle zu schaffen, die diese Hilfe brauchen“. Opposition regte sich nicht nur bei Fianna Fail, sondern auch bei einigen Regierungsabgeordneten, die aufgrund ihrer engen Bindung an die katholische Kirche nicht mitmachen mochten. „Niemand wird mich von meiner innersten Überzeugung abbringen, daß Verhütung schlecht ist und kein Gesetz in diesem Land sie gut machen kann“, wettete einer von ihnen, während ein anderer philosophierte: „Ich glaube, daß das Moralgesetz über allen Gesetzen steht, die in welchem Parlament auch immer beschlossen werden.“ Wieder ein anderer prophezeite: „Wenn dieses Gesetz durchgeht, werden ihm immer mehr Gesetze von anti-irischer und anti-christlicher Art folgen, die unser Volk demoralisieren und verkommen lassen . . . Wir befinden uns auf der schlüpfrigen Talfahrt ins Heidentum hinein.“

Nach viertägiger Debatte gewann die Regierung, trotz der Abweichter im eigenen Lager, die Abstimmung über ihre Vorlage mit 83 zu 80 Stimmen. Tags darauf setzte Präsident Hillery seine Unterschrift unter das Gesetz. Ein kleiner, aber bedeutender Schritt nach vorn — gegen den Widerstand der Kirche — war getan. Kaum hat sich die Erregung etwas gelegt, ist die — nach der irischen Verfassung verbundene — Ehescheidung erneut in die Diskussion geraten. Nach fast zweijähriger Arbeit hat eine Parlamentskommission, die die Probleme der Ehezerstörung sowie die angesichts der Tausenden zerbrochenen Ehen und in der Folge sehr vielen irregulären, illegalen „zweiten Partnerschaften“ mit unehel-

lichen Kindern zu ergreifenden Maßnahmen zu erörtern hatte, die Empfehlung vorgelegt, ein Referendum über das Verfassungsverbot abzuhalten. Hoffnungslos zerstritten ist die Kommission indes über die Frage, ob es in Irland eine legale Scheidungsmöglichkeit (und die Möglichkeit, sich wieder zu verheiraten) geben soll.

An der Regierung ist es nun zu entscheiden, ob und in welcher Form sie ein solches Referendum abhalten soll. Die schmerzvollen Erfahrungen des Abtreibungsreferendums sind noch in frischer Erinnerung, und eine — durchaus mögliche — Abstimmungsniederlage könnte die Scheidungsreform für den Rest des Jahrhunderts erledigen. Bleibt auch noch die Unehelichen-Frage. Die Regierung hatte versprochen, Gesetzesänderungen vorzunehmen,

um den Status und das Stigma der Unehelichkeit, unter denen so viele irische Kinder zu leiden hatten und haben, zu beseitigen. Ein Gesetzentwurf ist bereits ausgearbeitet, aber auch dieser Versuch, die irische Gesellschaft und ihre Gesetzgebung humaner und fortschrittlicher zu gestalten, dürfte auf starke Opposition stoßen. Zwei Kräfte werden sich dabei zusammentun: jene, die darin einen neuerlichen Versuch sehen, der Unmoral und ihren Folgen auch noch die gesetzliche Anerkennung zu geben, und jene, die darin einen Anschlag auf geheiligte Eigentumsrechte sehen! Wie sagte doch so treffend ein Kommentator: „In dieser Sache kann die Kirche die Auseinandersetzung getrost in den Händen der Bauern lassen.“
Tony Brown (Dublin)

Niederlande: PvdA im Wartezimmer der Regierungsmacht

Die sozialdemokratische Partei der Arbeit (PvdA) hat auf ihrem Kongreß Mitte April über die Sozial- und Wirtschaftspolitik für die Regierungsperiode 1986—1990 debattiert. Ein durchaus gemäßigtes Programm ohne sozialistische „Träumereien“ soll die Sozialdemokraten wieder auf die Regierungsbank bringen.

Seit die Umfragen der PvdA bei den Parlamentswahlen im Mai 1986 ein Traumergebnis von etwa 40 % der Stimmen prophezeien — bis jetzt kam die Partei fast nie über 30 % hinaus —, hat sich der Charakter der parteiinternen Diskussion geändert. Damit die potentiellen neuen Wähler aus der politischen Mitte nicht wieder davonlaufen, versuchen die Sozialdemokraten schon seit einiger Zeit jede Radikalität zu vermeiden. Auf diese Weise wird fürs nächste Jahre eine politische Kräfteverteilung herbeigeseht, die eine Regierungsbeteiligung der PvdA unumgänglich macht. Auch der Kongreß zeigte sich mit dieser gemäßigten „neuen Freundlichkeit“ gewissermaßen als Gefangener der Umfrageergebnisse.

In der Debatte über Wirtschafts- und Sozialpolitik war der Weg in die Arbeitszeitverkürzung zentrales Diskussionsthema. Schon im vorigen Jahr waren der Partei zwei Berichte vorgelegt worden, in denen

zwei verschiedene Richtungen angedeutet worden waren: einmal ein Bericht, der für gesetzliche Maßnahmen plädierte, durch die in 10 Jahren die 25-Stunden-Woche durch aktives Eingreifen des Staates durchgesetzt werden würde, und zum anderen ein Bericht des Parteivorstandes, der Tempo und Einführungsweise eher den Sozialpartnern überlassen möchte. Im Hintergrund stand dabei nicht nur der Willen, die Tarifautonomie zu respektieren, sondern auch der Zweifel daran, daß sich durch Gesetze, die zwangsläufig der Verschiedenheit der Wirtschaftssektoren ungenügend Rechnung tragen würden, eine allgemeine und schnelle Herabsetzung der Arbeitszeit durchführen lassen könne. Ein Wandel im sozialdemokratischen Denken, denn vor einigen Jahren war das Plädoyer für eine eher zwingende Rolle des Staates noch unumstritten. Auf dem Kongreß weigerten sich nur noch die Jungsozialisten und die Frauenorganisation, sich dem „neuen Realismus“ anzuschließen. Erfolgreich waren sie nur mit ihren Anträgen bezüglich flankierender Maßnahmen wie z. B. gesetzlicher Einschränkung der Überstundenarbeit und der Aktivitäten der Unternehmen beim Zeitarbeitpersonal.

Wie berechtigt die Skepsis über die Aussichten einer von oben gesteuerten Einführung der Arbeitszeitverkürzung auch sein mag, die gerade z. Zt. abgeschlossenen Tarifverträge zeigen gleichzeitig, daß die Gewerkschaften in ihrem Kampf für die Arbeitszeitverkürzung einige gesetzliche Hilfen gebrauchen könnten. Ziel der Tarifverhandlungen war es,

flr 1986 die 36-Stunden-Woche schon jetzt festzuklopfen. Bis auf einige Ausnahmen in den kleineren Sektoren kamen die Gewerkschaften aber nicht weiter als bis zur Vereinbarung einer gemeinsam mit den Arbeitgebern durchzuführenden Untersuchung der Folgen der 36-Stunden-Woche, was für die Tarifverhandlungen des nächsten Jahres als Beratungsgrundlage dienen soll.

Auf dem Kongreß der PvdA standen noch weitere Aspekte der Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Debatte. Und auch darin war, bis auf eine Ausnahme, Realismus Triumph. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung wird der Sparpolitik kein Ende setzen, nur über Tempo und Bereich läßt sich diskutieren. Daß aber der Spielraum als begrenzt betrachtet wird, wurde deutlich, als angekündigt wurde, daß die Kürzungen im Sozialbereich der letzten Jahre im großen und ganzen aufrecht erhalten bleiben sollen. Nur einmal weigerte sich der Kongreß, dem Willen des Parteivorstandes, keine uneinlösbaren Versprechen zu machen, zu folgen: Auch wenn die Wirtschaft in den nächsten Jahren wieder eine Talfahrt erleben würde, soll, wenn es nach dem Kongreß geht, die Kaufkraft der Menschen in den untersten Einkommenschichten gewährleistet werden. In dieser Kontroverse zwischen Vorstand und Basis wurde auf diesem — von den Kommentatoren als langweilig und brav betrachteten Kongreß — noch einmal kurz die alte Lebendigkeit der PvdA-Kongresse sichtbar. Hier zeigte die Basis die Grenzen ihrer Folgsamkeit und verpaßte dem Vorstand gleichzeitig einen Denkkettel, auf daß er den Weg ins politische Zentrum und die Mäßigung der Forderungen aus Angst, potentielle neue Wähler wieder abzuschrecken, nicht zu weit treibe.

Auf einem anderen Gebiet brauchte der Kongreß sich über die Kompromißbereitschaft der PvdA weniger Sorgen zu machen: Unter einer Regierung mit

den Sozialdemokraten wird es keine Stationierung von Mittelstreckenraketen geben. Bis jetzt sind die Niederlande das einzige Land, in dem die Entscheidung zur Stationierung noch nicht endgültig gefallen ist. Juni letzten Jahres rettete der christdemokratische Ministerpräsident sein christlich-konservatives Kabinett mit der komplizierten Formel, daß 1988 stationiert werden soll, falls es am 1. November 1985 mehr als die im Juni letzten Jahres gezählten 378 SS 20-Raketen gibt, es sei denn, die Supermächte haben bis zum 1. November 1985 ein Verhandlungsergebnis erreicht, das die vorgesehene Stationierung von 48 Marschflugkörpern überflüssig machen würde. Da keiner ernsthaft mit dieser letzten Möglichkeit rechnet und Gromyko vor kurzem gegenüber dem niederländischen Außenminister Van den Broek die heutige Zahl von 414 SS 20-Raketen nicht dementierte, ist am 1. November ein niederländisches Ja zur Stationierung zu erwarten. Anschließend wird das Parlament diesem Beschluß ohne weiteres zustimmen, und dann stünde einem Stationierungsabkommen mit den USA nichts mehr im Wege. Mit ihrem Nein zu den Marschflugkörpern, das auf diesem Kongreß erneut bekräftigt wurde, verfolgt die PvdA konsequent ihren Kurs der letzten Jahre, der sich aber möglicherweise noch als Hindernis für eine Regierungsteilnahme erweisen könnte. Denn wo für die PvdA ein Abrücken von diesem „Nein unter allen Umständen“ ihre Glaubwürdigkeit zunichte machen würde, da wird für die Christdemokraten ein Abrücken vom zu erwartenden Stationierungsbeschluß genauso wenig möglich sein. Schon gibt es Kommentatoren, die eine Wiederholung der Koalitionsbildung von 1977 nicht ausschließen, als die PvdA trotz Riesengewinnen draußen vor der Tür blieb.

Friso Wielenga (Amsterdam)

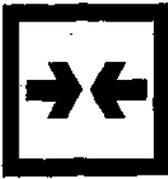


Diese Zeichnung hat Pablo Picasso amnesty international gewidmet

**amnesty international
hilft
helfen Sie
amnesty international**

Spendenkonto:

**Bank: BKD Duisburg BLZ: 350 601 90 Konto-Nr. 30 000
Postscheckamt Köln Konto-Nr. 224046-502 BLZ 370 100 50
Verwendungszweck (8111): - - - -**



Recht, Verwaltung und Justiz im Nationalsozialismus. Ausgewählte Schriften, Gesetze und Gerichtsentscheidungen von 1933 bis 1945. herausgegeben und erläutert von Martin Hirsch, Diemut Majer und Jürgen Meinck
Bund-Verlag Köln 1984, 590 S., DM 78,-

„Fremdvölkische“ im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements. von Diemut Majer
Harald Boldt-Verlag, Boppard 1981, 1034 S., DM 98,-

Freispruch für die Nazi-Justiz. Die Urteile gegen NS-Richter seit 1948. Eine Dokumentation. von Jörg Friedrich
rororo-aktuell, Reinbeck 1983, 500 S., DM 16.80

Es gibt zwei Bereiche, in denen sich nach 1945 die nationalsozialistische Ideologie auch in der alltäglichen Praxis nahezu ungebrochen fortsetzen konnte und die Entnazifizierungsbestrebungen der westlichen Alliierten wirkungslos geblieben sind. Dies sind, entgegen gern gehogter Vorstellung, nicht die Betriebe der Wirtschaft, obwohl tatsächlich dort nur wenige Mitarbeiter wegen ihrer engen Verbindung mit dem NS-Regime entfernt wurden, sondern zum einen die Medizin – unter den Folgen leidet noch heute das Krankenversorgungssystem in der Bundesrepublik – und zum zweiten das Rechtswesen, und

zwar sowohl die Rechtsprechung als auch und vor allem die Rechtslehre an den Hochschulen. Erst sehr langsam löste sich die Medizinerbildung von der Ideologie des „Wegschneidens“ und „Ausmerzens“, während die Rechtslehre noch heute keine der Demokratie gerecht werdende Staatslehre entwickelt hat, sieht man von „nicht-herrschenden Meinungen“ ab.

Die Vergangenheitsbefangenheit der Rechtswissenschaft geht so weit, daß Arbeiten über die nationalsozialistische Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz, in denen zwangsläufig die Kontinuität nicht nur des Denkens, sondern auch der handelnden Personen bis in unsere Zeit sichtbar wird, erhebliche Schwierigkeiten haben, an westdeutschen Hochschulen Anerkennung zu finden. Ein Beispiel dafür ist die Arbeit von Diemut Majer über die rechtliche Behandlung der „Fremdvölkischen“ im Dritten Reich.

„Fremdvölkische“, das zeichnet Diemut Majer nach, sollten entgegen der heute herrschenden Meinung nicht nur Juden und Zigeuner sowie, nach Kriegsbeginn, Polen sein. Einer solchen Definition würden sich, wie die Aktivitäten der unionsregierten Länder in der Asylfrage zeigen, auch heute noch weite Kreise der Bevölkerung anschließen und damit beitragen, neue Verbrechen vorzubereiten. Die Verbindung des „rassischen“ mit dem „völkischen“ Gedanken, wie sie die NS-Rechtslehre kennzeichnete, erlaubte es, auch Menschen mit abweichender Meinung, Oppositionelle, aus der „Volksgemeinschaft“ auszugliedern und einer Sondergerichtsbarkeit „zuführen“, d. h. für sie den Gleichheitsgrundsatz aufzuheben. Indem Diemut Majer sich nicht darauf beschränkt, die bekannten Rassengesetze gegen einzelne Bevölkerungsgruppen darzustellen, sondern zu dem rechtstheoretischen Kern, nämlich der Abich-

nung der Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz, vordringt, kann sie auch schlüssig die Wegbereiter dieses nazistischen Gedankenguts aufzeigen. Und obwohl sie sich mit einem bestenfalls nur zu Jahrestagen aus der Vergessenheit hervorgeholten Thema des Staats- und Verwaltungsrechts befaßt, zeigte die Geschichte dieser Habilitationsschrift selbst, wie genau damit ins Zentrum heutigen juristischen Denkens getroffen wurde: Der juristische Fachbereich der Freien Universität Berlin bemühte sich, wenn auch letztlich vergeblich, diese Habilitation zu verhindern. 1969 mit einem Stipendium der Deutschen Forschungsgemeinschaft ausgestattet – zur damaligen Zeit war selbst in der DFG so etwas möglich –, machte sie sich an die Aufarbeitung eines bis dahin, also immerhin seit 25 Jahren, unbearbeiteten Themas.

Ausgangspunkt der Majerschen Überlegungen ist, daß der Begriff des „Fremdvölkischen“ nicht einen allein rassistisch-belegten Inhalt hat. Denn schon Hitler war sich bei der Niederschrift von „Mein Kampf“ klar, daß das deutsche Volk „leider nicht mehr auf einem einheitlichen Kern beruhte“, sondern aus verschiedenen „Rassen“ bestand. Er war damals also bereits klarsichtiger als seine geistigen Nachfahren unter heutigen Hochschullehrern, die in ihrem „Heidelberger Manifest“ die drohende „Überfremdung des deutschen Volkes“ beschwören. So klagte Hitler denn auch: „Dem deutschen Volk (fehlt) jener sichere Herdeninstinkt, der in der Einheit des Blutes begründet liegt.“

Die Erweiterung des „Rassischen“ zum „Völkischen“ ermöglichte es, auf einer unverfänglichen und im Denken vieler Deutschen damals bereits befestigten Basis zwei Kategorien von Menschen zu bestimmen und damit den ehernen Grundsatz der bürgerlichen Gesellschaft, daß jeder

vor dem Gesetz gleich sei, abzuschaffen. In einem Urteil des Reichsgerichts aus dem Jahre 1936 liest sich dies so: „Die frühere liberale Vorstellung vom Rechtsinhalt der Persönlichkeit hat unter den Wesen mit Menschenantlitz keine grundsätzlichen Wertunterschiede nach der Gleichheit oder Verschiedenheit des Blutes gemacht; sie lehnte deshalb eine rechtliche Gliederung und Abstufung der Menschen nach Rassegesichtspunkten ab. Der nationalsozialistischen Weltanschauung dagegen entspricht es, nur Deutschstämmige als rechtlich vollgültig zu behandeln. Damit werden grundsätzliche Abgrenzungen des früheren Fremdenrechts erneuert und Gedanken wieder aufgenommen, die vormals durch die Unterscheidung zwischen voll Rechtsfähigen und Personen minderen Rechts anerkannt gewesen sind.“

Rechtstheoretisch vorbereitet hatte diese Auffassung der Staatsrechtslehrer Carl Schmitt mit dem von ihm entwickelten Begriff des „Politischen“, nach dem konstitutives Merkmal der Politik das „konkrete Unterscheidungsdenken“ zwischen „Freund“ und „Feind“ sei. Dieses Denken ging von einem – zumindest zunächst – abstrakten „Feind“ als Voraussetzung allen staatlichen Handelns aus. Daß es in der alltäglichen Praxis nicht bei einem „abstrakten Feind“ bleiben wird, mußte auch Carl Schmitt klar sein. Wenn der Feind identifiziert und benannt worden war, hatte Ernst Forsthoff schon 1933 in seiner Schrift „Der Totale Staat“ angekündigt, was mit ihm zu geschehen habe: „In Vollziehung der Unterscheidung von Freund und Feind (sind) alle diejenigen auszumerzen, die als Artfremde und Feinde nicht länger geduldet werden können.“

Ernst Forsthoff galt nach 1945 als der „Papst des Verwaltungsrechts“ und lehrte bis zu seiner Emeritierung Ende der 60er Jahre. Carl Schmitts Schriften erschie-

nen, was Theodor Maunz „als ein seltenes literarisches Ereignis“ vermerkt, nach 1945 mehrfach in unveränderten Auflagen. Doch nicht nur diesen gelang der bruchlose Übergang vom Dritten Reich in die Restaurationsperiode des Adenauer-Deutschland.

Es war wohl nicht zuletzt der Nachweis dieser Kontinuität, der verhinderte, daß Diemut Majer nach sieben Jahren Arbeit an ihrer Habilitation vor dem juristischen Fachbereich der Freien Universität Berlin mit ihrem Antrag auf Erteilung der Lehrbefähigung für die Bereiche Staats- und Verwaltungsrecht sowie Verfassungsgeschichte der Neuzeit scheiterte. Obwohl die aus drei Hochschullehrern bestehende Habilitationskommission einstimmig eine Zustimmung zu dem Antrag empfohlen hatte, stimmte am 8. Juli 1981 in einer in der FU-Geschichte einmaligen Sitzung die Professorenmehrheit des Fachbereichs gegen den Antrag. Dieser Entscheidung war eine Gutachterkampagne vorausgegangen, in der sich die „Öffentlich-Rechtler“ des Fachbereichs mehrheitlich gegen Diemut Majer ausgesprochen hatten, obwohl sie, wie ein Verwaltungsgericht dann später feststellte, die Habilitationsschrift offensichtlich nicht gelesen hatten. So wurde der Fachbereich gezwungen, seine ablehnende Entscheidung wieder aufzuheben. Doch gleichzeitig mußte Diemut Majer darauf verzichten, ihr Verfahren in Berlin zu Ende zu bringen. Denn es war kaum anzunehmen, daß ihr vor diesem Fachbereich jemals die Möglichkeit gegeben sein würde, eine einigermaßen sachbezogene Entscheidung zu erwirken.

Sie hat übrigens in der Bundesrepublik dann keinen anderen juristischen Fachbereich mehr gefunden, der bereit war, sie zu habilitieren. Anders in der liberal-konservativen Schweiz: Am 1. November 1984 erteilte ihr die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät

der Universität Bern die Venia legendi.

Auf die Bedeutung, in der sehr material- und umfangreichen Arbeit nachgewiesen zu haben, daß sich die nationalsozialistische Vernichtungsideologie nicht nur gegen die Juden richtete, sondern die jüdischen Mitbürger vor allem deshalb das primäre Ziel der NS-Pogrome waren, weil der Antisemitismus mit der Unterstützung der breitesten Bevölkerungskreise und aller Schichten rechnen konnte, wurde bereits hingewiesen. Mindestens ebenso bedeutsam aber ist ihre Arbeit unter dem Gesichtspunkt zu ergründen, wie es gelang, den Massenmord an immer neuen Gruppen „völlig legal“ abzuwickeln, „verwaltungsrechtlich sauber“ zu verfahren und sich dabei keines Verstoßes gegen damals bestehendes Recht, keiner Rechtsbeugung schuldig zu machen. Diemut Majer erläutert, wie sich die Sonderrechtstheorie scheinbar problemlos in das Familien-, Erb-, Miet-, Arbeits-, Handels-, Wirtschafts- und Strafrecht integrieren ließ.

Wer sich mit dem Nationalsozialismus eingehender beschäftigen will oder Material für die politische Bildungsarbeit benötigt und wer erkennen will, wie stark dieses Denken heute noch die Rechtspraxis in manchen Bereichen, so etwa beim Ausländerrecht, beherrscht, sollte dieses Buch stets zur Hand haben. Da ist auch über den Preis nicht zu debattieren.

Nicht mit der Behandlung der „Fremdvölkischen“, sondern mit dem gesamten Rechtswesen im Dritten Reich befaßt sich die Dokumentation „Recht, Verwaltung und Justiz im Nationalsozialismus“, zu deren Herausgebern neben Diemut Majer auch der ehemalige Bundesverfassungsrichter Martin Hirsch und der Göttinger Jurist Jürgen Meinck gehören. Es handelt sich bei der Dokumentation um eine Text-, Gesetzes- und Verordnungssammlung sowie um

die Wiedergabe von Auszügen aus Gerichtsurteilen. „Die Herausgabe dieser Sammlung“, so heißt es im Vorwort, „wurde durch die Überlegung bestimmt, daß Quellen zur Rechts-, Justiz- und Verwaltungsgeschichte des Nationalsozialismus für viele Interessierte in Schule, Volkshochschule, Hochschule, in der Jugendarbeit und in der politischen Bildung oft nur schwer zugänglich sind.“

Die Quellen werden in fünf Abschnitten vorgestellt: Texte zur nationalsozialistischen Machtergreifung, hier insbesondere auch zum antidemokratischen und antisemitischen Denken in Hochschulen und Verwaltungen vor 1933, zu den Verfassungsprinzipien des NS-Staates, zum öffentlichen Recht, zum bürgerlichen Recht und zum Strafrecht im Nationalsozialismus. Die Auszüge sind mit einleitenden und erläuternden Kommentaren versehen, die ihre zeitliche und ideologische Einordnung erleichtern. Es ist bezeichnend, daß sich der Bund-Verlag zu dieser Ausgabe entschloß, denn es ist tatsächlich ein unerläßliches Handbuch für alle, die in der Arbeiterbewegung auch ein Bollwerk gegen den Faschismus sehen. Der umfangreiche Band ist gut gegliedert, daher sind gesuchte Stellen rasch auffindbar. Die Hinweise sind knapp, gut lesbar und wissenschaftlich einwandfrei.

Beide Bände enthalten ein ausführliches Personenregister, das hinreichend Auskunft über die Funktionen der in den Texten erwähnten Personen im NS-Staat gibt.

Wie sich jene, die kräftig an der Durchsetzung der nationalsozialistischen Ideologie mitgewirkt haben, dann nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus der strafrechtlichen Verfolgung entzogen und dabei auf die tätige Mithilfe ihrer Kollegen zählen konnten, zeigt Jörg Friedrich in dem Taschenbuch über die „Freisprüche für die Nazi-Justiz“ auf. Es

enthält alle wesentlichen Nachkriegsurteile gegen – oder hier müßte man wohl besser schreiben: für – NS-Richter.

Zum 8. Mai sind diese Bücher nicht nur Menschen mit historischen Interessen als Lektüre anzuempfehlen. Weit wichtiger ist es, sie unter aktuellen politischen Gesichtspunkten zu lesen. Denn in keinem anderen Bereich ist der Ausspruch Brechts so zutreffend wie in dem der Justiz, wobei die Innenverwaltung diesem Bereich unmittelbar zuzurechnen ist: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dies kroch.“ Nur die Begriffe haben sich etwas geändert: Aus den „Fremdvölkischen“ wurden „Ausländer“ und „Asylanten“ und aus den „Volksfeinden“ wurden „Verfassungsfeinde“, und „Feinde der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“. Ansonsten ist vieles – zu – ähnlich.

Christoph Ehmann

Frauen unterm Nationalsozialismus
von Renate Wiggershaus
Peter Hammer Verlag, Wuppertal
1984, 168 S., DM 22,80

„Die deutschen Frauen hatten erst 1919 das aktive und passive Wahlrecht erhalten – eine wichtige Voraussetzung dafür, daß sich unter günstigen Umständen ein Gefühl für die Bedeutung und Berechtigung der Beteiligung von Frauen an der Politik hätte ausbreiten können...“ schreibt Renate Wiggershaus in ihrem Buch „Frauen unterm Nationalsozialismus“. In sieben Kapiteln weist sie nach, wie gründlich die Hitler-Administration jene gerade errungenen Erfolge wieder abgebaut hat, zuckersüß-ideologisch verbrämt und nicht selten von den Betroffenen lustvoll akzeptiert. Sie hat das Thema aus einer unendlichen Fülle von Quellen dokumentiert, aus Erlebnisberichten, Brie-

fen, Reden, Verordnungen. Sachbezogene Details aus der Geschichte der Frauenbewegung seit dem 19. Jahrhundert bis heute umrahmen die Ereignisse, wobei auch Namen wie die der Sozialdemokratin Lily Braun und der Vorsitzenden des Bundes Deutscher Frauenbewegungen, Gertrud Bäumer, fallen.

Im Kapitel „Die Einstellung des Nationalsozialismus zu Frauen und zur Frauenbewegung“ hat die Autorin unter den Stichworten: „Ausschluß aus dem politischen Leben“ und „Mütterideologie“ die Aktivitäten deutlich machen können, die zu dieser Entmündigung führen mußten. Schon im Jahre 1921 hatte die NSDAP einstimmig den Beschluß gefaßt: „Eine Frau kann in der Führung der Partei und in den leitenden Ausschüssen nicht aufgenommen werden.“ Und im März 1933 sagte Dr. Goebbels in einer Rede, daß er in der Mission von Frauen nicht etwa Minderwertiges sähe, sondern „Anderwertiges“. Er sprach von Volk und Familie, es bedeutete: reinrassige Kinder gebären, Soldaten erziehen. Im Kapitel „Der Griff nach den deutschen Frauen und Mädchen“ wird deutlich, was man mit ihnen vorhatte: Gleichschaltung auf allen Ebenen, Zwangsmitgliedschaften, Pflichtjahr, Arbeitsdienst, Religiöse Jugendverbände wurden aufgelöst; das war verbunden mit Not und Schikanen. Konfliktreich war die Ablösung bestehender Frauenverbände durch NS-Frauenschaft und Frauenwerk. Entmündigung auch hier: im Aufbau der neuen Organisationen wurden Leiterinnen von männlichen Funktionären bestimmt und waren ihnen auch verantwortlich.

„Anderwertiges“ zu schützen, war gründlich vergessen, als der programmierte Krieg dann da war: Dienstverpflichtung in die gesundheitszerstörenden Fabriken; Ernteinsatz; Osteinsatz – auch wenn zu Hause eine Familie war. Das Kapitel „Aktive Nationalso-

zialistinnen“ handelt von den Frauen der Politiker, auch von den Karrierefrauen. Und von denen, die an der inneren Vernichtungsfront mit zynischer Gleichgültigkeit gegen menschliches Leiden aktiv geworden sind, den Ärztinnen, die sich an grausamen Menschenversuchen beteiligt haben, von Aufseherinnen in den KZs. Mit interessanten Fakten aus deren persönlichem Leben sucht die Autorin die Haltungen und Handlungen zu reflektieren; denn immer wieder fragt sie – wie viele Nachgeborene –, wie denn dergleichen möglich war! Wenn die aus bürgerlich-gebildeten Kreisen stammende Reichsfrauenführerin Gertrud Scholtz-Klink das verquast-diffuse Frauenbild jener Zeit beschwört, indem sie z. B. darauf hinweist, wie „wunderbar“ es sei, daß die Menschen „nun sich selbst in die Waagschale werfen, die einer Fahne folgen, ohne nach dem Leben zu fragen, und die in der Hingabe ihres eigenen Lebens die Erfüllung des Lebenssinnes sehen“, kann man's kaum ertragen, dagegen die leid- und schreckensvollen Zitate jener Frauen zu lesen, die *wirklich* wußten, was Hingabe war und die dafür sterben mußten, die der Widerstandskämpferinnen. Ihnen hat die Autorin dieses so wichtige Buch gewidmet, das wie bisher wohl kein anderes die Situation der Frauen im Dritten Reich in ihrer ganzen makabren Vielfältigkeit beleuchtet und dem Leser bewußt macht.

Ingeborg Hecht

Volk ans Gewehr. Chronik eines Berliner Hauses 1930–1934 von Axel Eggebrecht Dietz-Taschenbuch 1, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1985, 256 S., DM 9,80

Am 8. Mai jährte sich die deutsche Kapitulation zum vierzigsten Mal – ein Anlaß, sich über die Gründe für die Katastrophe „Drittes Reich“ Gedanken zu machen. Erfreulich, daß zu diesem Datum ein Roman als Taschenbuch vorliegt, in dem die entscheidenden Jahre vor und kurz nach der sogenannten Machtergreifung in ganz besonderer Form geschildert werden, Axel Eggebrechts „Volk ans Gewehr“.

Das Besondere dieses Werkes liegt in der Verquickung von fiktiivem Geschehen und der Schilderung der historischen Ereignisse. Eggebrecht verbindet die Vorteile beider Darstellungsweisen auf gegläckte Weise miteinander: die Information über die Hintergründe der sich immer bedrohlicher zuspitzenden Krise werden mit der Schilderung über die Auswirkungen dieser Krise auf das Schicksal von Personen aus verschiedenen Bevölkerungskreisen verwoben. Durch diesen geschickten Kunstgriff stellt Eggebrecht das Geschehen besser als so mancher Historiker oder Romanschreiber dar.

Wichtiger als die Art der Darstellung ist jedoch das entschlossene Eintreten des Autors für die sterbende Republik und die klare Verurteilung ihrer Gegner. Anhand einer breiten Palette von Personen werden die verschiedensten Handlungsweisen und Schicksale dieser Umbruchzeit geschildert. Beklemmend ist vor allem die Beschreibung derjenigen, „die aus banalen, vielfach ganz persönlichen Gründen zu Mitläufern der braunen Massenpartei werden. Darin liegt in viel größerem Maße eine Antwort auf die Frage „Wie konnte das geschehen?“, die so oft in diesem Zusammenhang gestellt

wird, als in der Darstellung der politischen Vorgänge.

So entsteht ein umfassendes Bild dieser turbulenten und verhängnisvollen Jahre, in denen das Unheil, von den meisten ungläubig bestaunt, von vielen als für sich benutzbar betrachtet und von wieder anderen belächelt, seinen Lauf nimmt und schließlich triumphiert. Für den langsamen Untergang der Republik gibt es bei Eggebrecht ein Symbol: Lina, die Setzmaschine der kleinen, demokratischen Zeitung, die von einem alten Sozialdemokraten bedient wird, arbeitet immer schlechter, je weiter die Krise der Republik fortschreitet. Schließlich, nachdem die Zeitung von einem konservativen Konzern übernommen worden ist und nach Hitlers Amtsantritt eine Schlagzeile gesetzt werden soll, in der dieses Ereignis bejubelt wird und in diesem Zusammenhang das Wort „ehrllich“ vorkommt, gibt Lina ihren Geist auf.

Christian Hanke

„Das Vergangene ist nicht tot, es ist nicht einmal vergangen.“ Der Nationalsozialismus im Spiegel der Nachkriegsliteratur von Jochen Vogt (Hrsg.) in Verbindung mit der Alten Synagoge Essen Rigodon Verlag 1984, 113 S., DM 7,-

Die nationalsozialistische Vergangenheit war von Anbeginn ein bevorzugtes Thema der deutschsprachigen Nachkriegsliteratur. Aber erst durch die Ausstrahlung der Fernsehserie Holocaust im Jahre 1978, die den Völkermord an den europäischen Juden in Form einer Spielfilm-Handlung ins Bild setzte, wurde vielen Zeitgenossen richtig bewußt, zu welchen Grausamkeiten die Machthaber des Dritten Reiches und ihre Mitläufer fähig gewesen waren. Nun erst be-

gann die Gesellschaft „in ihrer großen Mehrheit und in ihren repräsentativen Institutionen“ ein Stück Erinnerungs- und Trauerarbeit nachzuholen, die ihr die Literatur bis dahin abgenommen hatte.

Auf diese Inkongruenz des öffentlichen und des literarischen Bewußtseins und die ungleichmäßige Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit weist Jochen Vogt in seiner Einführung zu dem von der Alten Synagoge Essen herausgegebenen Band „Das Vergangene ist nicht tot...“ nachdrücklich hin und fragt gleichzeitig, ob die Literatur versagt habe, als sie zu leisten versuchte, die gesellschaftliche und politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik versäumte. Sicher sei die Literatur überfordert, meint Vogt, wenn sie sich ausschließlich als politisches und moralisches Gewissen verstehe. Dennoch habe sie sich als Organ kollektiver Erinnerung bewährt. Denn schon früh, führt Vogt weiter aus, setzte hier die kritische Auseinandersetzung mit dem Hitler-Regime ein, nämlich in den dreißiger und vierziger Jahren, vornehmlich bei den Schriftstellern, die von den Nationalsozialisten verfolgt wurden. Während sich die Exilanten überwiegend historisch und politisch mit dem Nazi-Reich befaßten, stellten diejenigen, die der sogenannten Inneren Emigration angehörten, das Dritte Reich auf einer eher symbolischen und metaphysischen Ebene dar, so daß das Unheil jener Zeit zum unergründlichen Schicksal und Verhängnis wurde.

Unmittelbar nach dem Krieg nahmen sich Autoren wie Wolfgang Borchert und Heinrich Böll engagiert der jüngsten Geschichte an. In ihren Werken stehen sich durchweg zwei Personengruppen gegenüber. Die einen – sie bilden die Minderheit – können nicht vergessen und leiden an der Vergangenheit. Die anderen hingegen

verdrängen ihre Erinnerungen und kommen im neuen Staat „prächtig“ zurecht. Um 1960 gab es dann Versuche, beispielsweise bei Dürrenmatt und Frisch, den Nationalsozialismus umfassender als bisher zu begreifen. Da die beiden Schweizer Autoren jedoch im Hitler-Reich ein austauschbares Unrechtsregime sehen, sind ihre Stücke wie „Der Besuch der alten Dame“ und „Andorra“ in erster Linie moralisch-politische Parabeln. Differenzierter und konkreter wirken dagegen die Dokumentarspiele von Rolf Hochhuth („Der Stellvertreter“) und Peter Weiss („Die Ermittlung“). Um 1980 wird das Thema „Nationalsozialismus“ in

der Literatur erneut aktuell. Jetzt nehmen Autoren, die während des Dritten Reiches geboren wurden – zu ihnen gehören etwa Christoph Meckel, Bernward Vesper, Peter Härtling –, die Vergangenheit ihrer Eltern schonungslos unter die Lupe. So unterschiedlich die einzelnen Epochen der Aufarbeitung auch waren, betont Vogt, stets habe man sich in der Literatur bemüht, dem Vergessen entgegenzuwirken.

Wie sich das Bild des Nationalsozialismus im einzelnen in der deutschen Nachkriegsliteratur spiegelt, verdeutlichen anschließend fünfzig Werkskizzen.

Ursula Homann

Sie nannten ihn Kanake. Und sagten, er sei dumm. Eines Tages stach er zu. Für seine „Zukunft“ Ist seitdem gesorgt.



Zuerst waren es Sprachschwierigkeiten. In der Schule kam er nicht mit. Deutsche Spielkameraden hatte er keine. Später fand er keine Lehrstelle. Er wurde Außen-seiter. Jetzt ist er ein Krimineller und hat keine Chancen mehr.

Mehr Verständnis, Toleranz und weniger Vorurteile hätten das verhindern können. Ausländer sind Partner.

Ausländerbetrugung ist eine Aufgabe der ARBEITERWOHLFAHRT.

